This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

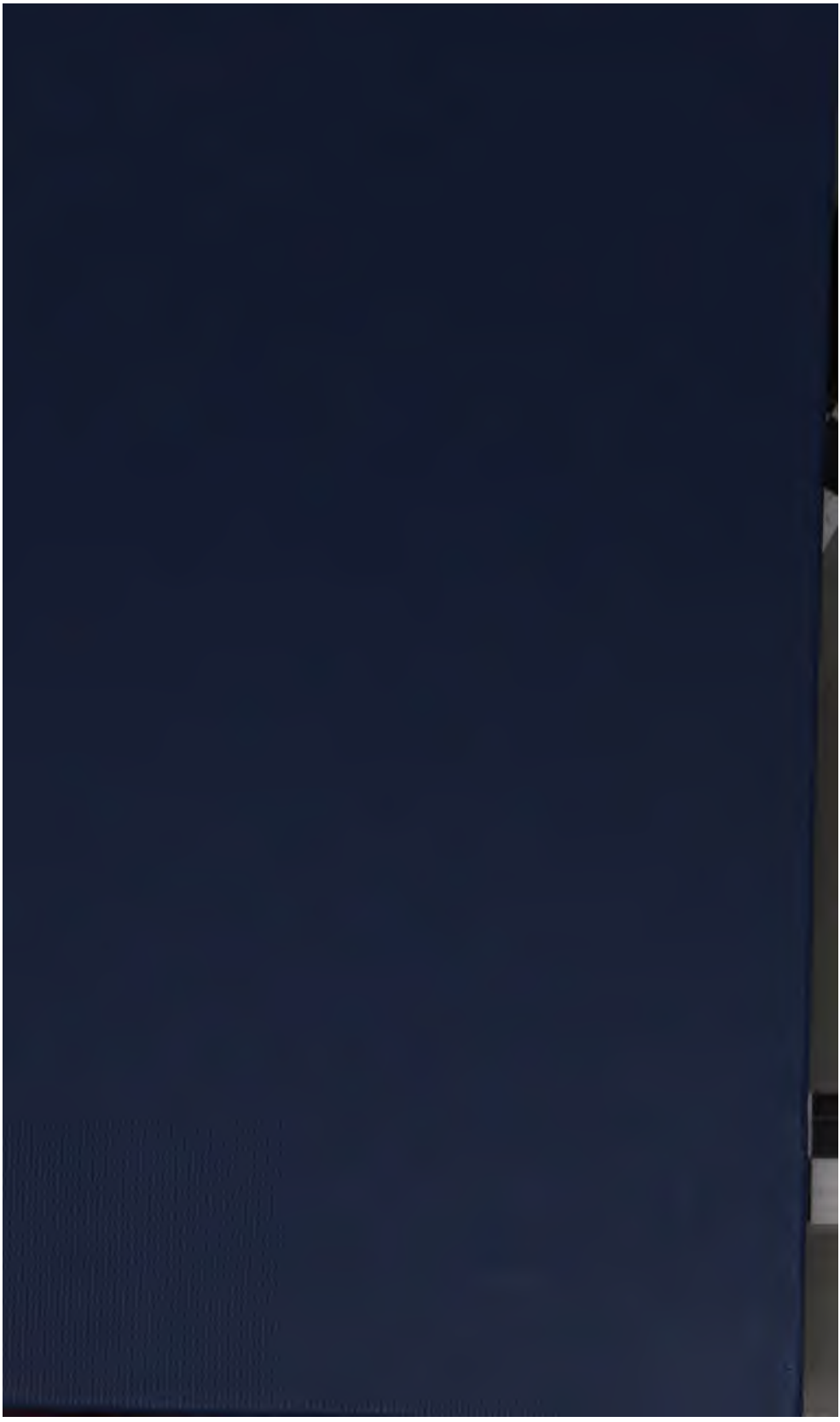
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Die Gesetze

der

sozialen Entwickelung.

Von

Theodor Hertzka.

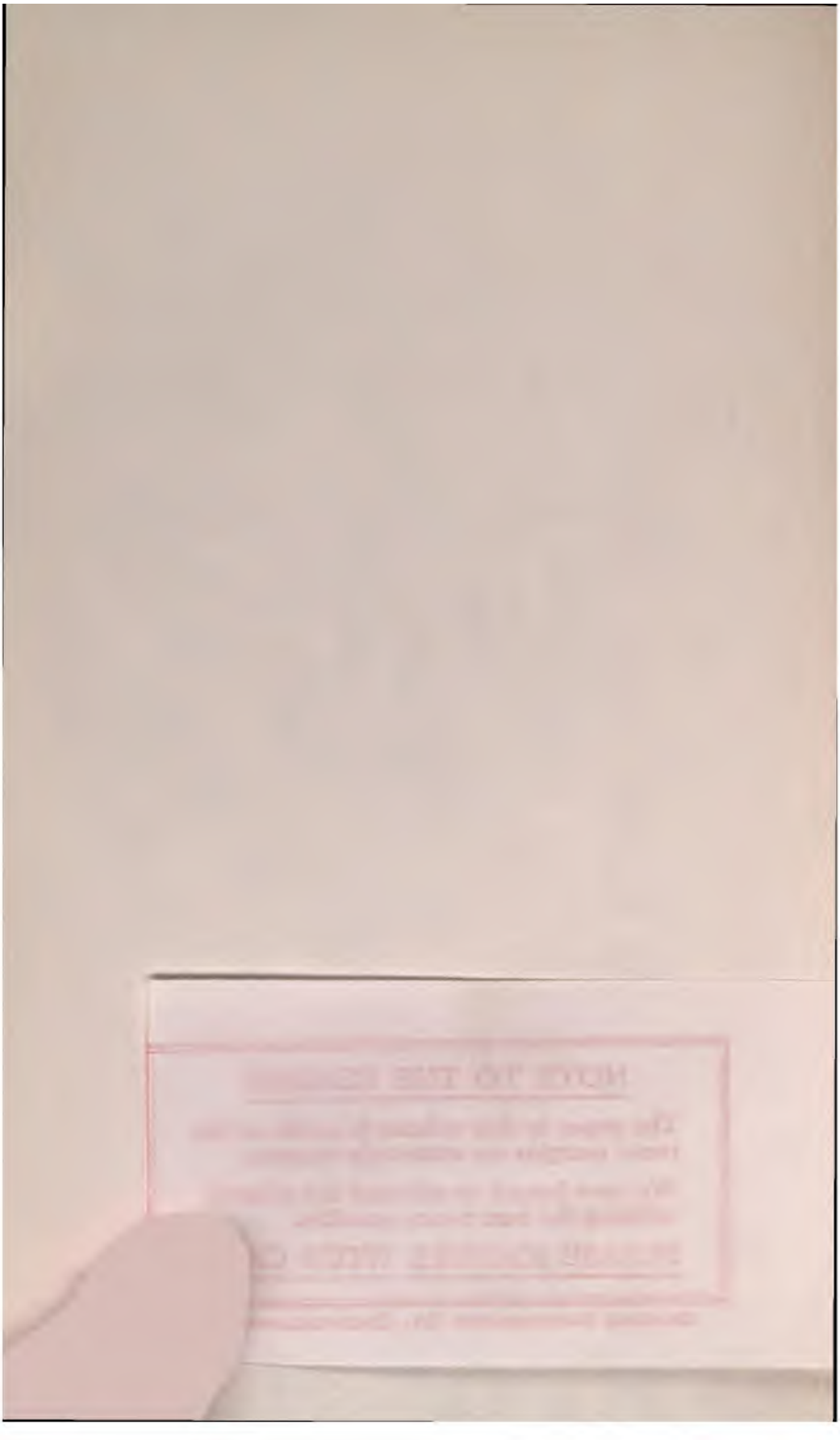
NOTE TO THE READER

The paper in this volume is brittle or the inner margins are extremely narrow.

We have bound or rebound the volume utilizing the best means possible.

PLEASE HANDLE WITH CARE

GENERAL BOOKBINDING CO., CHESTERLAND, OHIO



Die Geſetze

der

ſozialen Entwickelung.

Von

Theodor Hertzka.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1886.

Die Geſetze

der

ſozialen Entwickelung.

Von

Theodor Hertzka.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1886.

M201
76

Das Recht der Ueberſetzung bleibt vorbehalten.

Vorrede.

Es sind jetzt fünf Jahre, daß im nämlichen Verlage, der auch dieses Werk der Oeffentlichkeit übergiebt, das erste Buch einer auf größeren Umfang berechneten Studie aus meiner Feder erschien, welche „die Gesetze der Handels- und Sozialpolitik" zum Gegenstande haben sollte. Das zweite Buch lag, bis auf einige unwesentliche stilistische Nacharbeit, fertig in meinem Pulte, die Vorarbeiten für den die Sozialpolitik behandelnden Schlußband waren im Zuge, als ich bei eingehender Vertiefung in dieses Thema auf Bedenken und Zweifel ganz besonderer Art stieß.

Daß auf volkswirthschaftlichem Gebiete zahlreiche als unbestritten geltende Theorien dringend einer Korrektur bedürfen, war mir schon vorher klar gewesen, wie es ja überhaupt nur diese Abweichungen von der herrschenden Doktrin gewesen waren, die mich veranlaßten, mit einem größeren theoretischen Werke vor die wissenschaftliche Welt zu treten. Ich hatte die bis dahin übliche Theorie des Geldumlaufs als falsch erkannt und war zu der Ueberzeugung gelangt, daß die aus dieser falschen Doktrin sich ergebende lückenhafte Argumentation in allen Fragen des internationalen Güteraustausches den Erklärungsgrund für das zähe Festhalten an einer ganzen Reihe merkantilistischer und protektionistischer Irrlehren biete. Ebenso klar war mir ge-

worden, daß die Gesetze, welche die Gütererzeugung und folglich die internationale Arbeitstheilung beherrschen, von der geltenden Theorie in ihrem innersten Wesen nicht vollständig erfaßt wurden, und ich glaubte auch hier durch eine neue Grundlegung das Kampfgebiet zwischen Freihandel und Protektionismus klären zu können. Aber all diese Abweichungen betrafen doch nur gewisse eng umgrenzte Theilgebiete unserer Wissenschaft. Gleichwie sie mich nicht irre zu machen vermochten an den seit Adam Smith zu so hoher Ausbildung gelangten handelspolitischen Grundzügen des freien Verkehrs, so dachte ich auch nicht im entferntesten daran, daß auf sozialpolitischem Gebiete die Wahrheit in ganz anderer Richtung zu suchen sei, als dies bisher von Seiten der Sozialisten sowohl als der sogenannten orthodoxen Volkswirthe geschehen. Meine Meinung, die ich auch in der Vorrede des ersten Buches zum Ausdruck brachte, ging damals dahin, daß die Nationalökonomie derzeit unvermögend sei, für die Sozialpolitik ähnlich exakte und feste Gesetze zu finden, wie für das engere Gebiet der Wirthschaftslehre. Ich erkannte, daß all das, was von beiden Lagern als soziales Gesetz ausgegeben wurde, keinen Anspruch auf die Geltung eines solchen erheben dürfe; den Grund aber suchte ich darin, daß die Nationalökonomie als Lehre vom menschlichen Eigennutze überhaupt nicht in der Lage sei, Gesetze dort zu formuliren, wo es — meiner damaligen, auf die geltenden volkswirthschaftlichen Theorien gestützten Auffassung nach — nicht ohne weiteres als im Interesse der Gesammtheit gelegen statuirt werden dürfe, daß der Eigennutz des Individuums zu schrankenloser Bethätigung gelange. Denn daß jene „höhere Harmonie", welche auf sozialem Gebiete aus dem Kampfe zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern die bestmögliche Wahrung der Interessen Aller entstehen lassen soll, lediglich ein frommer Wunsch sei, war

mir längst klar geworden, und ich hatte mir als Ziel des zweiten Theiles meiner Untersuchungen eine schärfere Abgrenzung des absoluten Geltungsgebietes der Nationalökonomie vorgesetzt, eine strenge Scheidung der exakten Lehren über Gütererzeugung und Güteraustausch von den noch schwankenden über Gütervertheilung.

Mehr und mehr gelangte aber im ferneren Laufe meiner Studien die Ueberzeugung zur Reife, daß es eine exakte Lehre der Gütervertheilung allerdings gebe, daß aber deren Entdeckung gleichbedeutend sei mit einem Umsturz des gesammten Lehrgebäudes der Volkswirthschaft. Ich erkannte, daß die Gütervertheilung den nämlichen, aus dem Wesen des Eigennutzes gezogenen Gesetzen unterthan sei, wie Gütererzeugung und -Austausch, daß aber dieses Wesen und diese Gesetze hier wie dort fundamental andere seien, als bisher allgemein angenommen wurde.

Diese Erkenntniß und die aus ihr sich stets zwingender ergebenden Konsequenzen erfüllten mich anfangs mit peinigender Unruhe.

Ideen, Voraussetzungen, Axiome, die durch ein ganzes der Arbeit geweihtes Leben erweckt, genährt und gepflegt wurden, lassen sich nicht plötzlich durch eine noch so zwingend auftretende neue Idee verdrängen. War es mir gelungen, ein festgewurzeltes Axiom als falsch zu überwinden, seinen Zusammenhang mit anderen, bereits als falsch erkannten Grundsätzen mir zum Bewußtsein zu bringen, so tauchte plötzlich eine „Thatsache" vor meinem inneren kritischen Richterstuhle auf, die sich mit der neuen Erkenntniß schlechterdings nicht vereinbaren ließ, die zu widerlegen aber ebenso unmöglich schien — bis das für unmöglich Gehaltene zu versuchen sich doch endlich der Muth fand und sich dann ausnahmslos auch ergab, daß derlei Thatsachen entweder erfunden,

irrig dargestellt oder wohl gar das Gegentheil dessen waren, wofür sie gehalten wurden. Erst als all diese Erfahrungen die Ueberzeugung zur Reife brachten, daß die gesammte Methode der sozialpolitischen Forschung geändert, daß auch das Selbstverständliche und über jeden Zweifel Erhabene neuerlicher Kritik unterzogen werden müsse, baute sich allmählich, unter mannigfaltigen Schwierigkeiten innerer und äußerer Art, eine in sich abgeschlossene Doktrin auf, die — wenn auch vorläufig noch der systematischen Durchbildung entbehrend — doch den, in den Augen jedes ehrlich nach Wahrheit Suchenden, wesentlichen Vorzug besitzt, daß sie nicht blos mit allen sozialen Erscheinungsformen vollkommen harmonirt, sondern sie auch alle in überzeugender Weise zu erklären vermag.

Diese Eigenschaft der neuen Doktrin ist aber in Wahrheit nichts anderes als die nothwendige Konsequenz ihres Werdeprozesses: sie wurde nicht in die Welt der Thatsachen hinein interpretirt, sondern auf schlechthin empirischem Wege dieser abgelauscht.

Die Sozialwissenschaft ist bisher von den meisten ihrer Jünger weniger mit dem kalt abwägenden Verstande, als mit dem Herzen betrieben worden; nicht darauf, was ist, beschränkte sich die Untersuchung, vielmehr war in der Regel das, was sein *sollte* und *könnte*, deren eigentlicher Ausgangspunkt. Gefühle, Wünsche und Programme sind aber in jeder Wissenschaft von Uebel. Wohin würde eine Naturforschung führen, welche die Lebensbedingungen der Thierwelt unter dem Gesichtswinkel der Moral und Barmherzigkeit ergründen wollte! Oder ist der Entwickelungsgang der menschlichen Rasse etwas anderes, denn ein Naturprozeß, der genau nach der nämlichen Methode analysirt werden muß, wie etwa die Naturgeschichte unserer Hausthiere?

Allerdings sind auch geistige und moralische Potenzen im

Daseinskampfe des genus homo von hoher Bedeutung, von weitaus höherer, als gemeinhin angenommen wird; aber gerade deshalb ist es doppelt gefährlich, von irrigen Voraussetzungen über Quelle und Ziel dieser Potenzen auszugehen. Man hält nämlich in der Regel unsere ethischen Anschauungen für die Triebfedern menschlicher Entwickelungsprozesse, während sie in Wahrheit der Hauptsache nach deren Folgewirkungen sind. Dies schließt nicht aus, daß einmal entstandene Ideen und Moralbegriffe die Wirksamkeit der das Schicksal unseres Geschlechtes bestimmenden Kräfte wesentlich zu beeinflussen vermögen; deshalb ist es aber nicht minder richtig, daß die menschlichen Ideen durch den Werdeprozeß der Menschheit erzeugt sind, nicht umgekehrt diesen erzeugen. Sie führen uns auf Irrwege, wenn wir in ihnen die treibenden Kräfte der Zukunft erblicken wollen, sie sind aber geeignet, uns auf die richtige Spur zu leiten, wenn wir, ihre wahre Rolle im menschlichen Daseinskampfe erkennend, die elementaren Kräfte zu ergründen versuchen, denen sie selber ihre Entstehung verdanken. Nur wenn unwandelbar an der Erkenntniß festgehalten wird, daß die Natur kein anderes Recht kennt, als das des Stärkeren, keine andere Moral, als die der Artentwickelung, nur dann ist Aussicht vorhanden, das eherne Gesetz der Entwickelung, den Zusammenhang der Thatsachen zu finden.

Ist dieser aber einmal klargelegt, ist offenbar geworden, warum geschehen mußte, was geschah, so sind damit nicht blos die Räthsel der Vergangenheit und Gegenwart gelöst, nicht blos Grund und Inhalt unserer Ideen enthüllt — es beginnt sich auch jener Schleier zu lüften, welcher die Zukunft unseres Geschlechts bis dahin jedem irdischen Auge verbarg.

Und der Ausblick in diese Zukunft ist von überwältigender Größe. Die kühnsten Phantasien sozialistischer Schwärmer verblassen neben dem Bilde von Fortschritt, Reichthum, Macht

und Glück, welches die nüchterne, kalte Forschung dem Auge entrollt. Gleichwie die Wunder der Astronomie die Märchen der Astrologen und Theologen überragen, ähnlich verdunkelt der thatsächliche Entwickelungsgang der Menschheit die kindischen Träume eines Cabet oder Fourrier. Und nicht in nebelhafte Ferne, sondern in greifbare, unmittelbare Zukunft rückt die unbefangene Analyse des Geschehenen und Geschehenden diese Entwickelungsphase — wir befinden uns in Wahrheit bereits inmitten der in ihr ausmündenden Uebergangsepoche.

Ob die Untersuchungen, die zu solchem Ergebnisse führten, auf richtiger oder auf falscher Bahn sich bewegten, das zu entscheiden überlasse ich dem Urtheile der Fachgenossen und des gebildeten Lesepublikums, dem ich hiermit mein Werk übergebe.

Wien im Januar 1886.

Theodor Hertzka.

Inhalt.

Erstes Buch.

Die soziale Entwickelung.

Erstes Kapitel. **Der Liberalismus.**

Der Liberalismus hat die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht beseitigt, die wirthschaftliche Lage der arbeitenden Massen nicht verbessert. Der Zwiespalt der herrschenden Freiheitstheorie mit der thatsächlich bestehenden Unfreiheit der Arbeit raubt der modernen Gesellschaft den moralischen Rückhalt und selbst den Besitzenden die Möglichkeit befriedigten Genusses. Trotzdem ist der Liberalismus der einzig richtige Weg zu voller Gleichberechtigung. Nicht Umkehr, sondern zielbewußtes Fortschreiten thut noth . . . . . Seite 3

Zweites Kapitel. **Die wirthschaftliche Gerechtigkeit.**

Die absolute wirthschaftliche Gleichheit ist undurchführbar und wäre schädlich; das Ziel der sozialen Entwickelung ist die wirthschaftliche Gerechtigkeit, die Jedem das Seine, also dem Arbeitenden den vollen Ertrag seiner Arbeit gewährt. Diese Entwickelung harmonirt mit allen richtig verstandenen ökonomischen Prinzipien, insbesondere mit der Nothwendigkeit des Eigenthums und des Eigennutzes als Triebfeder menschlicher Betriebsamkeit . . Seite 23

Drittes Kapitel. **Die Ausbeutung.**

Die moderne Wirthschaftsordnung ist, gleich jeder menschlichen Einrichtung, dem Wandel unterworfen. Ihr Grundprinzip, die Ausbeutung, war eine kulturgeschichtliche Nothwendigkeit, also im

Recht begründet, so lange höhere Bedürfnisse nur im Wege der Ausbeutung Vieler durch Wenige befriedigt werden konnten. Erreicht die Produktivität menschlicher Arbeit eine solche Stufe, daß ihr von Ausbeutung unberührter Ertrag zu Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse genügen würde, so wird Ausbeutung aus einem Beförderungsmittel der Kultur zu einem Kulturhinderniſſe, mithin zu Unrecht und muß im Daseinskampfe der Menschheit überwunden werden . . . . . Seite 34

Viertes Kapitel. **Die Ergiebigkeit der Arbeit.**

Dank insbesondere den Fortschritten des letzten Jahrhunderts ist die Produktivität der Arbeit über das mit Ausbeutung verträgliche Maß hinausgewachsen. In der vorhandenen Maschinenkraft stehen den abendländischen Kulturnationen Arbeitsgehilfen zur Verfügung, deren Leistungsfähigkeit insgesammt derjenigen von 5 Milliarden Menschen entspricht. Mit Hilfe dieser mechanischen Arbeitsgenossen könnten die Kulturvölker jenes Herrendasein genießen, welches die Herrenvölker des Alterthums auf der menschlichen Sklavenarbeit aufbauten. Eine auf Grund der österreichischen Produktionsverhältnisse angestellte Rechnung zeigt, daß höchstens 20 Prozent der verfügbaren Arbeitskraft, mit modernen Produktionsmitteln ausgerüstet, genügen würden, um den gesammten thatsächlichen Konsum des Landes zu decken . . . . . Seite 45

Fünftes Kapitel. **Das Kapital.**

Kapital ist zwar ein Instrument der Ausbeutung, Kapitalzins als solcher jedoch kein Element der Ausbeutung. Kapitalzins ist die nothwendige Voraussetzung der Kapitalansammlung, also des Kulturfortschrittes; Kapital an sich kann seiner Natur nach den Arbeitsertrag nicht absorbiren, da es, gleich der Arbeit, nicht nach dem Produktionsertrage, sondern nach seinen eigenen Reproduktionskosten entlohnt wird, die naturgemäß nur einen Bruchtheil des jeweiligen Produktionsertrages repräsentiren können . . . . . Seite 61

Sechstes Kapitel. **Der Unternehmergewinn.**

Das Verhältniß zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn wird nicht von der Konkurrenz geregelt, die lediglich den Preis des Produkts und damit allerdings den Gewinn, nicht aber den Arbeitslohn beeinflußt. Steigender Bedarf an Arbeitskraft wird

aus der jederzeit überreichlich verfügbaren Reserve schlecht oder gar nicht beschäftigter Arbeiter befriedigt, ohne daß sich die Unternehmer auf dem Arbeitsmarkte Konkurrenz zu machen brauchen. Der Unternehmergewinn kann daher dauernd außer allem Verhältnisse zum Arbeitslohn stehen; die Meinung, daß er regelmäßig nur einen Bruchtheil des sogenannten Lohnfonds absorbire, beruht auf einem Irrthum. Nach Erhebungen, die bei 38 großen Industrie-Etablissements in Oesterreich gepflogen wurden, verhielt sich im Durchschnitt der Gewinn zum Gesammtlohne wie 2,4:1. Ebenso ist in der Landwirthschaft der Unternehmergewinn ein Mehrfaches des Gesammtlohnes. Unternehmergewinn ist das eine Element der Ausbeutung, welches den nach Abtragung der Reproduktionskosten von Arbeit und Kapital erübrigenden Ertragsüberschuß absorbirt; das andere Ausbeutungselement ist die Grundrente . . . . . Seite 75

Siebentes Kapitel. **Die Grundrente.**

Grundrente ist der dem Besitzer des Boden-Monopols für die Benutzung der Naturkräfte zu entrichtende Tribut. Der dem Unternehmer verbleibende Produktionsüberschuß wird durch die Konkurrenz auf einem mittleren Niveau erhalten; jeder diesen Durchschnitt übersteigende Gewinn wird durch die Grundrente absorbirt, und zwar geschieht dies nicht nur in der Bodenproduktion, sondern im Wege der durch die Konkurrenz geregelten Preisfluktuationen in jeglicher Produktion. Die Bodenrente hat also den dauernden und letzten Vortheil von jedem Kulturfortschritte. Seite 87

Achtes Kapitel. **Die Ueberproduktion.**

Die Ausbeutung der Arbeit durch Unternehmergewinn und Grundrente erklärt den Abstand zwischen der Produktivität menschlicher Arbeit und dem Arbeitslohn, zwischen möglichem und thatsächlichem Wohlstande der Massen nur zum geringsten Theil. Die hauptsächlichste Ursache des Mangels bei vorhandener Möglichkeit der Erzeugung von Ueberfluß für Alle liegt in dem Mißverhältnisse zwischen Produktivität und Produktion, d. i. potenzieller und thatsächlicher Erzeugung. Es wird viel weniger produzirt, als der Leistungsfähigkeit menschlicher Arbeitskraft entspräche, weil sich die thatsächliche Produktion nach dem Bedarfe richten muß, dieser aber durch die Ausbeutung, welche die Massen auf des Lebens dürftige Nothdurft beschränkt, in engen Grenzen festgehalten wird.

Der Luxuskonsum der Besitzenden kann nur einen geringen Bruchtheil des nach Abzug des Existenzminimums der Massen möglichen Produktionsüberschusses absorbiren, und ebenso ist der Bedarf zu Zwecken der Kapitalisation in bestimmte, durch den Umfang der Produktion gegebene Grenzen gebannt. Jeder Versuch, die Produktion über den Bedarf zu Zwecken des Verzehrs und der Kapitalbildung auszudehnen, führt zu Ueberproduktion und Krisis. Die Brachlegung der unverwerthbaren Produktivkraft erfolgt nur zum geringsten Theile in der Form absoluter Arbeitslosigkeit; die Regel ist: Lähmung der Produktivkräfte durch Vorenthaltung der dem Kulturstande entsprechenden Produktionsbehelfe. Mit zunehmender Kultur wächst das Mißverhältniß zwischen Produktivität und Konsum; es verschlimmert sich folglich das Verhältniß der voll beschäftigten zu den schlecht oder gar nicht beschäftigten Arbeitskräften und Kulturfortschritt muß daher in der ausbeuterischen Gesellschaft mit fortschreitender Proletarisirung der Massen verknüpft sein . . . . . Seite 95

Neuntes Kapitel. **Der Arbeitslohn.**

Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte beeinflussen zwar den Arbeitslohn, bestimmen ihn aber nicht. Entscheidend für die Lohnhöhe ist das Existenzminimum, und dieses hängt weniger von den Marktverhältnissen, als von ethischen Momenten, von der herrschenden Meinung über das zum Leben Nothwendige ab. Wachsende Bedürfnisse erhöhen den Lohn. Allgemeine Lohnerhöhung ist möglich ohne Schmälerung der anderen Einkommenszweige; ihr Betrag wird nicht diesen entnommen, sondern im Wege einer Produktionssteigerung, einer Verminderung des Abstandes zwischen potenzieller und thatsächlicher Produktion neu erzeugt. Staat und Gesellschaft können allgemeine Lohnerhöhung erzwingen, ohne in die Freiheit des Arbeitsvertrages einzugreifen, lediglich durch einen Wechsel in den allgemeinen Anschauungen über das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Aberglaube, daß willkürliche Erhöhung des Arbeitslohnes durch die Konkurrenz zur Unmöglichkeit gemacht sei, muß zerstört, der gesellschaftliche Nachtheil und die moralische Verwerflichkeit des Arbeitswuchers müssen voll erkannt werden: dann wird der Lohn unter dem doppelten Einflusse der Pression der öffentlichen Meinung und des wachsenden Selbstgefühls der Arbeiter rasch und ausgiebig steigen . . . . . Seite 106

Zehntes Kapitel. **Die Emanzipation der Arbeit.**

Der Unternehmergewinn hat in der Unfähigkeit freier Arbeit, sich zu hochentwickelter Produktion zu organisiren, seine wirthschaftliche Berechtigung. Die Fähigkeit zu dieser Organisation kann nur durch Erfahrung gewonnen werden; diese setzt praktische Versuche voraus, bei denen Kapital und Arbeitskraft aufs Spiel gesetzt werden müssen und anfänglich, solange die Konkurrenzfähigkeit den ausbeutenden Unternehmern gegenüber noch nicht vorhanden ist, nothwendigerweise verloren sein würden. Nichtsdestoweniger wird das wachsende Selbstbewußtsein und die wachsende Macht der Arbeiter zu solchen Versuchen drängen, und Pflicht des Staates ist es, dieselben nach Kräften und mit dem Einsatze seiner eigenen Geldmittel zu fördern. Ist die Fähigkeit der freien Organisation einmal erlangt, so bedarf es zur Beschaffung der erforderlichen Kapitalien fürderhin keiner wie immer gearteten Intervention. Freie Arbeit muß sich — sofern ihre Disziplinirung gelungen ist — der ausgebeuteten überlegen erweisen, zunächst schon deshalb, weil sie statt des vom Produktionsertrage unabhängigen Lohnes auf den Ertrag angewiesen ist, also unter dem Anreiz des Eigennutzes steht, der bei der ausbeuterischen Produktionsweise nur fur den Unternehmer, nicht aber für die Arbeiter wirksam ist . . . . . Seite 126

Elftes Kapitel. **Die Ueberwindung des Naturmonopols.**

Die soziale Organisation der Arbeit hat die Beseitigung des Naturmonopols zur nothwendigen Konsequenz. Sobald die Massen die Fähigkeit selbständiger Produktion erworben haben, wird Grundeigenthum zu einem Kulturhinderniſſe und verliert seine Existenzberechtigung. Die Grundbesitzer müssen voll entschädigt werden, und zwar entweder auf Kosten der Gesammtheit oder im Wege einer dem Grundbesitze aufgetragenen Selbstamortisation. Der solcherart emanzipirte Boden ist Eigenthum der Gesellschaft, sein Ertrag jedoch gehört voll und ganz dem jeweiligen Bebauer. Jedermann hat das Recht, Niemand die Pflicht Boden zu bebauen, und Niemand ist in der Wahl des zu bebauenden Bodens, wie überhaupt in der Wahl des ihm beliebenden Produktionsgebietes, Beschränkungen unterworfen. Durch die absolute Freiheit der Produktion in Verbindung mit dem Assoziationsprinzip ergiebt sich die vollkommene Harmonie der wirthschaftlichen Interessen . . . . . Seite 153

Zwölftes Kapitel. **Rekapitulation** . . . . . Seite 176

Zweites Buch.
Der soziale Staat.

Erstes Kapitel. **Die Uebervölkerung.**

Noth und Nahrungsmangel der modernen Gesellschaft haben mit Uebervölkerung nichts zu thun. Sie haben nicht in dem Unvermögen der Erde, die vorhandene Menschenmenge zu ernähren, sondern in der Ausbeutung ihren Grund. Doch ist eine unbeschränkte Vermehrung nicht denkbar und die soziale Organisation müßte thatsächlich zur Uebervölkerung führen, wenn sie kein Mittel gegen die Volksvermehrung besäße. Dieses liegt aber in der Last der Kindererziehung . . . . . Seite 185

Zweites Kapitel. **Die freie Konkurrenz im sozialen Staate.**

Freie Konkurrenz ist im sozialen Staate unerläßlich, um die Arbeit auf die jeweilig ertragreichsten Produktionszweige zu lenken. Der soziale Staat muß freihändlerisch sein; Schutzzoll selbst gegen ausbeuterisch fortwirthschaftende Nachbarn würde die Produktivität seiner Arbeit beeinträchtigen und ihn dadurch empfindlicher schädigen als im Zustande der Ausbeutung der Fall ist, wo Produktivität und thatsächliche Produktion sich nicht decken. Auch der Schutz gegen die Einwanderung fremder, bedürfnißloser Arbeiter ist unnöthig, da solche Einwanderung den Lohn der Arbeit nur dort zu gefährden vermag, wo dieser statt vom Arbeitsertrage vom Existenzminimum abhängt . . . . . Seite 198

Drittes Kapitel. **Kapitalbildung im sozialen Staate.**

Die Kapitalbildung wird im sozialen Staate, trotz des gesteigerten Konsums der Massen, Fortschritte machen, da mit dem Konsum auch die Produktion gewachsen ist. An der Kapitalbildung werden sich Staat, Assoziation und Individuum gleichmäßig betheiligen. Daß das Uebermaß der durch wachsende Sparkraft erleichterten Kapitalisation zu Ueberproduktion mit ähnlich verderblichen Folgewirkungen wie in der ausbeuterischen Gesellschaft führen sollte, ist nicht zu befürchten . . . . . Seite 217

Viertes Kapitel. **Werth und Einkommen im sozialen Staate.**

Der Arbeitsertrag im sozialen Staate wird nicht blos gleich der Summe von Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Grundrente in der ausbeuterischen Gesellschaft, sondern noch darüber hinaus um

die Differenz zwiſchen potenzieller und früherer thatſächlicher Produktion größer ſein. Die Ausgleichung der in den verſchiedenen Produktionszweigen erzielbaren Erträge beſorgt die freie Konkurrenz. Das Vorherrſchen der Maſchinenarbeit wird die Unterſchiede der Leiſtungsfähigkeit auf dem Gebiete materieller Produktion weſentlich nivelliren. Der Daſeinskampf wird weniger auf den Erwerb, als auf die Geltendmachung geiſtiger Vorzüge gerichtet ſein. Die aus dem Zuſtande der Ausbeutung überkommenen großen Vermögen werden unter dem Einfluſſe der mangelnden Sicherung durch immobilen Beſitz, des ſinkenden Zinsfußes und der Erbtheilung ſehr raſch verſchwinden. Ausnahmsweiſe höhere Fähigkeiten aber werden in der ſozialen Geſellſchaft gerade wegen der Verallgemeinerung der Bildung und des Reichthums leichter und ſicherer die entſprechende ausnahmsweiſe Entlohnung finden als in der modernen . . . . . Seite 228

Fünftes Kapitel. **Geld und Kredit im ſozialen Staate.**

Die Edelmetalle werden in der ſozialen Wirthſchaft ihre Geldfunktion behalten. Arbeitsgeld iſt ein Widerſinn, da der Arbeitstag weder die für ein brauchbares Geld erforderliche Werthkonſtanz beſitzt, noch ein fungibles Gut iſt. Arbeitsgeld ſetzt Kommunismus voraus oder iſt identiſch mit Aſſignatenwirthſchaft. Gerade die ſoziale Geſellſchaft aber braucht dringender als die moderne ein vollkommenes Geld, um die Produktion auf die jeweilig höchſten Werthe zu lenken . . . . . Seite 247

Sechstes Kapitel. **Die Staatsthätigkeit.**

Da im ſozialen Staate der Nutzen jeglicher Steigerung der Produktivität der Geſammtheit zugute kommt, dürfen die Mittel der Geſammtheit in größtem Umfange zu öffentlichen Inveſtitionen in Anſpruch genommen werden. Deren Benutzung wird in der Regel unentgeltlich ſein. Große Steuerkraft des ſozialen Staates. Zu öffentlichen Werken erforderliche Abgaben werden nicht als Steuerdruck empfunden werden. Geringfügigkeit der engeren Verwaltungskoſten im ſozialen Staate. Wohlfahrtsthätigkeit. Hohe Wehrfähigkeit des ſozialen Staates . . . . Seite 254

Siebentes Kapitel. **Moral und Sitte der ſozialen Geſellſchaft.**

Höhere Moralität der ſozialen Geſellſchaft in Folge der hergeſtellten Harmonie zwiſchen Selbſterhaltungstrieb und Artinſtinkt. Geſchlechtliche Emanzipation des Weibes als Folge ſeiner wirth-

schaftlichen Konkurrenzfähigkeit. Befreiung des Geschlechtstriebes von störenden materiellen Einflüssen; wohlthätige Folgen für die Hebung der Rasse . . . . . Seite 273

Achtes Kapitel. **Geschichtliche Rück- und Vorschau.**

Arbeit ist die Grundlage der menschlichen Entwickelung. Nach den zwei der Vergangenheit und Gegenwart angehörigen Weltzeitaltern der isolirten freien und der organisirten unfreien Arbeit stehen wir an der Schwelle der dritten Weltepoche, derjenigen der organisirten freien Arbeit. Die Idee der wirthschaftlichen Freiheit kann erst entstehen, wenn die Arbeit einen hohen Grad der Produktivität erreicht hat und demzufolge die zuvor als Kulturmittel wirksam gewesene Ausbeutung ihre schädliche Seite fühlbar zu machen beginnt. Erstes Auftauchen des Emanzipationsprinzipes in der Blüthezeit altindischer Kultur: Buddha. Der „mosaische" Sozialismus wahrscheinlich ein Ableger des Buddhismus. Christus war kein religiöser Sektirer, sondern ein Sozialreformer. Das Scheitern der sozialen Mission des Buddhismus wie des Christenthums war die nothwendige Folgewirkung des Verfalls der altindischen sowohl als der römischen Kultur. Wiederaufleben der sozialen Ideen in Folge des Aufschwunges der Renaissance. Die liberalen Revolutionen der Neuzeit versuchen zum ersten Male die wirthschaftliche Gleichheit mit Wohlstand zu vereinigen. Die Fiktion, daß wirthschaftliche Freiheit die selbstverständliche Folgewirkung der politischen sei. Die Revolutionirung der Arbeit durch die Maschine. Die Knechtschaft des Menschen ist unvereinbar mit der Herrschaft über die Natur. Die Uebergangsperiode von dem zweiten in das dritte Weltzeitalter — in das Jünglingsalter der Menschheit — kann nicht lange mehr währen . . . . . Seite 281

Erſtes Buch.

Die ſoziale Entwickelung.

Erstes Kapitel.

Der Liberalismus.

Bisher war Ausbeutung die Grundlage aller Staatswesen. Auch die Demokratien der Vergangenheit und Gegenwart machen keine Ausnahme, sei es daß sie die Gleichheit nur auf die Angehörigen eines bestimmten Volksstammes anwendeten, sei es daß sie dieselbe im Prinzipe zwar ausnahmslos für Alle proklamirten, im praktischen Leben aber doch wieder nur für eine Minderzahl Auserwählter verwirklichten. — Ein gewaltiger Unterschied aber besteht trotzdem zwischen der Weltauffassung von einst und jetzt. Einst war Ausbeutung bewußt das Grundprinzip jeder staatlichen und moralischen Ordnung; gleichviel welcher politischen Auffassung die Staaten des Alterthums und Mittelalters gehuldigt haben mochten: der Grundsatz, daß die Menschen von Natur aus nicht gleich seien, daß es Bevorrechtete und Parias gebe, war allen gemeinsam und sie unterschieden sich höchstens durch die Methode von einander, nach welcher zwischen Bevorrechteten und Hintenangesetzten, zwischen Herren und Beherrschten die Grenzlinie gezogen war. Demokratisch nannte man nach damaligen Begriffen jenes Staatswesen, in welchem ganze Volksklassen an der Herrschaft und an der Ausbeutung theilnahmen; aristokratisch dasjenige, in welchem die Zahl der

Herren im Verhältnisse zu der der Beherrschten gering war. Seit der großen französischen Revolution erst ist die absolute Gleichheit vor dem Gesetze zur prinzipiellen Rechtsüberzeugung aller zivilisirten Staaten geworden, ja man könnte sagen, daß kaum jemals zuvor eine neue Idee so vollständig triumphirt habe, wie diese. Aber dieser Anerkennung des Prinzips steht die Unfruchtbarkeit desselben im praktischen Leben gegenüber. Die unbedingte Gleichheit vor dem Gesetze geht Hand in Hand mit einer Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die sich — in wirthschaftlicher Beziehung — nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder von der mittelalterlichen Hörigkeit unterscheidet. Während also in den Staaten des Alterthums und Mittelalters das herrschende Rechtsprinzip mit dem praktischen Leben in vollem Einklange sich befand, gähnt jetzt zwischen Theorie und Praxis eine Kluft, wie sie niemals zuvor zwischen den Ideen und zwischen der Handlungsweise einer ganzen Welt ähnlich bestanden hat, und das Merkwürdigste dabei ist, daß dieser unerhörte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis unserem aufgeklärten Zeitalter lange Zeit gänzlich verborgen geblieben ist.

Die besten, edelsten, freisinnigsten Männer glaubten ein Jahrhundert hindurch beinahe ausnahmslos und glauben größtentheils heute noch, daß die Freiheit und Gleichheit aller Menschen dadurch zur Thatsache geworden sei, daß den Massen das politische Stimmrecht, die Gleichheit vor der Justiz und das Recht gewährt wurde, über ihre Person nach Gutdünken zu verfügen. Es ist nicht gar lange her, daß man ernstlich darüber nachzudenken beginnt, ob denn mit all diesen an sich ganz werthvollen Rechten demjenigen gedient sein könne, dem die Ausübung des ersten und wichtigsten aller Menschenrechte, nämlich des Rechtes zu leben, verweigert ist. Jetzt erst fängt man an sich wieder daran zu erinnern, daß der Mensch

ein Wesen sei, welches nicht blos geistige und politische, sondern auch körperliche Bedürfnisse habe, ja daß die letzteren, als die unabweislichsten und dringlichsten, auch die wichtigsten von allen seien. In einer Gesellschaft, wo mit Ausschluß der atmosphärischen Luft Alles seinen Eigenthümer hat, in der Bedürfnisse und Gewohnheiten entstanden sind, die ohne Eigenthum, ohne den Schatz von Kenntnissen und Arbeitsbehelfen, die aus der Vergangenheit aufgestapelt wurden, gar nicht befriedigt werden können, in einer solchen Gesellschaft ist Freiheit und Gleichheit ein leerer Schall für denjenigen, der vom Besitze jener Güter ausgeschlossen wurde.

Ja es läßt sich sogar unschwer einsehen, daß gerade wegen dieses Widerspruches zwischen Theorie und Praxis die moderne Ungleichheit einen weit häßlicheren, drückenderen Charakter anzunehmen droht, als die antike, die in Form der Sklaverei, und als die mittelalterliche, die in Form der Hörigkeit zum Ausdruck gelangte. Da der Mensch ohne die Erde und die von ihr gebotenen Hilfsmittel, mit einem Worte ohne die Natur nicht zu leben vermag, da er zu Grunde gehen muß, wenn man ihn von dieser absperrt, der Kulturmensch überdies zu seinem Gedeihen auch noch auf den Mitgenuß der gesellschaftlichen Kulturmittel angewiesen ist, so kann es, wenn einmal der Grundsatz stehen bleiben soll, daß die Erde und die Kulturschätze der Menschheit nicht Allen, sondern nur Wenigen gehören, für die Massen der Depossedirten auf die Dauer nur von Vortheil sein, wenn man sie selber als Zugehör des Bodens oder der Produktionsmittel betrachtet, folglich mit in das Eigenthum der Herren dieser Erde übergiebt und so den Zusammenhang zwischen Mensch, Natur und Gesellschaft wieder herstellt. Es widerstreitet dies allerdings dem heute allgemein anerkannten Grundsatze, daß der Mensch Niemandes Eigenthum sein solle; der geltende Zustand aber,

der die Freiheit ohne Eigenthum zur Voraussetzung hat, widerstreitet einem Naturgesetze. Und da Moralprinzipien nur bedingte, Naturgesetze aber unbedingte Geltung haben, so konnte sich eine Weltordnung Jahrtausende hindurch in ungestörter Wirksamkeit erhalten, welche mit den natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit in Einklang war und nur unseren heutigen Moralanschauungen zuwiderläuft, während es unmöglich ist, die heutige Weltordnung zur Wahrheit zu machen, die ein moralisches Prinzip zugleich mit der Verleugnung der Existenzbedingungen unseres Geschlechtes in die Welt einführen wollte. Ausschluß der Massen vom Mitbesitz der Erde und darauf gegründete Sklaverei, oder Freiheit in Verbindung mit dem zu unabhängiger Existenz nothwendigen Anrechte Aller auf die Natur und die vorhandenen Kulturmittel — ein Drittes giebt es nicht. Wem das Recht auf den Mitbesitz des Planeten, den wir bewohnen, abgesprochen wird, dem ist damit das Recht auf selbständige Existenz versagt; er kann nicht leben ohne Genehmigung der Herren der Erde, und es ist daher nur folgerichtig, wenn man ihn auch de jure in das Eigenthum derjenigen übergiebt, die ja doch — das Gesetz mag darüber entscheiden wie immer — seine Herren sind. Es hätte das den Vortheil, daß man dem Herrn eine nach der Art der öffentlichen Meinung über diesen Gegenstand wechselnde Verantwortung für das Wohl seiner zweibeinigen Arbeitskreaturen auferlegen könnte, während diese Verantwortlichkeit durch die Fiktion der Freiheit unmöglich gemacht wird. Als typisch in dieser Beziehung kann der Unterschied des Looses der irischen und der europäischen kontinentalen Bauernschaften im Mittelalter hingestellt werden. Der englische Freiheitssinn widerstrebte dem Gedanken, Menschen ins Eigenthum Dritter zu übergeben. Man nahm also den irischen Bauern ihren Besitz, ließ ihnen aber die „Frei-

heit" und führte sie gerade dadurch einer Sklaverei entgegen, der gegenüber die Hörigkeit der an den Boden gebundenen und mit diesem zugleich den Grundeigenthümern zugesprochenen kontinentalen Bauern beneidenswerth war.

Es ist allerdings richtig, daß auch die Besitzer der Naturkräfte und der zu deren Bändigung dienenden Kulturmittel sich in einer gewissen Abhängigkeit von den Besitzlosen befinden und daß demzufolge unter Umständen die gesetzliche Freiheit für die letzteren den Vortheil haben kann, im Wege des Vertrages mehr zu erlangen, als im Zustande der Unfreiheit für sie zu erhoffen wäre. Ja es soll sogar hinzugefügt werden, daß bisher zum mindesten dieses Verhältniß die Regel war und daß folglich die Freiheit im großen ganzen nicht zum materiellen Schaden der Massen ausgeschlagen ist. Gerade dadurch nämlich, daß die Erde und die Produktionsmittel nur unter Wenige vertheilt sind, finden sich diese außer Stande, aus eigener Kraft dem Boden und den anderen Naturkräften all jene Güter abzugewinnen, welche diese unter dem befruchtenden Einflusse menschlicher Arbeitskraft bereitwillig spenden. Sie brauchen also die Arbeit der Besitzlosen und sind bereit dafür zu bezahlen. Es ist aber vor allem auf den ersten Blick klar, daß ja das gesammte Interesse der Besitzenden, die in ihre ausschließliche Gewalt gegebenen Besitzthümer des menschlichen Geschlechtes durch fremde Mitwirkung fruchtbar zu machen, auf der Voraussetzung beruht, daß sich diese Helfer mit einem Theilbetrage der Früchte ihres Fleißes werden abfinden lassen, und daß ein anderer Theilbetrag ihnen, den Herren, zur freien Verfügung bleibt. Wäre es anders, müßten sie dem Arbeitenden den vollen Ertrag seiner Mühewaltung lassen, so gäbe es für sie keinen Grund, ihn zu Ausnützung der Naturkräfte herbeizuziehen, denn das Motiv, daß der Besitzlose ohne diese Er-

laubniß Hungers sterben müßte, kann ja für sie nicht maßgebend sein. Die Grundlage des sogenannten Arbeitsvertrages ist also die Ausbeutung. Trotzdem aber wäre es wie gesagt immerhin möglich, daß die Besitzlosen im Wege des freien Arbeitsvertrages auf die Dauer weitaus besser führen als im Zustande der Sklaverei, denn es wäre ja denkbar, daß sie zwar den Besitzern der Erde einen Tribut zu erstatten hätten, daß sie aber trotzdem einen mit zunehmendem Erfolge ihres Fleißes steigenden Antheil des Ertrages für sich behielten, während ihnen im Zustande der Sklaverei vom Herrn offenbar stets nur so viel zugemessen würde, als zu Fristung ihres Lebens erforderlich ist. Und wenn man bedenkt, daß mit jedem Fortschritte der Kultur die Herrschaft des Menschen über die Natur steigt, die Produktivität menschlicher Arbeit wächst, so wäre man auf den ersten Blick versucht, die Hoffnung zu nähren, daß bei der Auftheilung des Arbeitsertrages zwischen den Arbeitenden und den Herren der Antheil der ersteren wenn auch nicht relativ, so doch absolut in stetem Wachsthum begriffen sein müsse: eine Vermuthung, die im großen und ganzen, wie bereits einmal erwähnt, durch die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts insofern nicht widerlegt wurde, als thatsächlich der durchschnittliche Arbeitslohn eher gestiegen als gesunken sein dürfte. Aber wenn man genauer zusieht, wird man doch finden, daß dieses günstige Ergebniß ein blos zufälliges ist, mit dem Wesen der Sache nichts gemein hat und durch entgegenstehende Erscheinungen mehr als aufgewogen wird, die in ihrer Gesammtwirkung die im Wege des sogenannten freien Arbeitsvertrages geübte Ausbeutung für die arbeitenden Klassen noch viel verderblicher als die nackte Sklaverei gestalten müssen, wie sich denn nicht verkennen läßt, daß in zahlreichen Fällen ein derartiger Umschlag auch bisher schon wiederholt eingetreten ist. Hinge der

Arbeitslohn direkt von der Höhe des Arbeitsertrages ab, so wäre dessen stetige Steigerung mit Sicherheit zu erwarten. Jede Zunahme der Produktivität menschlicher Arbeit im Wege einer neuen Erfindung oder Verbesserung müßte in Form eines vermehrten Antheils am Ertrage den Massen zugute kommen. Das Uebel ist nur, daß von einer eigentlichen „Theilung" des Ertrages zwischen Arbeiter und Arbeitsherrn überhaupt nicht die Rede ist. Ob viel oder wenig produzirt wird, kümmert nicht den Arbeiter, sondern nur den Herrn; der erstere empfängt keinen Antheil am Ertrage, sondern einen Lohn, der nicht nach Wachsthum oder Rückgang der Produktivität seines Fleißes, sondern nach einem davon ganz unabhängigen Maßstabe bemessen wird, nämlich nach dem Ausmaße dessen, was zu Fristung des menschlichen Lebens für nothwendig erachtet wird. Selbst das vielberufene Wechselspiel von Angebot und Nachfrage auf dem sogenannten Arbeitsmarkte ist, wie sich im Verlaufe dieser Untersuchungen zeigen wird, ganz illusorisch, da, von lokalen und spezifischen Ausnahmen abgesehen, das Angebot von Arbeitskraft die Nachfrage dauernd überwiegt. Ja es ist sogar irrthümlich zu glauben, daß die Nachfrage mit der Produktivität der Arbeit wachse. Man sollte meinen, je fruchtbarer menschliche Arbeit werde, desto gesuchter müsse sie auch sein, denn desto rascher wachsen die Kapitalien, die nur durch menschliche Arbeit Befruchtung finden können, und nur das wachsende Arbeitsangebot vermöge dem entgegenzuwirken. So allgemein das geglaubt wird, so unrichtig ist es trotzdem; in Wahrheit *sinkt* die Nachfrage mit steigender Produktivität der Arbeit, weil gerade das Ausbeutungsverhältniß zur Folge hat, daß ein stets geringerer Bruchtheil der vorhandenen Arbeitskraft produktive Verwendung finden kann, und die vermehrte Leichtigkeit der Kapitalansammlung zu nichts anderem führt, als

daß Kapital und Arbeitskraft gleichmäßig unverwendbar sind. Dieser, die ganze landläufige Argumentation über Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte über den Haufen werfende Thatbestand soll noch des weiteren erörtert werden; unleugbar ist für alle Fälle, daß der Arbeitslohn nur höchst ausnahmsweise seiner Obergrenze, nämlich dem vollen Umfange des Produktionsertrages nahe gekommen ist, während er nur zu oft und in sehr ausgedehntem Maße die Untergrenze, nämlich das Existenzminimum, wie es selbst dem Sklaven für alle Fälle verabreicht werden müßte, unterschritten hat. — Nun ist allerdings richtig, daß dieses Existenzminimum selber keine fixe, unveränderliche Größe bildet, sondern von den Lebensgewohnheiten der Massen beeinflußt ist, daß heute für nothwendig gilt, was vor einem Jahrhunderte Luxus gewesen wäre, und daß also eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen eintreten kann trotz des sogenannten ehernen Lohngesetzes, welches ihren Lohn immer wieder auf das Existenzminimum herabdrückt; daraus folgt aber nur, daß diese Besserung — soweit sie überhaupt konstatirbar ist — durch das geltende Wirthschaftssystem nicht ausgeschlossen, keineswegs aber, daß sie dessen nothwendige Konsequenz ist. Wir haben es hier in Wahrheit mit einer Erscheinung zu thun, die auf allgemein ethische und nicht auf rein wirthschaftliche Motive zurückgeführt werden muß. Die steigende Bildung der Massen, ihr mehr und mehr erwachendes Selbstgefühl als Folge der politischen Gleichberechtigung, das Alles hat Bedürfnisse erst subjektiv, dann objektiv entstehen lassen, die — wenn auch nur bei vorübergehend günstiger Konjunktur — einmal erlangt, sich oft unausrottbar festsetzten. Der Mensch trennt sich im allgemeinen nur schwer und allmählich von einmal angenommenen Gewohnheiten, und entscheidend ist, daß sich gerade die höheren Bedürfnisse, insbesondere die auf Kleidung

und Wohnung Bezug nehmenden, durch ihre Verknüpfung mit den Triebfedern der Eitelkeit und des Anstandsgefühls, häufig mit einer Zähigkeit festsetzen, die selbst dem tiefsten Elend durch längere Zeit Stand hält. Ist ein höheres Bedürfniß erst einmal Standesgewohnheit geworden, so unterziehen sich in Zeiten der Noth die ihm Unterworfenen oft den bittersten, Gesundheit und Leben schädigenden Einschränkungen ihrer roheren Bedürfnisse, nur um ihren „Stand" zu behaupten, und das hat zur Folge, daß vorübergehende Epochen des Niederganges nicht selten von der verheerendsten Wirkung auf die Bevölkerungsbewegung begleitet sind, ohne doch die Lebenshaltung der davon Betroffenen sonderlich herabzusetzen. Da also ein in Intervallen sich wiederholendes Wechselspiel zwischen Aufschwung und Niedergang der Löhne Regel ist, läßt sich eine zunehmende Erhöhung der Lebensgewohnheiten der unteren Klassen insbesondere dort ganz gut erklären, wo der jeweilig erweiterte Lebensspielraum nicht zur Erweiterung der rohen thierischen Genüsse, sondern zu Annahme höherer Standesbedürfnisse benützt wird.

Daß andererseits in Zeiten steigenden Wohlstandes hie und da auch der Sklave alter Form eine Verbesserung seiner materiellen Lage erfuhr, dafür bietet uns die Geschichte aller Staaten hinreichende Beispiele. Und unser aufgeklärtes, humanes Zeitalter würde sicherlich wirklichen Sklaven gegenüber oft großmüthiger vorgehen als gegen den Arbeiter, den die Fiktion des freien Arbeitsvertrages vogelfrei macht. Unsere öffentliche Meinung, unsere Polizei würden es an gar manchen Orten dem Sklavenhalter, der aus dem Schweiße und Marke ihm eigenthümlich gehöriger Menschen Million auf Million erspart, gar sehr verargen, wenn er diese seine Arbeitskreaturen in solchem Elende schmachten ließe, wie es nach Hunderttausenden zählende Arbeiterbevölkerungen that-

sächlich zu erdulden haben, ohne daß irgend Jemand dabei Böses sähe. Und sollte man wirklich im Zweifel darüber sein, daß die Ausbeutung in Form des freien Arbeitsvertrages nicht immer milder ist, als die in Form der nackten Sklaverei, so frage man doch die Arbeitgeber, ob sie es als vortheilhaft betrachten würden, ihre Arbeiterschaften als Sklaven — nicht etwa zu kaufen, sondern geschenkt zu erhalten, mit der Verpflichtung natürlich, für Nahrung und Unterhalt der also Erworbenen hinkünftig zu sorgen. Die Mehrzahl dürfte mit einem entschiedenen Nein antworten, sie werden finden, daß Sklaven — ihre Leistungsfähigkeit mag noch so groß sein — ein kostspieliger Luxus wären, so lange keinerlei Garantie für die Verwerthbarkeit ihrer Arbeitskraft gegeben ist, eine Garantie, die mit dem Wesen der Ausbeutung gerade bei steigender Produktivität der Arbeit unvereinbar ist.

Der moderne Liberalismus hat aber ebensowenig wie er die wirthschaftliche Ausbeutung zu beseitigen oder auch nur zu mildern vermocht hat, das materielle und geistige Wohlbefinden der Menschheit erhöht. Reichthum, Bildung, Humanität sind zwar in seinem Gefolge unendlich gestiegen, nichtsdestoweniger darf ohne weiteres behauptet werden, daß das Jahrhundert, welchem er seinen Stempel aufgedrückt hat, trotz aller Fortschritte geistiger und materieller Kultur dasjenige ist, in welchem nicht etwa blos die ausgebeuteten großen Massen, sondern die Gesammtheit der Menschen — die Bevorrechteten mit inbegriffen — unglücklicher ist als je zuvor, soweit geschichtliche Erinnerung zurückreicht. Niemals zuvor waren die Genüsse an sich höher, ja selbst allgemeiner verbreitet als jetzt, und trotzdem war das Leben der Menschen niemals zuvor reizloser. Es ist kein bloßer Zufall, daß das Jahrhundert des Liberalismus und der Aufklärung den Pessimismus geboren hat, und zwar den Pessimismus nicht

etwa blos als Lebensanschauung einer geringen Anzahl von Sonderlingen, sondern den Pessimismus als Grundzug der Lebensansicht der ungeheueren Mehrzahl aller denkenden Menschen. Wir halten die Welt für schlecht, während sie unsere Vorfahren für gut hielten, weil der Lauf der Welt unsere Anschauungen über Recht und Unrecht beleidigt, den einschlägigen Anschauungen unserer Vorfahren aber im ganzen und großen entsprach. Elend und Noth hielten jene entweder für das der großen Masse gebührende Loos, oder schlimmstenfalls für ein vorübergehendes Uebel, für welches sicherer Ersatz nach dem Tode in Aussicht stünde. Wir halten Elend und Noth für das ärgste aller Uebel, wir erkennen in den unter Ausbeutung Schmachtenden unsere gleichberechtigten Brüder, wir haben keinen Trost für sie in Bereitschaft und können ihnen doch nicht helfen — was Wunder, daß Entsetzen und Grauen Jeden erfassen muß, dessen Sinnen und Fühlen weiter geht als auf die Sorge für das eigene Ich. Aber selbst der fühlloseste Egoist kann sich in der modernen Gesellschaft des Genusses nicht erfreuen. Früher hatte mit geringen Ausnahmen Jedermann seine festgefügte Stellung in der Gesellschaft. Es mochte viel oder wenig sein, was die Laune der Geburt oder des Zufalls ihm bot, er konnte doch fest darauf rechnen, daß ihm an der Tafel des Lebens der vorher bestimmte Antheil zufallen werde. Die Steigerung dieses Antheils war schwer möglich; ebenso selten und schwierig aber war es, dieses Antheils verlustig zu werden, und die ungeheuere Mehrzahl der Menschen konnte sich daher des gesicherten, wenn auch kärglich bedachten Daseins sorglos erfreuen. Zwar hatten Alterthum und Mittelalter nur für eine verhältnißmäßig geringe Anzahl Lebender den Tisch solcher Art gedeckt, aber derjenige, für welchen kein Gedeck aufgelegt war, konnte auch nicht geboren werden, und es gab daher — von vereinzelten

Ausnahmen abgesehen — in jenen Zeiten im allgemeinen kein Hasten und Ringen nach Besitz, der Kampf ums Dasein spielte sich etikettmäßig nach hergebrachten Regeln, in Wahrheit eigentlich blos zum Scheine ab. Jetzt ist der Kampf entfesselt, Jedermann darf nach dem Höchsten ringen; Jedermann muß aber zugleich darauf gefaßt sein, in den tiefsten Abgrund des Elends zurückgestoßen zu werden. Und da der Liberalismus zwar den Kampf ums Dasein entfesselte, zugleich aber der Mehrzahl der Menschen die Waffen versagte, mit welchen sie ihn erfolgreich führen könnten, ihnen gleichsam die alten Fesseln an den Händen ließ und sie trotzdem in den Kampf hinausstieß, machte er diesen zugleich zu einem hoffnungslosen für die Massen. Wären alle Hände frei und gut gerüstet, dann würde zwar weiter gekämpft werden, ja der Kampf würde erst recht verallgemeinert, aber die Entscheidung würde nicht zwischen Ueberfluß und Hunger, sondern zwischen größerem oder geringerem Ausmaß von Wohlstand schwanken, und worauf es in erster Linie ankommt: die ganze Art des Kampfes wäre grundsätzlich eine andere, denn nicht gegen den Nebenmenschen, sondern gegen die gemeinsam und im Wettbewerbe mit diesem zu überwindende Natur wären Jedermanns Waffen gerichtet, und es gäbe folglich nur mehr oder weniger Erfolgreiche, statt der Besiegten und wirthschaftlich Vernichteten in diesem Kampfe. Es ist aber in der menschlichen Natur begründet, daß Anschauungen und Lebensgewohnheiten jedes Einzelnen von den Anschauungen der Mehrzahl aller Mitlebenden bestimmt werden. In jenem Zeitalter, wo genügsame Lebensfreude die Gemüther der Meisten beherrschte, kannte selbst der elendeste Vagant, dessen Schicksal es war, an irgend einer Waldesecke hilflos zu verkommen, nicht jene bittere unabläßige Angst vor dem Hunger, die heute, wo die Mehrzahl der Menschen zu unausgesetztem Verzweiflungs-

kampfe gegen den Hunger verurtheilt ist, selbst diejenigen nicht frei läßt, die im Ueberflusse schwelgen. Unser Zeitalter ist vom Wahnsinne der Furcht vor dem Hunger besessen. Man betrachte den Millionär, dessen Bedürfnisse vielleicht gering sind, der die Zinsen seiner Zinsen nicht verzehren kann und der doch unablässig nach neuem Besitze hastet und jagt, sich des Erworbenen nicht freuen kann, weil neuer Erwerb all sein Sinnen und Trachten erfüllt! Was ist er anders, als ein Wahnsinniger, der inmitten rings aufgehäufter Schätze zu verhungern fürchtet, und wo anders liegt die Quelle seines Wahnsinnes, als in dem Schauspiele, das ihn rings umgiebt, in dem grauenerregenden Stoßen und Drängen seiner Mitbürger, denen das Hungergespenst wirklich an Leib und Leben geht. Man glaube auch nicht, daß hiemit eine Ausnahme gezeichnet ist; so allgemein ist der Wahnsinn, daß die wenigen gesund Gebliebenen als Sonderlinge verlacht werden. Wir alle, unser Besitz mag groß oder gering sein, zittern vor dem Elend, das unsere Brüder erwürgt, wir werden gepeinigt durch einen Instinkt, der gar nicht unser persönlicher sondern der unseres Zeitalters ist, dessen Quelle in Motiven liegt, mit denen wir persönlich wenig, vielleicht gar nichts gemein haben, unter deren Gewalt aber die überwiegende Anzahl der Zeitgenossen steht. Um dieses wahnsinnige Hasten nach Erwerb zu kennzeichnen, hat Henri George ein Bild von unübertrefflicher Klarheit gebraucht. Er meint, die menschliche Gesellschaft, wie sie ist, gleiche einer Heerde von Schweinen am Futtertroge, während sie doch einer gesitteten Tischgesellschaft gleichen könnte, wo Jedermann dem Nachbar das Seine gönnt, ja ihn freundlich bedient, in der sicheren Ueberzeugung, daß genug für Alle da sei. Wer jemals Gelegenheit hatte, eine Schweineheerde am Futtertroge, richtiger am Tränktroge zu sehen, zu beobachten, mit welch unsinniger Gier sich die ungebärdigen

Borstenträger auf ein Mahl stürzen, das ihnen überreichlich zugemessen ist, sich dabei unter wüthendem Grunzen beißen und balgen, als ob es ihnen nicht darum zu thun wäre, selber satt zu werden, sondern die anderen nicht satt werden zu lassen: der wird bei einigem Nachdenken finden, daß diese Szene Zug für Zug an den Daseinskampf in der modernen Gesellschaft erinnert, und wir müssen sofort hinzufügen, daß ebenso die Behauptung Georges, derselbe könnte sich dem Wesen nach unter den Formen einer gesitteten Tischgesellschaft abspielen, durchaus richtig ist — nur allerdings unter der Voraussetzung, daß fürderhin nicht um Arbeitsgelegenheit gekämpft, sondern in der möglichst fruchtbringenden Ausnützung der für Jedermann selbstverständlichen Arbeitsgelegenheit gewetteifert wird. Es ist in der That mehr als genug vorhanden für Alle, Niemand braucht den Andern vom Futtertroge zu verdrängen, um selber satt zu werden. Kein Naturgesetz, nicht das unabänderliche Wesen der Dinge, sondern einzig die derzeitige Organisation der Gesellschaft zwingt uns, um selber satt zu werden, den Vordermann niederzutreten, die Nebenmänner auf die Seite zu stoßen und den Hintermann nicht vorkommen zu lassen. — Allerdings ist die Tafel der Natur nicht derart zum Zulangen bereit gestellt, wie das Spülwasser im Schweinetroge oder die gedeckte Tafel bei einem Gastmahle, es gehört Arbeit dazu, um den Naturvorrath in menschliche Genußmittel umzuwandeln. Der Irrthum, oder richtiger gesagt die falsche gesellschaftliche Organisation liegt blos darin, daß diese Arbeit auf Verdrängung Anderer gerichtet ist, während sie ohne das nicht blos ebenso gut, sondern besser verrichtet werden könnte. Die Theilnehmer am Georgeschen Gastmahle speisen gar nicht aus einer Schüssel, vielmehr bestellt und bezahlt Jedermann seine Portion selber; es ist nur überflüssig, sich die Plätze zu beneiden, sich die Schüsseln und das Eßbesteck aus

den Händen zu schlagen, damit Alles in schönster Ordnung von statten gehe und Jedermann satt werde.

Es ist nun allerdings richtig, daß in diesem Punkte auch vor den Zeiten des Liberalismus das gesellschaftliche Gastmahl viel mehr Züge vom Schweinetrog als vom Speisetisch an sich trug; es wurde gedrängt und gestoßen, nur nicht so heftig wie in der Gegenwart; das Entscheidende liegt aber darin, daß gerade der nämliche Liberalismus, der das Stoßen und Drängen erst recht bestialisch gestaltet hat, zugleich die Erkenntniß der Bestialität dieses Gebahrens in uns wachrief und unsere Seele mit schmerzlichem Verständniß für das Loos der bei diesem sinnlosen Treiben bei Seite Gestoßenen und Niedergetretenen erfüllte. Er ist es, der uns auf religiösem, politischem und wirthschaftlichem Gebiete mit Mißtrauen und Abneigung gegen die alte Ordnung erfüllt, ohne eine neue begründet zu haben.

Er nahm uns den moralischen Halt, an den wir bisher glaubten, und konnte uns noch keinen neuen geben. Es mag wahr oder falsch sein, daß die Moral in Gottes Gebot begründet sei; Thatsache ist, daß der Liberalismus den Menschen mehr und mehr diesen Glauben benimmt, ohne ihnen doch in plausibler, wirksamer Weise sagen zu können, aus welchem anderen Grunde sie moralisch sein müßten, und es wird ihm das nicht gelingen, so lange nicht gezeigt wird, welches Interesse die Menschen an Moral und Tugend haben. Die alten Moralisten hatten ein handgreifliches und äußerst wirksames zur Verfügung: Gott forderte nicht blos die Tugend, er belohnte sie auch in so reichem Maße, daß nichts anderes als der Glaube an die Realität dieser Verheißungen nothwendig war, um Moral und Tugend mit einer wirksamen Schutzwehr zu umgeben. Was haben aber die in die Schule des Liberalismus gegangenen Massen von Moral und Tugend? Es ist

nicht schwer zu beweisen, daß beide nichts anderes sind, als Eigenschaften, deren Uebung im Nutzen der menschlichen Gesammtheit liegt, ja an der Hand des Entwickelungsgesetzes läßt sich sogar zeigen, wie sie im natürlichen Verlauf der Dinge entstanden. Aber was kümmert den Hungernden der Nutzen der Gesellschaft, die ihn elend verkommen läßt? Warum sollen die Massen einer höheren Gemeinschaft zu Liebe ihren selbstischen Instinkt bändigen, da diese höhere Gemeinschaft sie ausschließt vom Mitgenuß jener Güter, deren Erwerbung allerdings die fleißige Uebung von Moral und Tugend zur nothwendigen Voraussetzung hat. Und dies gilt in letzter Linie nicht blos von den nothleidenden Massen, sondern für Jedermann, der unter dem Wohl der menschlichen Gesellschaft nicht den Nutzen einiger Auserwählter, sondern den Nutzen Aller versteht, also gerade für die besten und edelsten Geister. Gerade diesen wird Tugend leerer Schall, wenn sie glauben müssen, daß die Uebung der höchsten gesellschaftlichen Tugenden das Loos der ungeheueren Mehrzahl der Menschen zu verbessern schlechterdings außer Stande sei. In der That, wenn die moderne Gesellschaftsform der letzte Schluß menschlicher Entwickelung ist, wenn wirthschaftliche Gleichheit und Gerechtigkeit sich nicht verwirklichen lassen, dann ist Tugend eine Albernheit und Egoismus die einzige Vernunft; denn es ist vorsichtig und klug, seine selbstischen Begierden um des eigenen Seelenheiles willen auf das Gebot eines allwissenden Richters zu bändigen; es wäre erhaben, den Nutzen des eigenen Ich dem Wohle des Menschengeschlechtes unterzuordnen; aber es wäre thöricht, sich einer Gesellschaft zu opfern, deren Segnungen nur für Wenige vorhanden sind.

Der moderne Liberalismus mit seinem Gegensatze politischer Gleichheit und wirthschaftlicher Ungleichheit enthält also einen inneren Widerspruch, der auf die Dauer un-

möglich bestehen kann. Deshalb aber ist es nicht minder falsch, ihn zu verwerfen oder ihm die Schuld an der bestehenden wirthschaftlichen Ungleichheit in die Schuhe zu schieben. Das große Verdienst des Liberalismus ist es, die Nothwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; daß er sie nicht verwirklichte, ist nicht seine Schuld, ja es soll gezeigt werden, daß er den historisch einzig möglichen Weg einschlug, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß. Der Irrthum der orthodoxen Liberalen liegt blos darin, daß sie sich dem Wahne hingeben, das angestrebte Ziel sei bereits erreicht, daß sie die Richtung nach dem Ziele mit dem Ziele selber verwechseln. Die seit einem Dezennium mit so großer Heftigkeit auftretende Reaktion nach dem Mittelalter hinwieder hat insoferne Recht, als sie behauptet, daß der Liberalismus sein Ziel nicht erreicht habe; ihr Irrthum aber liegt darin, daß sie die eingeschlagene Richtung für falsch hält, die Möglichkeit leugnet, dieses Ziel jemals zu erreichen, und den Einklang zwischen Theorie und Praxis dadurch herstellen will, daß sie die Theorie auf das Niveau ausbeuterischer Praxis zurückzuschrauben gedenkt. Weil die wirthschaftliche Gleichberechtigung noch nicht verwirklicht werden konnte, soll endgiltig auf dieselbe verzichtet und auch die politische eingeschränkt werden, damit die Menschheit solcherart den verloren gegangenen Einklang der Prinzipien und des praktischen Lebens zurückerhalte. — Die Feinde des Liberalismus im kommunistischen und sozialistischen Lager wieder theilen mit den Reaktionären die richtige Erkenntniß, daß der Liberalismus sein Ziel nicht erreicht habe, und sind gleich diesen größtentheils geneigt zu glauben, daß der seit einem Jahrhundert eingeschlagene Weg niemals zur wirthschaftlichen Gerechtigkeit führen werde; da sie aber mit dem Liberalismus über das zu erreichende Ziel einig sind, so befinden sie sich auf der

Suche nach ganz neuen Methoden, die auf anderem Wege als auf jenem der Freiheit zur Beseitigung der wirthschaftlichen Ausbeutung führen sollen. Die Wahrheit liegt darin, daß zu wirthschaftlicher Erlösung der Menschheit nichts anderes nothwendig ist als energisches, zielbewußtes Fortschreiten auf dem seit einem Jahrhundert betretenen Pfade. Die politische Emanzipation war blos der erste Schritt, der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt die ferneren vollbracht werden müssen. Jenes Geschlecht, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts vorfanden, mußte zur Freiheit erzogen werden, und es ist im Wesen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher vollendet war als die wirthschaftliche. Politische Freiheit ist an sich etwas Negatives, das Aufhören politischer Knechtschaft, woraus folgt, daß auch politisch unreife Massen zum mindesten vorübergehend frei sein können, in welchem Falle nichts anderes erforderlich ist, als daß sie ihre politischen Rechte nicht ausüben. Sie gerathen dadurch allerdings in Gefahr, die Freiheit wieder zu verlieren, und haben sie aus solchem Grunde auch häufig wieder eingebüßt; nothwendig aber ist dies nicht, und die politische Freiheit hat im großen ganzen diese Uebergangsepoche in der That glücklich überdauert. Man kann politisch frei sein, ohne sein Abstimmungsrecht auszuüben, denn es geschieht zwar nicht immer, aber doch häufig genug, daß die Regierenden ihre unkontrolirte Gewalt politisch nicht mißbrauchen. Die wirthschaftliche Freiheit dagegen ist etwas Positives, sie muß ausgeübt werden; wer nicht Gegenstand der Ausbeutung sein, wer nicht zu Nutz und Frommen Dritter arbeiten will, muß selbständig produziren, und es wäre Wahnsinn gewesen, von einem vieltausendjähriger Sklaverei noch gar nicht entwachsenen Geschlechte die Fähigkeiten selbständiger Produktion zu erwarten. Diese lassen sich nur allmählich und mühsam er-

lernen, es muß dazu eine Organisation der Arbeit erst geschaffen werden und zwar geschaffen im Wege organischer Entwickelung, für welche bisher in der Geschichte menschlicher Einrichtungen kein Muster vorhanden ist. Während sich die Massen bei Ausübung ihnen verliehener politischer Rechte der Hauptsache nach ohne weiteres in die bestehenden politischen Gestaltungen einzufügen vermochten, ist die Ausübung der wirthschaftlichen Gleichberechtigung im Rahmen der auf Ausbeutung beruhenden wirthschaftlichen Institutionen schlechterdings unmöglich. Der Sklave, dem beispielsweise das Wahlrecht verliehen wird, braucht bei Ausübung desselben nichts anderes zu thun, als was die Freien vor ihm schon durch ungezählte Jahrtausende gethan haben; es ist an sich betrachtet nicht einmal nothwendig, daß seine Befreiung mit irgend welchen Neugestaltungen der politischen Verfassung verbunden sei. Soll aber der bis dahin vom Brodherrn Gelenkte auf eigene Faust produziren, so genügt es nicht, ihn auf das Beispiel des Brodherrn zu verweisen, vor allem schon deshalb nicht, weil dieser ja in der Regel selber gar nicht gearbeitet, sondern sich darauf beschränkt hat, Nutzen aus der Arbeit Anderer zu ziehen; der emanzipirte Arbeiter muß in Wahrheit etwas vollbringen, was bisher noch nie und nirgends geschehen ist: das einzige Beispiel, auf das man ihn allenfalls verweisen könnte, nämlich das jener wilden Horden, die ohne Ausbeutung, aber auch ohne Eigenthum und Arbeitstheilung in wirthschaftlicher Freiheit lebten, kann für ihn nicht passen, weil sich inzwischen Inhalt und Umfang menschlicher Arbeit radikal geändert haben. Die wirthschaftliche Freiheit des Wilden ist der Hauptsache nach auf Isolirung gegründet, seine Produktion ist unabhängig, weil außer Zusammenhang mit der Produktion Anderer. Jetzt aber gilt es, die Unabhängigkeit der Arbeit trotz des nothwendig gewordenen In-

einandergreifens der Produktion Aller zu wahren, und das hat eine grundlegende Neuorganisation zur Voraussetzung, deren Form und Methode nicht blos unbekannt ist, sondern willkürlich gar nicht geschaffen werden kann, vielmehr erst allgemach entwickelt werden muß. Diese Entwickelung aber hat mannigfache Anpassungen und Umwandlungen des Volkscharakters zur Voraussetzung und bedarf zu ihrer Reife einer geraumen Zeit. Das Wissen, das Selbstbewußtsein, die geistige und physische Tüchtigkeit der Massen müssen sich wesentlich heben, bevor es diesen gelingen kann, aus gedankenlosen Knechten zu eigenberechtigten Produzenten zu werden, und dieses Erziehungswerk, die erste Vorbedingung wirthschaftlicher Freiheit, hat der Liberalismus in erfolgreichster Weise in die Hand genommen. Er hat den Massen Bildungsdrang und das Bewußtsein ihrer Menschenwürde gegeben, und sein Verdienst ist es, daß zum erstenmale, seit unsere Rasse diesen Planeten bevölkert, die Erkenntniß dessen zu erwachen beginnt, was Alles zur Verwirklichung der vollen Freiheit in Wahrheit noch erforderlich ist.

Und noch nach einer anderen Richtung hat der Liberalismus die Vorbedingungen wirthschaftlicher Freiheit geschaffen. Der ungeahnte Impuls, den die durch ihn bewirkte Befreiung der Geister, Hand in Hand gehend mit der gleichfalls durch ihn entfesselten schrankenlosen Erwerbsthätigkeit dem materiellen Fortschritte verlieh, legte die Grundlage, auf der allein die Beseitigung der Ausbeutung überhaupt möglich ist. Es wird sich später zeigen, daß nur eine reiche, mit hochgradiger Produktivität der Arbeit ausgestattete Gesellschaft die Ausbeutung entbehren und zu wirthschaftlicher Gleichberechtigung übergehen kann. Daß beides, Reichthum und Produktivität, in dem Jahrhunderte des Liberalismus Fortschritte gemacht haben, die absolut und relativ den Aufschwung früherer Jahrtausende

übertreffen, ist bekannt, und ebenso allgemein wird zugestanden, daß diese materielle Blüthe keine zufällige Begleiterscheinung, sondern die nothwendige Konsequenz der liberalen Prinzipien ist. — Es ist also richtig, daß der Liberalismus noch nicht erfüllt hat, was er versprach, daß er der Menschheit die volle Freiheit und Gleichberechtigung noch nicht zu geben vermochte; ebenso richtig ist, daß Jene dem menschlichen Fortschritt einen schlechten Dienst erweisen, welche die bisherige Unfruchtbarkeit dieses Prinzips auf wirthschaftlichem Gebiete verkennend, die menschliche Entwickelungsgeschichte mit der heutigen Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen halten. Trotzdem ist der Liberalismus nicht, wie seine Gegner von rechts und links behaupten, der kolossalste Irrthum, den die Menschheit jemals begangen, sondern die gewaltigste That, von deren Früchten noch kommende Jahrtausende zehren werden.

Zweites Kapitel.

Die wirthschaftliche Gerechtigkeit.

Bevor wir im Gange unserer Untersuchung weiter schreiten, muß zuvörderst mit möglichster Schärfe festgestellt werden, worauf es bei Lösung des sozialen Problems eigentlich ankommt. Angesichts des Mißbrauches, der mit den Worten Gleichberechtigung, Gleichheit und Freiheit in der Regel getrieben wird, ist dies durchaus keine leichte Aufgabe. Wenn unter wirthschaftlicher Gleichberechtigung oder Gleichheit verstanden werden soll, daß allen Menschen der gleiche Antheil an den Gütern dieser Erde zugemessen werde, so ist es unsere Ansicht, daß diese Gleichheit sich ebensowenig jemals verwirk-

lichen läßt, als es wünschenswerth ist, daß sie jemals verwirklicht werde. Vor allem widerspricht eine derartige absolute Gleichheit der menschlichen Natur. Weder die Kräfte und Fähigkeiten, noch die Bedürfnisse der Menschen sind gleich, und es ist daher widersinnig, von Allen die nämliche Leistung zu fordern, oder Allen die nämlichen Genüsse zuzumessen. Der Eine ist stark, findig und energisch, der Andere schwach, unbehilflich und faul; mit welchen Mitteln will man es zuwege bringen, daß der letztere das nämliche leiste wie der erstere, und ist es nicht selbstverständlich, daß jeder Versuch, eine solche Gleichartigkeit der Leistung zu erzwingen, dazu führen müßte, die Leistungen Aller auf das Niveau der Unfähigsten herabzudrücken? Doch es giebt bekanntlich auch eine Richtung, welche die absolute Gleichheit nur für die Bedürfnißbefriedigung gemeint haben will, zwischen Leistung und Genuß keinen nothwendigen Zusammenhang anerkennt und von der Voraussetzung ausgeht, daß man auch bei Ungleichartigkeit der Leistung die gleiche Gütervertheilung durchführen könne. Aber hier stehen wir vor der nämlichen Schwierigkeit. Schon das Nahrungsbedürfniß ist nicht bei allen Menschen das gleiche. Es giebt ebensowenig einen Normal-Magen wie einen Normal-Gaumen; was für den Einen Ueberfluß, ist für den Anderen bitterer Mangel, was dem Einen behagt und schmeckt, flößt dem Anderen Widerwillen ein. Ebenso verhält es sich mit allen anderen Ansprüchen an das Leben; der Eine braucht warme, also im Durchschnitte schon deshalb kostspielige Kleidung, der Andere fühlt sich in leichter Kleidung behaglich, der Eine hat Sinn für Schmuck und Zier der äußeren Erscheinung, der Andere nicht. Die gleichen Divergenzen bestehen in den Anforderungen an Wohnung, Unterhaltungs- und Belehrungsmittel, kurzum in allen Sphären menschlicher Bedürfniß-

befriedigung. Welche Thorheit läge darin, Allen das nämliche Ausmaß von Genußmitteln zumessen zu wollen, und welche Ungerechtigkeit darin, den Genügsamen dazu zu verhalten, daß er durch seine Anstrengungen mit dazu beitrage, Bedürfnisse zu befriedigen, die er für überflüssig hält. Und da das letzte Ziel aller wirthschaftlichen Bestrebungen doch darin bestehen sollte, das menschliche Glücksgefühl zu erhöhen, so muß auf den ersten Blick einleuchten, daß dieser Zweck nur schlecht nach einer Methode erreicht werden könnte, die Jedermann zwingt, für Genüsse zu arbeiten, die ihm theilweise werthlos erscheinen, und ihn andrerseits verhindert, Genüsse zu erreichen, auf welche vielleicht seine leidenschaftlichen Bestrebungen gerichtet sind. Allerdings wenden die Verfechter der absoluten Gleichheitstheorie ein, daß es nicht darauf ankomme, Einzelnen das höchste Glück zu sichern, sondern darauf, jene Ordnung zu finden, bei welcher die überwiegende Masse der Menschen am besten fährt. Alle die soeben gemachten Einwendungen — so wird behauptet — hätten Sinn und Geltung für jene glückliche Minderzahl, die auch heute schon bessere und höhere Bedürfnisse bei mäßiger Arbeit zu befriedigen vermag; für die große Masse aber, die bei aufreibender Arbeit im tiefsten Elend verharrt, komme es wahrlich nicht darauf an, ob bei der neuen Ordnung der Dinge vielleicht auch ein wenig überflüssige Arbeit mit unterlaufen und vielleicht irgend ein höheres Bedürfniß unbefriedigt bleiben könnte; die Massen würden unendlich weniger Plage und unendlich mehr Genüsse haben als jetzt, wenn das Arbeitsprodukt Aller gleichmäßig aufgetheilt würde, und das sei denn doch die Hauptsache. Das wäre richtig, wenn dabei nicht eine doppelte petitio principii mit unterliefe. Es wird nämlich stillschweigend vorausgesetzt, daß sich auf anderem Wege als auf dem der absoluten Gleichheit eine Aenderung des geltenden Wirth-

schaftssystems nicht durchführen lasse, und zum zweiten wird vorausgesetzt, daß auf diesem Wege eine, wenn auch vielleicht nicht alle Ideale erfüllende, so doch im Verhältniß zum gegenwärtigen Zustande ganz außerordentliche Verbesserung des Zustandes der arbeitenden Klassen zu bewerkstelligen sei. Beides ist falsch. Das herrschende System läßt sich ändern, die wirthschaftliche Gleichberechtigung durchführen, ohne daß man den Versuch zu machen brauchte, eine der menschlichen Natur zuwiderlaufende Nivellirung ins Werk zu setzen, und die Lage der Mehrzahl aller Menschen würde sich nicht verbessern, sondern wo möglich noch verschlimmern, wenn man diesen Zustand unnatürlicher Gleichheit herbeiführen wollte.

Eine wirthschaftliche Ordnung, die von Jedermann die gleiche Leistung beansprucht oder Jedermann ohne Rücksicht auf seine Leistung dasselbe Ausmaß von Genußmitteln zuweisen wollte, müßte nämlich zum gänzlichen Stillstande des menschlichen Fortschrittes führen, weil dadurch jenes Element aus der menschlichen Gesellschaft beseitigt würde, welches hier, gleichwie in der ganzen Natur, allein die Triebfeder fortschreitender Entwickelung ist, nämlich der Kampf ums Dasein. Wohl ist es richtig, daß der Hunger nicht der einzige Anreiz menschlichen Strebens ist, ja die sogenannten höheren Impulse sind sogar weit geeigneter, als der bloße thierische Hunger, der menschlichen Betriebsamkeit den nachdrücklichsten Sporn zu geben; aber ohne Eigennutz im weiteren Sinne des Wortes ist energisches Streben nur höchst ausnahmsweise bei ganz ideal angelegten Naturen vorauszusetzen. Wo die Verantwortlichkeit des Einzelnen für das eigene Wohl und Wehe aufhört, hat auch die Betriebsamkeit und mit dieser der Kulturfortschritt sein Ende gefunden. Vorbei wäre es mit dem rastlosen Schaffensdrang, mit dem unermüdlichen Wettbewerbe, der allein all die Wunder der Wis-

senschaft und Technik zuwege gebracht hat, deren wir uns erfreuen; die Produktivität menschlicher Arbeit würde sich fernerhin nicht steigern. Da aber gleichzeitig gerade dieses System der absoluten Gleichheit jede Schranke der Bevölkerungszunahme beseitigt hätte, so wäre man nur zu rasch dahin gelangt, durch Uebervölkerung demselben und schließlich noch trostloserem Elend zu verfallen, als es derzeit die Ausbeutung über die Massen heraufbeschwört. Daß es keine den Neid reizende Ausnahme vom allgemeinen Elend gäbe, ist allerdings richtig, und es soll gar nicht geleugnet werden, daß damit eine subjektive Linderung jenem Zustande gegenüber geschaffen wäre, in welchem sich heute die Massen befinden, denen der stündliche Anblick unverdienten fremden Glückes gleich einem vergifteten Stachel den Seelenfrieden stört. Aber andererseits wäre diese Ausnahmslosigkeit des Elends auch gleichbedeutend mit dem völligen Untergange aller Kultur, und es gäbe bald Niemanden mehr, der geeignet wäre, das heilige Feuer der Wissenschaft zu unterhalten, die Menschheit würde nicht blos stille stehen, sie würde gar bald auch die Erinnerung an die ganze Kulturarbeit vergangener Jahrtausende verloren haben. Um da dem so ist, ist es eben unmöglich, daß eine derartige Entwickelung platzgreife, unmöglich aus dem Grunde, weil ja ganz offenbar nicht die ganze Menschheit auf einmal zu einem solchen System überginge, sondern sicherlich Nationen genug vorhanden wären, die vorerst noch auf der alten Wirthschaftsstufe beharren oder einen anderen, besseren Weg der Reform einschlagen würden. Diese wären dann kraft ihrer überlegenen Kultur und der dadurch bedingten höheren Macht sehr bald die Herren der in die Barbarei des Kommunismus versunkenen Nationen: mit anderen Worten, ein derartiges Experiment fände sein Ende durch die Unterwerfung unter fremde, durch Beseitigung des Kampfes ums Dasein nicht ruinirte Eroberer.

Die absolute Gleichheit ist aber, gleich wie sie unmöglich ist, auch unnöthig. Das dem herrschenden Wirthschaftssystem zu Grunde liegende Mißverständniß, daß nämlich die Gleichberechtigung möglich sei ohne die Anerkennung des gleichen Anrechtes Aller auf die Natur, hat durch Gegendruck zu dem am anderen Extreme liegenden Mißverständniß geführt, daß die Gleichberechtigung den gleichen Antheil am Genusse der Güter der Erde zur Voraussetzung habe. Weil man sah, daß alle verbrieften Rechte werthlos und illusorisch sind, wenn gerade mit Bezug auf das wichtigste Recht, nämlich auf die Existenzberechtigung, eine Ausnahme gemacht wird, ließ man sich zu dem Irrthume verleiten, daß es überhaupt mit der Gewährleistung von Rechten nicht gethan sei, sondern daß es Sache der Gesellschaft und des Staates wäre, die Ausübung der Rechte in die eigene Hand zu nehmen. Weil man als Unrecht erkannte, daß Wenige genießen, was Viele erzeugen, glaubte man Abhilfe nur dann finden zu können, wenn Alle genießen, was Alle erzeugen, ohne auf die so nahe liegende Wahrheit zu verfallen, daß Jedermann genießen solle, was er selber erzeugt.

Das Prinzip der Gesellschaft soll die Gerechtigkeit, nicht aber die Auffaugung aller selbständigen Thätigkeit in einen allmächtigen Gesammtwillen sein. Nicht deshalb ist die bestehende Wirthschaftsordnung schlecht, weil sie die Ungleichheit nicht beseitigen kann, sondern blos insofern, als sie die Ungleichheit im Wege eines Unrechts selber zuwege bringt. Und dieses Unrecht liegt ausschließlich darin, daß Einrichtungen und Gesetze bestehen, welche den einen Menschen in den Stand setzen, den anderen um den Lohn seines Fleißes zu bringen, ihn zu zwingen, für fremden Vortheil sich zu plagen. Wäre es richtig, daß auch nach der bestehenden Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung Jedermann seines Glückes Schmied sei, und

hätten die vorhandenen Ungleichheiten darin ihren Grund, daß der Geschicktere, Klügere, Tüchtigere sich über seine Mitmenschen emporzuschwingen vermag, so ließe sich dagegen nichts einwenden, denn es ist nicht blos in der Ordnung, es ist sogar nützlich und nothwendig, daß im Kampfe ums Dasein der Tüchtigere über den minder Tüchtigen den Vortheil davon trage. Aber es ist nicht wahr, daß dem so ist; nur in höchst vereinzelten Ausnahmefällen entscheidet sich in unserer modernen Gesellschaft der Kampf ums Dasein nach Tüchtigkeit oder selbst nach Glück; die gesetzlichen Einrichtungen sind es, die Sonne und Wind vertheilen, die ohne jegliche Rücksicht auf menschliche Fähigkeit die Güter der Erde dem Einen in den Schoß werfen, dem Anderen versagen. Der blödsinnige Krüppel kann den Sieg davontragen über den Halbgott an Kraft und Schönheit, dessen Gehirn die herrlichsten Gedanken zu fassen geeignet wäre, und zwar nicht etwa blos aus dem Grunde, weil die blinde Laune des Zufalls Jenen segnet und Diesen verfolgt, sondern weil vorbedachte Gesetze und Einrichtungen es so wollen, weil Jenem die Herrschaft über die Natur zugesprochen wurde, Dieser aber enterbt ist, und unsere Satzungen es folgeweise so einrichten, daß der Halbgott der Knecht des Kretins sein kann. Daß die Beseitigung dieses Unrechts zugleich die Folge hätte, selbst den elendesten, von der Natur am stiefmütterlichsten bedachten Erdensohn nicht jenes Ausmaß von Erniedrigung und Entbehrung aufzuerlegen, dem heute auch der Herrlichste ausgesetzt sein kann, wenn er zu den bei Vertheilung der Erde mit einer Niete Bedachten gehört, ist allerdings richtig, aber doch nichts anderes als eine, wenn auch nothwendige Begleiterscheinung der Gerechtigkeit, die keineswegs verlangt, daß Jedem das *Gleiche*, sondern daß Jedem das *Seine* zugemessen werde. Gegen dieses richtig verstandene Prinzip der Gerechtigkeit verstößt der Kommunis-

mus eben so sehr, wie die geltende Ordnung; diese sanktionirt die Ausbeutung des einen Individuums durch das andere, jener die Ausbeutung des Individuums durch die Gesammtheit. Gerechtigkeit dagegen ist die Beseitigung jeglicher Ausbeutung.

Die Anhänger der sogenannten orthodoxen Nationalökonomie, d. h. diejenigen, welche die bestehende Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung unverändert aufrecht erhalten wollen, scheiden sich in zwei Lager: in solche, welche die Welt, wie sie ist, für die beste aller Welten halten, von der Ueberzeugung ausgehend, daß, abgesehen von jenen Mängeln, die allen irdischen Dingen anhaften, das Interesse der Gesammtheit sowohl als der einzelnen Individuen am besten gewahrt sei unter der Herrschaft jener Freiheit, in deren Genuß wir uns befinden, — und in solche, welche zwar zugeben, daß das geltende Wirthschaftssystem den rechtlichen und moralischen Anschauungen unseres Zeitalters nicht entspricht, die aber an der Möglichkeit verzweifeln, diese von ihnen keineswegs unterschätzten Mängel zu beseitigen. Die ersteren leugnen, daß das geltende Wirthschaftsprinzip der wirthschaftlichen Gerechtigkeit widerspreche; sie finden kein Unrecht darin, daß die Erde von Wenigen in Besitz genommen ist: denn, so behaupten sie, nicht daß Jeder besitze und genieße, sondern daß Jedermann Besitz und Genuß erstreben dürfe, sei ein Erforderniß der Gerechtigkeit. Sie leugnen, oder richtiger gesagt, sie übersehen, daß es das Gesetz ist, was die Masse vom Besitze ausschließt, und behaupten im Gegentheile, daß das Gesetz gleichmäßig einem Jeden die Möglichkeit des Besitzes eröffne, gleichmäßig Jeden im erlangten Besitze schütze. In ihren Augen giebt es heute kein Vorrecht mehr, sondern blos den Schutz selbsterworbener Rechte, wobei sie den Hauptnachdruck darauf legen, daß das Gesetz keinen Unterschied mache in der

Person des Erwerbenden. Es beruht dies ganz einfach auf einer Verwechselung zwischen Recht und Gesetz. Weil das geltende Gesetz vorschreibt, daß Jedermann in dem, was er unter gewissen Voraussetzungen erwirbt und besitzt, geschützt werden müsse, folgern sie ohne weiteres, daß dieser so umschriebene Schutz auch recht und billig sei. Sie vermeiden jede Untersuchung der Gerechtigkeit des Gesetzes, und wenn sie schon eine solche anstellen, so läuft dieselbe doch immer auf die petitio principii hinaus, daß dort kein Unrecht vorliegen könne, wo es sich blos um Wahrung eines durch Gesetze festgestellten Rechtszustandes handelt. Die von dieser Seite unternommenen Versuche einer prinzipiellen Rechtfertigung des geltenden Rechtszustandes beruhen sämmtlich auf Verkennung der einfachsten logischen Grundregeln. Die wichtigsten der zur Vertheidigung des geltenden Wirthschaftssystems vorgebrachten Argumente laufen auf den Beweis hinaus, daß das Eigenthum nothwendig sei zu voller Entfaltung der freien menschlichen Individualität. Diese Prämisse ist richtig, nur folgt aus ihr das Gegentheil dessen, was bewiesen werden soll. Denn gerade, weil das Eigenthum nothwendig ist zu voller Entfaltung freien Menschenthums, muß eine Wirthschaftsordnung als falsch bezeichnet werden, die neun Zehntheile der Menschen des Eigenthums beraubt. Um die Richtigkeit des herrschenden Wirthschaftssystems zu deduziren, müßte nachgewiesen werden, daß nicht faktisches, sondern fakultatives Eigenthum nothwendig sei, daß es nicht darauf ankomme, daß der Mensch thatsächlich einen Wirkungskreis zu Entfaltung seiner Naturanlagen habe, sondern blos darauf, daß er unter gewissen Voraussetzungen einen solchen haben könne. Und umgekehrt müßte auch nachgewiesen werden, daß nicht der Besitz von Eigenthum überhaupt, sondern der von Eigenthum in unbeschränktem Umfange und auf

Kosten der Eigenthumsantheile anderer Menschen nothwendig sei. Die Thesis „Eigenthum ist zu freier Entfaltung menschlicher Individualität nothwendig" muß schlankweg als sozialistisch bezeichnet werden; im Sinne der orthodoxen Nationalökonomie hätte sie zu lauten: „Zu freier Entfaltung der menschlichen Individualität ist es nothwendig, daß einzelne Menschen Eigenthum haben." Einen Sinn hätte die Berufung auf die Nothwendigkeit des Eigenthums von dieser Seite überhaupt nur dann, wenn man vor die Alternative einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes oder einer Abschaffung allen und jeglichen Eigenthums gestellt wäre, und selbst in diesem Falle müßten die Anhänger des Bestehenden logischer Weise auf Grund ihres eigenen Raisonnements zugeben, daß ihre Prinzipien nur einer Minderzahl von Menschen die volle Entfaltung ihrer Individualität ermöglichen.

Das begreift denn auch eine große Anzahl der Anhänger der alten Schule, und diese geben daher wie gesagt ohne weiteres zu, daß die bestehende Wirthschaftsordnung ungerecht sei und die Mehrzahl der Menschen einem bejammernswerthen Schicksale überantworte. Anhänger des Bestehenden sind diese letzteren nur aus dem Grunde, weil sie die Möglichkeit nicht einsehen, das von ihnen ganz richtig erkannte Prinzip der Gerechtigkeit in das wirthschaftliche Leben einzubeziehen. Es wäre allerdings das Beste und allein Gerechte, so behaupten sie, allen Menschen ihren Antheil an der Natur offen zu halten; es gebe aber keine Möglichkeit, dieses Postulat prinzipieller Gerechtigkeit praktisch zu verwirklichen; wollte man es versuchen, so wäre gehäuftes Elend die unvermeidliche Folge. Um das zu beweisen, berufen sie sich auf eine ganze Reihe angeblicher Naturgesetze, die einer vollkommen gerechten Ordnung des wirthschaftlichen Lebens entgegenstehen sollen. Der Mensch, so wird behauptet, folge in wirthschaftlicher Beziehung blos dem

Impulse des Eigennutzes, und wer diesen in seiner freien Bethätigung hindern wolle, der verstopfe damit zugleich die Quelle jeglichen Fortschrittes. Auch hier ist die Prämisse richtig, nur folgt auch hier das Gegentheil von dem, was bewiesen werden soll, aus derselben. Das Argument wäre brauchbar gegen jene kommunistische Schule, die sich dem Wahne hingiebt, die Produktion durch Gemeinsinn und Liebe allein im Gange erhalten zu können; wenn es sich jedoch um die Untersuchung der Frage handelt, wie sich die Produktion in einer Gesellschaft gestalten würde, als deren oberstes Prinzip wir aufgestellt haben, daß Jedermann im Genusse dessen sein soll, was er selber erzeugt hat, dann kann doch offenbar die Berufung auf den produktionsförderlichen Einfluß des Eigennutzes nur ein Argument für diese Wirthschaftsreform sein. Für neun Zehntheile der Menschen ist heute dieses gewaltigste aller Stimulantien des Fleißes gar nicht vorhanden, kann es nicht sein, weil ja neun Zehntheile aller Menschen gar nicht zu eigenem Nutz und Vortheil sondern zu Nutz und Vortheil Anderer arbeiten. Der moderne Arbeiter ist am Gange der Produktion nicht lebhafter interessirt, als der antike Sklave; er darf nicht wesentlich schlechter arbeiten, als dies durchschnittlich seine Genossen thun, da er sonst befürchten muß entlassen zu werden; dafür hat er die Peitsche nicht zu fürchten, wie der Sklave, und es hängt von den Umständen ab, welches Schutzmittel gegen Faulheit sich als das mächtigere erweist, die Furcht vor dem Hunger oder die vor der Peitsche. Zugegeben aber auch, daß sich die Wagschale zu Gunsten des Hungers neigt, d. h. also, daß die moderne Wirthschaftsordnung bessere Garantien für den Fleiß der Arbeiter giebt, als die antike, so darf man doch beileibe den damit gegebenen Arbeitsimpuls nicht mit dem Eigennutze verwechseln; letzterer ist ein positives, erstere ein blos negatives Beförderungsmittel menschlicher Be-

triebsamkeit, und wie gewaltig der Unterschied zwischen beiden ist, zeigen gerade die Erfahrungen, die unter der Herrschaft der heutigen Weltordnung so reichlich gesammelt werden können. Wer kennt den ungeheueren Abstand in der Betriebsamkeit jener beiden Menschenklassen nicht, in welche sich die heutige Welt scheidet, der Besitzenden und der Nichtbesitzenden? Hier rastloses Forwärtsstreben, intelligente Benutzung aller Verhältnisse, unermüdliche Fürsorge und in der Regel weise Sparsamkeit; dort die Indolenz der Verzweiflung, mechanische, gedankenlose Abhaspelung des Tagwerkes, Verdrossenheit und roh-sinnliche Ausschweifung. Wer also das herrschende System vertheidigen will, darf sich nicht auf den Eigennutz als Beförderungsmittel des Fortschrittes berufen, es sei denn daß er es als nützlich erachtet, daß nur eine Minderzahl von Menschen vom Eigennutze angetrieben werde. Erst wenn dereinst die Ausbeutung beseitigt, Jedermann in den ungeschmälerten Besitz seines Arbeitsertrages gesetzt sein sollte, wird eben Jedermanns Vortheil möglichst tüchtige Arbeit zur Voraussetzung haben, und dann erst wird der Eigennutz ganz im allgemeinen ein Beförderungsmittel menschlicher Betriebsamkeit geworden sein.

Drittes Kapitel.

Die Ausbeutung.

Das wichtigste Argument gegen die Möglichkeit einer nicht auf Ausbeutung beruhenden Wirthschaftsordnung wird in der Geschichte gesucht, in dem Hinweise darauf, daß, soweit menschliche Kultur überhaupt besteht, diese immer und allezeit auf einer Gliederung der Gesellschaft in Besitzende und

Nichtbesitzende, in Ausbeuter und Ausgebeutete beruht habe. Die sozialistische Entgegnung, daß die Ausbeutung immer und ewig ein Unrecht gewesen sei, welches allgemach in seiner vollen Scheußlichkeit erkannt, nunmehr um jeden Preis beseitigt werden müsse, enthält in Wahrheit nichts anderes als die Bestätigung der gegnerischen Behauptung. Denn ein Unrecht, das von jeher bestanden hat, kann ebenso gut auch in alle Ewigkeit fortbestehen. Glücklicherweise aber giebt es einen besseren Einwand gegen diese Berufung auf den vieltausendjährigen Bestand der Ausbeutung. Nicht weil wir jetzt erst die volle Schwere eines den Enterbten der Menschheit stets zugefügten Unrechtes begreifen lernen, sondern weil die Ausbeutung, die früher nothwendig gewesen, allgemach schädlich und deshalb ungerecht geworden ist, muß sie einer anderen Ordnung Platz machen.

Es ist einfach unwahr und nichts anderes als eine der so oft geübten falschen Anwendungen unserer Rechtsanschauungen auf Rechtsverhältnisse vergangener Zeiten, wenn man behauptet, daß eine auf Ausbeutung beruhende Wirthschaftsordnung stets moralisch und wirthschaftlich verwerflich gewesen sei. Ausbeutung war Jahrtausende hindurch geradezu die Voraussetzung jeder menschlichen Kultur, und weil sie es war, haben sie Jahrtausende hindurch die edelsten und besten Geister für etwas durchaus Zulässiges und vor dem Richterstuhle der strengsten Moral Gerechtfertigtes gehalten. Die moralische Empfindung eines Sokrates, Plato und Aristoteles war ebenso fein wie die unserer modernen Sozialphilosophen; Sokrates, Plato und Aristoteles und mit ihnen die edelsten Geister des Alterthums haben aber die Sklaverei für selbstverständlich gehalten, gleichwie ja die meisten Menschen heute noch den Lohnvertrag für etwas Selbstverständliches halten; und sie thaten es nicht etwa aus dem Grunde, weil sie blind oder

gefühllos gewesen wären gegen das über den Sklaven verhängte Leid, sondern deshalb, weil sie die Nothwendigkeit dieses Leidens erkannten. Auch der Krieg ist ein Unrecht, auch das Tödten unschuldiger Menschen aus politischer Leidenschaft widerspricht den Moralprinzipien; trotzdem führen wir Kriege und werden sie führen, so lange wir sie für nothwendig halten, und wir fühlen durch dieses Unrecht unser Gewissen nicht im geringsten beschwert. Die Blutrache wieder, die lange Zeit geübt wurde und die auch heute noch von einzelnen Volksstämmen, die sie für eine gesellschaftliche Nothwendigkeit halten, ohne Gewissensbisse zur Anwendung gebracht wird, hält die Mehrzahl der zivilisirten Menschen heute schon für ein Verbrechen, aber nicht etwa aus dem Grunde, weil sie über den Todtschlag an sich andere Anschauungen hegten, als jene Völker, welche Blutrache übten und üben, sondern lediglich deshalb, weil unsere geordneten Polizei- und Justizzustände eine Einrichtung überflüssig machen, die anderwärts trotz des mit ihr verbundenen Unrechts das einzige und wirksamste Schutzmittel gegen Mord und Todtschlag darstellt. Man muß sich überhaupt hüten, mit den Worten Moral und Recht, Tugend und Laster die Vorstellung zu verbinden, als ob es sich dabei um ewig feststehende, unabänderliche, von einer über menschliche Entwickelungsphasen erhabenen Gottheit eingegebene Prinzipien handelte. Es giebt kein ewiges Recht, wie es keine ewige Tugend giebt. Jede Gesellschaft bringt aus sich heraus die Moral- und Rechtsprinzipien hervor, die zu ihrer eigenen Erhaltung nothwendig sind, und da mit fortschreitender Entwickelung des Menschengeschlechtes einst nützlich gewesene Einrichtungen erst gleichgiltig, dann schädlich werden können, so sind auch Recht und Moral in stetiger Entwickelung begriffen. Denn Recht ist immer und ewig nur das, was der Gesammtheit nützt, und

Tugend nichts anderes als die Bereitwilligkeit, das eigene Recht, d. h. den eigenen Nutzen, dem Nutzen der Gesammtheit unterzuordnen. Den Nutzen der Gesammtheit aber beförderte ursprünglich die Ausbeutung, deshalb war sie kein Unrecht, und vom Sklaven konnte das Alterthum sogar mit Fug fordern, daß er sein persönliches Recht auf Freiheit diesem Gesammtrechte unterordne. Diese Thatsachen an sich sind eigentlich nichts Neues, denn die Geschichtsforschung hat längst erkannt, daß die ganze antike Kultur die Sklaverei zur Voraussetzung hatte, gleichwie die Hörigkeit die Voraussetzung der mittelalterlichen war. Weniger klar ist, worin denn eigentlich die Nothwendigkeit der Ausbeutung — gleichviel in welcher Form immer sie aufgetreten sein mag — begründet sei, und gerade darin, daß man in diesem Punkte den Dingen nicht auf den letzten Grund ging, ist die Ursache zu suchen, daß man aus der historischen Thatsache so falsche Schlußfolgerungen für Gegenwart und Zukunft zieht. Fortschritt zu höherer Kultur hat immer und überall Kapitalansammlung und das Vorhandensein einer Menschenklasse zur Voraussetzung, die von der Sorge für die gröbste Nothdurft des Lebens befreit ist. Auch das ist eigentlich nicht neu. Man weiß, daß die Sklaverei dadurch von Vortheil war, daß sie die Grundlage einer Aristokratie bildete, die mehr besaß als das Nothwendigste und ihren Ueberfluß einerseits zu industriellen Verbesserungen (im allgemeinsten Sinne des Wortes), andererseits zur Pflege von Künsten und Wissenschaften benützte. Letzteres ist nicht so zu verstehen, als ob der die Sklavenarbeit ausbeutende Aristokrat selber ein Mann der Wissenschaft oder der Kunst geworden wäre; die Aristokraten — mögen sie nun ein der Zahl nach beschränkter Stand oder ein ganzes, die Arbeit unterworfener Völkerschaften ausbeutendes Volk gewesen sein — begnügten sich in der Regel mit der Pflege

des Waffenhandwerkes; Künste und Wissenschaften beförderten sie meist nur dadurch, daß sie Künstler und Gelehrte bezahlten, was unmöglich gewesen wäre, wenn die gesammte Nation aus gleichberechtigten Freien bestanden hätte, die kärglich von der Hand in den Mund lebten. Die Sklaverei also diente dazu, einen Herrenstand zu schaffen, der selber die Kriegskunst entwickelte, Reichthum ansammelte und edlere Künste mit den von den Sklaven erpreßten Ueberschüssen bezahlte. Das hatte dann zur Folge, daß ein Volk, in welchem die Sklaverei zur Entwickelung gelangte, in Kapitalbesitz, Kriegskunst und edlerer Kultur zugleich raschere Fortschritte machte, als freien Horden möglich war; diese Ueberlegenheit wurde dann dazu benützt, durch Eroberung die Sklaverei über immer weitere Grenzen zu tragen. Ausbeutung war in früheren Stadien menschlicher Entwickelung aber auch nothwendig, um die Arbeit zu organisiren, was naturgemäß mit einer Steigerung ihres Ertrages verbunden sein mußte. Die primitive Horde kennt keine Arbeitstheilung; der Eroberer, der den Wilden zwang, für fremden Nutzen zu arbeiten, wurde dadurch, daß nunmehr zahlreiche Sklaven dem Gebote *eines* Herren gehorchen mußten, zum Begründer der ersten Arbeitstheilung. Und noch durch ein drittes Moment erwies sich die Ausbeutung dem Fortschritte günstig; in einem sehr tiefen Zustande der Kultur erscheint Unthätigkeit als der größte Genuß; der Wilde ist träg, läßt sich nur durch unmittelbarste zwingende Noth zur Arbeit drängen und übt fast niemals die wirthschaftliche Vorsicht, in günstigen Zeiten Vorräthe für die Zeit der Noth aufzustapeln. Das hat dann zur Folge, daß wilde Horden regelmäßig den einen Theil des Jahres in unthätiger Faulheit, den andern Theil unter Entbehrungen verbringen, denen sie theilweise erliegen. Der Stock des Sklavenaufsehers macht dem ein Ende; jetzt ist nicht mehr das spärliche Ausmaß der

momentanen eigenen Bedürfnisse, sondern der Wille des Herrn die Richtschnur der Thätigkeit; jetzt erst werden Ueberschüsse erzeugt, die nicht blos dazu dienen, die Genüsse des Herrn zu befriedigen, sondern auch dazu, in Zeiten der Noth das Leben des Sklaven zu fristen. Es hat sich also nicht blos die Vertheilung des Arbeitsertrages geändert, es hat sich dieser Ertrag absolut gesteigert, ja in vielen Fällen ist Arbeit im strengeren Sinne des Wortes jetzt erst allgemeiner gebräuchlich geworden.

Man könnte vielleicht auch untersuchen, ob nicht schließlich in Folge der durch die Sklaverei hervorgerufenen Kultur die Sklaven selber besser daran waren als im Zustande ihrer ursprünglichen Freiheit, und es mag immerhin fraglich erscheinen, ob das Loos des skythischen Freien oder das des hellenischen Sklaven das bessere gewesen. Darauf aber kommt es gar nicht an; wenn eine Einrichtung Voraussetzung höherer Kultur ist, können die Massen unter derselben auch dauernd leiden, ohne daß ihnen zu helfen wäre; sie sind dann eben das, was man Kulturdünger nennt. Auf ihren Leiden baut sich die Macht, der Fortschritt des Gemeinwesens auf, dem sie angehören, und wer dagegen ankämpfen will, wer da glaubt, seine Begriffe von Moral und Recht auf den Entwickelungsgang der Menschheit anwenden zu dürfen, der befindet sich in demselben Irrthume, wie der Naturforscher, der in den Daseinskampf der Thierwelt seine menschlichen Vorstellungen von Güte und Barmherzigkeit hineintragen will. So wenig die Schlupfwespe „unrecht" thut, ihre Eier in den Leib der Raupe zu legen, die dann von den ausschlüpfenden Maden bei lebendigem Leibe unter den scheußlichsten Martern aufgefressen wird, weil sie damit nichts anderes vollzieht, als was zu Erhaltung ihrer Art nothwendig ist: ebensowenig handelt der Mensch unrecht, so lange die Pein und die Qual,

die er über Andere verhängt, dem Gemeinwesen zum Nutzen gereicht, dessen Mitglied er ist.

Aber mit der Erkenntniß, daß Ausbeutung die Voraussetzung aller Kultur gewesen, darf die Untersuchung nicht abgeschlossen sein. Es muß weiter gefragt werden, aus welchem Grunde die zur Entfaltung höherer Kulturkräfte erforderliche Muße und Kapitalansammlung nur im Wege der Ausbeutung gewonnen werden konnte? Es zeigt sich dann, daß dies nur der Fall gewesen, weil die menschliche Arbeit nicht hinreichend produktiv war, um dem Einzelnen bei mäßiger Anstrengung die Mittel zu Befriedigung höherer Bedürfnisse und die Ansammlung von Kapital in irgend welcher Form zu ermöglichen. So lange in einem Volke, dessen einzelne Mitglieder im Vollbesitze ihrer Arbeitsprodukte blieben, mit all dem doch für jeden Einzelnen nicht mehr zu gewinnen war, als nothdürftige Kleidung, Nahrung und Behausung, konnte von höherer Kultur keine Rede sein, denn diese hat Zunahme des Reichthums und das Vorhandensein von Menschen zur Voraussetzung, die sich auch mit höheren Dingen als mit Handarbeit beschäftigen. Hier gab es also kein anderes und jedenfalls kein einfacheres Mittel des Fortschrittes, als die Ausbeutung, die Beraubung Vieler zu Gunsten Weniger. Ist aber einmal die Produktivität der Arbeit dermaßen gestiegen, daß, von einzelnen ganz besonders Ungeschickten, Untüchtigen oder von Mißgeschick Verfolgten abgesehen, Jedermann, sofern ihm nur das Ergebniß seines Fleißes ganz gelassen wird, bei mäßigen Anstrengungen mehr als das Nothwendige erzeugen könnte, dann beginnt die Ausbeutung ihre schädliche Seite hervorzukehren, dann wird sie mehr und mehr aus einem Beförderungsmittel der Kultur zu einem Hindernisse derselben. Sie ist dann nicht mehr das Mittel, denkenden, höheren Kulturaufgaben zugewandten Köpfen Spielraum zu gewähren,

sondern umgekehrt das Hinderniß der Vermehrung höher denkender, der Kulturarbeit ergebener Köpfe. Es mag immerhin der Fall sein, daß die Wenigen, die durch Ausbeutung begünstigt würden, immer noch einen größeren Theil ihrer Einkünfte der Kapitalansammlung und der Pflege von Wissenschaft und Kunst weihen würden, als dies bei den Massen der Fall wäre; hat aber die Produktivität der Arbeit erst eine gewisse Höhe erreicht, ist es wirklich dahin gekommen, daß der Arbeitsertrag genügen würde, um allen Mitgliedern des Volkes verhältnißmäßigen Wohlstand und Muße zugleich zu sichern, so wird Ausbeutung für alle Fälle ein Kulturhinderniß sein und zwar aus zahllosen Gründen. Um mit dem nächstliegenden zu beginnen: deshalb, weil es ja nicht blos auf die absolute Höhe der materiellen Hilfsmittel der Kultur, sondern auch darauf ankommt, wie groß die Zahl derjenigen ist, aus deren Mitte sich die Kulturarbeiter rekrutiren. Ein Volk, bei welchem auf einen selbstbewußten gebildeten Menschen zehn durch Ausbeutung entwürdigte Proletarier fallen, wird bei gleicher Bevölkerungsziffer sicherlich weniger Denker und Forscher erzeugen, als ein Volk, das durchweg aus unabhängigen, wahrhaft freien, wenn auch nur mäßig wohlhabenden Menschen besteht. Zum zweiten leisten die sehr Reichen zwar relativ und absolut mehr für Kapitalbildung, Wissenschaft und Kunst als die ganz Armen; gerade in den für den Kulturfortschritt entscheidenden Punkten aber verhältnißmäßig weniger als die Wohlhabenden. Ein Jahreseinkommen von einer Million Gulden auf 10 000 Menschen vertheilt, wird gänzlich auf die Befriedigung thierischer Bedürfnisse aufgehen, für Kulturzwecke wird nichts übrig bleiben; vertheilt auf 100 Menschen aber, wird dieses Jahreseinkommen sich nützlicher für Kultur und Fortschritt erweisen als im Besitze eines Einzelnen. Denn es ist in der menschlichen Natur begründet, daß nach dem Nothwendigen

das Nützliche und dann erst das Ueberflüssige sich meldet, d. h. daß nach des Leibes Nothdurft die Pflege geistiger Bedürfnisse, und erst wenn diese befriedigt sind, sinnlose Verschwendung an die Reihe kommt. Eine übermäßige Konzentration großer Einkommen in den Händen Weniger führt also Geldmittel, die bei gleichmäßiger Vertheilung für gute Bücher, Zeitungen, Reisen und nützliche Anlagen verwendet worden wären, theilweise wenigstens der Unterhaltung von Equipagen, Maitressen und ähnlichen Dingen zu.

Ferner darf nicht übersehen werden, daß Ausbeutung auf einer gewissen Kulturstufe mit Entartung für beide Theile, für den Ausgebeuteten sowohl als für den Ausbeuter, verbunden ist, und diese ihre Wirkung steigert sich in dem Maße, in welchem durch zunehmende Produktivität der menschlichen Arbeit die Gewinnüberschüsse der herrschenden Klasse sich vermehren. In je grelleren Kontrast das Massenelend mit dem grenzenlos anschwellenden Reichthum Weniger geräth, desto zerstörender wirkt in den Tiefen die durch Haß und Neid vergiftete Empfindung hoffnungsloser Noth, in den Höhen die geile Ueppigkeit des Uebermuthes.

Schließlich aber — und das ist der entscheidende Punkt in dieser Frage — gestaltet sich die Ausbeutung bei einer gewissen Höhe der Kultur geradezu zu einem Produktionshindernisse. Sie bewirkt, daß nur ein Theil der arbeitstüchtigen Gesammtbevölkerung wahrhaft produktiv verwendet werden kann, während ein anderer Theil zu absoluter oder relativer Unthätigkeit verdammt ist, was zur Folge hat, daß nicht blos die vorhandenen Kulturmittel sich ungleichmäßig vertheilen, sondern daß zugleich das Gesammtausmaß dieser Kulturmittel hinter jenem Niveau zurückbleibt, welches beim Walten wirthschaftlicher Gerechtigkeit zu erreichen wäre. Diese bisher von der Wissenschaft noch gar nicht ihrem eigentlichen Wesen nach

erkannte direkt produktionsfeindliche Seite der Ausbeutung soll im achten Kapitel, das von der Ueberproduktion handelt, eingehend erörtert werden; hier genüge vorläufig die Andeutung, daß kraft derselben das Verhältniß des thatsächlich produzirten zu dem im Keime erstickten Reichthume desto ungünstiger wird, je höher die Produktivität menschlicher Arbeit steigt.

Die Ausbeutung ist also nur so lange nützlich, als die Produktivität menschlicher Arbeit nicht genügt, um für den mit dem Durchschnittsmaße von Intelligenz und Tüchtigkeit ausgestatteten Arbeiter bei mäßiger Anstrengung einen Wohlstand zu erzeugen, der nach Deckung der Lebensnothdurft für höhere Bedürfnisse und für Kapitalbildung etwas übrig läßt. Ihre schädlichen Konsequenzen bleiben auch da selten aus, aber sie werden durch die Vortheile überwogen. Mit zunehmender Ergiebigkeit der Arbeit, mit zunehmendem Reichthum ändert sich mehr und mehr das Verhältniß von Nutzen und Schaden, bis schließlich letzterer überwiegt und aus der ehemaligen Kulturnothwendigkeit allgemach ein Krebsschaden wird, der beseitigt werden muß, soll die Gesellschaft den Kampf ums Dasein erfolgreich weiter führen.

Es muß also untersucht werden, ob die abendländische zivilisirte Gesellschaft jene Entwickelungsphase bereits erreicht hat, angesichts welcher Ausbeutung zu Unrecht wird, und wenn man zu der Erkenntniß gelangen sollte, daß dies allerdings der Fall sei, wäre damit allein schon die allergrößte Wahrscheinlichkeit dafür gewonnen, daß die Menschheit in ihrem weiteren Kulturgange diese zum Unrecht gewordene Wirthschaftsform alsbald beseitigen werde. Doch auch in diesem Falle muß davor gewarnt werden, diese Erwartung etwa auf das abstrakte Moralprinzip zu stützen. Nicht weil sie moralisch verwerflich, sondern weil sie dem Gesammtnutzen abträglich geworden, wird die Ausbeutung ihr Ende finden: welche zwei

Begründungsarten allerdings insoferne zusammenfallen, als ja, wie früher ausgeführt wurde, das Bewußtsein gesellschaftlichen Unrechtes blos die Folgewirkung einer gesellschaftlichen Schädlichkeit ist. Nichtsdestoweniger ist es mit Rücksicht auf die Korrektheit realer Beweisführung durchaus unerläßlich, an diesem Unterschiede festzuhalten und wohl darauf zu achten, daß die Erkenntniß moralischer Verwerflichkeit an sich nicht genügt, um eine gesellschaftliche Einrichtung zu überwinden, sondern daß beides — moralische Verurtheilung und thatsächliche Ueberwindung — auf eine gemeinsame letzte Ursache zurückzuführen ist. In welcher Weise aber diese Ursache ihre Wirksamkeit äußert, ist durch den Hinweis auf die Gesetze des Kampfes ums Dasein nicht schwer zu erklären. Die Ueberwindung einer dem Kulturfortschritt schädlichen Einrichtung ist ein Vortheil im Kampfe ums Dasein: daraus folgt nun allerdings noch lange nicht, daß alle Nationen sich bemühen werden, sich dieses Vortheiles zu bemächtigen, da ja Eigennutz der bevorrechteten Klassen, Vorurtheil und Ungeschick den Umwandlungsprozeß in zahlreichen Fällen vereiteln können. Sowie es aber irgend einem Volke gelingt, den richtigen Weg der Reform zu finden, erlangt dieses damit ein auf die Dauer unfehlbares Mittel des Sieges über alle seine Konkurrenten im Daseinskampfe. Aehnlich wie vor Jahrtausenden jene Nationen, welche zuerst die Sklaverei einführten, mit dieser das den damaligen Produktionsbedingungen entsprechende zweckmäßigste Kulturbeförderungsmittel, und damit die Macht erworben hatten, ihre Gesetze und Einrichtungen über die ganze zivilisirte Erde zu verbreiten, ebenso müßten auch jene Nationen, die ihre gesellschaftlichen Formen den durch die Veränderung der Arbeitsbedingungen nothwendig gewordenen Neugestaltungen am raschesten anpaßten, damit die Macht erlangen, durch friedliche oder kriegerische

Eroberung die neuen Einrichtungen der Welt aufzuerlegen. Nicht weil es das gerechtere ist, sondern weil und insofern es höhere Macht verleiht, würde das Gleichberechtigungsprinzip den Sieg davon tragen.

Viertes Kapitel.

Die Ergiebigkeit der Arbeit.

Einzelne Sozialschriftsteller werfen dem liberalen Wirthschaftssysteme vor, daß es eine fieberhafte Hast und Rücksichtslosigkeit der Erwerbsthätigkeit entfesselt habe, für welche im bisherigen Verlaufe der Geschichte keine Analogie zu finden sei. Dadurch, daß zugleich mit den politischen Schranken auch auf wirthschaftlichem Gebiete alle Hindernisse des Erwerbes fielen, gelangten früher unbekannte Produktivkräfte zu ungehemmter Bethätigung. Die Beseitigung der Standesunterschiede lenkte die Aufmerksamkeit der thatkräftigsten, fähigsten Elemente aller Nationen auf die Erwerbung von Reichthum. Der im Mittelalter geltende Grundsatz, daß der Besitz zwar Rechte verleihe, aber auch gewisse Pflichten auferlege, wurde für hinfällig erklärt, die Jagd nach dem Gelde drückte dem Jahrhunderte ihren Stempel auf, und da gleichzeitig die politische Freiheit, die zunehmende Bildung den Unternehmungs- und Erfindungsgeist beflügelten, da das Industriesystem, die ausgedehnte Verwendung von Maschinenkraft, die werbende Fähigkeit des Kapitals wesentlich steigerte, so wuchs der Reichthum in früher ungekanntem Maße. Diese Thatsache ist bekannt; man weiß, daß der Kapitalbesitz der zivilisirten Welt im Laufe des letzten Jahrhunderts ganz ungeheuer angewachsen ist; aber die trotzdem nur wenig ver-

besserte Lage der arbeitenden Klassen verleitet zu der Vermuthung, daß die Bevölkerungszunahme mit der Vermehrung der Produktionsmittel annähernd gleichen Schritt gehalten habe und daß heute im Durchschnitte auf eine Stunde menschlicher Arbeit kein wesentlich höherer Reinertrag entfallen dürfte als im Durchschnitte früherer Zeiten. Man sieht, daß die allerdings einigermaßen gebesserten Lebensverhältnisse der Massen mit erhöhten Kraftanspannungen erkauft werden müssen, und die Schlußfolgerung liegt nahe, daß dies in den natürlichen Existenzbedingungen unseres Geschlechts begründet sei. In Wahrheit aber verhält sich die Sache durchaus anders, ja der Abstand zwischen den derzeit vorhandenen Hilfsmitteln und der thatsächlichen Lebenslage der Menschheit ist ein so ungeheuerlicher, daß es nur einer sehr tiefgehenden und umfassenden Forschung gelingen kann, die Ursachen bloszulegen, auf welche dieser Gegensatz zurückzuführen ist.

Um einen Maßstab für die Zunahme des Reichthums und der Produktionsmittel während der liberalen Aera zu gewinnen, wird es sich in erster Linie empfehlen, die Entwickelung des Eisenbahn- und Maschinenwesens der Neuzeit genauer zu betrachten, da in diesen die Vermehrung der produktiven Zwecken dienenden Kapitalien am greifbarsten zum Ausdrucke gelangt. Das Eisenbahnnetz der abendländischen Kulturnationen umfaßt derzeit gegen 480 000 Kilometer mit einem Anlagekapital von ungefähr 68 Milliarden Gulden. Nach Engels vortrefflichen Zusammenstellungen in dessen 1881 erschienenem Buche „Das Zeitalter des Dampfes" verhält sich in Preußen das Anlagekapital der Eisenbahnen zu dem aller sonstigen großen Dampfbetriebe ungefähr wie 2 : 1. Nimmt man dieses Verhältniß zur Grundlage einer Berechnung der Dampfanlagen der Welt, so ergäbe dies neben den Eisenbahnen noch 34 Milliarden Gulden für Fabriken und Dampf-

schiffe, so daß insgesammt ungefähr 102 Milliarden Gulden in Dampfanlagen dieser Art derzeit investirt wären. Davon entfallen, wieder nach der von Engel für Preußen aufgestellten Rechnung, 14% auf die eigentlichen Dampfanlagen, also auf die Lokomotiven bei den Eisenbahnen und auf die Dampfkessel, Dampfmaschinen und Kesselhäuser der Fabriken; die anderen 86% auf die sonstigen dazu gehörigen Einrichtungen, wie das Schienennetz und die Gebäude bei den Eisenbahnen, die Kraftübertragungs- und Werkzeugmaschinen nebst den dazu gehörigen Gebäuden bei den Fabriken.

Es ist das ein Besitz, welchen die abendländische Menschheit im Laufe der letzten vier bis fünf Dezennien neu gewonnen hat. Repartirt man diesen Besitz auf die Völker Westeuropas und Amerikas, d. i. auf die 400 Millionen Menschen, in deren Machtbereich sich ja alle diese Anlagen fast ausschließlich befinden, so entfällt ein Produktionskapital von 250 Gulden auf den Kopf und von ungefähr 1250 Gulden auf jede Familie der Kulturnationen des Abendlandes.

Untersuchen wir nun, welche Arbeitsleistung diese Dampfanlagen repräsentiren. Die Eisenbahnen der Erde verfügen über ungefähr 150 000 Lokomotiven, mit rund 45 Millionen Pferdekraft. Nach dem von Engel gefundenen Verhältnisse der in Lokomotiven und anderweitigen Dampfmaschinen repräsentirten Pferdekräfte, welches sich annähernd auf 2 : 1 stellt, wären zu diesen 45 Millionen Pferdekraft der Lokomotiven noch 22 bis 23 Millionen Pferdekraft der in Fabriken und Schiffen verwendeten Dampfmaschinen der Erde zu rechnen, was zusammen mehr als 67 Millionen Pferdekraft ergiebt. Nun berechnet sich die nominelle Pferdekraft einer Dampfmaschine gleich der Arbeitsleistung von 2,55 lebenden Pferden oder gleich derjenigen von 14,85 Menschen. Die 67 Millionen Dampfpferdekraft der Erde sind also das Kraft-

äquivalent von 170 Millionen Pferden oder von 995 Millionen Menschen. Schon diese Rechnung ergiebt nahezu $2^1/_2$ Menschenkräfte in Dampfmaschinenform auf den Kopf und $12^1/_2$ Menschenkräfte auf die Familie der abendländischen Kulturnationen. Damit ist aber erst die Leistungsfähigkeit der eigentlichen Dampfmaschinen, deren Anlagekosten ungefähr 15 Milliarden betragen, nicht aber jene der damit in Verbindung stehenden anderweitigen Anlagen und Werkzeugmaschinen in Rechnung gezogen, welch letztere nahezu das sechsfache Kapital, nämlich 87 Milliarden repräsentiren. Es ist naheliegend, daß diesem höheren Kostenaufwande auch ein höherer Antheil am schließlichen Nutzeffekte, d. i. eine höhere Arbeitsleistung entspricht. Die Anlage der Fahrbahn einer Eisenbahn ist nicht blos theuerer als die Beschaffung der dazu gehörigen Lokomotiven, es ist auch bekannt, daß die eigentliche Krafterspariß bei den Eisenbahntransporten mehr auf dem Schienenwege als auf der Lokomotive beruht. Beweis dessen, daß Eisenbahnen ohne Dampfbetrieb sich sehr gut bewähren, während der Dampfbetrieb ohne Schienenweg — bisher zum mindesten — sehr geringe Resultate ergeben hat. Ebenso ist bei einer Spinnfabrik der Dampfkessel nebst Dampfmaschine der mindest kostspielige Theil, es wird aber auch durch die Spinnmaschine viel mehr Arbeit erspart als durch die Dampfanlage. Wenn letztere die Arbeitsleistung von 500 Menschen verrichtet, so ersparen die mechanischen Spindeln des nämlichen Etablissements die Arbeitsleistung einiger Tausend Spinner. Kurzum, man wird in der Regel finden, daß eigentlich erst die mit der Dampfkraft in Verbindung gesetzten sinnreichen Vorrichtungen dem modernen Industrie- und Verkehrswesen seinen unermeßlichen Aufschwung verliehen haben. Es steht dies scheinbar mit dem obersten Grundsatz der Mechanik im Widerspruch, daß nämlich mit keiner Maschine

eine eigentliche Kraftersparniß verbunden sei, ja daß im Gegentheil desto mehr Kraft durch Reibung verloren gehe, je komplizirter die Maschine ist. Dem ist in der That so. Die Maschine erspart keineswegs an Kraft, wohl aber setzt sie Kraft in brauchbarste Form um. Bei zahllosen menschlichen Verrichtungen ist blos ein höchst geringfügiger Kraftaufwand erforderlich, man könnte das Hundertfache, ja das Tausendfache leisten, wenn man hundert oder tausend dieser an sich mit verschwindendem Kraftaufwand verbundenen Operationen auf einmal zu vollbringen vermöchte. Beim Drehen einer Spindel beispielsweise wird Kraft kaum in Anspruch genommen, aber da der Mensch blos zwei Hände besitzt, so kann er doch blos eine Spindel drehen. Die Maschine aber hat hundert und tausend Hände, sie braucht, um sie alle in Bewegung zu erhalten, kaum mehr Kraft als ein Mensch von nöthen hätte und zu leisten vermöchte, wenn er tausend Hände besäße. Eine andere Maschine wieder konzentrirt und sammelt die Kraft zu wenigen aber wuchtigen Bethätigungen, durch welche sich große Effekte verhältnißmäßig rasch erzielen lassen, während die noch so oft wiederholten Angriffe einer schwächeren Kraft vielleicht ganz ohne Effekt blieben. So verbraucht der Dampfhammer zu einem Schlage so viel Kraft, als der stärkste Mann zu tausend Schlägen; aber während wenige dieser die Kraftsumme von je Tausenden zusammenfassenden Schläge genügen, um einem glühenden mannsdicken Eisenblocke jede beliebige Form zu geben, würde menschliche Kraft damit vielleicht erst nach Monaten fertig werden: statt der fünf Minuten währenden Arbeit des Dampfriesen, die also das Kräfteäquivalent von 8 bis 9 Menschentagarbeiten ist (1000 : 120), wären vielleicht Hunderte von Menschentagarbeiten zu Erreichung der nämlichen Effekts erforderlich — wenn sich derselbe ohne Maschinenkraft überhaupt erreichen

läßt, was durchaus nicht immer der Fall ist. Der Haupteffekt der industriellen und Verkehrsanlagen muß also in den die Dampfkraft ergänzenden Einrichtungen gesucht werden. Während aber die Umrechnung der Leistungen einer Dampfmaschine in das Aequivalent lebender Pferde- oder Menschenkraft leicht ist, kann dies für die Gesammtheit der anderweitigen krafterſparenden Anlagen nur ausnahmsweise gelingen; für die Eisenbahn beispielsweise läßt sich berechnen, daß durch den Schienenweg und die zweckmäßige Einrichtung des rollenden Materials der Nutzeffekt der bewegenden Kraft im Durchschnitt um das 45- bis 50fache gesteigert wird. Bleiben wir, auf den Engelschen Rechnungen fußend, beim Mittelwerthe von 47, so finden wir für die 45 Millionen indizirter Pferdekraft der sämmtlichen Eisenbahn-Lokomotiven der Erde, potenzirt durch den Schienenweg, eine Leistungsfähigkeit, die derjenigen von 5390 Millionen lebender Pferde und von 31 517 Millionen lebender Menschen auf gewöhnlicher Landstraße entsprechen würde. Ueberſehen darf jedoch nicht werden, daß diese Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen durch ihre thatsächliche Leistung lange nicht erreicht wird. Die sämmtlichen Lokomotiven sind eben nicht ununterbrochen mit voller Ladung in Bewegung. Rechnen wir vorsichtshalber blos mit 10 % des erreichbaren Maximums, d. h. nehmen wir lediglich eine Verfünffachung der Leistung mit Hilfe des Schienenweges und rollenden Materials an, und kalkuliren wir ähnlich auch bei den stehenden Dampfmaschinen eine Verfünffachung ihrer Leistungen mit Hilfe der unterschiedlichen Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, so erhalten wir immer noch das schwindelerregende Ergebniß von rund 5 Milliarden Menschenkräften als Nutzeffekt der gesammten mit 102 Milliarden Gulden bewertheten Dampfanlagen. Es ergiebt dies auf den Kopf der abendländischen Bevölkerung 12½ und auf die

Familie $62^1/_2$, sagen wir also rund 12, bezw. 60 Menschenkräfte.

Was sind nun diese 5 Milliarden Menschenkraft in Form unterschiedlicher Maschinenkräfte anders als Arbeitsgehilfen, die den abendländischen Kulturnationen zur Verfügung stehen und ihnen von Rechtswegen den nämlichen Dienst leisten sollten und in ausgedehnterem Maße leisten könnten, den die Sklaven den herrschenden Nationen der antiken Welt geleistet haben. Man hat berechnet, daß im alten Athen 10 Sklaven auf jede attische Vollbürgerfamilie kamen, und die Leistungen dieser Sklaven waren es, was das atheniſche Volk in den Stand setzte, ohne anstrengende Arbeit zu leben und sich den Künsten des Krieges wie des Friedens zu widmen. Wohlan denn, auf einen atheniſchen Sklaven besitzen wir deren sechs, und unsere Sklaven haben den Vorzug, bei kärglichster Nahrung, nämlich gespeist lediglich durch einige Brocken Kohle und einige Tropfen Schmieröl, ohne zu ermüden und ohne zu murren ihr Tagewerk ununterbrochen fortzusetzen. Wie wenig Anleitung und Ueberwachung diese Dampfsklaven brauchen, läßt sich leicht nachweisen; es wird sich ferner zeigen, daß die Beseitigung des herrschenden Systems der Ausbeutung die Menge und Leistungsfähigkeit dieser Produktionsbehelfe noch unendlich steigern müßte; vorerst aber soll die Frage untersucht werden, ob denn wirklich die Gesammtheit dieser Arbeitsgehilfen als in produktiver Thätigkeit stehend angesehen werden darf.

Es muß nämlich auffallen, daß die auf das Eisenbahnwesen entfallende Maschinenkraft gar so groß ist, und wenn man auch nicht gerade dem weitverbreiteten Irrthum huldigen will, daß der Transportaufwand etwas ganz Unfruchtbares sei, überhaupt ungeeignet, die menschliche Produktion zu steigern, so kann man es doch seltsam finden, wenn hier nachgewiesen

wird, daß das Aequivalent von rund $3^1/_3$ Milliarden Menschenkräften dem Transportdienste der modernen Menschheit geweiht ist. Liegt in dieser einseitigen Entwickelung des Eisenbahnwesens nicht vielleicht eine Vergeudung von Arbeitskraft und ist es überhaupt denkbar, daß so riesiger Kraftaufwand wahrhaft produktiv auf die Bewältigung der Güterbewegung gewendet werden kann? Es muß nun zuvörderst noch einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß ja die 102 Milliarden Anlagekapital und die 67 Millionen Pferdekraft, auf welche sich unser Kalkül erstreckt, mit nichten die Gesammtheit des Zuwachses an Kapital und Arbeitsbehelfen der modernen Menschheit darstellen. Es giebt außer den 34 Milliarden Kapital und 22 Millionen Pferdekraft, die oben als industriellen Zwecken dienend ausgewiesen sind, jedenfalls noch eine vielleicht in ihrer Gesammtheit wesentlich höhere Summe anderweitiger Kapitalien und Arbeitsbehelfe, die hier lediglich aus dem Grunde nicht aufgenommen sind, weil vorläufig jeder auch noch so unsichere Maßstab zu ihrer Abschätzung fehlt. Doch das nur nebenbei, um zu zeigen, daß der dem Transportdienste geweihte Kapitalaufwand nicht in gar so grellem Mißverhältnisse zu anderweitigen Kapitalanlagen steht, wie die obige Rechnung glauben machen könnte. Der Transportdienst ist in der That produktiv im höchsten Grade, unter Umständen der produktivste aller Arbeitszweige. Sein Wesen besteht darin, zu ermöglichen, daß jeder Gebrauchsgegenstand dort erzeugt werde, wo dies mit dem geringsten Aufwande von Kapital und Arbeit möglich ist. Der Aufwand an Kapital und Arbeitskraft für die Beförderung der Waare mag noch so groß sein: so lange der Produktionsaufwand am Orte des Verbrauches größer wäre, als der Produktionsaufwand am Erzeugungsorte mehr dem Transportaufwande, so lange ist es mit einem wirthschaftlichen

Gewinn verknüpft, die Waare nicht selber zu erzeugen, sondern aus der Ferne zu beziehen und mit solchen Gütern zu bezahlen, die man je nach der Natur der eigenen Produktionsbedingungen mit dem geringsten Aufwande von Arbeitskraft selber erzeugen kann. Natürlich wird dabei auch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Produktionskosten am Ursprungsorte und der Transportaufwand zusammengenommen den Nutzwerth des Gutes nicht überschreiten. Denn es giebt ja Dinge, die man im eigenen Lande gar nicht oder doch nur unter so unverhältnißmäßigen Kosten erzeugen könnte, daß selbst die weiteste und theuerste Fracht immer noch billiger zu stehen käme, die aber den Kostenaufwand der Fracht eben auch nicht vertragen, auf deren Gebrauch man also entweder gänzlich verzichten, oder sie durch irgend ein Surrogat ersetzen muß. Dagegen giebt es Güter, deren Gebrauch von ausschlaggebender Bedeutung für das ganze Wirthschaftssystem großer Nationen ist und die nicht gebraucht werden könnten ohne den Besitz eines Transportmittels von so kraft- und zeitersparenden Eigenschaften, wie die Eisenbahn eins ist. Kohle und Eisen müßten weite Landstriche nahezu gänzlich entbehren, wenn noch immer, wie vor einem halben Säkulum, der Lastwagen das einzige Land-Transportmittel wäre. Ungezählte Arbeitskräfte werden durch den billigen Kohlentransport allein erspart, die Kohle aber wird ihrerseits durch Verwendung im Dampfbetriebe der Industrie zum obersten Hilfsmittel der Krafterſparung. Aehnlich verhält es sich mit der Versorgung weiter Landstriche mit Brodstoffen. Dort, wo vor der Epoche der modernen Verkehrsentwickelung die Menschen einem stiefmütterlichen Boden mühsam kümmerliche Ernten abzwingen mußten, wo beispielsweise die Jahresarbeit eines fleißigen Landmannes 30 Zentner Korn ergab, dort produzirt jetzt derselbe Arbeiter im Futterbau oder in der Industrie Werthe,

für welche das doppelte und dreifache, ja das zehnfache Gewichtquantum Korn mit allen darauf haftenden Transportleistungen eingehandelt werden kann. Die durch die Transporterleichterungen ermöglichte Arbeitstheilung hätte also in diesem Falle die Produktivität der Arbeit bis um das 10fache gesteigert. Ohne das verbesserte Transportmittel wäre der größte Theil der durch anderweitige Erfindungen hervorgebrachten Steigerung der Produktivität unwirksam geblieben, weil es unmöglich gewesen wäre, Arbeit und Kapital den unfruchtbar gebliebenen Produktionsarten zu entziehen; man hätte einen großen Theil der Produktionsmittel in nunmehr überflüssig gewordenen Kulturen belassen müssen, weil ihr Ertrag durch fremde Zufuhren nicht hätte ersetzt werden können. Man müßte Korn bauen auf Feldern, die im Futterbau zehnfache Erträge liefern, man müßte Kohlen graben in Gegenden, wo mit dem gleichen Arbeitsaufwande der zehnfache Werth in anderen Produktionen gewonnen werden kann. Mit einem Worte, vor der Aera der Eisenbahnen mußte überall das produzirt werden, dessen man zur Konsumtion bedurfte, während jetzt dasjenige produzirt wird, was die höchsten Erträge liefert. Die Wirksamkeit der Eisenbahn gleicht in dieser Beziehung derjenigen des freien Handels, mit dem Unterschiede jedoch, daß die Unterbindung des letzteren die Arbeitstheilung blos von Nation zu Nation stört, die weit wichtigere aber innerhalb der Grenzen des nämlichen Landes unberührt läßt, während ohne Eisenbahn die Arbeitstheilung von Distrikt zu Distrikt, ja von Ort zu Ort gelähmt wäre.

Es ist also vollauf berechtigt, auch die in den modernen Transportmitteln aufgestapelte Arbeitskraft als direkt produzirend aufzufassen und dieselbe ohne weiteres jener Schaar von Arbeitsgehilfen beizuzählen, die den zivilisirten Nationen

durch die Bändigung der Naturkräfte gewonnen sind und deren Aufgabe es sein sollte, in ähnlicher Weise für die Bedürfnisse des Herrenvolkes zu sorgen, wie dereinst die Sklaven des Alterthums und die Hörigen des Mittelalters für die Bedürfnisse ihrer Herren gesorgt haben. Nur könnte jetzt das Gesammtvolk der Kulturnationen der Annehmlichkeit eines gleichsam auf Ausbeutung gegründeten, verhältnißmäßig mühelosen Genusses theilhaftig werden, während früher die Massen des Volkes genußlos arbeiten mußten, damit Wenige genössen; denn die Ausbeutung brauchte jetzt nicht mehr die Arbeit anderer Menschen zum Gegenstande zu haben, da die Elemente an ihre Stelle getreten sind. Es ist als ob ein Volk, welches bisher von seiner eigenen Aristokratie ausgebeutet wurde, durch einen siegreichen Krieg ein ihm an Zahl weit überlegenes fremdes Volk unterjocht und sich dienstbar gemacht hätte. In solchem Falle wäre es nicht blos möglich, sondern im wohlverstandenen eigenen Interesse der früheren Herrenklasse gelegen, Herrschaft und Ausbeutung mit der Gesammtheit der eigenen Volksgenossen zu theilen, die Knechte von gestern vorrücken zu lassen in die Klasse der Zwingherren, da ja sonst zu besorgen wäre, daß die neu gewonnene Herrschaft über die Fremden sich wegen Uneinigkeit im Lager der Eroberer nicht werde behaupten lassen. Die Geschichte hat zahlreiche Beispiele eines derartigen Emanzipationsprozesses und ebenso fehlt es auch nicht an Exempeln dafür, daß ein siegreiches Volk am Widerstreben seiner herrschenden Klassen, die Plebejer an den Früchten des Sieges theilnehmen zu lassen, zu Grunde gegangen ist. Noch sind alle Nationen der Erde nicht reif für die Emanzipation, noch sind sie nicht alle im Besitz jenes Reichthums und jener Herrschaft über die Natur, welche es möglich und zugleich nothwendig machen würden, an die Stelle der Ausbeutung des Menschen die Ausbeutung der Natur-

kräfte treten zu lassen. Die abendländischen Kulturnationen aber haben ihre Eroberungen auf dem Gebiete der Elementarmächte soweit ausgedehnt, daß ihre wirthschaftliche Emanzipation zur Nothwendigkeit geworden ist.

Inzwischen aber ist es Thatsache, daß trotz dieses Reichthums, trotz dieser Herrschaft über die Naturkräfte auch unter den Kulturvölkern die Mehrzahl der Menschen bei harter Arbeit kaum das Nothwendigste besitzt. Um zur Evidenz nachzuweisen, daß diese Erscheinung eine lediglich in dem herrschenden System der Ausbeutung begründete ist, soll vor allem, soweit dies an der Hand des diesbezüglich nur höchst unvollständigen Materials möglich ist, berechnet werden, mit welchem Arbeitsaufwande unter Benutzung der vorhandenen Kulturmittel eine Familie ihren auskömmlichen Unterhalt gewinnen könnte. Da mir die österreichischen Verhältnisse am genauesten bekannt sind, habe ich diese zum Ausgangspunkt der Rechnung genommen. In reicheren Ländern, wo die technischen Hilfsmittel höher entwickelt sind, wären die gefundenen Resultate selbstverständlich noch weit günstiger gewesen.

Das Problem ist das folgende. Es soll untersucht werden, welche Arbeitskraft nach österreichischen Verhältnissen zu Beschaffung der wichtigsten Nahrungsmittel, anständiger Behausung und Kleidung erforderlich ist. Die Rohproduktion anlangend ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der in Oesterreich thatsächlich in Kultur genommene Boden zu Beschaffung der sämmtlichen Brodstoffe, des Fleischbedarfes, sowie der Rohstoffe für die Industrie genügt. Die hiezu erforderliche menschliche Arbeitskraft dagegen wurde nicht nach den thatsächlichen Verhältnissen, sondern unter der Annahme eines mit allen Hilfsmitteln moderner Technik ausgestatteten Großbetriebes berechnet, wie er stellenweise auf den großen

Farmen des amerikanischen Westens in Schwung ist. Dort rechnet man — wenn Dampfpflüge, Erntemaschinen und Dampfdreschmaschinen in Verwendung sind, 5 Arbeitstage auf den Hektar, was für die 10,6 Millionen Hektare österr. Ackerbodens und mutatis mutandis auf die drei Millionen österr. Wiesengrundes 220 000 Jahresarbeiter ergiebt. Eine ähnlich komplizirte Rechnung war nothwendig, um die zu Beschaffung der für die Gesammtbevölkerung erforderlichen Wohnungen nothwendige Arbeitskraft zu berechnen. Ein Theil derselben — soweit er die industriell betriebenen Baugewerbe, wie Sägemühlen, Ziegelbrennereien, Steinhauereien, Bautischlereien, Bauschlossereien u. dgl. betrifft, ist in den periodischen Publikationen des österr. Handelsministeriums im Detail nachgewiesen und von dort unverändert aufgenommen. Doch liefern die 25 000 Arbeiter, die in diesen verschiedenen Industrien beschäftigt sind, eigentlich nur das Material für die Bauthätigkeit; wie viel Arbeitskraft erforderlich ist, um diese Materialien zu wohnlichen Häusern zusammenzufügen, dafür fehlen alle Ausweise, und hier mußte eine auf Grund sorgfältiger, von verschiedenen Baugesellschaften und Privatunternehmungen eingeholter Daten angestellte Rechnung aushelfen. Die Annahme war dabei, daß für je eine Familie ein eigenes aus 5 Wohnräumen bestehendes Häuschen, eine Fläche von 150 Quadratmetern deckend, gebaut wird, welches 50 Jahre dauern soll. Der Bauaufwand für ein derartiges Häuschen ist mit 150 Arbeitstagen angesetzt, es sind also für die 5 Millionen Familien des Landes insgesammt für 50 Jahre 750 Millionen, d. i. jährlich 15 Millionen Arbeitstage oder 50 000 Jahresarbeiter zu verwenden. Die gesammte Bauthätigkeit beansprucht also 75 000 Arbeiter. Der Aufwand für alle anderen Industrien ist einfach den amtlichen Publikationen entnommen, wobei die Mehl- und Rohzuckerproduktion

vollständig, der Kohlenbergbau nach Abschlag eines Betrages von 20% für Verkehrswesen und für die hier nicht in Rechnung gezogenen Industrien, die Eisenindustrie nach Ausscheidung einiger Luxusfabrikationen, die Maschinenindustrie vollständig aufgenommen sind. In dem Arbeitsaufwande für die Bekleidungsindustrie ist die Baumwollenindustrie vollständig, die Leinen- und Schafwollenindustrie nach Ausscheiden der Luxuswaaren, die Hutindustrie und Kleiderkonfektion vollständig aufgenommen. Unter dem Titel der chemischen Industrie wurden blos jene Fabrikationen berücksichtigt, welche die Hilfsstoffe für die hier namhaft gemachten Gewerbe erzeugen. Zum Verständniß der nachstehenden Tabelle sei noch hinzugefügt, daß neben der ersten Rubrik, welche die absoluten Zahlen des erforderlichen Arbeitsaufwandes giebt, die zweite Rubrik den Prozentsatz der arbeitsfähigen Bevölkerung Oesterreichs darstellt, der durch die fragliche Arbeitsthätigkeit absorbirt wird. Als arbeitsfähig ist dabei die im Alter von 16 bis 50 Jahren stehende männliche Bevölkerung gemeint; diese umfaßt 45% der männlichen Gesammtbevölkerung oder rund 5 Millionen Seelen. In der dritten Rubrik endlich folgt die Zahl von Arbeitstagen, welche sonach jeder Einzelne dieser Arbeitsfähigen zu Deckung der in Rechnung gezogenen Bedürfnisse aufwenden müßte.

	Verwendete Arbeiter		Prozent der Arbeitsfähigen		Jährliche Arbeitstage per Kopf der Arbeitsfähigen
Landwirthschaft	220 000	=	4,4	=	13,2
Mehl- und Zuckerproduktion	60 000	=	1,2	=	3,6
Kohle, Eisen- u. Maschinenind.	110 000	=	2,2	=	6,6
Bauthätigkeit	75 000	=	1,5	=	4,5
Bekleidungsindustrie . . .	145 000	=	2,9	=	8,7
Chemische Industrie . . .	5 000	=	0,1	=	0,3
	615 000	=	12,3	=	36,9

Es sind also 615 000 Arbeiter nothwendig, um 22 Millionen Seelen mit Nahrung, Kleidung und Beheizung zu

versorgen. Wenn die sämmtlichen Frauen, sowie die männliche Bevölkerung unter 16 und über 50 Jahren diesen Produktionen ferne bleiben, sind doch blos 12,3 % der verfügbaren Arbeitskraft zu Deckung der einschlägigen Bedürfnisse erforderlich, d. h. es braucht jeder einzelne Arbeiter nicht mehr als 36,9 Tage oder rund 6 Wochen im Jahre zu arbeiten, um sich und die Seinen mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen zu versorgen. Dabei könnte die tägliche Arbeitsdauer wesentlich reduzirt werden, da ja in dem amtlich ausgewiesenen Arbeitsaufwande sehr viel Kinder- und Frauenarbeit enthalten ist, während hier blos die Arbeit vollkräftiger Männer in Rechnung gezogen erscheint.

Damit man nicht etwa glaube, daß vielleicht die Luxusbedürfnisse des besser situirten Theiles der Bevölkerung den Rest der verfügbaren Arbeitskraft konsumiren, möge hier sofort der Arbeitsaufwand für die Luxusindustrien im weitesten Sinne hinzugefügt werden. Die nachfolgende Tabelle enthält den gesammten Arbeiterstand der in den öffentlichen Ausweisen aufgenommenen Industrien, soweit er nicht schon in der früheren Tabelle enthalten ist.

	Verwendete Arbeiter		Prozent der Arbeitsfähigen		Arbeitstage auf den Kopf der arbeitsfähigen Bevölkerung
Nahrungs- und Genußmittel	50 000	=	1	=	3
Berg- u. Hüttenwesen, Metall- u. Maschinenindustrie . .	65 000	=	1,3	=	3,9
Erzeugung von Geräthen und Mobilien	40 000	=	0,8	=	2,4
Bekleidungsindustrie . . .	85 000	=	1,7	=	5,1
Verkehr	60 000	=	1,2	=	3,6
Chemische Industrie und verschiedene	15 000	=	0,3	=	0,9
	315 000	=	6,3	=	19,4

Da unter „Verkehr" auch der Arbeitsaufwand der Transportunternehmungen mitaufgenommen ist, so stellen die hier ausgewiesenen 315 000 Arbeiter in Wahrheit den gesammten

Arbeitsaufwand dar, der, mit Ausnahme des Kleingewerbes, der Hausindustrie und der häuslichen Beschäftigung, im österreichischen Staatsgebiete neben den oben ausgewiesenen 615 000 Arbeitskräften zu Deckung des Konsums gebraucht wird. Es ist richtig, daß einzelne Produktionsarten in der Großindustrie nur unvollständig vertreten sind, daß andere, wie z. B. der Gartenbau, in den obigen Ausweisen gänzlich fehlen; aber deswegen bleibt es nicht minder richtig, daß 930 000 Arbeiter etwa neun Zehntheile der österreichischen Gesammtproduktion decken, daß sonach mit 18,6 % der Leistungsfähigkeit von fünf Millionen arbeitstüchtiger Männer der Gesammtkonsum des Landes in einer Weise befriedigt werden könnte, daß zu Ausfüllung der noch vorhandenen geringfügigen Lücken ein sehr mäßiger Mehraufwand mit modernen Produktionsbehelfen ausgerüsteter Arbeit genügen müßte. Ergänzen wir vorsichtshalber diese 18,6 % auf 20 %, so finden wir bei einer Arbeitsleistung von 60 Tagen im Jahre den derzeitigen thatsächlichen Konsum vollauf befriedigt. Es bleibt also die doppelte Frage offen: Erstlich, was geschieht mit den 240 Tagen, die noch darüber hinaus zur Verfügung sind? welcher Abgrund verschlingt diese 80 % der nationalen Arbeitskraft? und zum zweiten, wie ist es möglich, daß die Mehrzahl trotz harter Arbeit dem Elend preisgegeben bleibt, wenn höchstens 20 % der verfügbaren Arbeitskraft zu vollständigem Lebensunterhalt Aller genügen würden?

Fünftes Kapitel.

Das Kapital.

Das im vorigen Kapitel aufgedeckte Mißverhältniß zwiſchen Produktivität der Arbeit und Arbeitslohn, d. h. zwiſchen dem mit Hilfe der modernen Kulturmittel erzielbaren Arbeitsertrage und dem auf die Mehrzahl der Lebenden entfallenden Antheile an den erzeugten Gütern iſt ſo ungeheuerlich, die Anſchauung, daß es möglich wäre, Allen reichliches Auskommen zu gewähren, wenn nur Alle im Genuſſe der eigenen Arbeitsprodukte belaſſen würden, widerſpricht ſo ſehr den über dieſen Gegenſtand genährten Theorien, daß ohne Frage ſelbſt zahlreiche Anhänger des ſozialen Reformgedankens die ſämmtlichen Tabellen und Rechnungen des vorigen Kapitels mit Mißtrauen betrachten dürften. Und in der That kann denſelben keine ziffermäßige Genauigkeit zugeſprochen werden; andrerſeits ſind dieſelben jedoch mit ſo großer Vorſicht zuſammengeſtellt, daß füglich behauptet werden darf, daß bei wirklich rationeller, im großen betriebener Wirthſchaft das angedeutete Mißverhältniß ſich noch viel eklatanter herausſtellen würde. Wer nur einigermaßen mit den Produktionsverhältniſſen vertraut iſt, muß wiſſen, daß in allen wichtigeren Branchen wenige Arbeiter den Bedarf Tauſender von Konſumenten decken, derart, daß auf den Konſum des Einzelnen blos verſchwindende Bruchtheile der Leiſtung eines einzelnen Arbeiters entfallen; ja dieſe Bruchtheile ſind ſo mäßig, daß die Summirung der in allen wichtigeren Produktionsarten erforderlichen Arbeitsquantitäten auch nur einen Aufwand von Arbeitskraft ergiebt, der unter allen Umſtänden blos eine höchſt mäßige Quote der Leiſtungsfähigkeit des Menſchen repräſentirt. Was geſchieht alſo mit

den Ueberschüssen an Produktionskraft? Wird etwa nicht so fleißig und angestrengt gearbeitet wie gearbeitet werden sollte, und erklären sich vielleicht Noth und Elend bei vorhandener Möglichkeit eines Ueberflusses aus der Trägheit der Menschen? Es ist wohl unnöthig, auf diese Supposition weiter einzugehen. Oder sind es die wenigen Besitzenden, welche den Ueberschuß der Produktionskraft sich nutzbar machen? Auch das ist offenbar unrichtig. Wenn auch die Wenigsten leugnen dürften, daß die Entbehrungen der Massen mit steigender Anhäufung von Reichthümern in den Händen einer Minderheit zusammengehen, so ist doch die Annahme, daß die gesammte Differenz zwischen Produktivität und Existenzminimum den Besitzenden zugute komme, eine offenbare Uebertreibung; dieselbe läßt sich schon aus dem Grunde nicht halten, weil gerade die großen Produktionen, in welchen die meisten Arbeitskräfte verwendet werden, solche Güter betreffen, die sich zum Konsum durch eine bevorrechtete Minderheit gar nicht eignen.

Die Schulansicht geht dahin, daß die Konkurrenz, welche sich die Arbeitsuchenden durch ihre wachsende Zahl selber machen, an jenem traurigen ehernen Lohngesetze schuld sei, welches den Produktionsantheil des Arbeiters niemals dauernd über die dringendste Lebensnothdurft hinauswachsen lasse.

Diese Theorie erklärt aber streng genommen absolut nichts, denn sie vergißt vollständig, daß es sich nicht blos darum handelt, zu erklären, warum der Arbeitslohn nicht steigt, trotzdem die Summe der Produkte sich vermehrt hat, sondern warum er nicht steigt, trotzdem die Produktivität, d. h. die Produktion des einzelnen Arbeiters gewachsen ist. Wenn gefragt würde, wie sich die Stabilität des Arbeitslohnes damit verträgt, daß zehnmal so viel Produkte vorhanden sind, so hätte die Antwort „weil zehnmal so viel Arbeiter zu ernähren sind" logischen Sinn; fragt man aber nach der

Ursache des absoluten oder doch zum mindesten relativen Zurückbleibens der Lohnsätze, trotzdem die Produktivität der Arbeit, d. h. die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters sich verzehnfacht hat, so ist die obige Antwort ganz unzulässig: denn wenn die Voraussetzung der Frage richtig ist, dann muß die zehnfache Zahl Arbeiter hundertmal so viel erzeugen, als vordem produzirt wurde, und im wachsenden Arbeitsangebot kann nimmermehr der Grund des „ehernen Lohngesetzes" gefunden werden, vielmehr muß die relative Stabilität des Lohnsatzes auf andere Ursachen zurückzuführen sein. Es muß einen Abgrund geben, welcher den Produktionsüberschuß verschlingt.

Welches aber ist dieser Abgrund? Bevor wir dieser Frage näher treten und zeigen, kraft welcher wirthschaftlichen Gesetze unter der Herrschaft der geltenden ökonomischen Ordnung die menschliche Arbeit einerseits im Genuß ihrer Erzeugnisse verkürzt, andererseits in ihrer Produktivität gehemmt wird, muß zuvörderst klargelegt werden, in welcher Weise sich das thatsächliche Ergebniß menschlicher Produktion auf die verschiedenen Einkommenszweige vertheilt. Wir unterscheiden dabei neben dem Arbeitslohn, unter welchem jegliche Vergütung menschlicher Anstrengung, sie sei nun körperlicher oder geistiger Art, zu verstehen ist, Kapitalzins, Unternehmergewinn und Grundrente. Diese vier Einkommensarten müssen streng auseinandergehalten werden. Unter Kapitalzins ist ausschließlich die für die Benützung von Kapital gezahlte Leihgebühr zu verstehen, nicht aber der Gewinn, welchen der Unternehmer mit Hilfe des Kapitals erzielt. Unternehmergewinn ist der Ueberschuß, den der Arbeitgeber vom Produktionsertrage nach Abtragung von Arbeiterlohn, Kapitalzins und Grundrente zurückbehält. Sofern er dabei körperlich oder geistig an der Produktion mitwirkt, ist der

für diese Leistung entfallende Lohn vom Gewinne gleich anderem Arbeitslohne abzuziehen. Grundrente endlich ist der vom Eigner des Naturmonopols für dessen Benützung zu produktiven Zwecken erlangte Tribut.

Die allgemeine Meinung geht nun merkwürdiger Weise dahin, daß — insofern überhaupt eine Ausbeutung der Arbeit zugegeben wird — das Kapital als solches in erster Reihe dabei betheiligt sei. Mit sehr geringen Ausnahmen huldigen alle Sozialisten der Meinung, daß dem Kapital überhaupt kein Antheil am Produktionsertrage gebühre, daß eine gründliche soziale Reform zusammenfallen müsse mit der Beseitigung der sogenannten Kapitalwirthschaft, und eine ganze Reihe sonst orthodoxer Nationalökonomen pflichtet ihnen wenigstens insofern bei, als sie eine Art Uebervortheilung der Arbeit durch das Kapital zugiebt. Das ist nun ein fundamentaler Irrthum. Allerdings ist die Art und Weise, wie Kapital derzeit zu Produktion verwendet wird, antisozial, und die Emanzipation der Arbeit muß und wird mit einem gründlichen Wandel in der Vertheilung sowohl als in der Verwerthung der Kapitalien verbunden sein; es ist aber weder richtig, daß dem Kapital kein Antheil am Produktionsertrage gebühre, noch daß der Antheil, den das Kapital thatsächlich erhält, den Arbeitenden um die Früchte seines Fleißes bringe. Nur darf man unter Kapital-Antheil nicht Unternehmergewinn und unter Kapital nicht jede Art von zu Produktionszwecken verwendetem Besitz, also nicht auch den Grund und Boden und jegliche Naturkraft verstehen, die einerseits zur Produktion verwerthbar und andererseits zu individueller Besitzergreifung geeignet ist. Wenn es sich darum handelt, die Anforderungen wirthschaftlicher Gerechtigkeit zu untersuchen, muß streng unterschieden werden zwischen solchen Besitzthümern, die von der Natur gegeben sind, die Niemand hervorgebracht hat und

auf die daher einerseits Niemand einen Eigenthumsanspruch sollte erheben dürfen, und die andererseits, wenn sie ins Eigenthum übergehen, gerade weil sie sich nicht erzeugen und vermehren lassen, ihren Besitzern ein Monopol verleihen, welches durch menschliche Betriebsamkeit erzeugte Besitzthümer nicht verleihen, — und zwischen diesen letzteren Kapitalien, die Produkte menschlicher Arbeit sind. Beschränkt man den Kapital-Begriff auf diese, so läßt es sich leicht zeigen, daß es im Sinne wirthschaftlicher Gerechtigkeit nicht blos thunlich, sondern geradezu nothwendig ist, das individuelle Privateigenthum auf diese Produktionsmittel zuzulassen und ihnen einen Antheil am Produktionsertrage einzuräumen. Die gegentheilige Meinung ist in letzter Linie auf die Erkenntniß zurückzuführen, daß auch die eigentlichen Kapitalien, und gerade diese in augenfälligster Weise, angesichts der bestehenden Wirthschaftsordnung Instrumente der Ausbeutung sind. Der „Brodherr", der am unmittelbarsten und handgreiflichsten Ausbeutung übt, ist fast immer mit Kapital ausgerüstet; er stützt seine Ausbeutung vornehmlich auf die ihm durch das Kapital verliehene Uebermacht. Die Ausbeutung ist nun das Uebel, welches beseitigt werden muß, und folglich glaubte man den Kampf gegen das nächstliegende, sichtbarste Instrument der Ausbeutung, nämlich gegen das Kapital richten zu sollen. Mit demselben Rechte könnte man aber in der Maschine und im technischen Fortschritte die Ursache der Ausbeutung erblicken, statt zu untersuchen, warum diese an sich so wohlthätigen Instrumente zu Werkzeugen der Ausbeutung geworden sind. Und da man einmal überzeugt war, daß das Kapital an der Ausbeutung Schuld trage, so untersuchte man nicht unbefangen seine wahre Funktion und sein wirkliches Recht im wirthschaftlichen Getriebe, sondern zog aus dem an sich falschen Lehrsatze der orthodoxen Nationalökonomie, daß Arbeit die

einzige Quelle menschlichen Reichthums sei, die falsche Konklusion, daß blos lebendiger Arbeit, nicht aber der im Kapital aufgestapelten vergangenen ein Antheil an den produzirten Reichthümern gebühre. Die Prämisse ist falsch, weil zur Produktion nicht blos Arbeit, sondern auch die Gunst natürlicher Produktionsbedingungen im ausgedehntesten Sinne des Wortes gehört. Aber selbst wenn das Dogma der ausschließlichen Produktivität der Arbeit richtig wäre, würde daraus nicht folgen, daß das Kapital im engeren Sinne des Wortes unproduktiv sei. Dieses Kapital ist in der That Arbeit, aufgespeicherte vergangene Arbeit, die richtig verwendet zur Produktion ebenso beiträgt, wie die lebendige, gegenwärtige. Es ist so unmöglich dies zu leugnen, daß die meisten Sozialisten, die dem Kapital seinen Antheil am Produktionsertrage bestreiten wollen, auf den Ausweg verfallen sind, nicht das Recht des Kapitals an sich, sondern dasjenige des Kapitalbesitzers zu untersuchen. Sehr energisch und mit großem Aufwande geistvoller Ironie, aber dem Wesen nach um nichts glücklicher als seine Vorgänger, thut dies auch Marx. Er hält sich an die volkswirthschaftliche Definition, wonach die Kapitalrente als Belohnung für jene wirthschaftliche Enthaltsamkeit dargestellt wird, welche derjenige übte, welcher den Ertrag seiner Arbeit statt ihn zu verzehren, bei Seite legte, anders ausgedrückt: statt ihn in Genußmittel zu verwandeln, zu einem Produktionsmittel verwendete; er spottet über die „Enthaltsamkeit jener bedauernswerthen Millionäre", die aus dem Schweiße der Arbeiterschaft nicht nur die Mittel zu geiler Ueppigkeit ziehen, sondern überdies in geometrischen Progressionen wachsende Reichthümer aufstapeln, oder durch Spekulationen sich die Ersparnisse Anderer anzueignen verstehen. So zutreffend diese Ironie auch sein mag, so beweist sie doch nichts für den vorliegenden Fall; denn auch der

Millionär übt noch immer Enthaltsamkeit, wenn er einen Theil seiner Rente in Fabriken anlegt oder auf Zins herleiht, statt ihn zu verjubeln, eine Enthaltsamkeit, zu der er keine Veranlassung hätte, wenn er aus derselben keinen Nutzen zöge, und die Natur des Kapitals als der Konsumtion entzogener und neuer Produktion zugeführter Produktionsertrag ändert sich nicht, wenn es durch verfehlte Einrichtungen möglich wird, die Ersparnisse denjenigen zu entziehen, denen sie von Rechtswegen gebühren. Aus der Darstellung von Marx geht, soweit sie richtig ist, hervor, daß die Kapitalrente in der Regel nicht denjenigen zufließt, denen sie eigentlich gebührt hätte, woraus aber noch lange nicht folgt, daß sie Niemand, oder daß sie den Arbeitenden gebühre, die das Kapital zu ihrer Produktion benützen. Es ist ein Anderes, ob die Erwerbung unrechtmäßigen Kapitals — unrechtmäßig im weitesten sozialpolitischen Sinne — verurtheilt, oder dem Kapital die Berechtigung auf Rentengenuß abgesprochen werden soll: ersteres liegt durchaus im Sinne wirthschaftlicher Gerechtigkeit und ist deshalb durchführbar, letzteres ist ebenso unmöglich als es ungerecht wäre. — Ungerecht, weil ja Kapital thatsächlich produzirt, also Anspruch auf Produktionsertrag hat, unmöglich, weil mit der Kapitalrente auch der Anreiz zu Kapitalbildung verschwände, und damit die Produktion in ihrem Lebensnerv getroffen würde. Rentenloses Kapital ist überhaupt nur diskutirbar, wenn der Kommunismus in seiner strengsten Form eingeführt werden soll; dann ist aber auch ganz irrelevant, ob die Gesammtheit, die ja Alleinbesitzerin aller Kapitalien ist, sich selber eine Kapitalrente anrechnet oder nicht. Sieht man dagegen im Individuum den Herrn des Produktionsertrages, so muß den Instrumenten zukünftiger Produktion ein Anrecht auf die Zukunftserträge zugesprochen werden, wenn es überhaupt zu solchen Zukunftserträgen kommen soll. Und es geht auch

durchaus nicht an, sich über diese Nothwendigkeit mit der Fiktion hinwegzuhelfen, daß in einer Gesellschaft wirthschaftlich Gleichberechtigter Ersparnisse und Ersparnißerträge ohne weiteres in einen Topf geworfen werden können, indem ja Jedermann nach beiden Seiten gleich interessirt sei. — Gerade das letztere ist unrichtig, und es wäre daher allerdings von gleichem Vortheil für Jedermann, daß Produktionsmittel erübrigt werden, Niemand aber wäre dabei interessirt, daß diese Erübrigung gerade aus dem Ertrage *seiner* Produktion stattfinde, Jedermann wird wollen, daß im allgemeinen gespart werde, selber aber — solange die menschliche Natur sich nicht radikal ändert — genießen statt zu sparen, und die Folge davon wäre, daß Produktion und Kultur sehr rasch wegen Kapitalmangel den Krebsgang einschlagen müßten.

Die Partizipation der Kapitalien am Produktionsertrage ist aber auch ebenso unbedenklich als gerecht und nothwendig; denn die Meinung, daß das Kapital die Differenz zwischen dem Produktionsertrage und Arbeitslohn verschlinge, beruht auf einer Verwechselung zwischen Kapital, welches aus Arbeitsprodukten aufgestapelt ist, und den Schätzen der Natur einerseits, und zwischen Kapitalrente und Unternehmergewinn andrerseits.

Es liegt im Wesen dieses Einkommenszweiges, daß er einen sonderlich großen Theil des Produktionsertrages niemals verschlingen kann, was im Nachfolgenden begründet ist: Kapital verleiht kein Monopol, da es willkürlich vermehrt werden kann und sich sein Angebot daher steigern muß, wenn seine Rente den zu Inganghaltung der Kapitalisation erforderlichen Anreiz übersteigt. Das Ausmaß dieses Anreizes ist allerdings keine unabänderlich gegebene Größe, vielmehr von der Leichtigkeit des Sparens einerseits und von dem Kapitalbedarfe andrerseits abhängig. Je geringere Entbehrungen das Sparen

auferlegt, d. h. also je reichlicher die Produktion ist, desto mäßigerer Zinsfuß genügt, um zur Kapitalisation anzuspornen; je größer aber andrerseits der Kapitalbedarf ist, desto höhere Zinsen müssen ceteris paribus als Sporn der Kapitalisation bewilligt werden. Da nun aber größere oder geringere Leichtigkeit der Kapitalbildung zugleich in einem sehr bestimmten Kausalnexus mit dem Umfange der thatsächlich bereits vorhandenen Kapitalien steht, insofern nämlich, als flotte Kapitalisation mit hoher Produktivität, diese aber mit umfangreichem Kapitalvorrathe eng verknüpft ist, während umgekehrt schwierige Kapitalisation geringe Produktivität und diese knappen Kapitalbesitz bedeutet, so kann mangelnde Sparkraft nur dort zu hohem Zinsfuße führen, wo die zinstragenden d. i. produzirenden Kapitalien mäßigen Umfang haben, und muß Leichtigkeit des Sparens ermäßigend auf den Zinsfuß wirken, wo große Kapitalien zu verzinsen sind. Doch mit all dem ist nur klar gelegt, daß der Zinsfuß von Sparkraft einerseits und Kapitalbedarf andrerseits abhänge. Dies schlösse an sich nicht aus, daß trotzdem die Kapitalrente einen unverhältnißmäßigen Theil des Volkseinkommens verschlingen mag, wobei selbst die Erkenntniß, daß Kapital produktiv sei und folglich ein Anrecht auf den Produktionsertrag habe, geringen Trost zu gewähren vermöchte. Gerade diese Erwägung könnte sogar zu Verstärkung der Anklage dienen, daß das Kapital den ganzen Nutzen der zum großen Theile durch seine Mitwirkung bewerkstelligten Steigerung der Produktivität absorbire. Die Arbeit ist zehnfach fruchtbar, wenn sie mit den Hilfsmitteln moderner Kultur ausgerüstet wird; diese Hilfsmittel nehmen aber die Form von Kapital an, Kapital hat also die Fruchtbarkeit menschlicher Arbeit verzehnfacht, es beanspruchte gerade gestützt auf diesen Rechtstitel neun Zehntheile des Produktionsertrages, und der Arbeit bleibt trotz aller

Kulturfortschritte das leere Nachsehen, solange der Ertragsanspruch des Kapitals aufrecht steht — das ist ja in nuce der antikapitalistische Gedankengang, der a priori mit der Thatsache stetig abnehmenden Zinsfußes keineswegs in Widerspruch steht. Denn über die absolute Höhe der zinsberechtigten Kapitalien und folglich der Kapitalzinsen ist mit dem Zinsfuße noch nichts entschieden, und man braucht diesen Umfang nur so hoch zu setzen, daß der Zins selbst bei mäßigstem Prozentsatze dem Produktionsertrage annähernd gleichkommt, um in ihm die Quelle der Ausbeutung zu finden. Diese Supposition ist aber thatsächlich und theoretisch gleich falsch. Der Kapitalzins absorbirt thatsächlich offenbar blos mäßige Bruchtheile des Produktionsertrages. Zwar läßt sich unmöglich berechnen, wie viel die Kapitalzinsen der zivilisirten Welt betragen, aber es läßt sich doch umgekehrt zeigen, wie viel sie nicht betragen können. Setzen wir das thatsächliche Einkommen der Massen in den abendländischen Kulturstaaten mit einem Minimum an — etwa mit 50 Gulden jährlich für den Kopf der Bevölkerung —, so ergiebt dies eine Summe von 20 Milliarden im Jahre; gesucht wird nun nach dem Verbleib des Ueberschusses der Arbeitserträge über dieses Existenzminimum: also im Sinne unserer approximativen Rechnungen, des Neunfachen dieses Betrages, das wäre von 180 Milliarden jährlich. Kann ein auch nur annähernd so großer Betrag, kann auch nur ein ausgiebiger Bruchtheil desselben durch Kapitalzins absorbirt werden? Man wird zugeben, daß diese Annahme schlechthin absurd wäre. Mehr als 5 Prozent reiner Zins wird durchschnittlich gewiß nicht gezahlt; mit 5 Prozent kapitalisirt repräsentiren aber 180 Milliarden Zinsen 3600 Milliarden Kapital, oder 9000 Gulden auf den Kopf und 45000 Gulden auf die Familie der abendländischen Gesammtbevölkerung — Ziffern, die vernünftiger Weise gar nicht in Betracht gezogen

werden können. Nicht einmal das alterum tantum des thatsächlichen, das Existenzminimum repräsentirenden Gesammtarbeitslohnes kann rationeller Weise für Kapitalzins supponirt werden; 20 Milliarden Zins wären noch immer 400 Milliarden produktiven Kapitals oder 5000 Gulden auf den einzelnen Hausstand, was viermal so viel ist, als im vorigen Kapitel berechnet wurde und offenbar den durchschnittlichen Bedarf zu Ausrüstung der Arbeit mit noch so vollkommenen Produktionsmitteln wesentlich überschreitet. Es läßt sich also mit großer Wahrscheinlichkeit behaupten, daß das Kapital als solches thatsächlich einen wesentlich geringeren Theil des Produktionsertrages absorbirt, als der Arbeitslohn, und über jeden Zweifel erhaben ist, daß sein Ertragsantheil die Differenz zwischen Produktivität und Lohn nicht begründet. Es ist das aber auch kein zufälliges, sondern ein nothwendiges, im Prinzipe begründetes Verhältniß: Kapital ist ebenso gut wie Arbeit dem Besitzer der Naturkraft tributär, der Konkurrenz unterworfen und kann folglich Erträge, die seine Reproduktionskosten wesentlich und dauernd übersteigen, nicht behalten, muß sie vielmehr denjenigen überlassen, die als Nutznießer des Bodenmonopols oder als Organisatoren produktiver Arbeit ihm sowohl als der Arbeit die Bedingungen vorzuschreiben vermögen, unter welchen sie die Produktion gestatten bezw. leiten. Es wird sich bei Untersuchung des Wesens der Grundrente zeigen, in welcher Weise die Grundrente ihre Absorptionskraft auf die Ertragsüberschüsse aller Produktionsarten — auch der nicht unmittelbar an den Boden gebundenen — ausübt. Ebenso muß das Kapital einen Theil des mit seiner Hilfe durch die Arbeit erzielten Produktionsertrages an den Unternehmergewinn abtreten, was gleichfalls im Wesen der Sache begründet ist. Man könnte also höchstens glauben, daß Grundrente, Unternehmergewinn und Kapital-

rente gemeinsam die Arbeit ausbeuten. Aber auch das ist unrichtig. Kapital ist zwar eines der wirksamsten Ausbeutungsinstrumente in den Händen des Unternehmers und Grundrentners, an sich aber — von wucherischen Ausnahmen abgesehen — nicht Subjekt der Ausbeutung. Letzteres nicht aus dem Grunde, weil Kapital gleich der lebendigen Arbeit am Produktionsertrage überhaupt gar nicht direkt partizipirt, seine Zinsen ähnlich wie diese ihren Lohn unbekümmert um das größere oder geringere Ausmaß des durch sie gemeinsam erzielten Erträgnisses lediglich nach Maßgabe des zu seiner Reproduktion erforderlichen Aufwandes erhält. Um den Kapitalzins zu bemessen, wird nicht gefragt, wie viel das Kapital produzirt, wie viel menschliche Arbeitskraft es ersetzt, sondern wie viel zu seiner Reproduktion erforderlich ist, d. h. wie viel bezahlt werden muß, damit menschliche Arbeit Kapital erzeuge. Und da es nun im Wesen der kapitalistischen Produktion liegt, daß die Arbeitsersparniß durch das Kapital größer sein muß, als der Arbeitsaufwand zu Herstellung des Kapitals, so kann der Kapitalzins immer nur ein Bruchtheil des Kapitalprodukts sein, und dieser Bruchtheil wird desto verschwindender, je vollkommener die Wirthschaftsmethode, d. h. je gewaltiger der Abstand zwischen Nutzeffekt und Herstellungskosten der kapitalistischen Arbeitsbehelfe sich gestaltet. Nehmen wir an, daß mit Hilfe eines Kapitals von 100000 Gulden die Leistungsfähigkeit von 100 Arbeitern verdoppelt wird, so verrichtet dieses Kapital in Wahrheit die Arbeit von 100 Menschen; wenn nun seine Erzeugung beispielsweise 20000 Arbeitstage erfordert, so genügt — das Jahr zu 300 Tagen angesetzt — die Arbeit von 66,6 Menschen, um seinen Gegenwerth binnen Jahresfrist zu produziren. Es fragt sich nunmehr, in wie viel Jahren die Reproduktion des Kapitals durchgeführt sein muß, damit jederzeit der genügende

Anreiz zur Kapitalbildung vorhanden sei. Diese Frist wird desto länger werden, je fruchtbarer menschliche Arbeit und je leichter die Kapitalansammlung sich gestaltet. Vom subjektiven Standpunkte des Kapitalbildners betrachtet ist nämlich Kapitalisation nichts anderes als die Zurücklegung eines Theiles der eigenen Produktionskraft zum Behufe dauernder statt einmaliger Konsumtion; wenn nun zu entscheiden ist, in welchem Verhältnisse der Umfang dieser einmaligen Entbehrung und der der dauernden Genüsse, d. h. Kapital und Zinsen zu einander stehen müssen, damit Menschen in genügender Zahl sich finden, die eine solche Verwandlung gegenwärtiger in zukünftige Genüsse vornehmen, so handelt es sich in erster Linie um die Intensität der Entbehrungen, die für die Gegenwart damit verknüpft sind. Wer ohnehin Hunger leidet, dem muß größere Belohnung seiner Enthaltsamkeit zugesichert werden als demjenigen, der sich blos das Ueberflüssige zu versagen braucht, um für seine Zukunft zu sorgen; wer hart arbeiten muß, um der Noth des Augenblicks zu genügen, der wird zum Sparen weniger geneigt sein, als derjenige, der mit geringen Anstrengungen das Auslangen findet. Der Zinsfuß muß also hoch sein, wo Reichthum und Produktivität gering sind, niedrig, wo das Umgekehrte der Fall ist. Setzen wir einen Zinsfuß von 5% als derzeit geltenden Durchschnitt, so besagt derselbe, daß angesichts der bestehenden wirthschaftlichen Verhältnisse das Kapital in 20 Jahren sich reproduziren muß, damit der erforderliche Anreiz zum Sparen gegeben sei. Ein Kapital, zu dessen Herstellung 66,6 Arbeitsjahre erforderlich wären, brauchte demnach als Jahreszins blos den Jahresertrag (nicht zu verwechseln mit Arbeitslohn) von 3,33 Arbeitern; es würden also, wenn unser Beispiel richtig ist, Leistung und Lohn des Kapitals im Verhältniß von $100 : 3^1/_3$ zu einander stehen. Nun ist dies allerdings ein willkürlich

gewähltes Beispiel; Nutzeffekt wie Reproduktionskosten des Kapitals können größer oder geringer sein und das hier berechnete Verhältniß könnte ebensogut auf 100:1 sinken wie auf 100:100 steigen. Abgesehen aber von dem thatsächlichen Zustande, der durchschnittlich weit eher für eine Vergrößerung als für eine Verringerung des in unserem Beispiele angenommenen Nutzkoeffizienten sprechen dürfte, ist es auch prinzipiell undenkbar, daß obige Proportion jemals wirklich auf 1:1 sich stelle, denn das würde bedeuten, daß der Kapitalzins gleich sei dem Nutzen aus der Kapitalbenützung, womit natürlich alle und jede kapitalistische Produktion unthunlich würde. Der Kapitalzins kann dem Kapitaleffekt schlimmsten Falls nur nahe kommen, ihn aber niemals erreichen; doch selbst wenn er ihn erreichte, wäre damit nur die Unfruchtbarkeit des Kapitals, nicht aber eine Ausbeutung durch dasselbe gegeben; auch dann erhielte Kapital nicht mehr als ihm gebührt, ohne den Ertrag der lebendigen Arbeit verkürzen zu können, vermöchte aber allerdings diesen letzteren nicht zu steigern.

Kapitalzins ist also, soweit er den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen bleibt, kein Element der Ausbeutung. Eine auf Verwirklichung der wirthschaftlichen Gerechtigkeit abzielende Sozialreform kann und wird daher weder an seinem Wesen noch unmittelbar an seinem Ausmaße etwas ändern. Auch wenn der Arbeitende im Vollgenusse seines Produktionsertrages bleibt, wird er für den Gebrauch der Arbeitsinstrumente so viel bezahlen müssen, als zu deren Instandhaltung und Ergänzung erforderlich ist, nämlich so viel, daß sich jederzeit Menschen in genügender Zahl finden, die durch den damit verknüpften Nutzen veranlaßt werden, einen Theil ihres Einkommens zu kapitalisiren, statt zu konsumiren. Nur wird sich dann allerdings das Verhältniß von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkte nach

zwei Seiten ändern, es werden nämlich beide ſteigen. Erſteres wegen der vermehrten Leichtigkeit der Kapitalbildung, letztere wegen der — wie ſich ſpäter ergeben wird — gewaltigen Ausdehnung der kapitaliſtiſchen Produktion und des damit verbundenen Kapitalbedarfs. Davon, ob erſteres oder letzteres Element überwiegt, wird die Höhe des Zinsfußes abhängen, und es mag hier ſofort bemerkt werden, daß auf die Dauer gerade wegen der zunehmenden Produktivität der Arbeit ein kontinuirliches Sinken des Zinsfußes unvermeidlich ſein wird.

Sechstes Kapitel.

Der Unternehmergewinn.

Die öffentliche Meinung und die wiſſenſchaftliche Doktrin ſind geneigt, im Unternehmergewinn weit weniger als in der Kapitalrente ein Element der Ausbeutung zu ſuchen. Man ſieht gemeinhin in ihm nichts anderes als eine Art wirthſchaftlich vollkommen gerechtfertigten Entgelts für organiſatoriſche Thätigkeit, Ueberwachung wie Leitung der Produktion, und nicht zum letzten einen Erſatz für übernommenes Riſiko. Insbeſondere aber beſtreitet man die Möglichkeit, daß der Unternehmergewinn auf die Dauer einen ſehr großen Antheil des Produktionsertrages abſorbiren könne, da ja die Konkurrenz den Brodherrn zwinge, ſeinen Nutzen mit den Arbeitern zu theilen. Was nun das erſte, nämlich die wirthſchaftliche Berechtigung des Unternehmergewinns anlangt, ſo kann dieſelbe, ſo lange die geltende Wirthſchaftsmethode in Kraft beſteht, gar nicht geleugnet werden. Der Unternehmer ſteigert in der That die Produktivität der Arbeit dadurch, daß er ſie organiſirt und auf den Gegenſtand des jeweiligen Be-

darfs lenkt. Seine Funktion ist, die brutalen Massen zu disziplíniren und darüber zu wachen, daß nicht blos produzirt, sondern nützliche Dinge produzirt werden. Es fragt sich diesbezüglich nur, ob es denn für alle Zeiten nothwendig sei, daß diese Funktion von einer besonderen Menschenklasse geübt und dieser dafür der Anspruch auf den ganzen Produktionsertrag — nach Abzug der unterschiedlichen Kosten — zugesprochen werde. Die zweite Frage anlangend, mit der wir es vorläufig zu thun haben, muß dagegen erklärt werden, daß diese Theorie von dem Einflusse der Konkurrenz auf das Verhältniß zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn durchaus unrichtig ist. Die Konkurrenz der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkte hat das Existenzminimum der Arbeiter zum Regulator und mit dem Unternehmergewinn blos insofern etwas gemein, als thatsächlich kein Unternehmer auf die Dauer mehr Lohn bezahlen kann, als sein Gewinn beträgt. Gleichwie aber der Lohn ohne Rücksicht auf den Unternehmergewinn nicht dauernd unter das Existenzminimum sinken kann, so vermag er auch nicht dauernd über das Existenzminimum zu steigen, der Gewinn sei so hoch er wolle. Die gegentheilige Anschauung geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß wachsender Gewinn und die dadurch hervorgerufene Arbeiternachfrage den Lohn steigern müsse, und zwar insolange, als dies der Gewinn zulasse. — Diese Argumentation wäre richtig, wenn die Arbeitgeber neue Arbeitskräfte dadurch erlangen müßten, daß sie sich selbe gegenseitig abjagten; dann wären sie in der That bei steigendem Ertrage gezwungen, den Lohn insolange zu erhöhen, bis dieser eine so starke Quote des Gewinns absorbirt, daß dessen fernere Steigerung unrentabel wird. Wer beispielsweise mit 100 Arbeitern Werthe von 100 000 Gulden produzirt und bei einem Arbeitslohne von 20 000 Gulden 80 000 Gulden gewonnen hat, der wird, wenn es nicht anders geht,

den Jahreslohn von 200 Gulden bis nahe an 1000 Gulden steigern müssen, wenn er anders seinen Arbeiterstand gegen die Konkurrenten nicht vertheidigen kann. So aber spielen sich die Dinge nicht ab; von Ausnahmefällen abgesehen, wo es sich um besonders qualifizirte Arbeit handelt, befriedigen die Unternehmer ihren Arbeiterbedarf aus einem Reservoir, welches mit den Lohnarbeitern ihrer Konkurrenten nichts gemein hat, und ihre Nachfrage kann niemals jenen Umfang erreichen, der zu Erschöpfung dieses Reservoirs erforderlich wäre. Es ist auch irrig, unter dieser Reservearmee der Produktion lediglich unbeschäftigte Arbeiter zu verstehen, die selbstverständlich jederzeit ohne irgendwelche Lohnerhöhung zu haben sind; in die nämliche Kategorie gehören auch die im gewerblichen und ländlichen Zwergbetriebe untergebrachten Massen, die in Wahrheit höchst unproduktiv beschäftigt sind, trotzdem aber die Konkurrenz mit dem so unendlich überlegenen Großbetriebe aushalten müssen, weil in diesem keine Verwendung für sie vorhanden ist. Zeigt sich eine solche, so bedarf es hier in der Regel keiner Lohnerhöhung, um Hände zu finden, so viel man nur immer gebrauchen mag; besten Falls aber genügt eine im Verhältniß zum Unternehmergewinn gar nicht in Betracht kommende Steigerung des Lohnes, um massenhaftes Angebot heranzuziehen. Der kleine Nagelschmied, der einen Nagel fertig bringt, während der Arbeiter der Nagelfabrik — nach Abzug aller auf die Fabrikeinrichtungen entfallenden Spesen — zehn erzeugt (wofür aber ihm auch nur der Werth eines Nagels als Lohn bezahlt wird), beansprucht keine halbwegs in Betracht kommende Quote des den Unternehmergewinn darstellenden Werthes der anderen neun Nägel; um ihn in die Fabrik zu ziehen, genügt es vollauf, wenn zu dem einen Nagel noch ein Bruchtheil hinzugefügt wird. Und das Entscheidende ist, daß diese solcher Art aufgefaßte Arbeiter-

reserve durch die Nachfrage der Unternehmer niemals absorbirt werden kann. Es wird sich zeigen, daß man es hier nicht mit zufälligen und vorübergehenden, sondern mit dauernden, im Wesen des modernen Wirthschaftssystems begründeten Erscheinungen zu thun hat, die darauf hinauslaufen, daß immer nur ein Bruchtheil der Arbeitsfähigen wirklich productive Beschäftigung finden und daß die Nachfrage der Arbeitgeber die in Reserve stehende Arbeitskraft niemals erschöpfen kann, indem, lange bevor dies geschehen ist, Ueberproduktion und Krisis aller Nachfrage ein Ende bereiten. Die moderne Gesellschaft kann, gerade weil sie den Massen die Möglichkeit nimmt, das Ergebniß ihrer Produktion zu konsumiren, dieselben auch niemals vollständig zur Produktion gebrauchen, sie zwingt, kraft der nämlichen Einrichtung, welche die ungeheuere Mehrzahl zu Entbehrungen verurtheilt, einen großen Theil der Menschen auch zu absoluter oder relativer Unthätigkeit. Die Arbeitgeber finden daher immer mehr Arbeitsuchende als sie jemals gebrauchen können, und wenn sie trotzdem die Löhne zeitweilig erhöhen müssen, so geschieht dies lediglich, um den Zufluß zu beschleunigen, irgend welche Hindernisse lokaler oder individueller Natur zu überwinden, kurz gleichsam zu dem Zwecke, um die Schleusen des fraglichen Reservoirs etwas rascher zu öffnen, als angesichts der allen Dingen und Verhältnissen innewohnenden Beharrungstendenz sonst der Fall wäre. Ihren Gewinn aber berührt all das so gut wie gar nicht; dieser kann allerdings eine das Normalmaß übersteigende Höhe nicht dauernd behaupten, aber seine Schmälerung erfolgt nicht im Wege einer Lohnsteigerung, sondern im Wege einer Preisermäßigung des Produkts. Die Konkurrenz hat also nicht Lohnsteigerung, sondern Preisfall zur Folge. Von diesem wird nun allerdings behauptet, daß er den Massen zugute komme; erstlich ist aber auch das in-

ſofern unrichtig, als der Preisfall zu Lohnreduktionen führt; ſodann aber würde es, wenn es richtig wäre, das Gegentheil von dem beweiſen, was behauptet wird, nämlich daß Konkurrenz den Arbeiter nicht am Unternehmergewinn partizipiren, ſondern umgekehrt aus den Verluſten des Unternehmers Gewinn ziehen laſſe — was wohl ausnahmsweiſe vorübergehend der Fall ſein mag, als allgemeines Geſetz aber füglich keiner Widerlegung bedarf. Es ſoll ſpäterhin gezeigt werden, welchen Einfluß die bei wachſendem Gewinn durch Konkurrenz herbeigeführte Ausgleichung auf die allgemeine Einkommensvertheilung äußert; der Arbeitslohn kann durch ſie weder direkt noch indirekt weſentlich alterirt werden, und es iſt daher auch unrichtig, daß ſie der Ausbeutung einen Riegel vorſchiebe. Der Unternehmergewinn vermag nicht ins unbegrenzte zu ſteigen, er kann in der That niemals die volle Differenz zwiſchen Produktivität und Lohn der Arbeit verſchlingen, denn das allerdings wird durch die Konkurrenz vereitelt; aber daraus, daß ein Theil des Ueberſchuſſes über den Arbeitslohn, und zwar, wie ſich zeigen wird, der weitaus größere Theil, in andere Kanäle fließt, folgt noch lange nicht, daß der den Unternehmern verbleibende Antheil im Verhältniß zum Arbeitslohn mäßig ſei. Man vergißt vollſtändig, daß der Maßſtab, nach welchem die Höhe des Unternehmergewinns gemeſſen wird, von demjenigen des Arbeitslohnes nicht blos graduell, ſondern eſſentiell verſchieden iſt. Ob die Ertragsüberſchüſſe der Arbeitgeber hoch oder niedrig ſeien, ob ſie die Konkurrenz anlocken oder abſchrecken, richtet ſich nicht nach ihrem Verhältniſſe zum Arbeitslohn, ſondern nach den Anſchauungen einer Menſchenklaſſe, die mit denen der Maſſen keinerlei Berührungspunkte hat. Könnten die Arbeiter den Arbeitgebern Konkurrenz machen, ſo würde allerdings ſchon eine namhafte und dauernde Steigerung des Gewinnes über den durchſchnitt-

lichen Lohn neue Produzenten auf den Markt bringen; die Konkurrenz im Großbetriebe ist aber an Voraussetzungen des Besitzes und der Kreditfähigkeit geknüpft, die nur selten anzutreffen sind, und jene Menschenklasse, die ihnen zu entsprechen vermag, wird selbst durch Gewinne, die ein Hundertfaches, ja Tausendfaches des Existenzminimums der Massen betragen, noch lange nicht zum Wettbewerbe gereizt; man errichtet keine neuen Fabriken, auch wenn sich zeigt, daß der Gewinn der alten ein Mehrfaches des Arbeitslohnes sämmtlicher in ihnen beschäftigter Arbeiter erreicht, weil erstlich selbst dieses Mehrfache für den allenfallsigen Konkurrenten noch nichts gar so Lockendes darstellt, und weil zum zweiten jede Ausdehnung der Produktion mit Gefahren verbunden ist, für welche nur sehr hoher Gewinn ein Aequivalent bieten könnte. Die Thatsachen entsprechen diesen Erwägungen aufs vollständigste, trotzdem Theorie und öffentliche Meinung sich ihnen ebenso vollständig verschließen.

Die Irrlehre, daß die Konkurrenz Gewinn und Lohn ausgleiche, glaubt man noch dahin ausdehnen zu können, daß ersterer im Vergleich zu letzterem gar nicht so wesentlich ins Gewicht falle: d. h. man glaubt, daß in der Regel eine sehr namhafte Lohnsteigerung schlechthin materiell unmöglich sei, indem selbst der ganze Gewinn zum Lohne geschlagen nicht genügen würde, um den Lohn ausschlaggebend zu erhöhen, geschweige denn die Lage der Arbeiter radikal zu verbessern. Aus der Thatsache, daß zahlreiche Unternehmer zu Grunde gehen, schließt man ohne weiteres darauf, daß bei den von diesen geleiteten Unternehmungen der Arbeitslohn den ganzen Gewinn verschlungen habe, ohne zu bedenken, daß der Bankerott eintreten kann, auch wenn der Arbeitslohn keine 10% des Produktionsertrages absorbirt, sei es weil die Unternehmung zu klein ist, um trotz der 90%igen Ueber-

schüsse den Aufwand des Unternehmers zu decken, sei es weil dieser sein Geschäft nicht versteht oder bei seinen Einkäufen und Verkäufen sich in verunglückte Differenzspiele eingelassen hat. Zudem aber ist von Seiten der Unternehmer mehr als einmal versucht worden, falsche Behauptungen über diesen wichtigen Punkt in Umlauf zu bringen, und es ist merkwürdig, mit welcher Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit Regierungen, Parlamente und Männer der Wissenschaft sich irre führen ließen. Wer erinnert sich nicht an die Remonstrationen der englischen Fabrikanten gegen die unterschiedlichen Fabrikgesetze, an die Nachweisungen z. B., daß die Reduktion der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden den ganzen Unternehmergewinn absorbiren müßte, indem 10 Stunden gearbeitet würde, um den Lohn zu verdienen und gleichsam erst die elfte Stunde es sei, in welcher der Gewinn der Unternehmer erzielt wird. So genau und im Detail war diese Behauptung rechnungsmäßig belegt, daß selbst späterhin, als die Zehnstundenbill trotzdem durchging und sich herausstellte, daß die Fabrikanten ihre Etablissements nicht sperren mußten, vielmehr noch immer einen Gewinn übrig behielten, an der hier in Betracht kommenden Behauptung, daß nämlich der Unternehmergewinn regelmäßig keine 10% des gesammten Produktionsertrages repräsentire, nicht gezweifelt ward, sondern zu Erklärung der Thatsache, daß trotz der Reduktion der Arbeitszeit immer noch Unternehmergewinn vorhanden sei, auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter hingewiesen wurde. Und doch hätte man sich bei einigem Nachdenken sagen müssen, daß es eine lächerlichere Behauptung als die eines regelmäßig blos ungefähr 10%igen Gewinnüberschusses aus inneren Gründen gar nicht geben könne. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit, angesichts der fort-

währenden Schwankungen aller Waarenpreise einen so geringfügigen Gewinn überhaupt zu fixiren, hätte man die remonstrirenden Fabrikanten einfach fragen können, woher sie denn ihr Vermögen nehmen, wenn sie sich im Durchschnitt mit so mäßigem Gewinn begnügen? 10% des Arbeitslohns genügen fast niemals, um auch nur den häuslichen Gebrauch der Fabrikanten zu decken; man kommt der Wahrheit viel näher, wenn man annimmt, daß die Unternehmer für ihre Person in der Regel nicht viel weniger gebrauchen, als ihre Arbeiter zusammengenommen; der kleine Unternehmer konsumirt soviel wie zehn oder zwanzig Arbeiter, der große soviel wie Hunderte oder Tausende; zudem aber sind ja auch die Vermögensverhältnisse der Fabrikanten im allgemeinen bekannt und es gehört ein Berge versetzender Glaube dazu, um sich überreden zu lassen, daß derartige Vermögen selbst von Personen, die sich von trockenem Brode nähren, jemals erworben werden könnten, wenn ihr Gewinn nicht größer wäre, als der Lohn des zehnten Theiles ihrer Arbeiter.

Welches aber ist das wirkliche Verhältniß zwischen Gewinn und Arbeiterlohn? Im allgemeinen lieben es die wenigsten Unternehmer, Details ihrer Geschäftsgebahrung preiszugeben; am eifersüchtigsten bewachen sie gerade das Geheimniß in jenen beiden Punkten, die hier entscheidend sind. Nichtsdestoweniger mußte der Versuch unternommen werden, durch direkte Erhebungen bei möglichst zahlreichen Produzenten der Wahrheit auf die Spur zu kommen. Der Erfolg war ein höchst lückenhafter. Insbesondere über die Höhe der erzielten Reingewinne waren aufrichtige und bündige Antworten fast gar nicht zu erhalten. Von Nutzen waren deshalb blos die seitens einiger Aktiengesellschaften erlangten Daten, die ihre Gewinn- und Verlustziffern ohnehin veröffentlichen müssen, und die durchschnittlich auch bezüglich der Lohnverhältnisse

etwas offenherziger waren, als die Privaten. Selbstverständlich aber entziehen sich die sämmtlichen Mittheilungen einer detaillirten Veröffentlichung, da überall zur Bedingung gemacht wurde, daß der Name des Etablissements, welches seine Lohnlisten bekannt gab, nicht genannt werde. Ja die meisten Korrespondenten verwahrten sich sogar auch ohne Namensnennung gegen die Publizirung der bekannt gegebenen Ziffern, aus Besorgniß, daß genauere Kenner der einschlägigen Verhältnisse damit leicht auf die Spur des betreffenden Instituts geführt werden könnten. Die erzielten Ergebnisse können daher nur ganz im allgemeinen skizzirt werden. 38 Fabriken verschiedenster Art haben Zusammenstellungen eingesendet, die sich über Zeiträume von 4 bis 22 Jahren erstrecken. Insgesammt sind 394 Betriebsjahre ausgewiesen, von denen 47 mit Betriebsverlusten. Es ist ganz offenbar, daß einzelne dieser passiven Betriebsjahre ein ganz anderes Ergebniß zeigen würden, wenn Börsenverluste, Verluste aus verfehlten Gründungen und Spekulationen aus der Rechnung ausgeschieden würden; doch auch ohne das ergeben die 394 Betriebsjahre einen Nettogewinn von 57½ Millionen Gulden, der sich nach Abzug 5 %iger Zinsen für die Anlage- und Betriebskapitalien auf 28,2 Millionen Gulden reduzirt. An Löhnen aber wurden in dieser gesammten Betriebsperiode 11,8 Millionen Gulden bezahlt. Es verhält sich also der Unternehmergewinn zum Arbeitslohne wie 1 : 2,4. Betriebsjahre, in denen der Unternehmergewinn unter den Betrag des Arbeitslohnes sank, sind unter Einbeziehung der 47 passiven Jahre im ganzen 92; in 150 Betriebsjahren beträgt der Unternehmergewinn das 1—4fache des Arbeitslohnes, in 82 Betriebsjahren das 3—5fache und in 17 Betriebsjahren mehr als das 5fache des Arbeitslohnes. Eine direkte Abhängigkeit der ausgezahlten Lohnsummen vom Unternehmergewinn

ist nirgends zu entdecken. Weder zahlen die besser rentirenden Fabriken höheren Lohn, noch steigt der Lohn überall auch nur in der Mehrzahl der Fälle, wenn der Unternehmergewinn zunimmt.

Zu einem ähnlichen Ergebnisse führt die rechnungsmäßige Analyse auch auf landwirthschaftlichem Gebiete. In Niederösterreich und Böhmen kann man bei den größeren Landwirthschaften zwei Arbeitstage auf das Düngen, Pflügen, Eggen und Säen eines Jochs Ackerland rechnen. Das Einfahren und der Dreschlohn beanspruchen durchschnittlich 10% der Körnerernte. Rechnet man den durchschnittlichen Taglohn gleich 20 Pfund Korn und an anderweitigen Unkosten zwei Pferdefuhren (die Pferdefuhr mit 40 Pfund Korn berechnet) und einen Zentner Aussaat, so ergiebt sich folgende Tabelle:

Roh-Ertrag pro Joch Ztr.	Arbeitslohn Ztr.	sonstige Kosten Ztr.	Reinertrag Ztr.	Reinertrag in Prozenten des Arbeitslohnes
5	1,3	2,1	1,6	123
6	1,4	2,2	2,4	171
7	1,5	2,3	3,2	213
8	1,6	2,4	4,0	250
9	1,7	2,5	4,8	282
10	1,8	2,6	5,6	311
12	2,0	2,8	7,2	360

Es schwankt also bei schlechten Ernten — von absoluter Fehlernte natürlich abgesehen — der Reinertrag zwischen 100 und 200%, bei Mittelernten zwischen 200 und 400% des Arbeitslohnes. Dabei muß bemerkt werden, daß der Arbeitslohn mit 20 Pfund Korn sehr hoch angesetzt ist, in Wahrheit noch ein kleines über die Annahme jener aus Gutsbesitzern zusammengesetzten Schätzungskommissionen, die das landwirthschaftliche Reineinkommen zum Zwecke der Steuerbemessung einzuschätzen hatten und folglich ein Interesse besaßen, Arbeits-

lohn und sonstige Kosten sehr hoch, die Erträge sehr mäßig einzustellen. Außerdem erscheint hier Maschinenarbeit weder bei der Bestellung noch bei Ernte und Drusch berücksichtigt. Bei technischer Vervollkommnung der Kulturmethode und bei einem im großen durchgeführten Betriebe würde sich der Kalkül fundamental verändern. Der Aufwand für Arbeitslohn sänke um durchschnittlich 50%, die sonstigen Kosten würden sich um 20—40% ermäßigen, der Reinertrag würde entsprechend steigen und das Prozentverhältniß zwischen Reinertrag und Lohn würde bei ungefähr 300% anfangend mit 1000% abschließen.

Unter dem oben ausgewiesenen Reinertrage ist aber auch die Grundrente mitverstanden (der Kapitalzins dagegen natürlich unter den Kosten eingerechnet). Man müßte also den Pachtzins erst noch vom Gesammtertrage abziehen, um den reinen Unternehmergewinn zu finden, eine Rechnung, für welche die Arbeiten der offiziellen Grundeinschätzungs-Kommissionen nur höchst unvollständiges Material liefern. Aus dem Umstande jedoch, daß nach hiesigen Verhältnissen eine Pächterfamilie schon auf 70—80 Morgen sehr anständiges „bürgerliches" Auskommen findet, was einen Jahresaufwand im Werthäquivalente von mehreren hundert Zentnern Roggen bedingt, während der Arbeitslohn für diese hundert Joch sich nach obiger Tabelle mit 100—160 Zentnern berechnet, ist zu schließen, daß auch der reine landwirthschaftliche Unternehmergewinn die Lohnsumme durchschnittlich sehr stark überragt, unter Umständen ein Mehrfaches derselben darstellt. Doch ist im Durchschnitt der Unternehmergewinn des Landwirths offenbar wesentlich geringer, als derjenige des Industriellen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die absorbirende Macht der Grundrente ihm gegenüber weit unmittelbarer wirksam ist als bei den anderen Einkommens-

zweigen, was denn auch zur Folge hat, daß die intelligenteren Unternehmerkreise diesem Geschäftszweige in der Regel fernbleiben.

Vom Kapitalzinse wie vom Arbeitslohn unterscheidet sich der Gewinn des Arbeitgebers in dem entscheidenden Punkte, daß er nicht nach Maßgabe der vom Arbeitgeber oder Unternehmer geleisteten eigenen, sondern nach Maßgabe der von ihm verwendeten fremden Arbeit bemessen wird, mithin das charakteristische Merkmal der Ausbeutung besitzt. Nur insofern, als mit dem Unternehmergewinne Arbeitslohn des Unternehmers vermengt ist, kommen des letzteren eigene Leistungen in Frage; der Gewinn als solcher hängt lediglich vom Umfange der Ausbeutung ab. Diese Unterscheidung läßt sich am besten bei den Aktienunternehmungen oder jenen Privatunternehmungen verdeutlichen, die nicht vom Unternehmer selber geleitet werden; hier nimmt das Entgelt der unternehmerischen Mühewaltung schlechthin die Form von Arbeitshonoraren der Oberbeamten an, während dem Unternehmer gänzlich arbeitslos erworbener Ertrag fremder Arbeit zufällt. Das Arbeitshonorar des Unternehmers mag mit dessen eigener Tüchtigkeit steigen, sein Unternehmergewinn hängt vom Umfange und von der Tüchtigkeit der verwendeten, d. i. ausgebeuteten fremden Arbeit ab. Während der Kapitalzins nicht steigt, wenn die Zahl und die Leistung der mit Hilfe des Kapitals ausgerüsteteten Arbeiter wächst, ist dies beim Unternehmergewinn allerdings der Fall. Ein fernerer entscheidender Unterschied liegt darin, daß der Unternehmergewinn im Gegensatze zum Arbeitslohne wie zum Kapitalzinse nicht nach den Reproduktionskosten, sondern nach der Produktivität der Arbeit sich bemißt, genauer ausgedrückt, den Produktionsertrag einstreicht und Arbeit wie Kapital mit dem entfallenden Existenzminimum abfindet. Daß der Unternehmer nicht den ganzen Produk-

tionsüberschuß für sich behalten kann, sondern seinerseits dem Besitzer des Bodenmonopols tributär ist, kann sonach daran nichts ändern, daß der Unternehmergewinn ein Element der zu erklärenden Differenz zwischen Arbeitsertrag und Arbeitslohn ist. Auch daß die Funktion des Unternehmers in der Nothwendigkeit einer Ueberwachung, Anleitung und Zusammenfassung der zu freier Produktion unfähigen Arbeit und im Produktionsrisiko begründet ist, beseitigt die Thatsache nicht, daß diese Nothwendigkeit — so lange sie besteht — eben zur Ausbeutung führt.

Siebentes Kapitel.

Die Grundrente.

Wenn es gelänge, den Unternehmergewinn dem Arbeitenden zu gewährleisten, wäre diesem damit der volle Ertrag seiner Produktion noch lange nicht gesichert, denn nach wie vor müßte er denjenigen, welche die Erde okkupirt haben, für die Erlaubniß zur Benützung der Naturkräfte Tribut zahlen, ja es ist im Wesen der Sache begründet, daß dieser Tribut einen stets wachsenden Antheil des Produktionsertrages repräsentiren und diejenigen, die zu dessen Einhebung berechtigt sind, zu hauptsächlichen Nutznießern aller Früchte menschlichen Kulturfortschrittes machen muß.

Die Produktion kann nach ihrem Verhältnisse zum Bodenmonopol in zwei große Gruppen geschieden werden, bei deren einer der Grundeigenthümer seine Rente direkt einzutreiben in der Lage ist, während bei der anderen Gruppe die Partizipation der Grundeigenthümer am Produktionsertrage blos indirekt von statten geht. Die erste Gruppe — im großen und ganzen mit

der sogenannten Urproduktion zusammenfallend — umfaßt jene Arbeitszweige, bei denen die Mitwirkung der dem Boden anhaftenden Kräfte direkt in Anspruch genommen und wo folglich der Arbeitende zu direkter Zinszahlung herangezogen wird. Hier ist es einleuchtend, daß der Bodenbesitzer durch die Konkurrenz der Arbeitsuchenden bezw. der Unternehmer ohne weiteres in die Lage versetzt wird, jeden Ueberschuß des Ertrages über den landesüblichen Kapitalzins, Unternehmergewinn und Arbeitslohn für sich zu behalten.

Die Höhe der Grundrente richtet sich, im Sinne des bekannten und trotz aller dagegen erhobenen Einwendungen durchaus richtigen Grundrentengesetzes Ricardos, nach der Differenz der Ergiebigkeit des jeweilig in Frage kommenden Bodens und der Ergiebigkeit jenes schlechtesten Bodens, der zu Befriedigung des Bedarfes noch in Kultur genommen werden muß. Die Polemik Careys und Anderer gegen diesen Lehrsatz stützt sich lediglich auf ein Mißverständniß über den Begriff der Bodengüte. Carey mag ganz recht haben, daß zuerst „magerer" Boden in Angriff genommen wurde, der nach heutigen Begriffen eigentlich schlechter Boden genannt werden müßte, und erst viel später jener heutzutage beste „fette" Boden, zu dessen Kultur bedeutender Kapitalbesitz erforderlich ist; aber dann war eben ursprünglich jetzt besserer Boden der schlechtere und umgekehrt. Der beste Boden ist schlechthin derjenige, der bei gleichem Aufwande die höchsten Erträge liefert. Auf je schlechteren Boden in diesem Sinne zurückgegriffen wird, desto höher wird die Rente vom alten Kulturboden. Es liegt nun auf der Hand, daß dieses Zurückgreifen auf schlechteren Kulturboden aus doppeltem Grunde in stetiger Zunahme begriffen ist. Es wächst vor allem der Bedarf in Folge zunehmender Bevölkerungszahl und es wächst zweitens die Leichtigkeit der Bearbeitung in Folge neu eingeführter Verbesserungen, welch

letztere aber selbstverständlich ebenso, ja zumeist noch in höherem Grade dem guten wie dem schlechten Boden zu statten kommen. — Wenn beispielsweise 10 Zentner Korn der Minimalertrag sind, der von einer auf Bodenkultur verwendeten Jahresarbeit gefordert werden muß, weil sonst die verwendete Arbeit die eigenen Kosten nicht deckt, so wird Boden eines bestimmten Flächenmaßes, zu dessen Bewirthschaftung eine Jahresarbeit erforderlich ist, nur dann in Kultur genommen werden, wenn er durchschnittlich mindestens 10 Zentner Roggen oder dessen Werthäquivalent trägt; die Rente von Boden, welcher bei gleichem Arbeitsaufwande 20 Zentner Roggen bietet, wird also in diesem Falle 10 Zentner Roggen betragen. (Es ist hier zu Vereinfachung des Problems überall vom Unternehmergewinn für landwirthschaftliche Produktion abgesehen.) Wird nun eine Verbesserung der Kulturmethode eingeführt, welche die auf Bodenproduktion zu verwendende Arbeit bei gleichem Ertrage im Durchschnitt um 20 % vermindert oder bei gleicher Arbeit den Ertrag um ebensoviel erhöht, und wächst gleichzeitig die Bevölkerungszahl derart, daß zu Deckung des Konsums der schlechteste, den Arbeitsaufwand noch deckende Boden in Kultur genommen werden muß, so ist jetzt einerseits Boden mit 8 Zentner Roggenertrag kulturfähig geworden, andrerseits aber der Ertrag des fraglichen guten Bodens von 20 auf 24 Zentner gestiegen, die rechnungsmäßige Grundrente von ihm beträgt also 16 Zentner.

Nicht so einfach vollzieht sich der Absorptionsprozeß der Produktionsüberschüsse durch die Grundrente bei jenen Arbeitszweigen, die nicht unmittelbar an den Boden gebunden sind. Für den Betrieb eines industriellen Etablissements wird — abgesehen von dem allenfallsigen Pachtzins für die Baufläche, ger sich nicht nach dem Ertrage der Industrie, sondern im großen und ganzen, von besonderen Monopolverhältnissen ab-

gesehen, blos nach dem landwirthschaftlichen Kulturertrage gleicher Bodenflächen richtet, daher in der Regel hier weniger in Betracht kommt — direkt keinerlei Grundrente gezahlt. Wenn der industrielle Ertrag steigt, so sollte dies ausschließlich dem Produzenten zugute kommen. So scheint es, verhält sich jedoch in Wahrheit ganz anders. — Steigender Produktionsertrag kann hier allerdings zu keiner Erhöhung des Pachtzinses führen und der allenfallsige Besitzer der Baufläche bezieht als solcher keine Grundrente; wohl aber kommt die Steigerung jedweden industriellen Produktionsertrages indirekt der ganzen Klasse von Bodenbesitzern zugute und zwar in folgender Weise. Wenn der Ertrag einer Produktion steigt, so hat dies eine vermehrte Konkurrenz der Unternehmungen zur Folge; diese vermehrte Konkurrenz ermäßigt den Preis der einschlägigen Güter insolange, bis der Ertragsüberschuß auf das durchschnittliche Niveau des Unternehmergewinnes herabgesunken ist. Der Bodenrentner kann nun für den gleichgebliebenen Betrag seines Einkommens eine gesteigerte Quantität von Produkten der fraglichen Industrie kaufen, oder falls dieselbe Artikel des Massenbedarfes erzeugt, deren Wohlfeilheit es den landwirthschaftlichen Arbeitern ermöglicht, mit geringerem Lohne das gleiche Auskommen zu finden, den vom Bodenertrage an die Arbeiter abzutretenden Antheil reduziren, d. h. die Grundrente auch absolut erhöhen. Es ist durch die Lohnverringerung die Inangriffnahme schlechteren Bodens möglich geworden, und sowie die Bevölkerungszunahme dazu drängt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, ist damit die Rente von besserem Boden entsprechend gestiegen. Und wenn nun solcherart alle wichtigeren Industrieerzeugnisse wohlfeiler geworden sind, ist die Grundrente um denselben Betrag gewachsen, um welchen sich die Tauschkraft der Bodenprodukte den industriellen Erzeugnissen gegenüber

erhöht hat. Subsumiren wir die Rohprodukte unter das Kollektivum „Korn", die Industrieerzeugnisse unter die Kollektivbezeichnung „Eisen"; nehmen wir an, daß ursprünglich zur Erzeugung eines Zentners Eisen eben so viel Arbeitsaufwand erforderlich war wie zur Erzeugung eines Zentners Korn; nehmen wir ferner an, daß sich die nationale Arbeit zur Hälfte auf Eisen und Korn vertheilt, daß also beispielsweise von beiden Güterkategorien je eine Million Zentner erzeugt wird, und supponiren wir schließlich, daß bei diesem Zustande der Dinge die Hälfte des Bodenertrages auf die Grundrente entfällt, d. h. also, daß die Bodenbesitzer über eine halbe Million Zentner Getreide, gleich dem nämlichen Gewichtsquantum Eisen, also über den vierten Theil des Nationaleinkommens verfügen. — Nun soll die Eisenproduktion solche Fortschritte machen, daß mit dem nämlichen Arbeitsaufwande das doppelte Eisenquantum erzeugt werden kann; in Folge dessen wird ein Zentner Korn gleichwerthig werden mit zwei Zentnern Eisen; die Grundbesitzer werden also erstens — unter der Voraussetzung, daß im Durchschnitt der Lebensbedarf der Massen zu einer Hälfte aus Korn und zur anderen Hälfte aus Eisen besteht — ihre Grundrente in Folge des gesunkenen Arbeitslohnes von 500 000 auf 625 000 Ztr. Korn erhöht sehen, denn sie werden den Bearbeitern ihres Bodens statt 500 000 Zentner blos 375 000 Ztr. Korn abzutreten brauchen, da ja Jene ihren Bedarf von 250 000 Ztr. Eisen jetzt für 125 000 Zentner Korn decken können; diese 625 000 Ztr. Korn der Grundrentner repräsentiren statt 25 % $31\frac{1}{4}$ % des gesammten Nationaleinkommens. Damit aber ist der Absorptionsprozeß des Ertragsüberschusses der Nationalwirthschaft durch das Bodenmonopol noch nicht abgeschlossen. Die zunehmende Wohlfeilheit der Industrieerzeugnisse wirkt auch auf das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in der Industrie

zurück. Wenn wir annehmen, daß ursprünglich die Industrieunternehmer die Hälfte des Ertrages ihren Arbeitern zur Fristung der Lebensnothdurft lassen mußten, so hat sich auch das durch die gestiegene Produktivität der Eisenerzeugung geändert. Brauchten die Eisenarbeiter zu ihrer Lebensfristung früher den Werth von 500 000 Ztr. Eisen, so werden sie unter der bereits erwähnten Annahme, daß sich auch ihr Gebrauch je zur Hälfte aus Eisen und Korn zusammensetzt, nicht den Werth von einer Million, sondern blos von 750 000 Zentnern Eisen benöthigen, nämlich 500 000 Zentner statt der früheren 250 000 Zentner, zur Deckung ihres Kornkonsums, dagegen aber zur Deckung ihres Eisenkonsums trotz des auf die Hälfte gesunkenen Eisenpreises doch unverändert 250 000 Zentner. Dadurch würde sich nun der Unternehmergewinn von den früheren 500 000 Zentnern statt auf das Werthäquivalent von einer Million auf 1 250 000 Ztr. Eisen erhöht haben, was die Konkurrenz abermals nicht zuläßt. Auch die Unternehmer können auf die Dauer nicht mehr als 250 000 Zentner Eisen zur Deckung ihres Konsums an Industrieartikeln und 500 000 Ztr. Eisen zur Deckung ihres Bedarfs von 250 000 Ztr. Bodenprodukten, zusammen also 750 000 Zentner Eisen behalten, und wenn der ganze Prozeß sich abgewickelt hat, wird sich nunmehr das ein Werthäquivalent von vier Millionen Ztr. Eisen (gleich zwei Millionen Ztr. Korn) repräsentirende Nationaleinkommen folgendermaßen vertheilt haben. Einen Werth von 1 500 000 Zentnern wird die Industrie beziehen; von den auf die Landwirthschaft nunmehr entfallenden 2 500 000 Zentnern sind 750 000 Zentner der Antheil der Arbeiter, 1 750 000 Zentner jener der Grundrentner, so daß diese statt der ursprünglichen 25 % 43¾ % des Nationaleinkommens beziehen. Sie haben den ganzen Betrag der Produktionssteigerung an sich gezogen. Die Einkommens-

erhöhung in den anderen Ständen ist eine blos scheinbare, sie kommt nur zum Vorschein, wenn man das Nationaleinkommen in entwerthetem Eisen berechnet, während sie sich sofort in ein, allerdings auch nur scheinbares, Minus verwandelt, wenn sie in dem an Kaufkraft gestiegenen Korne berechnet wird; denn dann repartirt sich das auf nominell unveränderter Höhe von zwei Millionen Zentnern verbliebene Nationaleinkommen folgendermaßen: industrielle Arbeiter, industrielle Unternehmer und landwirthschaftliche Arbeiter erhalten je 375 000 Zentner, zusammen statt der früheren 1½ Millionen 1 125 000 Zentner Korn, die Grundrentner aber statt der früheren 500 000 Ztr. 875 000 Ztr. Ihr Einkommen hat sich also in Korn berechnet um 75 %, in Eisen berechnet um 133 % gesteigert, genau um den nämlichen Betrag, um welchen es gewachsen wäre, wenn die Steigerung der Produktivität sich nicht auf die industrielle, sondern direkt auf die Bodenproduktion bezogen hätte. Der einzige Unterschied besteht darin, daß im letzteren Falle der Absorptionsprozeß unmittelbar und rascher von statten geht.

Die Grundrente steigt also unter dem doppelten Einflusse zunehmender Produktivität der Arbeit und wachsender Volksdichte. Wie groß die derzeit von ihr absorbirte Quote des Gesammteinkommens ist, entzieht sich selbstverständlich jeder genaueren Berechnung, denn die zum Behufe der Grundsteuerbemessung aufgestellten Ertragskataster bleiben aus naheliegenden Gründen weit hinter der Wahrheit zurück. Nach dem österreichischen Kataster würde das landwirthschaftliche Reineinkommen vom Grund und Boden des Reiches ungefähr 400 Millionen Gulden jährlich betragen; in Wahrheit dürfte dasselbe wohl die doppelte Höhe erreichen und mit der Rente vom Grundwerthe der Häuser, Fabriken, Bergwerke und dgl. mit 1000 Millionen Gulden eher zu niedrig als zu hoch taxirt

sein. Annähernd ebenso viel dürfte der gesammte sog. Lohnfond, der Lebensspielraum der nichtbesitzenden Bevölkerung betragen. Die Grundrente würde demnach in Oesterreich — wo der Boden im allgemeinen noch gar nicht so hoch im Werthe steht — derzeit ungefähr ein alterum tantum des Einkommens der ungeheuern Volksmajorität absorbiren: ein Resultat, auf dessen ziffermäßige Richtigkeit allerdings, wie bereits bemerkt, nicht im entferntesten zu bauen ist. Unzweifelhaft ist dagegen, daß sich das Verhältniß stets mehr und mehr zu Gunsten der Grundrente gestaltet; je größer die Zahl der Lebenden wird und je höher deren Macht über die Natur steigt, desto geringer ist verhältnißmäßig der Antheil der Arbeitenden an den Gütern der Erde, denn sie erhalten unwandelbar blos, was zur Fristung ihres Daseins genügt, während der Ueberschuß des Produktionswerthes über das Existenzminimum nach Abzug der Unternehmergewinne den Bodenbesitzern zufällt; und dieser Ueberschuß steigt naturgemäß im Verhältnisse der zunehmenden Produktivität der Arbeit.

Achtes Kapitel.

Die Ueberproduktion.

Wir haben Unternehmergewinn und Grundrente als Elemente der Ausbeutung erkannt; zu Erklärung des ungeheuern Abstandes zwischen Produktivität und Lohn der Arbeit aber reicht diese Erkenntniß noch lange nicht aus. Daß die wenigen Unternehmer und Grundrentner das Zehnfache dessen einstreichen sollten, was auf die Massen entfällt, ist ganz undenkbar. Was also geschieht mit der noch immer nicht ganz aufgeklärten Differenz? Die Antwort auf diese Frage

wird sich auf dem Umwege einer Erörterung jener anderen wiederholt schon zur Diskussion gelangten Frage finden lassen, wieso es denn möglich sei, daß in der nämlichen Gesellschaft gleichzeitig über den Mangel an Arbeitsgelegenheit und an Arbeitsprodukten geklagt wird, daß Millionen arbeitslustiger Menschen dem Elende und Verbrechen entgegengetrieben werden, weil jede Gelegenheit fehlt, sie nutzbringend zu beschäftigen, während andrerseits Mangel an jenen Gütern herrscht, zu deren Produktion diese unbeschäftigten Menschen willig und geschickt wären. — Wäre vielleicht die Arbeit dieser unfreiwillig Feiernden zu wenig produktiv, um ihre Verwendung rentabel zu machen? Dem widerspricht die Erkenntniß, daß schon ein geringer Bruchtheil des der durchschnittlichen Produktivität mit modernen Behelfen ausgestatteter menschlicher Arbeit entsprechenden Ertrages genügen würde, um eine ganze Familie, geschweige denn den einzelnen Arbeiter zu ernähren, die Erkenntniß also, daß „Arbeitgeben" im Durchschnitt gleichbedeutend ist mit dem Einheimsen von neun Zehntheilen der Arbeitsprodukte Anderer. Oder fehlt es an Kapital, um die feiernden Hände zur Produktion auszurüsten? Auch diese Annahme enthält einen inneren Widersinn, denn Arbeit, die so gewaltige Ueberschüsse des Ertrags über den Lohnaufwand ergiebt, müßte sich ja das zu ihrem Betriebe erforderliche Kapital selber reproduziren; es kann kein Kapitalmangel herrschen, wenn neun Zehntheile des jeweiligen Arbeitsproduktes zur Kapitalisation verfügbar sind. Zudem widerspricht diese Annahme schnurstracks den Thatsachen, denn auch das Kapital sucht theilweise vergeblich nutzbringende Verwerthung, ja es zeigt sich die merkwürdige Erscheinung, daß die Zahl der außer Beschäftigung gesetzten Arbeiter im selben Verhältnisse wächst, in welchem die Verlegenheit der Kapitalisten zunimmt, ihre Kapitalien zu fruk-

tifiziren. Man muß in Wahrheit Kapital und Arbeitskraft gleichmäßig brach liegen lassen, trotzdem beide, sich gegenseitig befruchtend, durchschnittlich zehnfache Erträge liefern würden. Wie ist das möglich, wie erklärt sich dieser heillose Gegensatz zwischen Produktivität und Rentabilität der Arbeit? Und wie erklärt sich die Ueberproduktion bei gleichzeitigem Mangel? Was soll es heißen, daß Noth und Elend gerade durch ein Uebermaß der Produktion entstehen können? Der Reichthum besteht ja in nichts anderem als in der Menge der erzeugten Güter, und nun soll Armuth dadurch entstehen, daß zu viel Güter erzeugt werden. Die meisten Nationalökonomen wollen diesen offenbaren Widerspruch dadurch erklären, daß sie behaupten, es gäbe gar keine allgemeine, sondern nur eine partielle Ueberproduktion. Gestützt auf die unleugbare Wahrheit, daß Noth und Ueberfluß Gegensätze seien, wurde angenommen, daß in Fällen der sogenannten Ueberproduktion eigentlich kein Ueberfluß, sondern blos eine Unverhältnißmäßigkeit der Arbeitserträge vorliege. Denn, so wird weiter behauptet, wenn die Produktion gleichmäßig steige, sei für alle Waaren der regelmäßige Absatz gesichert, indem der Produzent des einen Gutes zugleich der Abnehmer der anderen sei; mit dem Wachsthum seiner Produktion steige auch sein Bedarf, sei es an Gütern unmittelbaren Konsums, sei es an Gütern, die zur Kapitalanlage geeignet sind, und wenn man daher das Geheimniß besäße, jederzeit zu wissen, auf welche Arten von Gütern sich der Bedarf lenken werde, so könnte niemals — die Gesammtproduktion mag noch so sehr steigen — eine Ueberfüllung des Marktes auf irgend welchem Gebiete eintreten. Blos wenn beispielsweise mehr Kohle und Eisen erzeugt wird, ohne daß die Produktion von Brod und Kleidern entsprechend wächst, entsteht ein unverwendbarer Ueberschuß der erstgenannten Güter, der ebensogut als Mangel an den

zweitgenannten aufgefaßt werden könne. Dieser führe zu einer Absatzstockung, die dann weiter greifend auch andere Produktionsarten schädige, in denen ursprünglich sogar weniger erzeugt worden ist, als dem eigentlichen Bedarfe entsprach.

Das erklärt einige, aber keineswegs die wichtigsten Erscheinungen der sogenannten Ueberproduktion. Diese Argumentation wäre tadellos richtig, wenn in der That zwischen Produktion und Konsumtionsfähigkeit jener direkte Zusammenhang bestünde, der hier angenommen wurde. Wenn wirklich die Produzenten desto mehr von Gütern unterschiedlicher Art gebrauchen würden, je ergiebiger ihre eigene Produktion wird, dann könnte aus gleichmäßiger Steigerung aller Produktionen in der That niemals eine Absatzstockung entstehen.

Aber das ist eben nicht richtig. Die steigende Ergiebigkeit der Produktion hat direkt mit zunehmender Konsumtionskraft der ungeheuern Masse der Produzenten — nämlich der Arbeiter — nichts zu thun, denn deren Lohn steigt durchaus nicht mit dem Wachsthum ihres Arbeitsertrags. Die Produktion kann sich also verdoppelt haben, ohne daß der Konsum der ungeheuern Masse der Menschen auch nur im geringsten zu steigen vermag. Entsprechend gewachsen ist in diesem Falle blos der in den Händen Weniger verbleibende Ueberschuß des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn. Nun sind diese Wenigen allerdings auch Konsumenten und es bleibt mit Rücksicht auf das hier allein in Betracht kommende Wechselverhältniß zwischen Konsum und Produktion auch ganz gleichgiltig, ob ersterer auf Güter menschlichen Verbrauchs oder auf Güter gerichtet ist, die zukünftiger Produktion dienen sollen, d. h. ob verzehrt oder investirt wird. Die Arbeitsherren mögen also den wachsenden Produktionsertrag verzehren oder kapitalisiren: so lange sie nur letzteres in der

Weise thun, daß sie Produkte menschlicher Arbeit aus dem Markte nehmen, schaffen sie damit den der gesteigerten Produktion entsprechenden gesteigerten Konsum. Das Uebel liegt nur darin, daß der Konsum zu Zwecken zukünftiger Produktion durch den Konsum zu unmittelbarem Verbrauch bedingt ist.

Die Erzeugung menschlicher Genußmittel ist der letzte Zweck jeglicher Produktion, die Beschaffung von Arbeitsbehelfen welcher Art immer nur das Mittel zu diesem Zwecke. Man kann keine neuen Fabriken oder Maschinen brauchen, wenn der Bedarf an Genußmitteln nicht steigt, und die Arbeitsherren haben daher — wenn sie ihren eigenen Verbrauch durch sinnlosen Luxus nicht ins ungemessene steigern wollen — keine Verwendung für die sich häufenden Produktionsüberschüsse. Sie alle wollen verkaufen, aber nicht kaufen, d. h. für den Erlös ihrer Produktion nicht die Produkte Anderer einhandeln, sondern „abwarten", d. h. ihre Kapitalien baar aufbewahren, oder Besitztitel über bereits durchgeführte Kapitalanlagen erwerben. Damit aber ist ein allgemeiner Ueberschuß der Produktion über den Konsum gegeben, eine wirkliche allgemeine Ueberproduktion, die zur Krisis mit allen ihren zerstörenden Konsequenzen führt. Und zwar geschieht dies nicht, wie die landläufige Erklärung lautet, weil zufällig das Gleichgewicht der verschiedenen Produktionsarten gestört ist, nicht weil einzelne Arbeitszweige hinter dem Aufschwunge der anderen zurückbleiben, sondern desto sicherer, je ausnahmsloser der Aufschwung war. Nunmehr erklärt sich auch die auffallende Regelmäßigkeit der Wiederkehr dieser Katastrophen, die mit Schwindel und Spekulationsfieber nichts zu thun haben, sondern ihrem Wesen nach nichts anderes sind als die nothwendige Konsequenz jedes Aufschwunges der Produktion in einer Gesellschaft, deren Wirthschaftsordnung jeden über eine gewisse, ver-

hältnißmäßig sehr eng gesteckte Grenze hinausgehenden Konsum unmöglich macht.

Damit aber sind die Konsequenzen des durch die Ausbeutung bedingten Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion noch nicht erschöpft. Daß eine Steigerung der Produktion, je intensiver und allgemeiner sie ist, je ausgiebiger sie also das menschliche Wohlbefinden vermehren sollte, zu desto verheerenderen Krisen führen muß, weil diejenigen, welche den Produktionsüberschuß gebrauchen könnten, nicht im Besitze desselben sind, und diejenigen wieder, denen das Ausbeutungsverhältniß den Produktionsüberschuß in den Schoß wirft, gerade wegen der Konsumtionsunfähigkeit der Ausgebeuteten außer Stande sind, ihn zu gebrauchen — in all dem liegt nur der kleinere Theil des Uebels. Die weitere Folge ist, daß nur ein geringer Theil der arbeitsfähigen Bevölkerung jedes Kulturlandes in wirklich produktiver, d. h. in einer, dem modernen Kulturzustande entsprechenden Weise verwendet werden kann. Wenn über Arbeitslosigkeit und über den unbegreiflichen Widerspruch zwischen Noth und Ueberproduktion geklagt wird, denken die Meisten nur an jene verhältnißmäßig Wenigen, die gänzlich unbeschäftigt sind und Hunger leiden müssen, gerade weil Ueberfluß an Arbeitsproduktion vorhanden ist, während man die weitaus größere Zahl derjenigen in der Regel gänzlich vergißt, deren Arbeitskraft in ländlichem und städtischem Kleinbetriebe höchst unproduktiv verzettelt wird. Gerade weil gut ausgerüstete Arbeit zehnfach so viel erzeugt, als zur Lebensfristung nothwendig ist, muß nothwendigerweise in einer Gesellschaft, die dem Arbeitenden für sein Produkt blos das zur Lebensfristung Nothwendige überläßt, die überwiegende Mehrzahl der Arbeitenden von der Produktion ausgeschlossen bleibt. Der Bedarf der Gesammtheit an Arbeitsprodukten setzt sich aus drei Hauptbestandtheilen zu-

sammen: aus demjenigen zu Deckung der Lebensnothdurft der Massen, demjenigen zu Deckung der Luxusbedürfnisse der Reichen und aus demjenigen zu Instandhaltung und Vervollkommnung der Produktionsmittel. Es ist nun offenbar, daß der Luxusbedarf der verhältnißmäßig wenigen Besitzenden auf die Dauer unmöglich einen sehr großen Theil der Ertragsüberschüsse absorbiren kann, und daß der auch von den Reichen nicht verzehrbare Ueberschuß desto größer werden muß, eine je geringere Quote des gesammten Arbeitsertrages der Arbeitslohn beansprucht. Die zu Ergänzung und Instandhaltung der Arbeitsbehelfe dienende Quote hängt aber, wie wir gesehen haben, vom Umfange jener Produktion ab, die zum Zwecke der Befriedigung des unmittelbaren Konsums in Gang erhalten werden soll. Nehmen wir beispielsweise an, daß die besitzende Minderzahl soviel verzehrt wie die gesammte arbeitende Masse des Volkes, und daß der Aufwand zu Instandhaltung der Produktionsmittel durchschnittlich volle 25 % des Produktionswerthes beträgt, so ist blos für das $2^1/_2$fache des Konsums der Arbeitenden Verwendung vorhanden; wenn aber jeder einzelne Arbeiter das Zehnfache dessen produzirt, was auf seinen Konsum entfällt, so wären, falls Alle produziren würden, 75 % der Produktion jederzeit unverwendbar, was zur naturgemäßen Folge hat, daß eben nur 25 % der Arbeitsfähigen zu produktiver Verwendung gelangen. So groß ist nun die Menge der gänzlich Beschäftigungslosen allerdings nicht, es kommt selten vor, daß mehr als 10 % der Arbeitsfähigen eines Volkes zu absoluter Unthätigkeit und zu den mit dieser verbundenen Entbehrungen und Lasten verurtheilt sind; die Andern aber finden Unterkunft in Berufsarten, die im Vergleiche mit rationeller, technisch wohl ausgerüsteter Produktion doch nichts anderes sind als mühseliger Müßiggang. Der kleine Nagelschmied, der in einer Woche nicht so

viel Nägel erzeugt als der von Maschinenkraft unterstützte Arbeiter der Nagelfabrik in einer Stunde, der Zwergwirth auf dem Lande, der 300 Arbeitstage auf seinen Boden vergeudet, ohne demselben doch wesentlich höhere Erträge entlocken zu können, als bei rationeller Wirthschaft durch wenige Arbeitstage zu erzielen sind, sie und eine Unzahl verwandter Arbeiter werden in ihrem Berufe festgehalten durch eine Wirthschaftsordnung, welche die Ausrüstung des Arbeiters mit Hilfsmitteln moderner Kultur an die Bedingung knüpft, daß der Löwenantheil des Ertrages nicht dem Arbeitenden, sondern dem Arbeitgeber gehöre. Denn nur dadurch wird es demjenigen, der zehnfach weniger produzirt, möglich, bei der alten Arbeitsmethode zu beharren, sofern mit dieser der Besitz des ganzen Arbeitsertrages verknüpft ist, denn für den Arbeitenden ist es das nämliche, ob zehnfach weniger erzeugt wird, oder ob neun Zehntheile des Erzeugnisses abgetreten werden müssen.

Und nunmehr sehen wir den verderblichen Zirkel der Ausbeutung, das furchtbare eherne Produktionsgesetz der modernen Gesellschaft, geschlossen. Die Abhängigkeit der Arbeit von der Bevormundung des Unternehmers und vom Naturmonopol des Grundeigenthümers beschränkt sie auf den Genuß des zur Lebensfristung Nothwendigsten; dadurch wird die volle Ausnützung der verfügbaren Arbeitskraft zur Unmöglichkeit und das wieder hat zur Folge, daß Arbeitskraft niemals auf die Dauer mit mehr als dem Existenzminimum bezahlt zu werden braucht. Damit haben wir aber zugleich die im dritten Kapitel angedeutete direkt kulturfeindliche Wirkung der Ausbeutung aufgedeckt. Es zeigt sich jetzt, in welcher Weise gerade durch die Ungerechtigkeit in der Vertheilung der Güter der Gesammtumfang des Reichthums geschädigt wird, mit

anderen Worten, daß das herrschende Wirthschaftssystem nicht blos schlechte Gütervertheilung, sondern mehr noch Gütervernichtung bedeutet. Zugleich aber ist offenbar, daß diese letztere Seite der Ausbeutung mit jeder Zunahme der Kultur, mit jeder Verbesserung der Produktionsmittel an verderblicher Bedeutung gewinnt. Je gewaltiger die Produktivität, je größer also der Abstand zwischen dem bei gerechter Vertheilung möglichen Konsum und dem Existenzminimum sich gestaltet, desto ungünstiger wird das Verhältniß zwischen virtueller und thatsächlicher Produktion, d. i. zwischen virtuellem und thatsächlichem Reichthum, zwischen virtueller und thatsächlicher Kultur. Das Wachsthum der Bevölkerung kann über diesen Zirkel nicht hinweghelfen, denn durch ein solches wird allerdings der Bedarf, gleichzeitig aber auch der Umfang der möglichen Produktion erhöht, das Mißverhältniß beider bleibt das nämliche. Helfen kann nur eine Steigerung des Konsums des Einzelnen. Jene alten Volkswirthe, die den Luxus für produktiv erklärten, haben daher so unrecht nicht, nur allerdings aus einem anderen, tiefer liegenden Grunde und in anderem Sinne als sie selber glaubten. Ihre Meinung ging dahin, daß Kapitalisation kein Konsum sei, was unrichtig ist; Kapitalisation ist Konsum so gut wie Luxus, ja an sich besserer Konsum als dieser, weil er zugleich die Instrumente neuer Produktion beschafft. Das Uebel liegt nur darin, daß der Konsum von Arbeitsbehelfen durch den Umfang der zu Befriedigung des Verzehrs erforderlichen Arbeit begrenzt ist, während der Luxus in der That keine Grenzen hat. Also nur weil und insofern der Luxus Produktionsüberschüsse konsumirt, die für die Kapitalisation unverwendbar sind, kann er eine Steigerung der Produktion ermöglichen. Ebenso aber kann eine rückläufige Bewegung der Produktivität den ehernen Zirkel der Ueberproduktion zeitweilig durchbrechen

und dadurch vorübergehende Erleichterung schaffen. Die Theorie hat bisher alles, was die Produktion hemmt und Werthe zerstört, für unbedingt schädlich erklärt. Ein unausrottbarer Instinkt hat dagegen immer und immer wieder einen Theil der öffentlichen Meinung und einzelne Forscher zu abweichender Meinung gedrängt. Kriege, Elementarunfälle, Schutzzoll gehören in die Kategorie dieser strittigen Erscheinungen. Nun ist es allerdings richtig, daß die Vertheidiger dieser Kalamitäten von ganz falschen Gesichtspunkten ausgingen, daß sie an einen Vortheil nur deshalb glaubten, weil sie die unmittelbare Wirkung falsch auffaßten. Ihre Meinung ging dahin, daß die Produktion gesteigert und dadurch Arbeit geschaffen werde. Dem gegenüber hat nun die orthodoxe Theorie ganz recht, wenn sie das Gegentheil behauptet: Krieg, Elementarunfälle und Schutzzoll *schädigen* die Produktion, sie schaffen nicht, sie vernichten Werthe; gerade deshalb aber sind sie von Begleiterscheinungen gefolgt, die in mehrfacher Beziehung nützlich sein können. Die ersteren beiden sind direkt werthvernichtend, die Folge davon ist ganz einfach, daß einmal bereits produzirte Güter nochmals erzeugt werden müssen, was Verwendung für sonst brachliegende Arbeitskräfte schafft. Man ist also nicht blos unmittelbar nach der Katastrophe, sondern auch nach Ablauf der ihr folgenden Epoche vermehrter Arbeit nicht reicher, sondern ärmer als zuvor — der Vortheil aber liegt darin, daß eine Anzahl Menschen, die sonst müßig gewesen wären, gearbeitet hat, gearbeitet allerdings, ohne ein Plus an Werthen geschaffen zu haben, aber immerhin gearbeitet. Das währt aber nicht länger, als bis die durch die Katastrophe entstandene Lücke ausgefüllt ist. Die Verzögerung in der Zunahme des Reichthums, der Kulturmittel, das ist das Bleibende, und da schließlich doch das Wachsthum von Reichthum und Kultur, die stetige Vergrößerung der Differenz zwischen

Produktivität und Existenzminimum, die erste und wichtigste Voraussetzung der Sozialreform ist, so bedeutet Werthzerstörung auch vom Standpunkte des Sozialpolitikers einen vorübergehenden Vortheil um den Preis dauernden Schadens.

Das nämliche gilt mutatis mutandis auch vom Schutzzoll. Dieser schafft keine neue Arbeitsgelegenheit, sondern drängt blos die nationale Arbeit von den produktivsten auf minder produktive Arbeitszweige; er bewirkt nicht, daß um den Betrag der früher vom Auslande bezogenen Güter mehr produzirt wird, vielmehr ist seine unmittelbare Wirkung, daß um jenen Betrag weniger produzirt wird, um welchen der Ertrag der naturwüchsigen Arbeitszweige rentabler ist, als der der durch Schutzzoll gezüchteten. Wenn bei freiem Verkehr Korn importirt wurde, so geschah dies nur deshalb, weil mit dem nämlichen Aufwande von Arbeitskraft beispielsweise durch Futterbau höhere Werthe zu erzielen waren, und also die Futterfelder gleichsam höhere Kornernten gaben als die Kornfelder. Der erzwungene Körnerbau involvirt mithin eine Vergeudung von Arbeitskraft; gerade deshalb aber schafft er wirklich Arbeit. Der Ertrag der nationalen Wirthschaft wird geschmälert, die Produktivität der Arbeit zurückgeschraubt; dies hat zur Folge, daß vermehrte Arbeitskräfte zu Deckung des Bedarfs erforderlich sind; die Zahl der produktiv Beschäftigten muß also gerade wegen der verringerten Produktivität steigen — falls nicht etwa der Ausweg ergriffen wird, die Arbeitszeit zu erhöhen. Für alle Fälle aber geht die Steigerung der Arbeit Hand in Hand mit verringertem Arbeitslohne, wie überhaupt mit vermindertem Reichthum. Die Schmälerung der Produktivität erstreckt sich nämlich in Folge des Spieles der Konkurrenz auf alle Arbeitszweige, also auch auf die Zwergwirthschaften, deren Ertrag das den Arbeitslohn in letzter Linie regulirende Existenzminimum bildet.

Der Arbeitslohn muß also sinken, mit diesem der Konsum und mit diesem die Produktion; es wird mehr gearbeitet, aber weniger erzeugt. Das alles aber kann an der Thatsache nicht rütteln, daß sich die Zahl der produktiv Arbeitenden vermehrt, und die beispiellose Hartnäckigkeit, mit welcher der Protektionismus sich behauptet, ist in dieser seiner von der Wissenschaft nicht gebührend gewürdigten Wirkung begründet. Er schraubt die Leistungsfähigkeit einer von ihm betroffenen Nation um etliche Grade zurück; er hat den nämlichen Effekt, als ob die technischen Hilfsmittel verschlechtert, der Boden minder fruchtbar gemacht würde; da aber die vorhandenen Hilfsmittel der Natur und Kultur ohnehin nicht voll ausgenützt werden können, so hat das an sich in der That nichts zu bedeuten und kann, insofern die Ausdehnung der Arbeitsthätigkeit als oberstes Ziel betrachtet wird, sogar erwünscht scheinen. Die wirklichen üblen Konsequenzen sind blos mittelbare, von Schutzzöllnern und Freihändlern bisher gleichmäßig in ihrem Wesen verkannte.

Selbstverständlich gilt all das über die Wirkung werthzerstörender oder produktionshinderlicher Ereignisse und Einrichtungen Gesagte nur für eine ausbeuterische Gesellschaft; es hat nur Geltung, insolange die thatsächliche Produktion ohnehin den Umfang der potenziellen nicht erreichen kann; wird es dahin kommen, daß diese beiden sich decken, weil Verwendung für den Gesammtertrag der überhaupt möglichen Arbeit vorhanden ist, dann muß jede Schmälerung der Produktivität direkt zu einem genau entsprechenden Rückgange der Produktion sich gestalten.

Neuntes Kapitel.

Der Arbeitslohn.

Wir haben gesehen, daß die von orthodoxer und sozialistischer Seite gleichmäßig getheilte Anschauung, daß die Konkurrenz der Unternehmer bestimmend für den Arbeitslohn sei, auf einem Irrthum beruht. Diese Konkurrenz bewirkt allerdings eine Ausgleichung der Unternehmergewinne, allein sie thut dies nicht im Wege einer Aenderung des Arbeitslohnes, sondern in jenem einer Preisänderung des Produkts, die den Lohn gänzlich unberührt läßt. Eben so irrig ist auch die Lehrmeinung, daß der Arbeitslohn durch Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte bedingt sei. Da das Angebot von Händen die Nachfrage ständig überwiegt, so müßte, wenn dieses Gesetz bestünde, der Lohn stetig fallende Tendenz verfolgen, was offenbar unrichtig ist. Von jenen Spezialverhältnissen, in denen aus vorübergehenden oder lokalen Ursachen wirklich überwiegende Nachfrage in die Erscheinung tritt, sei hier ganz abgesehen; wir haben es blos mit dem großen allgemeinen Marktverhältnisse zu thun, auf welchem ein die Nachfrage vielfach übertreffendes Angebot dauernder Zustand ist. Trotzdem läßt sich nicht verkennen, daß der Lohn auf die Dauer unverkennbar steigende Tendenz bekundet, und was das Merkwürdigste ist, diese Tendenz der Lohnsteigerung hat mit wachsender Ueberfüllung des Arbeitsmarktes eher zu- als abgenommen. Es ist nämlich nach dem im vorigen Kapitel Ausgeführten klar, daß wachsender Fortschritt der Kultur die Differenz zwischen Produktivität und Konsum, d. i. also das Mißverhältniß zwischen potenzieller und thatsächlicher Produktion erweitern muß; es vergrößert sich also fortlaufend absolut und relativ die Zahl jener Arbeitsfähigen, die un-

beschäftigt bleiben müssen, weil kein Bedarf nach den Produkten ihrer Thätigkeit vorhanden ist; trotzdem sehen wir neben einer ins grenzenlose wachsenden Heftigkeit des Kampfes um die verfügbaren Arbeitsplätze und unbeschadet der vermehrten Zahl unproduktiv oder überhaupt nicht Beschäftigter den Arbeitslohn doch in langsamer zwar und mühseliger, aber doch ganz unverkennbar aufwärts strebender Bewegung. Der Lohn kann also nicht durch das Verhältniß von Angebot und Nachfrage regulirt sein. Dieses Verhältniß ist allerdings von hoher Bedeutung, aber nur insofern, als es das Verhältniß des Lohnes zum Existenzminimum regulirt. Das stetige Ueberwiegen des Angebotes von Händen hat zur Folge, daß der Lohn nicht über das Existenzminimum steigen kann; dieses letztere aber wird allerdings von der Marktlage mit beeinflußt, keineswegs aber durch sie ausschließlich oder auch nur vorwiegend bestimmt. Ethische, moralische und geistige Faktoren aller Art, Erziehung und Gewohnheit, Selbstgefühl und Vorurtheil ziehen jedem Zeitalter, jedem Volke und jedem Stande die Grenzen der Lebensnothdurft, und diese Grenzen müssen eingehalten werden, gleichviel wie sich Angebot und Nachfrage auf dem Menschenmarkte gestalten. Ein bedürfnißloses Geschlecht wird — von ganz vereinzelten und vorübergehenden Ausnahmefällen abgesehen — niemals jene Lohnhöhe erreichen, wie ein anspruchsvolles, auch wenn dort die Marktverhältnisse wesentlich günstiger sein sollten als hier, und da hohe Kultur gleichzeitig die Bedürfnisse erhöht und die Marktverhältnisse verschlimmert, so sehen wir uns in der That der im Sinne der Konkurrenztheorie ganz unbegreiflichen, nunmehr aber vollkommen erklärten Erscheinung gegenüber, daß der Lohn parallel mit der Zahl der Unbeschäftigten wächst.

Es ist nun allerdings richtig, daß die Höhe des Existenz-

minimums selber in der Regel durch die Lohnverhältnisse bedingt wird. Bevor die Befriedigung höherer Bedürfnisse zur Gewohnheit werden kann, muß vorerst die Möglichkeit ihrer Befriedigung vorhanden gewesen sein. Aber es sind häufig geistige und ethische Impulse, welche diese Möglichkeit erzwingen, und wo dies auch nicht geschieht, sind es doch diese geistigen Potenzen, die aus dem möglichen ein nothwendiges Bedürfniß machen. Die Lohnsteigerung kann herbeigeführt werden lediglich durch das hochgradige Gefühl der Unzufriedenheit mit dem alten Existenzminimum, und das nämliche Gefühl der Sehnsucht nach höherer Lebenslage ist es dann, was die gewonnene Verbesserung rasch zur unausrottbaren Standesgewohnheit werden läßt. Umgekehrt nützt selbst eine zufällig errungene Verbesserung nichts, wenn mit ihr keine Steigerung der Standesgewohnheiten Hand in Hand geht, weil sie beim nächsten Wechsel der Konjunktur wieder entschwindet. Das Existenzminimum ist also in Wahrheit das Primäre, die Lohnhöhe das Sekundäre; es wird nicht durch den Lohn bestimmt, sondern bestimmt diesen. Dieses Existenzminimum selber aber hängt durchaus von der Auffassung ab, die ein Zeitalter, eine Nation, ein Stand sich über das jeweilig zum Leben Nothwendige bilden. Eine Menschenklasse, die ganze Kleider und Schuhe, reine Wäsche, Seife und Kamm für nothwendig hält und Keinen in ihrer Mitte und als Ihresgleichen duldet, der diese Bedürfnisse nicht kennt, wird selbst unter den furchtbarsten Entbehrungen niemals auf den Lebensstandard von Menschen hinabsinken, die zerlumpte Kleider und Ungeziefer nicht als unerträgliche Schande empfinden. Es giebt bekanntlich auch ein Proletariat im Frack; aber dieses Proletariat kann verzweifeln und verderben, dem Hungertode oder dem Verbrechen in die Arme fallen — die Lohnverhältnisse der sog. „Intelligenz" stören kann es nicht, so lange Frack und Hand-

schuh, gestärktes Hemd und Bürste dort in das Existenzminimum mit einbegriffen sind. Und daß dies der Fall ist, daß man in Lumpen gehüllt im Bureau, im Kontor, in der Krankenstube nicht mit konkurriren, durch einen Lohn, der für Frack und Handschuhe nicht ausreicht, den Lohn der Genossen nicht drücken kann, das hat mit Angebot und Nachfrage absolut nichts zu thun, sondern ist lediglich Sache der öffentlichen Meinung. Man lasse die Meinung herrschend werden, daß Advokaten, Aerzte und Techniker zerrissene Stiefel und schmutzige Hemden tragen dürfen, und die Gehalte und Honorare der Advokaten, Aerzte und Techniker werden auf das Lohnniveau der Spinner oder Weber sinken.

Genau das nämliche aber gilt auch umgekehrt. Man lasse die Meinung entstehen, daß Spinner und Weber Frack und Handschuhe tragen müssen, und sie werden sie im Arbeitslohn bezahlt erhalten gleich den Aerzten und Advokaten. Die Frage, woher die Mittel zu derartigen Lohnerhöhungen genommen werden könnten, ist nach dem in den früheren Kapiteln Ausgeführten nicht gar so schwer zu beantworten. In Wahrheit wäre die Lohnerhöhung das einzige Mittel, um aus dem ehernen Zirkel der Ueberproduktion herauszukommen. Ja es ergiebt sich überdies der merkwürdige Gesichtspunkt, daß eine Lohnerhöhung bis zu einem gewissen Grade gar nicht auf Kosten der anderen Einkommenszweige vor sich ginge. Den Arbeitenden in den Genuß des ganzen Ertrages seiner Produktion zu setzen ist natürlich unmöglich, ohne daß dabei Unternehmergewinn und Grundrente angegriffen werden, da ja diese nichts anderes sind als eben die dem Arbeitenden vorenthaltene Differenz zwischen Lohn und thatsächlichem Produktionsertrag; da aber außerdem noch eine Differenz zwischen thatsächlichem und potenziellem Produktionsertrage vorhanden ist, die Niemandem zugute kommt, sondern durch die Aus-

beutung theils vergeudet, theils im Entstehen verhindert wird, so bildet diese potenzielle Produktion gleichsam eine Reserve, aus welcher der Lohn bei gleichzeitiger entsprechender Steigerung der Produktion erhöht werden könnte. Die Produktionssteigerung wäre mit der Steigerung des Arbeitslohnes an sich gegeben, denn eine solche wäre mit einem Wachsthum der Massenkonsumtion gleichbedeutend, welches seinerseits gleich dem Luxus zur Verwerthbarkeit derzeit unbrauchbarer Produkte führen würde. Um den Kapitalzins nicht mit Stillschweigen zu übergehen, sei blos darauf hingewiesen, daß dieser durch die gewachsene Verwerthbarkeit der Kapitalien gewänne, was durch die in Folge der gestiegenen Produktion vermehrte Leichtigkeit des Sparens verloren wäre. Auch für den Unternehmergewinn erwächst in toto keine Schmälerung aus der Einengung des Ausbeutungsquotienten bei gleichzeitiger Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes, denn es ist im Effekt das nämliche, ob 10 Arbeitern je drei Viertheile, 15 Arbeitern je die Hälfte, oder 30 Arbeitern je ein Viertheil des Ertrages ihrer Arbeit abgenommen wird, und die eingehende Rechnung zeigt, daß der Umfang der Produktion thatsächlich mathematisch genau im Verhältnisse des sinkenden Ausbeutungskoëffizienten wachsen müßte. Die Grundrente vollends würde bei einer solchen Entwickelung sogar gewinnen, denn die Ausdehnung des Konsums und die mit der Lohnerhöhung verbundene Volksvermehrung würden selbstverständlich auch eine Steigerung der Bodenproduktion zur Folge haben, welche insofern, als sie die Inangriffnahme schlechteren Bodens voraussetzt, der Rente zugute käme. In diesem Umstande ist zugleich die Grenze angedeutet, bis zu welcher — so lange das Bodenmonopol besteht — die Lohnerhöhung fortschreiten könnte. So lange man es nur mit Produktionen zu thun hat, die ohne Vermehrung der Ausbeutungsrate ausgedehnt werden können, ist es möglich,

die Bedingung zu erfüllen, daß der gesammte neu gewonnene Produktionsüberschuß durch das Medium des Arbeitslohnes dem Verbrauche zugeführt werde; sowie jedoch die Ausdehnung der Arbeit ohne Erhöhung der Ausbeutungsrate undurchführbar ist, entsteht neuerlich eine Differenz zwischen Verbrauch und Produktion, die der Produktionssteigerung Schranken zieht, insofern sie nicht durch steigenden Luxus oder zunehmenden Kapitalisationsverbrauch ausgefüllt wird.

Es dürfte aber hier die Frage aufgeworfen werden, warum bei so bewandten Umständen die Unternehmer den Arbeitslohn nicht erhöhen? Die Antwort liegt darin, daß der Nutzen des einzelnen Unternehmers und das Ausmaß des Unternehmergewinnes im allgemeinen sich eben nicht decken. Wenn es ein Mittel gäbe, das durchschnittliche Lohnniveau mit einem Schlage zu verändern, so würde dadurch der Gewinn keines Unternehmers verkürzt; da jedoch bei einer solchen Maßregel individuell vorgegangen werden muß, so wird jede das Durchschnittsniveau überragende Lohnerhöhung auf Kosten desjenigen vor sich gehen, der sie freiwillig oder gezwungen bewilligt. Fühlt man sich zu einer derartigen Verkürzung einzelner Unternehmergewinne schlechthin oder unter gewissen Voraussetzungen berechtigt, und giebt es Mittel, sie ins Werk zu setzen, so wird thatsächlich eine sehr umfangreiche, mit Produktionsvermehrung verbundene Lohnsteigerung die Folge sein, die ihre Grenze erst fände, wenn die durch die Ausdehnung der Bodenproduktion hervorgerufene Steigerung der Grundrente jenes Maß überschritte, das noch zulässig ist, wenn die Grundrente konsumirbar bleiben soll.

Daß diese Erörterung mehr ist als eine müßige Spielerei mit Prinzipien, wird sich später zeigen; daß sie richtig ist, geht aus der bekannten Thatsache hervor, daß ziemlich allgemein die Höhe des Arbeitslohnes im geraden Verhältnisse

steht zu der Intensität der Ausnützung von Arbeit und Kapital. Man sollte meinen, daß die großen Industrien desto zahlreichere Arbeiter den Zwergwirthschaften entziehen und selber beschäftigen können, je kärglicher das Existenzminimum der Massen, d. i. der Arbeitslohn, bemessen ist; und siehe da, es verhält sich umgekehrt. Je höher der Lohn, desto günstiger das Verhältniß der Großindustrie zu Handwerk und sonstiger Kleinwirthschaft. In Indien und China, wo eine Handvoll Reis der Lohn des Arbeiters ist, kann trotz aller Geschicklichkeit und bienenartigen Emsigkeit des Volkes keine Massenindustrie gedeihen; in England und Amerika, wo der Lohn am höchsten ist, hat zugleich der große Unternehmungsgeist und die rationelle Ausbeutung der Arbeitskraft verhältnißmäßig die höchste Stufe erreicht: dort erzwingt eben der verschwindende Volkskonsum die Brachlegung fast der ganzen Produktionskraft in unergiebigem Zwergbetriebe; hier ermöglicht der relativ reichere Konsum auch bessere Ausnützung der Produktivkräfte.

Giebt es also Mittel, den Arbeitslohn zu erhöhen? Um die Antwort auf diese Frage zu finden, braucht man sich blos gegenwärtig zu halten, daß der Lohn durch das Existenzminimum, dieses aber durch ethische und geistige Motive, durch die öffentliche Meinung mit einem Worte, bedingt wird. Die öffentliche Meinung aber ist ganz unfraglich stetem Wandel unterworfen und ihre Aufgabe in der Lohnfrage ist eine doppelte. Sie hat die Ansicht der Arbeitenden über das zu menschenwürdigem Dasein Unerläßliche zu modifiziren, was durch steigende Bildung und moralische Hebung der Massen unfehlbar zu erreichen ist. Sie hat aber ebenso durch direkte Einflußnahme auf das Lohnverhältniß der expansiven Tendenz des Existenzminimums entgegenzukommen. Zu diesem Behuf ist unerläßlich, daß der Glaube, der Arbeitgeber sei durch-

ſchnittlich materiell außer Stande, den Lohn über das jeweilig geltende Niveau zu heben, mit der Wurzel ausgerottet werde. Wird erſt allgemein bekannt, daß die Konkurrenz der Arbeitgeber dem Arbeiter nichts nützt und daß der Unternehmergewinn im Durchſchnitt ein Mehrfaches der Lohnſumme beträgt, und ergänzen ſich all dieſe Wahrheiten durch die Erkenntniß, daß eine allgemeine Erhöhung des Lohnes auf die Dauer den Unternehmergewinn gar nicht verkürzen, ſondern blos die Lahmlegung von Arbeitskraft mindern würde, dann wird und muß in der öffentlichen Meinung ein Umſchlag eintreten, der nicht ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältniß bleiben kann. Lange Zeit hielt man jeden auf Erhöhung der Löhne abzielenden Verſuch für einen ökonomiſchen Unſinn, und auch jetzt ſind die Meiſten geneigt, nur für beſtimmte Ausnahmefälle und unter ganz beſonderen Vorausſetzungen die Möglichkeit willkürlicher Erhöhung der Arbeitslöhne zuzugeben. Man beruft ſich dabei auf die durch zahlloſe mißglückte Strikes gebotenen Lehren, ohne zu bedenken, daß ein mißglückter Strike noch lange nicht beweiſt, die Arbeitgeber ſeien wirklich außer Stande geweſen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, und daß zweitens dieſe letzteren aus naheliegenden Gründen in der Regel zur ungeeignetſten Zeit, nämlich bei ſchlechter Konjunktur defenſive Lohnkämpfe provozirten. In normalen Zeiten iſt der Ueberſchuß des Nettoertrages der Arbeit über den Lohn geradezu enorm. Ein einzelner Menſch ſtreicht häufig das Zehnfache deſſen ein, was Hunderte oder Tauſende mit ihm gemeinſam Produzirender zu verzehren haben, und trotzdem glaubt man, daß er — von der Konkurrenz bedrängt — nicht mehr als dieſes Zehntel bezahlen könne. Das merkwürdigſte, und ein unvergleichlich beredtes Zeugniß für die Macht herrſchender Irrthümer iſt, daß der Arbeitgeber ſelbſt gar nicht zu wiſſen pflegt, daß er recht gut mehr zahlen

könnte, wenn er nur wollte. Wüßte er es, so würde er in vielen Fällen, theils aus Menschlichkeit, theils aber auch im wohlverstandenen eigenen Interesse, den Lohn freiwillig erhöhen. Die Arbeitgeber sind im Durchschnitt eine ehrenwerthe hochachtbare Menschenklasse, es würde sie ein Grauen vor ihren Reichthümern erfassen, wenn sie wüßten, daß das Blut und die Thränen, das Menschenmark und der Menschenschweiß, die daran kleben, nicht von einer unerbittlichen Naturnothwendigkeit erpreßt sind, sondern daß es in ihrem eigenen Belieben gelegen wäre, die Hungernden zu sättigen, die Verzweifelnden zu trösten. Sie wissen es nicht; der Industrielle, dessen Gewinnbilanz 100 000 Gulden und dessen Lohnliste für 200 Arbeiter nicht mehr als 40 000 Gulden ausweist, und der dabei ganz genau weiß, in welchem bejammernswerthen Zustande sich die Erzeuger seines Reichthumes befinden, ist aufs innigste überzeugt davon, daß er alles, was in seinen Kräften steht, für seine Arbeiter leiste. Er hat ihnen ein Schulhaus, ein Spital, vielleicht sogar eine Lesehalle und ein Bad gebaut, auch zu ihrem Pensionsfond trägt er reichlich bei; nur ihre Löhne erhöht er nicht — denn „das verbietet die Konkurrenz". Wie innig und ehrlich diese Ueberzeugung ist, geht am besten daraus hervor, daß der Unternehmer ihr selbst dort Folge leistet, wo dadurch sein eigenes Interesse in empfindlicher Weise geschädigt wird; denn es kommt häufig vor, daß ganze Arbeiterschaften in Folge der entsetzlichen Hungerlöhne und der durch diese bedingten scheußlichen Lebensführung geistig, moralisch und körperlich so herunterkommen, gleichsam verfaulen, daß sie zur Arbeit ganz untüchtig werden und der Unternehmer mit Schrecken inne wird, daß seine zweibeinigen Arbeitsthiere den Dienst versagen. Würde es sich um vierbeinige Kreaturen oder um eine Menschenklasse handeln, bezüglich welcher der Wahn nicht besteht, daß die Konkurrenz

verbiete, ihren Lohn zu erhöhen, so wäre das Mittel der Abhilfe von selbst gegeben: man erhöht die Futterrationen, und die heruntergekommenen Kreaturen werden wieder arbeitstüchtig. — Wer behaupten wollte, er könne seine Ochsen oder Pferde nicht genügend nähren, lediglich aus dem Grunde, weil dies auch der Nachbar nicht thut, würde für sinnlos gelten, und ebenso würde man es höchst seltsam finden, wenn ein Geschäftsmann seine Buchhalter, Geschäftsführer und sonstigen höheren Angestellten nicht besser als seine Konkurrenten bezahlen zu können vorgäbe; nur wenn es sich um ordinäre menschliche Handarbeit handelt, ist die Sache anders. — Es giebt Beispiele von Fabrikanten und von Landwirthen, die nachweislich aus keinem anderen Grunde dem Ruine verfallen sind, als weil sie aus Angst vor den Konkurrenten ihre Arbeiter verkommen ließen. Ganze Industriezweige, ja ganze Länder gehen solcherart manchmal zu Grunde. — Da sich in der Regel ein derartiger Abfaulungsprozeß im stillen vollzieht, ohne daß darüber viele Worte gemacht werden, so erfährt man auch nicht immer davon; aber es kommt in einzelnen Fällen vor, daß die von solcher Kalamität betroffenen Unternehmer sich zusammenthun und über Mittel der Abhilfe berathen. Da wird denn häufig mit voller Klarheit darauf hingewiesen, daß die Branche an der Verkommenheit der Arbeiter leide und dem Uebel durch freiwillige Lohnaufbesserung leicht zu steuern wäre. — Stimmen nun diesem Vorschlage die sämmtlichen Berufsgenossen zu, so wird er durchgeführt, und wenn es nicht zu spät ist, so genügt das ausnahmslos zur Wiederherstellung der früheren Blüthe. Gelingt es aber nicht, in diesem Punkte Uebereinstimmung zu erzielen, weigert sich eine Majorität oder auch nur eine Minorität, diese Arznei zu gebrauchen, so hält man es allgemein für selbstverständlich, daß auch für diejenigen nichts zu machen sei, welche die Löhne

gerne erhöhen wollen, denn die „Konkurrenz" hindert sie daran. Die österreichische Glasbläserei z. B. hat sich längere Zeit mit einer solchen Frage beschäftigt, und um ein kleines wäre es beinahe dahin gekommen, daß die ganze Industrie zu Grunde gegangen wäre, weil einzelne Fabrikanten durchaus nicht begreifen wollten, daß auch der Mensch eine Maschine ist, welche gehörig gespeist und geölt werden muß, soll sie richtig funktioniren.

Der Glaube also, daß höhere Löhne als die angeblich von der Konkurrenz diktirten absolut nicht gezahlt werden könnten, ist allgemein, und er nur erklärt die unsagbaren Scheußlichkeiten, die unter den Augen einer humanen Gesellschaft von sonst humanen und wohlmeinenden Menschen begangen werden. Wird dieser Aberglaube ausgerottet, so ist damit ein wichtiger Schritt zu Besserung des bestehenden sozialen Zustandes geschehen. — Ist es erst einmal zur allgemeinen Ueberzeugung geworden, daß die Fähigkeit des Unternehmers, die Lage seiner Arbeiter zu verbessern, lediglich nach seinem eigenen Bilanzkonto zu beurtheilen sei, hat man erst allgemein begriffen, daß ein Mann, der Reichthümer aus einer Produktion ansammelt, deren Arbeiter darben, dies nicht gezwungen, sondern freiwillig thut: so wird man sehr rasch dahin gelangen, die Ausbeutung auf dem Gebiete der Produktion mit denselben Augen zu betrachten, wie diejenige auf dem Gebiete des Zinsnehmens. Man verachtet den Wucherer, der das Geldbedürfniß eines Schuldners dazu benützt, einen ungebührlichen Profit zu machen, und in neuester Zeit haben es verschiedene Gesetzgebungen sogar versucht, dieses ungebührliche Profitmachen als Verbrechen zu strafen. Diese Versuche mögen nun geglückt oder mißglückt sein, die ihnen zu Grunde liegende moralische Entrüstung ist jedenfalls eine gerechtfertigte. — Denjenigen aber, der das Arbeitsbedürfniß zu

ungebührlichem Profitmachen mißbraucht, hält man für einen Wohlthäter der Menschheit, und gelingt es ihm, das Profitmachen im großen zu betreiben, so wird er mit Ehren überhäuft und zu den Besten des Landes gezählt. Und doch sollte man meinen, daß der Arbeitswucher noch um vieles verwerflicher, jedenfalls in seinen Folgen verderblicher ist, als der Zinswucher. Man nennt den Geldwucherer einen Blutsauger; dies ist jedoch nur im figürlichen Sinne richtig; denn er begnügt sich mit den Habseligkeiten und nährt sich im allgemeinen nicht mit dem Fleisch und Blut seiner Opfer. — Anders der Arbeitswucherer. Diesem fallen buchstäblich ungezählte Menschenleben zum Opfer. Das Arbeiterelend ist notorisch in einzelnen Distrikten auf eine solche Höhe gestiegen, daß die Militärverwaltungen dort schon seit Dezennien kein taugliches Rekrutenmaterial mehr finden. Das Stücklohnverhältniß ermöglicht häufig den Nachweis, daß bei männlichen Arbeitern nach dem 30. Jahre, bei weiblichen noch früher Kräfteverfall eintritt, so daß in einzelnen Bezirken Arbeiter von über 40 Jahren gar nicht mehr vorkommen. Und dabei glaube man ja nicht, daß es sich um Produktionen handelt, die an sich gesundheitsgefährlich und Kräfte verzehrend sind. Die Textilindustrie fordert genau in der nämlichen Weise ihre Menschenopfer, wie die Blei- oder Quecksilberindustrie, ja sie ist noch gefräßiger als diese letzteren, die gerade wegen ihres üblen sanitären Rufes etwas bessere Lohnverhältnisse aufweisen. Kurzum, auf *ein* Opfer, das der Geldwucher in den Tod treiben mag, kommen Tausende zu Tode geplagter, einem frühzeitigen jämmerlichen Ende zugeführter Arbeiter, die der Ueberanstrengung bei ungenügender Nahrung und gesundheitsschädlicher Behausung unterliegen. Man kann sich also darauf verlassen, daß die öffentliche Meinung keine Nachsicht üben wird, wenn sie den Sachverhalt einmal klar durchschaut hat;

man wird den Arbeitswucherer ebensowenig in der guten Gesellschaft dulden wie den Geldwucherer, und als Arbeitswucherer wird man jenen ansehen, der trotz notorisch ausreichenden Geschäftsgewinnes seine Arbeiter hungern läßt, und der anständige Arbeitgeber wird es gar nicht auf das Verdikt der öffentlichen Meinung ankommen lassen, sondern aus eigenem Antriebe die Löhne in ein etwas entsprechenderes Verhältniß zum Produktionsertrage setzen. Zudem verfügen öffentliche Meinung und Staat über ein so gewaltiges Arsenal indirekter Zwangsmittel, daß die auf den Schein des freien Arbeitsvertrages etwa pochenden Arbeitgeber schwerlich erfolgreichen Widerstand leisten dürften. Anständige Geschäftsleute werden ihre Verbindung mit industriellen und landwirthschaftlichen Blutsaugern nach Möglichkeit lösen, der Kredit derselben wird schon aus dem Grunde sinken, weil die Vermuthung bestehen wird, daß die schlechte Lage einer Arbeiterschaft theilweise wenigstens in der ungünstigen Lage der betreffenden Unternehmungen begründet sei. Der Staat wieder hat es in der Hand, durch indirekte Parteinahme bei allen Lohnstreitigkeiten einen höchst empfindlichen Druck auf die Arbeitgeber zu üben. — Es ist nicht seine Sache, sich direkt in den Lohnkampf zu mischen, Lohnerhöhungen ausdrücklich zu fordern; er braucht an der Autonomie des freien Arbeitsvertrages nicht zu rütteln und kann die Lohnhöhe unbedingt dem Uebereinkommen der beiden streitenden Theile überlassen. Aber die Thatsache, daß jeder zu Arbeitseinstellung führende Lohnstreit eine wirthschaftliche Kalamität ist und schon im Interesse der öffentlichen Ordnung thunlichst rasch beendigt werden sollte, bleibt trotzdem bestehen, wie denn der Staat auch bisher schon nur zu sehr dieser Meinung gehuldigt und es vorkommenden Falles nur selten an unterschiedlichen, mit gelinden, oft aber auch sehr brutalen Pressionsmitteln verbundenen Versuchen hat

fehlen lassen, die Ordnung wiederherzustellen. Alles was diesbezüglich geändert werden müßte, ist, daß dieses Ordnungmachen, welches bisher seine Spitze fast ausschließlich gegen den ohnehin wirthschaftlich schwächeren Theil, nämlich gegen die Arbeiterschaft kehrte, hinkünftig vorwiegend mit umgekehrter Tendenz gehandhabt werde. Daß Leben und Eigenthum noch so böswilliger und hartnäckiger Unternehmer gegen etwaige Ausschreitungen — und sei es mit noch so großem Recht empörter Arbeiterschaften — erforderlichen Falls selbst unter Anwendung von Waffengewalt geschützt wird, ist ganz in der Ordnung; aber es ist deshalb noch nicht nothwendig, daß die Einmischung der polizeilichen und militärischen Macht blos von den Arbeitern übel empfunden, von den Brodgebern dagegen oft sogar als eine dankenswerthe Verstärkung ihrer Autorität quittirt werde. Es ist nicht nothwendig, daß man, wie dies in einzelnen Staaten geschieht, nach den sogenannten Rädelsführern der Arbeiterschaft fahnde, sie, wenn sie nicht zufällig ortsansässig sind, polizeilich abschiebe, kurzum die Arbeiter in jeder erdenklichen Weise einschüchtere, die Arbeitgeber in ihrem Widerstande ermuntere. Die Intervention des Staates sollte im Gegentheil den Arbeitgebern so unbequem und lästig als möglich gemacht werden, die Kosten des Schutzes, der ja nur ihnen und nicht den Arbeitern gilt, müßten sie in ausgiebigem Maße tragen. Und für den Fall, daß es ein Unglück geben sollte, wäre ihr Verschulden streng zu untersuchen, eventuell unnachsichtig zu strafen. Die Arbeitenden sollten, sofern sie sich innerhalb des Rahmens der Gesetze halten, der staatlichen Sympathien sicher sein. In besonders dringlichen Fällen könnte der Staat auch aktiv in die Lohnbewegung eingreifen, ohne deshalb die Lohnhöhe direkt diktiren zu wollen. — Auch das ist im Grunde genommen nichts Neues, nur daß allerdings auch in diesem Punkte die staatliche Intervention

regelmäßig den Arbeitgebern zugute kam. So oft ein öffentliches Interesse irgendwie ins Spiel kommt, bemüht sich der Staat nach Kräften, die durch den Strike bedrohte Produktion im Gange zu erhalten, er stellt den Arbeitgebern zu diesem Behufe häufig sogar seine eigenen Arbeitskräfte — militärische oder sonstige — zur Verfügung, ohne sich dadurch beirren zu lassen, daß damit den Arbeitern ihr einziges Pressionsmittel genommen und der Sieg in die Hände der Arbeitgeber gespielt wird. Nicht immer ist es möglich, es in solchen Fällen umgekehrt zu machen, den Fortgang der Produktion durch Ausrüstung der Arbeiter mit den erforderlichen Produktionsbehelfen zu ermöglichen; aber wo es angeht, sollte dieses Auskunftsmittel dem bisher gewohnheitsmäßig geübten vorgezogen werden. Als beispielsweise in Wien ein Bäckerstrike drohte, erklärte sich die Militärverwaltung bereit, den Bäckermeistern das Personal der ärarischen Verpflegsbäckereien zur Verfügung zu stellen, und die unmittelbare Folge davon war, daß die Bäckergehilfen nachgeben mußten. Hätte man es umgekehrt gemacht, den Gehilfen die ärarischen Bäckereilokalitäten zur Verfügung gestellt, so wäre auch der Ausgang des Strikes der entgegengesetzte gewesen, die Meister hätten nachgegeben. Auch glaube man ja nicht, daß sich die Regierung zu ihrer Parteinahme für die Meister und gegen die Gehilfen durch im Wesen des Streitfalls gelegene Gründe veranlaßt sah, etwa dadurch, daß ihrer Meinung nach das Recht auf Seiten der Meister stand, oder dadurch, daß die Unterstützung der Gehilfen den angestrebten Zweck, nämlich die Versorgung der Stadt Wien mit frischem Gebäck, schlechter erfüllt hätte, als die Unterstützung der Meister. Nach beiden Richtungen ist das Gegentheil richtig. Niemand, auch nicht die Regierung, bezweifelte damals im geringsten, daß die Forderung der Gehilfen gerecht, der Widerstand der Bäcker durchaus bös-

willig und lediglich auf die Hilflosigkeit der Arbeiter gestützt war; ebenso klar ist es, daß Wien mit besserem Gebäck versorgt gewesen wäre, wenn mit den Bedürfnissen des Wiener Publikums bekannte Gehilfen in ärarischen Oefen, als wenn die Meister mit Verpflegssoldaten gebacken hätten, die nur ordinärstes Brod zu erzeugen gewohnt waren. Die Richtung, welche die Intervention des Staates nahm, war ausschließlich bedingt durch dessen gewohnheitsmäßige Parteinahme für die Arbeitgeber. Sowie sich in diesem entscheidenden Punkte die Anschauungen ändern, sowie der Staat einsehen gelernt haben wird, daß bei der Auftheilung des Produktionsertrages zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn Interesse und Pflicht ihn unbedingt auf Seite der Arbeiter drängen, wird auch eine radikale Frontveränderung bei allen Maßnahmen dieser Art eintreten.

Und daß es sich so verhält, daß der Staat wünschen muß, den Lohn erhöht zu sehen, läßt sich — ganz abgesehen von den großen sozialpolitischen Gesichtspunkten — leicht zeigen. — Der Staat muß die Lohnerhöhung wünschen, weil sie eine Erhöhung und Verbesserung der Produktion im Gefolge hat. Dies geht nicht blos aus dem im vorigen Kapitel Ausgeführten hervor, es sollte im Grunde genommen bei oberflächlichstem Nachdenken Jedermann a priori einleuchten. — Die Güte und Menge der Erzeugnisse ist nämlich bekanntermaßen unabhängig von der Höhe des Unternehmergewinnes, nicht aber von der Höhe des Lohnes, denn schlecht genährte, verkommene Arbeiter produziren schlechter und weniger, als gut situirte. Und daß der Staat am Aufschwung der Produktion interessirt ist, braucht nicht wohl erst bewiesen zu werden. — Er hat ferner ein direktes fiskalisches Interesse an Lohnerhöhungen, weil diese sein Steuereinkommen vermehren. Vom Unternehmergewinn entfällt zumeist eine höchst geringfügige Quote auf Staatsabgaben. — Ein Fabrikant, ein Landwirth zahlt

in der Regel nicht mehr Steuer, auch wenn er das Zwei- oder Dreifache verdient; jede Steigerung des Lohnes dagegen ist unmittelbar an den Steuerkassen zu empfinden, denn gesteigerte Löhne bedeuten gesteigerten Konsum, und da alle Staaten den Konsum insbesondere der Massenverbrauchsartikel mit hohen Abgaben belegen, so läßt sich füglich behaupten, daß die indirekten Steuern im geraden Verhältniß der Löhne wachsen, während der Unternehmer, sofern er wachsenden Gewinn überhaupt zu gesteigertem Konsum, verwendet, damit die Steuereingänge nur unwesentlich vermehrt, denn die Artikel seines Konsumzuwachses sind meist steuerfrei. Zum dritten ist der Staat durch die Rücksicht auf seine Wehrfähigkeit an Lohnerhöhungen interessirt. Der Unternehmer wird im Durchschnitt nicht militärtauglicher, wenn er mehr verdient; wohl aber hört der Arbeiter bei einem gewissen Lohnniveau auf, diensttüchtig zu sein, und die meisten Staaten hätten es nicht nöthig, mit ihren Anforderungen an die Qualifikation ihrer Rekruten von Dezennium zu Dezennium herabzugehen, wenn sie dem Loose der Arbeiterschaft etwas mehr werkthätiges Wohlwollen entgegenbrächten.

Zu Gunsten einer aktiven oder passiven Theilnahme für das Unternehmerinteresse wird all dem entgegen nur das eine geltend gemacht, daß der Staat am Wachsthum der Kapitalien wie des Unternehmungsgeistes interessirt sei und daß beide desto rascher zunehmen, je höher der Unternehmergewinn ist. Letzteres ist allerdings richtig, unrichtig ist nur, wie wir gesehen haben, daß die Erhöhung des Arbeitslohnes den Unternehmergewinn auf die Dauer schmälern kann; ja gerade dort, wo Lohnerhöhung am dringendsten nothwendig ist, wo das Arbeiterelend den größten Umfang erreicht hat, ist dies nicht einmal vorübergehend der Fall, vielmehr bewirkt die Lohnerhöhung dort sogar unmittelbar eine Steigerung des Unternehmergewinnes. Das Ver-

hältniß zwiſchen Nettoüberſchuß und Lohnfond iſt oft für den Unternehmer ſo günſtig, daß ſelbſt eine prozentuell ſehr ausgiebige Lohnerhöhung durch eine prozentuell noch ſo mäßige Steigerung der Produktion reichlich aufgewogen wird. — Um dies an einem ziffermäßigen Beiſpiel zu beleuchten, nehmen wir an, daß eine Unternehmung, deren Produktionsertrag 100 000 Gulden beträgt, 20 000 Gulden Arbeitslohn bezahlt; wird nun der Lohn um 50 %, das iſt alſo auf 30 000 Gulden erhöht, ſo genügt eine 10 %ige Steigerung des Produktionsertrages, um dem Unternehmer den ungeſchmälerten früheren Gewinn zu ſichern. Eine falſche Vorausſetzung iſt ferner, daß der Betrag der Lohnſteigerung gänzlich konſumirt wird; die umfangreichen Spareinlagen der kleinen Leute, die trotz alles im Durchſchnitt herrſchenden Elendes auch bisher aufgeſtapelt wurden, beweiſen das Gegentheil. Die Theſis gilt nur, wenn es ſich um Arbeiter im Zuſtande des äußerſten Elendes handelt und um Lohnaufbeſſerungen, die nicht weiter reichen, als eben zur Beſchaffung des Allernothwendigſten. Aber gerade in dieſem Falle, ſollte man meinen, müßte alle und jede Diskuſſion über die Erſprießlichkeit beſſerer Löhne ihr Ende finden. Endlich iſt auch nicht zu vergeſſen, daß jener Theil des Unternehmergewinnes, der wirklich durch den Fortbeſtand proletariſcher Lohnverhältniſſe bedingt ſein ſollte, eine nur ſcheinbare Vermehrung des Volkskapitals im Gefolge hat; es wächſt in dieſem Falle allerdings der Reichthum der Unternehmer um den der allerdringendſten Lebensnothdurft abgepreßten Lohnantheil, nicht aber derjenige der Geſammtheit; denn die vom Unternehmer ausgepreßten Exiſtenzen werden doch in der Regel nicht ſo ohne weiteres dem Hungertode überantwortet, ſondern aus öffentlichen Mitteln erhalten, d. h. die Armenlaſt wächſt im ſelben Maße, in welchem ſich das Unternehmereinkommen vermehrt haben ſollte.

Wenn all diese Wahrheiten erst einmal von der öffentlichen Meinung in ihrer vollen Bedeutung erfaßt und zu einem Bestandtheil der öffentlichen Moral und der politischen Raison gemacht sein werden, kann eine fühlbare Rückwirkung auf das Lohnverhältniß unmöglich ausbleiben. Je zahlreicher aber die besser situirten Arbeiter werden, je größer die Masse derjenigen, die trotz des im Prinzipe unangetastet gebliebenen Ausbeutungsverhältnisses sich eines menschenwürdigeren Daseins erfreuen, desto raschere Fortschritte wird jener Emanzipationsprozeß der Arbeit machen, der im folgenden Kapitel dargelegt werden soll. Dieser Entwickelungsgang ist unserer Auffassung nach schlechthin nothwendig; er ist in der Natur der Dinge gegeben und keinerlei Menschengewalt wird ihn aufhalten. Es mag Staaten geben, die vorübergehend oder dauernd die soziale Emanzipation bekämpfen; sie können damit nur zweierlei erreichen: entweder eine gewaltsame Revolution, wo eine friedliche Evolution möglich gewesen wäre, oder ihren Untergang. Die erste Alternative ist unvermeidlich, wenn die Lenker solcher Staaten nicht die nöthige Energie oder nicht den erforderlichen bösen Willen besitzen, um das einer solchen Politik entsprechende Mittel, nämlich die bis zum äußersten gehende Knechtung und Entmannung ihrer Arbeiterschaft zu ergreifen. Menschlichkeit, Mitleid mit dem Loose der Massen läßt sich mit bewußt antisozialer Tendenz unmöglich auf die Dauer vereinen. Wer die soziale Reform nicht will, muß begreifen lernen, daß er auch denkende, selbstbewußte Arbeiter nicht wollen darf, daß er alles im Keime ersticken muß, was den Massen das Bewußtsein ihrer Kraft und den Willen zur Verbesserung ihrer Lage verleihen könnte. Unfraglich ist, daß die Zahl derjenigen, die bei einer Aenderung der bestehenden Wirthschaftsordnung zu gewinnen haben, absolut und relativ stetig zunimmt, und giebt man nur zu, daß diese

ſtetig wachſende Majorität ſich zugleich geiſtig, moraliſch und materiell hebe, ſo iſt es ſelbſtverſtändlich, daß ſie früher oder ſpäter mit Gewalt erzwingen wird, was man ihr gutwillig nicht einräumt. Nur willenloſe Sklaven, die womöglich gar nicht zur Kenntniß ihrer Lage erwachen, denen jedenfalls der Muth und die Fähigkeiten fehlen, aus eigener Kraft Großes zu unternehmen, können möglicherweiſe die beſtehende Ordnung widerſtandslos ertragen. — Ein Staat jedoch, der zielbewußt die Maſſen knechtet und verthiert, iſt angeſichts der Macht, welche die öffentliche Meinung heutzutage erlangt hat, wie angeſichts der Thatſache, daß auch die Staatslenker immer die Kinder ihrer Zeit ſind, und daß kaum jemals eine ganze Nation von durchaus gewiſſenloſen Menſchen regiert werden dürfte, gar nicht denkbar. Sollte das Unerhörte trotzdem zeitweilig eintreten, ſo wird wahrſcheinlich eine von den ehrlichen Beſitzenden ausgehende Revolution des Abſcheus und Ekels dem Unweſen ein Ende machen. Doch ſollte auch das nicht geſchehen, ſo müßte ein ſolcher Staat eben verfaulen und die leichte Beute eines jeden Nachbarn werden, der es der Mühe werth findet, die Hand nach ihm auszuſtrecken.

Zehntes Kapitel.

Die Emanzipation der Arbeit.

Mit der Erhöhung des Arbeitslohnes, dieſelbe mag noch ſo weitgehend und allgemein ſein, iſt das ſoziale Problem noch lange nicht gelöſt, vielmehr iſt dieſer Prozeß der Hebung des vierten Standes im Rahmen der beſtehenden Wirthſchaftsordnung nichts anderes als die Einleitung und Vorbereitung der endgiltigen Emanzipation.

Wir haben als das Weſen der Ausbeutung die Abſorp-

tion der Produktionsüberschüsse durch Unternehmergewinn und Grundrente und als deren Folgewirkung die nothgedrungene Brachlegung eines großen Theiles der Produktionskräfte erkannt. Es muß also untersucht werden, ob es möglich ist, die Arbeit durch Beseitigung von Unternehmergewinn und Grundrente in den Vollgenuß ihrer Erzeugnisse zu setzen, womit sich dann die Entfesselung der Produktion von den ihr durch die Ausbeutung auferlegten Schranken ganz von selbst ergäbe. Es wird sich dabei zeigen, daß dieser ganze Umwandlungsprozeß sich nicht im Wege eines Kampfes gegen bestehende Rechtsordnungen, sondern lediglich im Wege organischer Entwickelung thatsächlicher Verhältnisse vollziehen kann und wird. Die Grundrente entspringt allerdings aus dem Eigenthumsrechte am Boden; der Unternehmergewinn dagegen ist nicht der Ausfluß eines Rechts, sondern eines Thatzustandes, nämlich der Ueberlegenheit ausbeuterischer Produktion über unabhängige, freie; und es wird sich ergeben, daß mit dem Verschwinden dieser Thatsache und der damit ipso facto erfolgenden Verflüchtigung des Unternehmergewinnes auch die zur Grundrente führenden Rechtsformen sich verflüchtigen werden.

Worin ist das bestehende Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber begründet? Woran liegt es, daß der Arbeitende seinem sogenannten Brodherrn den Ertrag der Produktion überläßt und sich selber mit der Lebensnothdurft abfinden lassen muß, gleich dem Hausthier, welches ja auch nicht für sich, sondern für den Herrn schafft, und unbekümmert darum, ob seine Anstrengungen reiche oder magere Erträge liefern, nichts weiter als den im großen ganzen gleichbleibenden Anspruch auf Futter und Stall hat? Woher rührt die allgemeine Auffassung, daß eigentlich nur der Arbeitgeber der Produzent sei, daß er „Arbeit schafft", „Brod giebt", während

man doch meinen sollte, daß sich die Sache umgekehrt verhält, daß der Arbeitende Brod giebt und der Arbeitgeber Brod nimmt? Die Antwort auf alle diese Fragen liegt darin, daß die arbeitenden Massen derzeit in der That zu höher organisirter Produktion unfähig sind, daß sie die Kunst nicht verstehen, unter Benützung moderner Kapitalien zu arbeiten, daß sie also wirklich Brod im heutigen Sinne des Wortes nicht erzeugen können, sondern gleich dem Arbeitsthier auf den Herrn warten müssen, der sie seiner Disziplin unterwirft, zu Benützung der Hilfsmittel moderner Technik anhält. Den „Kapitalismus", das ist die Ausrüstung des Unternehmers mit Kapital, der Urheberschaft dieses traurigen Verhältnisses anzuklagen, ist ganz ungerecht. Allerdings können die arbeitenden Massen an eine Konkurrenz mit den Arbeitgebern auf dem Gebiete der Produktion schon deshalb nicht denken, weil ihnen keine Kapitalien zur Verfügung stehen, und von Kapital entblößte Produktion schlechte, konkurrenzunfähige Produktion ist. — Aber das Kapital — nämlich aus Ersparnissen hervorgehendes, dem Monopol nicht unterworfenes Kapital — entzieht sich ihnen nicht etwa deshalb, weil es prinzipielle Vorliebe für den ausbeutenden Unternehmer hätte, nicht deshalb, weil es sich etwa in dem Konflikte zwischen Arbeiter und Arbeitgeber aus angeborner Sympathie für den Ausbeuter, oder wie sich Marx ausdrückt, weil es aus solcher Ausbeutung hervorgegangen ist, stets auf Seite des letzteren stellen würde. Das Kapital ist absolut partei- und gemüthlos, das Ausbeutungsverhältniß ist ihm schlechthin gleichgiltig, es läßt sich bei seiner Wahl ausschließlich durch die Rücksicht auf höhere Rente und bessere Sicherheit leiten, und es stellt sich nur aus dem Grunde dem ausbeutenden Unternehmer bereitwillig zur Verfügung, während es sich dem einzelnen Arbeiter bisher hartnäckig entzieht, weil es seine Rente bei dem ersteren für

gesichert, bei dem letzteren für gefährdet hält. Wer etwas anderes glaubt, geht von der irrigen Voraussetzung aus, daß Kapitalbesitzer und Unternehmer identisch seien, was ein grundsätzlicher Irrthum ist. Vor allem sind diese beiden Qualitäten in der Regel auf ganz verschiedene Personen vertheilt. Der Unternehmer arbeitet zumeist mit fremdem Kapital, das er gerade so entlehnen muß, wie es der Arbeiter entlehnen würde, ja er arbeitet vielleicht gerade mit einem theilweise seinen Arbeitern gehörigen Kapitale. Doch auch dort, wo der Unternehmer das zu seinem Geschäftsbetrieb erforderliche Kapital selbst besitzt, ist sein Interesse als Kapitalbesitzer wohl zu sondern von seinem Unternehmerinteresse. Als Arbeitgeber will er den Produktionsertrag der Arbeit, als Kapitalist nichts anderes als Rente für sein Kapital, und soweit sein kapitalistisches Interesse ins Spiel kommt, wird er seinen Besitz lieber jedem beliebigen Dritten, derselbe mag nun Unternehmer gleich ihm oder eine Genossenschaft freier Arbeiter sein, anvertrauen, als selbst verwerthen, sobald ihm dieser Dritte höhere oder sicherere Verzinsung zu bieten vermag, als er selber. Oder liegt der Grund vielleicht darin, daß der Einzelunternehmer den Gläubigern durch seinen eigenen Besitz höhere Sicherheit zu bieten vermöchte? Um die Irrigkeit dieser Erklärungsweise einzusehen, setze man den Fall, daß die Arbeiter, um die es sich hier handelt, zusammengenommen ein ganz respektables Sümmchen besäßen, ein größeres vielleicht, als der für kreditwürdig gehaltene Einzel-Unternehmer; erhalten sie nunmehr Produktionskredit? Durchaus nicht. Der Kapitalist meint eben, daß der Arbeitgeber, wenn er nur im Besitze eines guten industriellen und kaufmännischen Rufes ist, aller Wahrscheinlichkeit nach mit der auf Basis des Kredits errichteten Fabrik gute Geschäfte machen und also Zins und Kapitalien pünktlich abstatten wird, während den

Arbeitern gegenüber die Meinung besteht, daß sie auch beim besten Willen mitsammt der Fabrik zu Grunde gehen werden. Und in neunundneunzig Fällen unter hundert wird sich diese vorgefaßte Meinung nach beiden Seiten als gerechtfertigt erweisen: der Privatunternehmer wird ein reicher Mann werden, sich folglich als pünktlicher Zahler erweisen, die verbündeten Arbeiter werden zu Grunde gehen. Es gilt nur zu untersuchen, worin diese Konkurrenzunfähigkeit der Arbeiter ihren eigentlichen Grund hat. Liegen hier Ursachen vor, die dauernd im Wesen der Sache begründet sind, oder solche, die lediglich als Produkte zufällig vorhandener, möglicherweise bereits im Wandel begriffener, gesellschaftlicher Entwickelungsphasen anzusehen sind? Ist ersteres der Fall — und die orthodoxe Nationalökonomie geht offenbar von dieser Voraussetzung aus —, dann muß alle Hoffnung auf eine radikale soziale Reform aufgegeben werden, dann ist menschliche Wirthschaft in vorgeschrittener Form ohne Herrschaft überhaupt unmöglich und dann werden sich die Beherrschten in alle Ewigkeit gefallen lassen müssen, von den Herren ausgebeutet zu werden. Sind jedoch die Ursachen der Konkurrenzunfähigkeit vorübergehender Natur, dann bleibt die Möglichkeit offen, das Fehlende zu erlangen, ja es läßt sich vielleicht sogar zeigen, daß der Heilungsprozeß schon im vollen Zuge sei.

Warum also können hundert tüchtige Eisenarbeiter nicht auf eigene Faust ebenso gut produziren, wie ein Unternehmer, der sie in seinen Sold nimmt? Werden sie vielleicht, auf eigene Füße gestellt, minder fleißig sein als unter der Zuchtruthe der Fabrikordnung? Man sollte meinen, daß eher das Gegentheil eintreten werde, denn als Lohnarbeiter produziren sie ja gar nicht unter dem Stachel des Eigennutzes; sie haben ein Interesse zu arbeiten, weil sie sonst entlassen würden und hungern müßten, aber absolut kein Interesse gut und viel zu

arbeiten. Der Fabrikant mag in der Verfolgung seines eigenen Vortheils seine Leute noch so sehr überwachen, man sollte meinen, daß die Selbstüberwachung, die gegenseitige Kontrole von Männern, die da wissen, daß jede Anstrengung ihrer Muskelkraft, jede Erhöhung ihrer Aufmerksamkeit, jeder Erfolg ihrer Findigkeit den eigenen Nutzen erhöht, sich nothwendig als wirksamer erweisen muß. Oder ist es vielleicht die höhere Intelligenz, die dem Arbeitgeber als dem Angehörigen einer erlesenen Berufsklasse zu Gebote steht, was der von ihm geleiteten Produktion das Uebergewicht verschafft? Auch das kann es nicht sein. — Wohl giebt es noch große Arbeitermassen, deren Intelligenz und Bildung auf einer sehr tiefen Stufe steht, und es mag sein, daß selbst in den vorgeschrittensten Ländern diese zurückgebliebenen Massen die Majorität bilden; aber ebenso richtig ist es, daß große Arbeiterkategorien eine sehr hohe Stufe der geistigen Entwickelung erklommen haben, daß die Arbeiter nach Tausenden gezählt werden müssen, die vollkommen auf der Höhe der Ziviliſation unseres Jahrhunderts stehen, deren Geist fähig ist, die schwierigsten und verwickeltsten Probleme der Wissenschaft zu fassen, und zahllos mögen die Industrieetablissements sein, in denen ein großer Theil der Arbeiter ebenso gebildet ist, wie der Chef, an Intelligenz und geistigen Fähigkeiten aber denselben, der ja häufig nur dem Zufall der Geburt seine ausbeutende Stellung verdankt, thurmhoch überragen. Warum können trotzdem auch sie auf industriellem Gebiete mit dem Chef nicht konkurriren?

Der Grund ist sehr einfach. Der Chef braucht kein Genie zu sein, um seine Fabrik erfolgreich zu leiten, denn wie er es machen soll, das lehrt ihn eine uralte Tradition. Alles, wessen er bedarf, ist die Vertrautheit mit den industriellen Geschäftstraditionen und Praktiken, und je sklavischer

er sich an dieselben hält, je weniger er sich durch Neuerungssucht und geniale Anwandlungen anfechten läßt, desto besser für den Geschäftsgang der Fabrik. — Die Kunst so und soviel Arbeiter zum niedrigsten Lohne aufzunehmen, zu entlassen, wenn sie nicht leisten, was durchschnittlich von einem Arbeiter der Branche verlangt wird, und Aufseher anzustellen, die das Getriebe überwachen, ist rasch erlernt, und wer sie erworben hat, sich von gewagten Spekulationen fernhält und ruhig im Jahrzehnte lang ausgetretenen Geleise der Fabrikordnung weiter trabt, dem wird in neunundneunzig unter hundert Fällen der Erfolg nicht ausbleiben. Der Arbeiter aber, der Gleichberechtigte zur Arbeit vereinigen soll, steht vor einem Problem, zu dessen unvermittelter Lösung selbst das gewaltigste schöpferische Genie nicht ausreichend wäre. Es handelt sich dabei allerdings um keine himmelstürmenden Ideen, sondern durchweg um kleine, ja kleinliche Details, die aber unmöglich zu ersinnen sind, sondern sich organisch aus der Praxis herausentwickeln müssen. Es geht damit wie mit der Organisation assoziirten Kapitals. — Es gab eine Zeit, und sie ist noch gar nicht so lange vorbei, wo die menschliche Gesellschaft die Kunst noch nicht verstand, kleine Kapitalien zusammenzulegen und gemeinsam Großes wirken zu lassen. — Lange Zeit dachte man gar nicht an die Möglichkeit einer solchen Assoziation, und als man sich damit zu beschäftigen anfing, waren Mißerfolge zumeist schmählichster Art die unvermeidliche Konsequenz. — Man faßte die Dinge beim verkehrten Ende an, vergriff sich gründlich in der Organisation, vertheilte die kontrolirenden und administrativen Funktionen der Leitung nach verfehlten Grundsätzen, lähmte das eine Mal die erforderliche Aktionsfreiheit der Verwaltung durch ungehörige Kontrole, beförderte das andere Mal Unterschleife durch unmäßige Freiheit der Aktion, kurzum, man tappte im Dunkeln,

während das Einzelkapital seinen altgewohnten und alterprobten Weg ging.

Sehr vieler Erfahrungen bedurfte es, bis sich allgemach eine Praxis gesellschaftlicher Administration und Hand in Hand damit eine Schule brauchbarer gesellschaftlicher Administratoren heranbildete. Nachdem dies aber einmal geschehen, ist das assoziirte Kapital trotz aller ihm noch immer anhaftenden Gebrechen dem Privatkapital in den wichtigsten kapitalistischen Funktionen geradezu überlegen geworden, und es kann als ausgemacht gelten, daß diese Ueberlegenheit stetig zunehmen wird. Denn nunmehr machen sich die in der Natur der Dinge begründeten Vortheile der Assoziation geltend, deren hauptsächlichster darin liegt, daß vorbedachte Wahl, sie mag noch so sehr von ungehörigen Motiven beeinflußt sein, im Durchschnitt regelmäßig doch das Bessere trifft, als der bloße Zufall. Wäre es richtig, daß im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein, wie er sich heute abspielt, in der Regel der Tüchtigste obsiegt, dann allerdings wären die Reichen in der Regel auch die Klügeren. — Da dem jedoch nicht so ist, da unter der Herrschaft des geltenden Wirthschaftssystems zumeist Zufall und Geburt über Besitz und Reichthum entscheiden, die Reichen also im Durchschnitt nicht klüger sind als die Armen, so findet sich in der aus Wahl hervorgegangenen Oberleitung der Aktiengesellschaften regelmäßig eine weit größere Summe geistiger Potenz als in der sogenannten Geldaristokratie. — Diese Thatsache der geschickteren und durchschnittlich erfolgreicheren Oberleitung ist über jeden Zweifel erhaben, denn die Besitzer der großen Privatvermögen haben ja streng genommen den Konkurrenzkampf gegen die Aktiengesellschaften längst aufgegeben, was zur Evidenz daraus hervorgeht, daß sie mehr und mehr ihr mobiles Vermögen in Aktienform anlegen.

All das bisher Gesagte gilt aber mutatis mutandis auch für assoziirte Arbeit. Die passende Organisationsform für dieselbe kann gleichwie vom assoziirten Kapital nur durch Erfahrung gewonnen werden; diese erst kann lehren, welche Funktionen die Gesammtheit der assoziirten Genossen sich vorbehalten, welche sie einer mehrgliedrigen Körperschaft und welche sie einzelnen mit Vollmacht ausgerüsteten Funktionären zu übertragen hat; nur Erfahrung kann zeigen, wie weit die Kontrole zu gehen hat, wie und von welchen Organen sie geübt werden soll. Zahllos sind die diesbezüglich möglichen Variationen. Eine Organisation, die sich für die Fabrikation bewähren mag, kann vollständig verfehlt sein für Ankauf und Verkauf von Vorräthen und Waaren. Was passend ist für eine kleine Assoziation von wenigen Genossen, kann verderblich sein für große Gesellschaften und umgekehrt. — Ebenso kann nur die Zeit eine Generation heranziehen, welche zur Leitung frei vergesellschafteter Arbeit tüchtig ist. Der intelligenteste Arbeiter der Gegenwart wird nothwendigerweise ein sehr miserabler Produktionsleiter sein, weil er ja seine Aufmerksamkeit von jeher ganz anderen Dingen, als den zu tüchtiger Geschäftsführung erforderlichen Kenntnissen und Erfahrungen zugewendet hat. — Ein geistig strebsamer Arbeiter wird vielleicht Mathematik und Naturwissenschaften, fremde Sprachen und Gesellschaftswissenschaften treiben, schwerlich aber sich um die Geheimnisse der Bezugsquellen und Absatzmärkte, der Preistarife und Transportrelationen kümmern. — Er hat ebensowenig Aussicht Professor an einer Universität oder Staatsminister zu werden, wie selbständiger Unternehmer; da aber theoretische Wissenschaften anziehender, den Geist fördernder sind als jene trockenen prosaischen Kenntnisse, die blos durch ihre praktische Verwerthbarkeit nützlich werden, so wendet sich der intelligente Arbeiter naturgemäß blos den ersteren

zu. — Das wird anders werden, wenn erst auch ihm die naheliegende Möglichkeit praktischer Verwerthung geschäftlicher Kenntnisse offen steht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß es sich hier um Geschäftskenntnisse und Routine für eine von allen derzeit üblichen durchaus verschiedene Produktionsmethode handelt. — Es muß eine Arbeitergeneration heranwachsen, die aus eigener Erfahrung und Anschauung weiß, wie Produktiv-Assoziationen zu verwalten sind, und zwar nicht etwa Produktiv-Assoziationen, wie sie derzeit schon, wenn auch in geringer Zahl und mit sehr bescheidenem Wirkungskreis, bestehen, sondern ganz neuartige, in denen Unternehmergewinn und Arbeitslohn zusammenfallen. Die hauptsächlich nach dem Rezepte Schultze-Delitzschs errichteten Assoziationen sind nämlich weit entfernt dieser Voraussetzung zu entsprechen; in ihnen ist die Oberherrschaft des mit Kapital ausgerüsteten Unternehmers über die Arbeit und folgerichtig die Ausbeutung der letzteren durch den ersten dem Wesen nach gar nicht berührt. Allerdings sind es bei diesen Assoziationen die Arbeiter selber, welche die Unternehmerrolle übernommen haben; die Theilung des Produktionsertrages in Unternehmergewinn und Arbeitslohn, d. h. also die Ausbeutung, bleibt aber bestehen: der einzige Unterschied den Einzelunternehmungen gegenüber liegt darin, daß nicht einzelne große, sondern vereinigte kleine Unternehmer die Arbeit ausbeuten. Ganz anders wäre dies bei Assoziationen, die eine Scheidung zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft überhaupt nicht kennen und die dem Kapital — gleichviel ob es ihr Eigenthum ist oder entliehen wird — nichts anderes einräumen als die nackte Kapitalrente, während sie den Produktionsertrag nach Maßgabe der Arbeitsleistungen unter die Genossen vertheilen. Hier erst ist das Ausbeutungsverhältniß zugleich mit der Oberhoheit der Unternehmerschaft gründlich beseitigt. Die Produktion nach

dieſer Methode iſt aber ihrem Weſen nach gänzlich unbekannt, ſie muß ebenſo verſchieden ſein von der bislang üblichen, wie die organiſirte ausbeuteriſche Produktion verſchieden iſt von der iſolirten unorganiſirten des Wilden. Es iſt jedoch nicht abzuſehen, warum dieſe Form und die ihr gewachſenen Individuen ſich nicht ebenſo, ja raſcher und beſſer herausbilden ſollten, als das Aktienweſen und die Klaſſe der Adminiſtratoren von Aktiengeſellſchaften auf dem Gebiete der Kapitalaſſoziation. Nach jedem Geſichtspunkte liegt der Vortheil der höheren natürlichen Eignung auf Seite der Arbeitervergeſellſchaftung. Vor allem iſt bei dieſer auf die Dauer der Uebelſtand nicht zu beſorgen, der ſich als die gefährlichſte Klippe des Aktienweſens erwieſen hat, nämlich die ſprichwörtlich gewordene Sorgloſigkeit der Genoſſen gegen das Schickſal ihrer Geſellſchaft. — Es iſt bekannt, daß ſich der Durchſchnittsaktionär um die Geſchäfte ſeiner Aktiengeſellſchaft gar nicht kümmert. An den Generalverſammlungen der Aktionäre nimmt insbeſondere bei großen Geſellſchaften in der Regel nur ein verſchwindender Bruchtheil der Aktionäre überhaupt Theil, und wenn nicht gar zu flagrante, offenkundige Uebelſtände der Verwaltung vorliegen, heißen die gleichſam nur aus Höflichkeit Erſchienenen zumeiſt kritiklos alle Vorſchläge gut und ertheilen oft mit der größten Liebenswürdigkeit das Abſolutorium für an ihnen begangene ſchamloſe Plünderungen. Und dieſe Paſſivität iſt keine zufällige Erſcheinung. Sie rührt erſtlich daher, daß ein großer Theil der Aktionäre aus Leuten beſteht, die jeglicher Mühe bei Verwaltung ihres Vermögens enthoben ſein wollen und die Aktienform zu Verwerthung ihrer Kapitalien hauptſächlich deshalb wählen, weil ſie dann andere Leute für ſich ſorgen laſſen können. Zum zweiten verſtehen zahlreiche Aktionäre abſolut nichts von Geſchäften überhaupt, oder von den ſpeziellen Geſchäften ihres

Institutes, und sie könnten daher beim besten Willen keine Kontrole üben. Zum dritten wird bei den meisten Aktiengesellschaften, wie dies in der Natur der Kapitalsassoziation liegt, das Stimmrecht nicht nach Köpfen, sondern nach Kapitalantheilen geübt, die betheiligten kleineren Kapitalisten haben daher die Empfindung, daß es auf ihr Votum gar nicht ankomme, daß ihre Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen reine Formsache sei, sie glauben zudem ihre Interessen in den Händen der sogenannten Großaktionäre bestens aufgehoben und überlassen daher diesen freiwillig die Entscheidung. Das Alles aber hat zur Folge, daß bei den Aktiengesellschaften die Entscheidung häufig in den Händen solcher Leute ruht, deren Interesse demjenigen des Instituts geradezu entgegengesetzt ist. Da es durch die Lauheit und Abstinenz der Aktionäre häufig möglich wird, mit verhältnißmäßig geringem Kapitaleinsatze das unkontrolirte Verfügungsrecht über sehr große Kapitalien zu erlangen, so kann es gewissenlosen Spekulanten gelingen, die Aktiengesellschaften für ihre oft sehr unsauberen Sonderzwecke zu mißbrauchen. Die Verluste, welche sie sich dadurch eventuell an ihrem Aktienbesitze selber zufügen, werden reichlich aufgewogen durch Gewinne, deren Voraussetzung eben diese Schädigung der Aktiengesellschaft ist. Man führt beispielsweise die Trace einer Eisenbahn in falscher Richtung, verliert dadurch allerdings 10, 20, vielleicht 50 % an den zur Durchsetzung derartiger Beschlüsse erforderlichen Aktien, gewinnt aber das Zehnfache an Grundspekulationen, die gerade mit Rücksicht auf die verkehrte Richtung der Eisenbahn rechtzeitig vorgenommen wurden, oder an Börsenoperationen unterschiedlicher Art. — Das Belehnungs- und Lombardgeschäft giebt zudem ein Mittel an die Hand, mit entliehenen fremden Aktien Generalversammlungen zu majorisiren und die verderblichsten Beschlüsse durchzusetzen,

ohne oft auch nur eine Aktie selber zu besitzen. Bestünden alle diese Mängel nicht, so wäre die Ueberlegenheit der Aktiengesellschaften über das Privatkapital eine noch weit ausgesprochenere, als sie es auf zahlreichen Gebieten heute ohnehin ist.

Für die Arbeitsassoziation nun sind gerade diese Mängel durchaus nicht zu besorgen. Da es sich hier um das wichtigste, ja der Regel nach um das einzige materielle Interesse der Genossen handelt, so kann mit der größten Sicherheit darauf gezählt werden, daß diese das Gebahren ihrer Gesellschaft ausnahmslos und dauernd mit der regsten Aufmerksamkeit verfolgen werden. Da dabei überall nur Geschäfte in Frage kommen, an denen sie persönlich theilnehmen, so wird den Genossen auch das Verständniß für die Gestion ihrer Verwaltung nicht fehlen. Die Stimme jedes Genossen wird gleichgewichtig in die Wagschale fallen und folglich selbst bei den größten Gesellschaften keinem von ihnen das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit so sehr abhanden kommen, wie bei den Aktiengesellschaften; und da sie überdies, von vereinzelten Ausnahmefällen abgesehen, im Gegensatz zu den meisten Aktiengesellschaften, deren Gesellschafter zumeist über ganze Länder, ja häufig über verschiedene Erdtheile zerstreut sind, alle am Sitze der Gesellschaft zuständig sein werden, so würden ihre Generalversammlungen in Wahrheit Versammlungen aller nicht absolut am Erscheinen verhinderten Genossen sein. Auch ist es hier nicht recht denkbar, daß einzelne Genossen, oder daß vollends die in der Generalversammlung ausschlaggebende Majorität ein dem Gedeihen der Gesellschaft entgegengesetztes Interesse haben sollte. Die Arbeiterassoziation kann also im voraus zum mindesten des einen sehr wichtigen Umstandes sicher sein, daß ihre oberste berathende und beschließende Körperschaft, die letzte Instanz bei allen etwa vorkommenden Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten, nach bestem

Wissen und Können immer das wirkliche Interesse der Gesammtheit vertreten wird. — Daß auch ihre Verwaltung — ist einmal die dazu erforderliche Generation geschäftskundiger Arbeiter herangewachsen — sich dem Privatunternehmer überlegen erweisen wird, läßt sich aus ähnlichen Gründen erwarten, wie bei den Aktiengesellschaften. Nicht der Zufall, sondern die Wahl wird über die Persönlichkeit der Leiter entscheiden, und zwar die Wahl von Genossen, deren ganzes Gedeihen daran geknüpft ist, daß der richtige Mann an die richtige Stelle gesetzt werde. — Mag immerhin sein, daß anfangs der bessere Redner über den besseren Geschäftsmann, der Agitator über den Organisator den Sieg davontragen wird; aber die Arbeiter werden aus Schaden bald klug werden und erkennen lernen, auf welche Eigenschaften sie bei jeder Wahl zu sehen haben, und es ist dann mit größter Sicherheit darauf zu rechnen, daß diese Wahl vernünftiger sein wird, als die Laune des Zufalls, die heute den Privatunternehmer an seinen Posten stellt. — Selbstverständlich ist, daß die Arbeitergesellschaften bei Honorirung ihrer Oberleitung mit den Privatunternehmern werden konkurriren müssen, wobei jedoch nicht zu übersehen ist, daß die große Zahl geeigneter Aspiranten und die in deren Augen mit leitenden Stellen verbundene Ehre in der Regel dahin führen dürfte, daß diese Ehrenstellung an sich als der vollkommen ausreichende Entgelt für die damit verbundenen Leistungen angesehen wird, d. h. daß die Arbeiterassoziationen in der Regel nicht nöthig haben werden, ihren Funktionären wesentlich mehr als den auf jeden einzelnen Genossen entfallenden Produktionsantheil einzuräumen, und daß sie trotzdem über tüchtigere Kräfte verfügen werden, als der Privatunternehmer. Sind aber diese beiden Voraussetzungen einmal erfüllt, ist die passende Organisationsform gefunden und eine tüchtige Leitung

herangewachsen, dann wird die ganze Ueberlegenheit freier Arbeit über unfreie zur Geltung kommen. Die assoziirten Genossen werden unter dem Sporn des Eigennutzes arbeiten, den keine Disziplin ersetzen kann. Daß vergesellschaftete Arbeit bisher mit Lohnarbeit nicht zu konkurriren vermochte, hat darin seinen Grund, daß ersterer noch die Disziplin fehlt, die allerdings neben dem Eigennutz nicht zu entbehren ist. Disziplin und Eigennutz vereint aber müssen sich nothwendigerweise der Disziplin allein überlegen erweisen, und wohlorganisirte, wohldisziplinirte vergesellschaftete Arbeit wird sich zur Lohnarbeit verhalten, wie Lohnarbeit zur Sklavenarbeit.

Die Assoziation wird ferner, insbesondere in den Augen des anlagesuchenden Kapitals, dem Privatunternehmer gegenüber den Vortheil ungleich größerer Sicherheit voraus haben. Der Privatunternehmer hat als ersten Gläubiger seine Arbeiter. Diese müssen vor allem mit dem landesüblichen Lohne bezahlt werden, dann erst kommen die Kapitalzinsen an die Reihe; die Assoziationen dagegen haben als ersten und einzigen Gläubiger den Kapitalisten. Allerdings müssen die Genossen etwas für sich reserviren, um leben zu können; aber es ist nicht blos rechtlich, sondern auch materiell ein Unterschied, ob man es dabei mit einer rechtlichen oder blos mit einer materiellen Nothwendigkeit zu thun hat: denn abgesehen von jenen Fällen, wo der landesübliche Lohn so niedrig ist, daß unter denselben absolut nicht herabgegangen werden kann, ohne die Existenzmöglichkeit zu zerstören, wird sich assoziirte Arbeit, wenn sie weniger verdient, als der landesübliche Lohn beträgt, eben mit einem Minderen begnügen müssen und ihre Gläubiger doch befriedigen, während der mit ihr konkurrirende Privatunternehmer vom landesüblichen Lohne nichts abziehen kann, auch wenn derselbe das Existenzminimum überragt. Dieser Umstand fällt um so gewichtiger in die Wagschale,

wenn man bedenkt, daß die Assoziationen, wenn sie wahrhaft konkurrenzfähig werden, den Arbeitslohn — sowohl für ihre eigenen am Ertrage betheiligten Genossen, wie für die Lohnarbeiter der Privatunternehmer — wesentlich steigern müssen. Sie werden daher auch in schlechten Jahren, wo der Ertrag unter den Lohnbetrag sinkt, immer noch im Stande sein, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden, während der Unternehmer im Momente, wo dies geschieht, passiv arbeitet. Außerdem muß ja der Unternehmer über den Lohn und über die Kapitalzinsen hinaus auch für sich das zu „standesgemäßem" Unterhalt Erforderliche erübrigen, und gleichwie die Assoziationen nicht den ganzen Lohnbetrag für die Gläubiger reserviren, sondern das Existenzminimum ihrer Mitglieder zurückbehalten müssen, ebenso muß der Unternehmer außer dem Lohne, der vorweg und in voller Höhe in Abzug kommt, auch noch sein eigenes Existenzminimum zurückbehalten. Und da die Unternehmer im Verhältnisse zu den Arbeitern ein ziemlich hohes Existenzminimum haben, so fällt auch dieser Umstand sehr schwer ins Gewicht.

Um das hier Gesagte voll zu verdeutlichen, mag ein ziffermäßiges Beispiel durchgeführt werden. Nehmen wir an, ein Unternehmer und eine Assoziation wären beide je 10 000 Gulden an jährlichen Interessen schuldig, beide beschäftigen 200 Arbeiter; der landesübliche Jahreslohn beträgt 500 Gulden; den Jahreskonsum des Unternehmers nehmen wir mit jährlich 5000 Gulden an. — Erreicht nun die Jahresproduktion 115 000 Gulden, so ist der Unternehmer gerade noch zahlungsfähig. Er wird 100 000 Gulden an Arbeitslohn bezahlt und 5000 Gulden verzehrt haben und noch immer die 10 000 Gulden für den Kapitalisten erübrigen, das Jahr aber als ein gewinnloses in seine Bücher schreiben müssen. Die Assoziation dagegen hat im gleichen Falle nach Abtragung

ihrer Zinsverpflichtung 5000 Gulden über den landesüblichen Durchschnittslohn verdient. Sinkt der Produktionsertrag unter 115 000 Gulden, so sieht sich der Einzelunternehmer beim besten Willen gezwungen, den Kapitalisten zu verkürzen; er wird vielleicht geringfügige Differenzen durch Reduktion seines Gebrauches decken, bei einem Rückgange des Produktionsertrages auf 110 000 Gulden aber schon passiv sein, denn etwas braucht er doch jedenfalls zum Leben, und um den Betrag seines Privathaushalts müssen die Zinsen reduzirt oder durch neue Schulden gedeckt werden. Mit den gleichen 110 000 Gulden dagegen wird die Assoziation noch in keinerlei Verlegenheit gerathen, denn sie hat noch immer die vollen Zinsen und den vollen landesüblichen Lohn verdient. Bei einem ferneren Rückgange des Produktionsertrages, beispielsweise auf 100 000 Gulden, wird der Einzelunternehmer die Produktion einstellen müssen, denn selbst wenn ihm der Gläubiger die Zinsenzahlung stunden wollte, wird er doch, da er selber von der Luft nicht leben kann, den unverkürzten Lohn nicht bezahlen können, ohne das aber giebt es für ihn keine Produktion; die Assoziation dagegen wird beim gleichen Ergebniß noch lange an keine Liquidation denken. Sie wird den Gläubiger voll bezahlen und sich, statt mit 100 000 Gulden, mit 90 000 Gulden begnügen. Sie bietet also für alle Fälle erhöhte Sicherheit für ihren Bestand und für pünktliche Abtragung ihrer Schuldverpflichtungen.

Damit ist die Frage, woher assoziirte Arbeiter das zu ihrem Geschäftsbetriebe erforderliche Kapital nehmen sollen, gelöst. Sie werden es dort finden, wo heutzutage die Privatunternehmer ihre Kapitalien holen, nämlich auf dem Geldmarkte. Soweit dessen Vorrath reicht, wird er ihnen bereitwillig zur Verfügung stehen, und es bedarf keiner Staatshilfe noch sonstiger sozialer Vorkehrungen, um einmal konkurrenz-

fähig gewordene Arbeiterschaften mit den Hilfsmitteln des modernen Großbetriebes auszurüsten. Wie aber sollen die Arbeitergesellschaften diese Konkurrenzfähigkeit erlangen? Ohne erprobte tüchtige Organisation und geschickte Leitung keine Konkurrenzfähigkeit, ohne diese kein Kapital. Die Erwerbung der zur unabhängigen Produktion erforderlichen Eignung ist aber anders als auf dem Wege praktischer Erfahrung nicht zu erzielen und praktische Erfahrung auf diesem Gebiete läßt sich nicht erwerben ohne Kapital. Man hat es also hier mit einem bösen Zirkel zu thun, aus welchem der Ausgang gefunden werden muß. Dieser aber ist gefunden, sobald man erst einmal weiß, worauf es dabei ankommt. Es gilt, Kapital in ausreichendem Umfang für vergesellschaftete Arbeit zu erlangen, jedoch nicht wie bisher unter dem Vorgeben, daß damit auch schon das soziale Problem gelöst sei, sondern in der klaren Erkenntniß, daß mit dessen Hilfe vorerst nichts anderes als die zur Konkurrenzfähigkeit führenden Erfahrungen zu gewinnen sind. Von vornherein muß festgehalten werden, daß noch so reichliche Ausrüstung mit Kapital unsere Arbeiterschaften noch nicht konkurrenzfähig machen kann; von vornherein darf man sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß solcherart vorgestreckte Kapitalien in 9 Fällen unter 10 menschlicher Voraussicht nach verloren sein werden. Diese Kapitalien dürfen vorerst blos als Mittel der Erziehung der Arbeiterschaft zu selbständiger Produktion angesehen werden. Es mag auf den ersten Blick scheinen, daß gerade diese rücksichtslose Betonung des gleichsam erzieherischen Zweckes, zu welchem hier Kapital beansprucht wird, ein Hinderniß für dessen Beschaffung sein müsse, während umgekehrt die Meinung, daß von selbständig produzirenden Arbeiterschaften beanspruchte Kapitalien sofort fruchtbringend wären, deren Aufbringung erleichtern würde. Das ist aber unrichtig. Vor allem glaubt von vornherein

Niemand ernstlich an die Richtigkeit der letzteren Anschauung, und sollten beispielsweise die Arbeiter selber, getrieben von optimistischem Selbstvertrauen, etwaige eigene Ersparnisse zu solchem Zwecke hergeben, so würde sie doch sehr rasch die Erfahrung enttäuschen, und hoffnungslose Entmuthigung wäre die unvermeidliche Folge. Anders, wenn das wahrscheinliche unmittelbare Resultat von vornherein im Auge behalten wird. Es ist nicht zu besorgen, daß die harte Wahrheit eine selbstbewußte, ihr Ziel klar erkennende und von der öffentlichen Meinung getragene Arbeiterschaft von Opfern zurückschrecken wird, deren wenn auch später, ja den opferbereiten Individuen gar nicht unmittelbar zu statten kommender Erfolg sicher ist. Zudem hätten — was später noch erörtert werden soll — die Arbeiter in gewissen Fällen ein ganz unmittelbares Interesse, den Konkurrenzkampf mit den Unternehmern um jeden Preis, auch unter Verlusten einzuleiten. Es handelt sich also diesbezüglich zunächst darum, die Arbeiter im Wege einer möglichst weitgehenden Verbesserung ihrer moralischen und materiellen Lage — vorläufig im Rahmen des Lohnverhältnisses — zu derartiger Initiative zu befähigen. Außerdem aber wird der Staat bei richtiger Erfassung seiner sozialen Aufgabe und bei zunehmender Macht des sozialen Gedankens sich auf die Dauer der Verpflichtung nicht entziehen können, fördernd in das Werk der Arbeits-Emanzipation einzugreifen. Niemand kann vom Staate verlangen, daß er seine Mittel vergeude, damit eine schlechte, konkurrenzunfähige Form der Produktion ermöglicht werde; wohl aber haben die arbeitenden Massen und hat die am sozialen Reformwerk interessirte Gesellschaft das Recht und die Pflicht, zu verlangen, daß kein Opfer gescheut werde, wenn es sich um ein Erziehungs-Werk von solcher Bedeutung handelt. Es werden dabei voraussichtlich Millionen verloren gehen, aber der Staat hat unge-

zählte Millionen jederzeit zur Verfügung gehabt, wenn es galt Eisenbahnen zu subventioniren oder sonstige Aufgaben von hervorragender gesellschaftlicher Nützlichkeit zu befördern, und die Aufgabe, um die es sich hier handelt, ist einerseits segensreicher und mehr verheißend als irgend eine andere, zu welcher sich der moderne Staat im geschichtlichen Verlaufe anschickte, und es ist andererseits nicht zu befürchten, daß die dabei in Anspruch genommenen Opfer auch nur so groß sein werden, wie die für weitaus minder bedeutsame Werke skrupellos dahingegebenen. Für den Anfang, wo wegen des gänzlichen Fehlens der Voraussetzungen erfolgreicher Konkurrenz die solcherart dotirten Arbeitergesellschaften zum größeren Theile zu Grunde gehen dürften, wird offenbar gerade wegen dieses wenig verlockenden Erfolges der Zudrang zu denselben nicht gar so groß sein; später, wenn mit den wachsenden Erfahrungen auch die Erfolge sich mehren werden, wird allerdings auch die Betheiligung in rascher Progression zunehmen, aber dann werden auch die Verluste relativ geringer sein; und wenn erst einmal die Epoche der Erziehung abgeschlossen, die Konkurrenzfähigkeit erworben und damit die Betheiligung der Arbeiterschaft eine allgemeine geworden sein wird, dann ist auch jegliche Intervention überflüssig geworden. Es ist trotz alle dem nicht unsere Meinung, daß die thatsächliche Inangriffnahme des sozialen Erziehungswerkes durch die Initiative des Staates erfolgen soll. Wahrscheinlich werden die ersten Versuche aus dem Kreise der Arbeiter hervorgehen, während der Staat nur zögernd und unter der zunehmenden Pression der öffentlichen Meinung nachfolgen dürfte. Wenn hier nichtsdestoweniger mit einer Darlegung der staatlichen Thätigkeit auf diesem Gebiete begonnen und an dieser der ganze Entwickelungsprozeß exemplifizirt wird, so hat dies blos darin seinen Grund, daß diesbezüglich die Verhältnisse ein-

facher und klarer liegen und daß hier am schlagendsten nachgewiesen werden kann, wie diese Intervention möglich ist, ohne gegen das Prinzip der Selbsthilfe zu verstoßen.

Es ist selbstverständlich, daß der Staat, wenn er sich zu Opfern entschließt, dieselben nicht wahl- und kritiklos bringen kann. Er wird sich hüten müssen, seine Mittel und seinen Kredit jeder beliebigen, zufällig zusammengewürfelten Assoziation zur Verfügung zu stellen, die Lust verspüren sollte, sich auf seine Kosten in das Experiment selbständiger Produktion zu stürzen. Oberster Grundsatz muß sein, daß diejenigen, denen Kapital anvertraut werden soll, auch selbst dabei etwas einsetzen. Kapital kann dieser von den Arbeitern geforderte Einsatz nicht sein, denn eine solche Forderung würde einerseits das Versuchsfeld von vornherein allzusehr einschränken, andrerseits aber doch sehr geringe Garantien bieten, da ja unbeschäftigte Arbeiter, wenn sie zufällig etwas erspart haben, sich allzuleicht dazu entschließen dürften, diese in der Zeit der Beschäftigungslosigkeit ohnehin bald aufgezehrten Ersparnisse bei einem Unternehmen einzusetzen, das ihnen, sein schließlicher Ausgang mag welcher immer sein, doch für geraume Zeit Subsistenzmittel gewährt. Auch müssen die Garantien so geartet sein, daß sie gegen die Gefahr schützen, zu Unternehmungsarten herangezogen zu werden, die den Todeskeim aus innern Gründen schon von vornherein in sich tragen, nämlich zu solchen, die an Ueberproduktion leiden. Und eben diese Gefahr ist eine eminente, denn es liegt in der Natur der Sache, daß brodlos gewordene Arbeiter am leichtesten geneigt sein werden, sich zu derartigen Assoziationen zusammenzuthun, und gerade die Arbeiter von an Ueberproduktion leidenden Unternehmungsarten werden brodlos. Das Mittel gegen die sich hieraus ergebenden Gefahren und zugleich der von den Arbeitern geforderte Einsatz könnte nun in Fol-

gendem gefunden werden. Es dürften nur solche Assoziationen mit Kapital ausgestattet werden, deren Mitglieder der Mehrzahl nach unmittelbar bevor sie sich der Assoziation anschlossen, längere Zeit hindurch bei einem Unternehmen der gleichen Art wie dasjenige, welches sie zu begründen gedenken, kontinuirlich beschäftigt waren. Diese Forderung auf alle Mitglieder auszudehnen, wäre überflüssig und zu weit gehend: überflüssig, weil eine Majorität tüchtiger Arbeiter schon selbst dafür sorgen wird, keine unnützen Drohnen in den Kreis ihres Unternehmens zuzulassen; zu weit gehend, weil es den Assoziationen nicht verwehrt werden soll, zufällig unbeschäftigte, aber ihnen als tüchtig und leistungsfähig bekannte Genossen aufzunehmen. Die zweite Forderung, welche die solcherart zusammengesetzte Assoziation erfüllen müßte, wäre die, daß sie insolange, als das von ihr begründete Unternehmen nicht gewisse, genau fixirte Voraussetzungen erfüllt hat, an ihre Mitglieder nur einen Theilbetrag des von diesen im Lauf der vorangegangenen Jahre thatsächlich bezogenen Lohnes zur Vertheilung bringen dürfte, die etwaigen Ueberschüsse hingegen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen und zur Stärkung des Unternehmens zu verwenden habe. Als solche unnachsichtig festzuhaltende Voraussetzung wäre die theilweise Abtragung des vorgestreckten Kapitals und die Ansammlung einer bestimmten Reserve hinzustellen. Nehmen wir nun an, es werde durchschnittlich gefordert, daß zumindest $^3/_4$ der Genossen durch drei der Gründung der Assoziation vorangehende Jahre in ununterbrochenem Lohnverhältniß gestanden haben, und daß sie sich insolange, als ihr Unternehmen nicht konsolidirt ist, mit $^2/_3$ des früher thatsächlich bezogenen Lohnes begnügen müssen, so ist menschlicher Voraussicht nach genug geschehen, um zu verhüten, daß die Mittel des Staates von leichtsinnigen Projektenmachern mißbraucht werden. Leute, die eine feste

Anstellung verlassen und dafür vorerst 1/3 ihrer Bezüge opfern sollen, müssen von sehr gutem Willen und von hohem Vertrauen in ihre Fähigkeiten erfüllt sein, um das Experiment zu wagen, und dies umsomehr, wenn der andere Kompaziszent, der Kapital darleihende Staat, kein Hehl daraus macht, daß er seinerseits trotz aller dieser günstigen Voraussetzungen weit entfernt sei, mit Sicherheit auf einen günstigen Erfolg zu rechnen, sein Geld überhaupt gar nicht hergeben würde, wenn ihn nicht höhere Zwecke bestimmen würden, es trotz der Wahrscheinlichkeit eines Mißerfolges zu wagen.

Daß diese Cautelen, die ähnlich auch bei den von anderer Seite durchgeführten Versuchen gefordert werden müßten, die Arbeiterschaft gänzlich abschrecken oder auch nur die Zahl der Bewerber derart reduziren würden, daß an Erfahrungen im Großen nicht zu denken wäre, ist kaum zu besorgen. Der Drang nach Selbständigkeit insbesondere bei der Elite der Arbeiterschaft ist so übermächtig, die Hoffnung auf einen günstigen Erfolg ehrlichen, energischen Strebens ist so tief begründet in der menschlichen Natur, daß keinerlei Vorsicht und keinerlei Strenge gerade die besten und tüchtigsten unserer modernen Arbeiter davon abhalten werden, auf alle Fälle den Versuch zu wagen. Im übrigen liegt es ja in der Hand des Staates, durch Erleichterungen oder Verschärfungen der oben angedeuteten Normativbestimmungen eine etwa hinter den Absichten der Gesetzgebung zurückbleibende Bewerbung zu steigern, oder eine über Erwarten lebhafte einzudämmen. Auf keinen Fall aber darf sich der Staat beifallen lassen, selbstthätig oder bevormundend in die Geschäftsgebahrung der von ihm ausgerüsteten Arbeiterschaften einzugreifen. Er hat sich darauf zu beschränken, die Bedingungen seiner Hilfeleistung zu fixiren und die Verwendung der dargeliehenen Gelder zu den vorgeschriebenen Zwecken zu überwachen; im übrigen muß

er die Assoziationen frei gewähren lassen, soll das ganze Beginnen Sinn und Zweck haben. Seine Einmischung in die Verwaltung, sei es dadurch daß er den Assoziationen eine bestimmte Organisation vorschreibt, sei es daß er sich die Ernennung einzelner Funktionäre vorbehält, hätte doch zur unerläßlichen Voraussetzung, daß er selber über die beste Organisationsform mit sich im reinen sei und die zur Leitung geeigneten Persönlichkeiten an der Hand habe. Wären aber diese beiden Voraussetzungen erfüllt, dann wäre ja die soziale Frage gelöst, dann bedürfte es keiner kostspieligen Erziehungsopfer, dann besäße der Staat bereits das Mittel, die Arbeiter den Konkurrenzkampf mit den Einzelunternehmern siegreich bestehen zu lassen, und dann wäre nur zu bedauern, daß er von diesen seinen Kenntnissen und Fähigkeiten nicht längst schon den vollen Gebrauch gemacht hat. In Wahrheit aber versteht er von diesen Dingen nicht mehr, ja höchst wahrscheinlich weit weniger als die Arbeiter selbst; sein Organisationsstatut wäre im besten Falle nicht schlechter als es sich durchschnittlich die Arbeiter selber geben würden, damit aber noch immer sehr schlecht und unbrauchbar; die von ihm angestellten Funktionäre würden in der Kunst, nach einer ganz neuartigen Methode zu produziren, im günstigsten Falle nicht schlechter bewandert sein, als die von den Arbeitern frei gewählten: mit einem Worte, der Staat wird im besten Falle die Sache eben so machen, wie durchschnittlich die Arbeiter selber. Der Unterschied zwischen autonomer und vom Staate beeinflußter Verwaltung der Gesellschaften liegt aber darin, daß erstens die Staatseinmischung jeden Mißerfolg, jeden Bankrott zu einem Verschulden des Staates stempeln und diesem damit eine Verantwortlichkeit auflasten würde, der er sich um jeden Preis entziehen muß, eine Verantwortlichkeit, die solche Gefahren in sich birgt, daß jeder zurechnungsfähige

Staatsmann es vorziehen müßte, alle Versuche sozialer Reform auf diesem Wege zu unterlassen, wenn sie ohne derartige Verantwortlichkeit nicht durchgeführt werden könnten, — und daß zweitens die Staatseinmischung gerade jenen Zweck vereiteln würde, um dessentwillen alle Opfer der Staatshilfe gebracht werden sollen, nämlich den Zweck der Erziehung und der durch das Experiment zu sammelnden Erfahrungen. Wenn man nicht an das Wunder glaubt, daß der Staat gleich beim ersten Wurfe das Richtige trifft, so werden alle Versuche, die nach der von ihm vorgeschriebenen Schablone vorgenommen werden, eben nur zu dem einen Ergebniß führen, daß diese Schablone schlecht ist; es wird jedes Vergleichsobjekt fehlen und man wird nach Ablauf einer bestimmten Epoche um eine erkleckliche Anzahl von Millionen ärmer, aber auch nicht um eine nennenswerthe Erfahrung reicher sein. Der Grundsatz des errando discimus ist nicht dahin zu verstehen, daß aus einem noch so oft wiederholten Fehler eine nützliche Lehre resultiren könne; die Fehler belehren blos, wenn sie sich nicht gleichen, wenn sie mit dem Richtigen in verschieden gearteten Vermengungen auftreten. Die ihrer eigenen Einsicht überlassenen Assoziationen werden es in der mannigfachsten Weise versuchen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, zahllos werden die Kombinationen sein, in denen Kontrole und freies Schalten verantwortlicher Organe, die Funktionen vielköpfiger und aus einzelnen Personen bestehender Administrativorgane, stramme oder lockere Disziplin u. s. w. in Anwendung kommen dürften. Die Autonomie wird die Assoziation in den Stand setzen, die Organisationsformen und die Persönlichkeiten ihrer Leiter nach Bedürfniß in den mannigfaltigsten Kombinationen und rasch zu ändern: mit einem Worte, es wird Leben, Bewegung und Fortschritt in den Assoziationen herrschen, und so nur ist es möglich, daß in ihrem Schoße sich

allgemach organisch das Richtige und Lebensfähige entwickle, während Stagnation das unvermeidliche Loos der unter staatliche Vormundschaft gestellten Einrichtung wäre. Und bedeutet Stagnation ganz im allgemeinen den Tod, um wie vieles mehr hier, wo Entwickelung Selbstzweck ist.

Im übrigen ist — wie bereits erwähnt — der Staat nicht der einzige Faktor, dessen kapitalistische Intervention das Emanzipationswerk der Arbeit beschleunigen kann. Es werden sich — ist einmal die erzieherische Bedeutung der Kapitalausrüstung von Arbeitergenossenschaften erkannt — ohne Frage selbst einzelne Kapitalisten finden, die, sei es aus reiner Humanität, sei es im Vertrauen auf von ihnen ersonnene Organisationsformen, oder auf die Tüchtigkeit mit ihnen in Berührung tretender Arbeiterschaften, aus eigenen Mitteln freie Arbeitergesellschaften zum Konkurrenzkampfe ausrüsten werden. Insbesondere aber wird es Sache der Arbeiter selbst und ihrer Gewerkschaften sein, ihre eigenen Kapitalien — vorsichtig zwar und unter ganz speziellen Voraussetzungen — zu sozialen Produktionsversuchen zu benützen. Die Kampfesmission der Gewerkschaften ist zu wichtig, als daß man ihnen heute schon empfehlen möchte, die sauer und mühsam ersparten Beiträge ihrer Mitglieder an Erziehungszwecke zu wagen, deren späterer Erfolg nicht ihrer Mitgliedschaft als solcher, sondern der Gesammtheit zugute käme und deren Kosten zu tragen daher prinzipiell auch nur die Gesammtheit verpflichtet ist. Jedenfalls werden, bevor von dieser Seite Entscheidendes zu erwarten ist, die materiellen und geistigen Hilfsmittel der Arbeiterschaft noch wesentlich wachsen müssen. Aber es wäre doch heute schon die Frage zu untersuchen, ob nicht gerade in Fällen voraussichtlich hartnäckiger und deshalb kostspieliger Strikes die Errichtung von Produktiv-Assoziationen sich als wirksamstes Pressionsmittel gegen die Arbeitgeber anwenden

ließe. Selbstverständlich hätte dies zur Voraussetzung, daß der Strike nicht als Vertheidigungsmittel gegen Lohnherabsetzung bei schlechter Geschäftskonjunktur, sondern als Angriffsmittel zum Zwecke der Lohnerhöhung in Zeiten guter Konjunktur begonnen wird, und daß die Gewerkschaften den von ihnen auszurüstenden Assoziationen womöglich noch strengere Bedingungen stellen, als der Staat in gleichem Falle. Von praktischer Bedeutung könnte diese Erörterung vorerst blos für die englischen Trade-Unions sein, denn diese allein verfügen über ausreichende Mittel zu derartigen Zwecken, und dort dürften auch zur Geschäftsführung geeignete Individuen unter den Arbeitern am ehesten zu finden sein; prinzipiell aber kann es nicht schaden, die Frage ganz im allgemeinen aufzuwerfen, da es ja immerhin möglich ist, daß auch kontinentale Gewerkschaften, vielleicht gerade unter Mitwirkung des Staates oder ihnen geneigter Kapitalisten, die Sache in besonderen Fällen in die Hand nehmen. Schon der ernst gemeinte Versuch dürfte hie und da genügen, um hartnäckige Arbeitgeber mürbe zu machen, und andrerseits würden vielleicht gerade unter so günstigen Auspizien beginnende und unter so scharfer Kontrole ihrer Fachgenossen stehende Assoziationen die besten Chancen des Erfolges für sich haben. Ueberhaupt werden die Arbeiter einsehen lernen, daß es ihre Sache sei, sich, und sei es auch unter den größten Opfern, die zur Konkurrenzfähigkeit mit den Einzelunternehmern erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben. Wo sie die Macht haben, allein oder im Bunde mit Gesinnungsgenossen aus den besitzenden Ständen den Staat zu werkthätiger Mithilfe zu gewinnen, müssen sie in politischer Beziehung ihr Hauptaugenmerk auf die Erreichung dieses Zieles richten. Wo der Staat sich ihnen gegenüber kühl ablehnend verhält, müssen sie aus eigenen Kräften demselben Ziele zustreben. Sie werden es im letzteren

Falle langsamer und mühseliger erreichen, aber erreichen werden sie's für alle Fälle. Der geschichtliche Entwickelungsgang drängt unaufhaltsam dahin. Bildung und Selbstbewußtsein der Arbeiter sind in stetigem Wachsthum begriffen, und beide vereint müssen sie nothwendigerweise zur Erkenntniß des einzig richtigen Mittels ihrer Emanzipation führen und sie gleichzeitig mehr und mehr zu dessen Anwendung geeignet machen. Nur der Unwissende kann dauernd über seine höchsten Interessen irre geführt werden und nur der Ohnmächtige und Verzweifelnde verlangt, daß man ihm mit trügerischen Hoffnungen schmeichle, ihm Eigenschaften andichte, die er nicht besitzt. Je tüchtiger unsere Arbeiterschaft wird, desto vollständiger wird sie begreifen, was ihr fehlt, und desto zielbewußter wird sie das Fehlende zu ersetzen trachten. Ebenso unzweifelhaft ist es, daß auch der bessere Theil der bürgerlichen Gesellschaft den Arbeitern früher oder später hilfreiche Hand zu den angedeuteten Zwecken reichen wird. Der Staat als solcher mag noch so widerwillig und spät das soziale Emanzipationswerk in die Hand nehmen, die Blüthe der Volksintelligenz, die Gesammtheit edler angelegter Naturen wird auch ohne ihn vereint dahin wirken, die Massen von der Oberherrschaft der Arbeitgeber zu befreien. Zu diesem Behufe ist nicht — wie Sozialisten und Manchesterleute gleichmäßig glauben — eine gewaltsame Revolution, sondern vielmehr eine vollkommen friedliche Evolution nothwendig. Nicht um die Eroberung von Rechten, sondern um die Erwerbung von Fähigkeiten handelt es sich, und der soziale Kampf wird daher nicht auf dem Schlachtfelde, sondern in der Werkstatt und im Kontor ausgetragen werden. Die Sozialisten mögen in hundert Schlachten Sieger sein, ihre Arbeiterbataillone mögen den Erdkreis erzittern machen und ihre Führer der Welt das Gesetz diktiren — so lange in Produktion und Handel ohne Herren-

verhältniß nicht gewirthschaftet werden kann, wird Alles beim Alten bleiben. Hat aber der soziale Gedanke einmal in der Fabrik und im Waarenhaus gesiegt, haben die Massen gelernt, den Dampfhammer und den Kurszettel zu gebrauchen, dann bedarf es keiner Schlachten, um die wirthschaftliche Gleichberechtigung zu verwirklichen, denn das Recht ist längst erobert: es handelt sich nur mehr um die Kunst, es zu gebrauchen.

Elftes Kapitel.

Die Ueberwindung des Naturmonopols.

Mit der Emanzipation der Arbeit von der Ausbeutung des Unternehmers ist die entscheidende, zu Lösung des sozialen Problems, zu Verwirklichung der wirthschaftlichen Gleichberechtigung führende Entwickelungsphase abgeschlossen, als deren logische und unvermeidliche Konsequenz jedoch die Ueberwindung des Naturmonopols der Grundeigenthümer angesehen werden muß. So lange die Grundrente die Differenz zwischen dem Ertrage des guten und jenes schlechten Bodens verschlingt, der zu Deckung des Bedarfes an Rohprodukten noch kultivirt werden muß, ist es unmöglich, den Ertrag unqualifizirter Handarbeit dauernd über den Ertrag dieses schlechtesten Bodens zu steigern. Das gilt, wie nachgewiesen wurde, nicht blos von auf Rohproduktion gewendeter Arbeit, sondern, vermöge der die Preise beeinflussenden Wirkung der Konkurrenz, von Arbeit im allgemeinen; und da mit zunehmender Volksdichte stets schlechterer Boden in Angriff genommen werden muß, so würde auch frei organisirte Arbeit den Besitzern der Natur stetig wachsenden Tribut entrichten und ihnen in diesem den Nutzen aus jeglichem Kulturfortschritt überlassen müssen. Auch die volle Ausnützung der jeweilig vorhandenen Pro-

duktivkraft wäre unmöglich, denn da die Grundrentner allein eben so wenig wie im Vereine mit den Unternehmern den auf sie entfallenden Ueberschuß einer der vollen Produktivität des Menschengeschlechtes entsprechenden Produktion konsumiren könnten, so wäre das Uebel der Ueberproduktion nicht ausgerottet, und nach wie vor müßten arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen feiern, weil Konsum und Produktivität sich nicht decken. Ja auf die Dauer würde das Bodenmonopol die durch die Emanzipation vom Unternehmergewinn erzielte Steigerung des auf die Arbeit entfallenden Ertrages vollständig zunichte machen und damit das auf Erden herrschende Elend nur noch hoffnungs- und ausnahmsloser gestalten.

Unter jenem Existenzminimum nämlich, welches die Grundrente derzeit verschonen muß, ist neben dem Minimum an Arbeitslohn auch ein Minimum an Unternehmergewinn zu verstehen; es kann, da Arbeit sich selber nicht zu organisiren vermag, nur Boden in Angriff genommen werden, der außer dem Arbeitslohne auch noch einen Gewinn für die bevormundenden Leiter der Arbeit zu bieten vermag. Wird die Arbeit selbständig, so fällt ihr zunächst der bisher dem Arbeitgeber auch vom schlechtesten Boden zugefallene Gewinn zu, und der Minimalertrag der Arbeit stellt sich als Summe des Existenzminimums von Arbeiter und Arbeitgeber zusammengenommen dar. Es ist auch nicht zu besorgen, daß dieses neue Existenzminimum sofort und beim nächsten Wachsthum der Bevölkerung unter dem Einflusse des Grundrentengesetzes wesentlicher Verminderung ausgesetzt sei, denn noch ist die Erde lange nicht vollständig in Kultur genommen, noch giebt es Boden in genügender Auswahl, der bei geringem Arbeitsaufwande hohe Erträge liefern würde und trotzdem nicht ausgebeutet wird, weil die geringe Lohnhöhe die Kultur anderen Bodens rentabler macht, der zwar größeren Aufwand von

Arbeit, dagegen aber geringeren von Kapital erfordert. Hohe Löhne können sich also trotz zunehmender Volksdichte behaupten, so lange es möglich ist, den steigenden Bedarf an Bodenprodukten durch vermehrten Aufwand von Kapital statt von Arbeitskraft zu decken und die zuwachsenden Arbeiter in Produktionszweigen zu verwenden, deren Umfang sich ausdehnen läßt, ohne daß der Ertrag zu sinken braucht. Endlich aber müßte doch der Zeitpunkt eintreten, wo vermehrte Volkszahl die Bebauung schlechteren Bodens zur Voraussetzung hat, und wenn dann erst einmal wirklich überall der schlechteste, d. h. jener Boden unter den Pflug genommen werden müßte, der nicht mehr als die nothdürftigen Reproduktionskosten der auf ihn gewendeten Arbeit deckt, dann wäre auch der derzeitige Zustand der Ausbeutung zurückgekehrt, die Grundrente würde alles verschlingen, was über die kümmerlichste Lebensnothdurft der Massen hinausgeht. Ja die Fähigkeit selbständiger Produktion der Arbeitenden hätte dann, wie bereits angedeutet, das Loos der Menschheit nur noch hoffnungsloser gestaltet.

Die bestehende Wirthschaftsordnung läßt dem Besitzlosen doch zum mindesten die Möglichkeit offen, sich durch Glück und Unternehmungsgeist dem Elend der Tiefe zu entreißen. Dann aber gäbe es neben den Grundrentnern nichts als organisirte Massen, die alle zur Befruchtung der Naturkräfte erforderlichen Verrichtungen gegen Verabreichung des unumgänglich nothwendigen Futters vollbringen würden; alle und jegliche Hoffnung eines Emporsteigens der nicht Besitzenden zu der götterähnlichen Höhe der Herren unseres Planeten wäre absolut verschwunden, die Scheidung der vom Weibe Geborenen in mühelos Genießende und genußlos Arbeitende wäre auf die Spitze getrieben. Nur der einzige Trost bliebe, daß eine so schreckliche Entwickelung aus dem Grunde unmöglich von Dauer sein könnte, weil die also ausgebeuteten Massen nimmermehr

die Fähigkeit selbständiger Produktion behalten könnten; sie müßten geistig, moralisch und körperlich so verkommen, daß endlich doch einzelne gesund Gebliebene eine neue Unternehmeraristokratie begründen und solcherart den alten Zustand der Ausbeutung durch Grundrente und Unternehmergewinn wiederherstellen würden.

Die Beseitigung des Bodenmonopols ist also eine unabweisliche Voraussetzung der Sozialreform; es ist nunmehr zu untersuchen, ob dieselbe erfüllbar ist, ohne einerseits wesentliche Prinzipien des wirthschaftlichen Fortschritts, andrerseits tief eingewurzelte Rechtsanschauungen und wohlerworbene Rechte anzutasten.

Das erste anlangend, kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach der heutigen Wirthschaftsordnung das Grundeigenthum die Voraussetzung guter Bodenproduktion ist. Seine Beseitigung, weit entfernt, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, würde derzeit in letzter Linie nur zum wirthschaftlichen Chaos und damit zu einer Steigerung des Massenelends führen. Allein das ist nur deshalb der Fall, weil die Massen von den im Boden schlummernden Produktivkräften, wie überhaupt von den den Reichthum der Welt darstellenden Arbeitsbehelfen nicht den rechten Gebrauch zu machen verstehen. Sie sind außer Stande, ohne die Führung der durch vieltausendjährigen geschichtlichen Entwickelungsprozeß zu dieser Funktion erzogenen herrschenden Klassen produktiv zu arbeiten, sie würden im Durchschnitt nicht wesentlich mehr, vielleicht sogar weniger produziren, als der ihnen derzeit zugemessene Lohn beträgt, sie würden keinesfalls die abgenützten Kapitalien ergänzen oder vollends vermehren können. Das Zurücksinken in tiefste Barbarei wäre die unvermeidliche Folge, selbst wenn sich ein solcher Zustand ohne grenzenlose Verwirrung etabliren könnte. Haben aber einmal die arbeitenden Massen die Fähig-

keit freier Organisation des Produktionsprozesses erworben, ist damit das Mittel gefunden, die Arbeit in den vollen Besitz des Produktionsertrages zu setzen, ohne dem Einzelnen das Gefühl der Verantwortlichkeit für sein eigenes Loos zu nehmen; ist es schließlich möglich, das den Privilegirten entzogene Anrecht auf die Naturkräfte der Gesammtheit zuzusprechen, ohne den jeweiligen Bearbeiter des Bodens im Genusse des Ertrages seiner Arbeit zu stören: dann ist Privateigenthum an Boden überflüssig geworden und kann, wenn anders seine Beseitigung als Forderung wirthschaftlicher Gerechtigkeit erkannt wird, von einer anderen Rechtsform abgelöst werden.

Was aber das zweite anlangt, nämlich die bei jeder erfolgreichen Reformmaßregel nothwendige Rücksichtnahme auf herrschende Rechtsanschauungen und wohlerworbene individuelle Rechte, so ist unschwer zu beweisen, daß die Beseitigung des Bodenmonopols, weit entfernt, das öffentliche Rechtsbewußtsein zu verletzen und in die Rechtssphäre Einzelner einzugreifen, in Wahrheit als ein Postulat und als die Konsequenz einer nothwendig vor sich gehenden Entwickelung des Rechts anzusehen ist. Es ist nämlich ein ungeheuerer Irrthum und eine arge Entstellung der historischen und rechtsphilosophischen Wahrheit, das Eigenthum überhaupt für schlechthin heilig auszugeben. Es giebt ganz im allgemeinen keine menschliche Einrichtung, die an sich unter allen Bedingungen als unantastbar gelten könnte. Die Menschheit hat, wie einmal bereits hervorgehoben wurde, allezeit dasjenige für Recht erkannt, was sich als der Gesammtheit nützlich erwies, und geheiligt wurde aus diesem Grunde, was ehemals für gleichgiltig oder verwerflich galt, ebenso wie umgekehrt gleichgiltig oder verwerflich wurde, was einst heilig war. Selbst der Mord wurde solcherart in Form der Blutrache dort für heilig erklärt, wo ihn die Gesellschaft als nothwendiges Mittel der Erhaltung ihrer Ord-

nung brauchte. Irgend eine menschliche Institution als absolut und für ewige Zeiten unantastbar hinzustellen, ist daher an sich unzulässig. Man sollte übrigens meinen, daß es gerade mit Bezug auf das Eigenthum eines tief angelegten abstrakten Beweises nach dieser Richtung gar nicht bedürfe, denn das Eigenthum hat ja nicht immer bestanden, es besteht auf einzelnen Theilen unseres Planeten heute noch nicht, und dort, wo es bestand und besteht, war und ist es thatsächlich allezeit Aenderungen unterworfen. Eigenthum ist also nichts anderes als eine, durch die bestehende Wirthschaftsordnung, die bestehende Form der Produktion, erzeugte Rechtsordnung. Es beruht auf dem Eigennutze, der als Triebfeder menschlicher Produktion unentbehrlich ist. Schlechthin ewig aber wird wohl das Eigenthum überhaupt nicht sein. Es kann eine Zeit kommen, wo das Menschengeschlecht den Eigennutz fürderhin nicht mehr kennen, nicht mehr als Triebfeder des Fortschritts gebrauchen wird; trifft dies zu, dann wird das Eigenthum in jeglicher Form verschwunden sein, und eine derartige Entwickelung unserer Rasse für schlechthin unmöglich zu erklären, wäre ebenso vermessen, als wenn man in früheren Jahrhunderten die Möglichkeit geleugnet hätte, daß jemals die Zeit kommen könnte, wo zwischen Europa und Amerika mit des Gedankens Schnelle Worte gewechselt würden. Aber mit einer solchen Entwickelung haben wir es vorläufig nicht zu thun, wir kennen ihre Voraussetzungen nicht und müssen uns darauf beschränken, die Voraussetzungen einer Umgestaltung zu ergründen, deren Wege und Ziele nach dem heutigen Stande unserer Kenntnisse sich übersehen lassen. Und da, insolange zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse Arbeit nothwendig ist, der Eigennutz als Triebfeder menschlicher Handlungen nicht entbehrt werden kann, müssen wir zugeben, daß jeglicher Fortschritt die Verantwortlichkeit des Einzelnen für seine wirth-

schaftliche Handlungsweise zur Voraussetzung hat; da aber diese Verantwortlichkeit mit dem individuellen Verfügungsrecht über das Ergebniß des eigenen Thuns, also mit Eigenthum, untrennbar verknüpft ist, so muß dieses auch als Erforderniß des Gedeihens der Gesammtheit und folglich als im Rechtsbewußtsein fest begründet angesehen werden.

Doch das gilt nur vom Eigenthum im allgemeinen, nicht von jeder Form des Eigenthums. Es läßt sich vorläufig keine Entwickelung absehen, die auf die Wirksamkeit des Eigennutzes und folglich auf den Eigenthumsbegriff verzichten könnte; wohl aber ist im Bisherigen ein Entwickelungsgang der menschlichen Wirthschaftsmethode nicht blos als möglich, sondern als unmittelbar bevorstehend dargelegt worden, angesichts dessen eine bestimmte Eigenthumsform, nämlich das Grundeigenthum, nicht blos überflüssig, sondern geradezu schädlich werden muß. Und wenn nur diese Prognose richtig, wenn der Emanzipationsprozeß der Arbeit keine Utopie, sondern nüchterne Wirklichkeit ist, dann wird auch diese als schädlich erkannte Eigenthumsform, weit entfernt, ihre Heiligkeit zu bewahren, vom öffentlichen Rechtsbewußtsein auf die Proskriptionsliste gesetzt und als verwerflich erklärt werden. Neue wirthschaftliche Zustände entwickeln eben jederzeit ihr neues Recht, und so wird es auch mit dem Zustande freier gesellschaftlicher Arbeit der Fall sein. Gleichwie das Eigenthum am Menschen hinfällig wurde, nicht weil die Sklaven oder die Hörigen sich gewaltsam befreiten, sondern weil ein, neuen wirthschaftlichen und politischen Bedingungen angepaßtes Rechtsbewußtsein es überwand: so wird das Bodenmonopol hinfällig werden im Wege eines friedlichen Umwandlungsprozesses der Rechtsanschauungen. Kündigt sich doch heute schon der bevorstehende Auflösungsprozeß dieses Rechtsinstitutes dadurch an, daß dasselbe trotz seiner durch die geltende Produktionsmethode noch

immer bedingten Nützlichkeit die schroffsten Widersprüche mit anderen Rechtsanschauungen in sich birgt. Das Bodenmonopol ist in Wahrheit heute schon für jeden, der es streng und konsequent untersucht, ein bei aller praktischen Unentbehrlichkeit geradezu ungeheuerlicher prinzipieller Widersinn. Die wahre Grundlage seiner Entstehung ist hinfällig geworden, denn der Grundbesitz beruht, unähnlich dem Eigenthumsrecht an anderen Gütern, nicht auf Arbeit, nicht auf dem Anrechte an Selbsterzeugtem, sondern auf einem Gewaltakte, dessen rechtsbildende Kraft eigentlich entschwunden ist. Seine letzte Quelle ist nämlich das Recht der Eroberung, und dieses gilt und galt allezeit wie jedes Recht nur solange, als die Macht zu seiner Aufrechterhaltung bestand. Diese Macht aber besitzt der Eroberer nicht mehr; die Grundbesitzer von heute wären außer Stande, ihr Eigenthum in derselben Weise zu vertheidigen, wie es erworben wurde, und wenn sie sich daher auf ihren eigentlichen Rechtstitel, die Schärfe des Schwertes nämlich, berufen wollten, so würde sich derselbe sehr rasch *gegen* sie kehren. Sie besitzen also eigentlich ohne den Titel rechtlicher Erwerbung, lediglich weil es im Interesse der Allgemeinheit gelegen ist, ihren Rechtstitel nicht zu untersuchen. Die Berufung darauf, daß ja der größte Theil des Grundbesitzes aus den Händen der ursprünglichen Eroberer durch Kauf an solche Eigenthümer übergegangen ist, die mit Arbeitsprodukten gezahlt haben, ist wohl von Belang bei Beurtheilung der individuellen Rechte der einzelnen Grundeigenthümer, nicht aber bei prinzipieller Beurtheilung der Rechtsinstitution. Ebensowenig wie man ein Recht auf die atmosphärische Luft anerkennen würde, auch wenn der augenblickliche Eigenthümer der Atmosphäre eines Landes sich ausweisen könnte, daß er dieselbe käuflich erworben habe und bona fide besitze, ebensowenig kann das Recht auf den Boden eines Landes durch Kauf sanirt wer-

den. Zudem hat sich mit dem Bodenmonopol der eigenthümliche Prozeß vollzogen, daß zur selben Zeit, wo sein ursprünglicher Besitztitel im Rechtsbewußtsein der Menschen verschwand, es zugleich von jenen Bedingungen befreit wurde, an die es ursprünglich geknüpft war. Der Grundbesitz verpflichtete, gerade weil er durch das Schwert erworben war, zu kriegerischen Leistungen, er war gleichsam mit der Servitut seiner Selbstvertheidigung belastet; das blieb so durch alle Jahrtausende, in deren Verlauf die Besitzlosen das Recht des Schwertes anerkannten, d. h. in den Grundbesitzern die Abkömmlinge der alten Eroberer, die Mitglieder einer höheren Rasse ehrten. Als diese Anerkennung schwand, wurde der Besitztitel zugleich mit der an seine Erhaltung geknüpften Servitut gegenstandslos; man hätte ihn gleich diesem beseitigen, den Besitz — gegen Entschädigung der augenblicklichen Besitzer — einziehen können, wenn die wirthschaftliche Nothwendigkeit nicht zu seiner Duldung gedrängt hätte. Und da das Rechtsbewußtsein für bestehende Institutionen allezeit nach einem Rechtstitel sucht, und wo ein solcher nicht vorhanden ist, eine Fiktion an dessen Stelle setzt, so half man sich auch hier mit der Unterstellung, als ob der Rechtstitel des Grundeigenthums aus derselben Quelle flösse, wie der alles anderen Eigenthums, eine Erklärungsweise, an welche früher, solange das ursprüngliche Eroberungsrecht nicht völlig verblaßt war, Niemand dachte. Um hiefür die theoretische Begründung zu finden, ging man soweit, den Werth des Bodens gleich dem aller anderen Güter ausschließlich auf Arbeit zurückzuführen, zu erklären, daß Boden an sich werthlos sei und blos durch die daran gewendete Arbeit der Urbarmachung und Verbesserung Werth erhalte. So aberwitzig und den handgreiflichsten Thatsachen hohnsprechend diese Theorie auch war, so fand sie doch allgemein Glauben, weil

sie mit der nun einmal vorhandenen Thatsache eines Eigenthumsrechtes harmonirte, welches ohne diese gewaltsame Erklärung des Bodenwerthes keinerlei innere Berechtigung besäße, dessen Beseitigung aber aus wirthschaftspolitischen Gründen unmöglich war.

Ist also einmal die Zeit gekommen, wo das Grundmonopol als wirthschaftlich überflüssig und schädlich erkannt ist, so steht seiner Beseitigung keinerlei Rechtsanschauung mehr im Wege, es würde vielmehr sein fernerer Bestand so allgemein als eine Verhöhnung des öffentlichen Rechtsbewußtseins angesehen werden, daß man über dasselbe zur Tagesordnung übergehen müßte und würde, selbst wenn dabei wohlerworbene Rechte Einzelner in der empfindlichsten Weise verletzt werden sollten. Niemand wird behaupten, daß man die Hörigkeit und die Sklaverei hätte dulden müssen, wenn es unmöglich gewesen wäre, die Feudalherren und die Sklavenhalter zu entschädigen; diese Entschädigung war nicht die nothwendige Vorbedingung, sondern blos eine allerdings wesentliche Erleichterung und schonendere Gestaltung der Emanzipation. Die Beseitigung des Bodenmonopols braucht aber, wie bereits angedeutet, mit der Verletzung keines Privatrechtes, mit der Schädigung keines Besitzenden verbunden zu sein; sie kann friedlich unter Zustimmung aller dabei Betheiligten durchgeführt werden, und wenn nicht verblendete Hartnäckigkeit der am Alten Festhaltenden blutige Verwickelungen muthwillig heraufbeschwört, so wird sich das große Werk der Bodenemanzipation auch ruhig im Wege friedlicher Entwickelung vollenden. Es verhält sich damit wie mit der politischen Emanzipation. Auch diese nahm einen durchaus friedlichen Verlauf; unter wechselseitigen Bruderküssen und allgemeiner, von keinem Mißtone gestörter Begeisterung wurden in jener ewig denkwürdigen Augustnacht des Jahres 1789 zu Versailles

die „Grundrechte“ proklamirt; die Guillotine begann ihr Schreckenswerk erst lange nach dem Siege der Revolution, als die Gegenrevolution ihre Hebel einsetzte, um das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Die Voraussetzung eines friedlichen Verlaufes der sozialen Revolution oder richtiger gesagt der sozialen Evolution, ist allerdings, daß die Besitzenden weder in ihrem wirklichen noch in ihren vermeintlichen Rechten verkürzt werden. Zu erwarten, daß die Grundbesitzer, weil die Gemeinschädlichkeit des von ihnen ausgeübten Monopols erwiesen ist, sich desselben ohne weiteres begeben und mit dem Bewußtsein des der Allgemeinheit gebrachten Opfers trösten werden, wäre in der That eine arge Täuschung, da von Niemand erwartet werden kann, daß eine neue Ordnung seine Zustimmung und Mitwirkung finde, bei welcher seine eigenen Interessen so gröblich verletzt werden. Die Schonung aller Privatinteressen ist aber nicht blos die unerläßliche Voraussetzung eines friedlichen Verlaufes der sozialen Revolution, sondern zugleich durch die Gerechtigkeit geboten, denn ebensowenig wie das gute Recht des einzelnen Grundbesitzers die Hinfälligkeit des Bodenmonopols an sich zu saniren vermag, ebensowenig kann diese letztere das individuelle Recht des Grundbesitzers vernichten. Der Einzelne darf nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Rechtsanschauung sich geändert hat. Der Grundbesitz ist zudem derart vermengt und verquickt mit durch Arbeit erzeugtem Kapital, daß es schon aus praktischen Gründen ganz unmöglich ist, Grundeigenthum schlechthin zu konfisziren, wenn man nicht Eigenthum im allgemeinen konfisziren will.

An eine Beraubung der Grundeigenthümer ist also nicht zu denken. Und eine solche ist nicht blos überflüssig, es ist auch gar nicht nothwendig, zum Behufe der sog. „Nationalisirung“ des Bodens irgendwelche neuartige Einrichtungen und

Rechtsprinzipien zu erfinden. Die Gesetzgebung hat, um den gesammten Grund und Boden in das freie Eigenthum der Nation zu überführen, zwei Wege vor sich, je nachdem sie von dem Grundsatze ausgeht, daß die Gesammtheit die Kosten der Entlastung des Bodens vom Privateigenthum zu tragen, oder daß der Boden selber für diese Kosten aufzukommen habe. Im ersteren Fall kann jener Vorgang zum Muster genommen werden, der aus Anlaß der feudalen Grundentlastung, d. i. der Ablösung der bäuerlichen Lasten, in den meisten Staaten befolgt wurde, mit dem Unterschied allerdings, daß es sich dabei statt um eine Entschädigung für die Hörigkeitsrechte, um eine solche für das gesammte Nutzungsrecht des Bodens handeln wird. Der Eigenthümer muß in diesem Falle eine Rente erhalten, die das Werthäquivalent der bis dahin von ihm bezogenen Grundrente ist. Die finanzpolitische Möglichkeit einer solchen Ablösung ist gleichwie bei der Robot-Ablösung in der Sicherheit begründet, daß die wirthschaftliche und damit in Verbindung die finanzielle Kraft des Volkes durch die ins Werk gesetzte Befreiung der Arbeit sich in einem solchen Maße erhöhen werde, daß die übernommenen finanziellen Lasten dagegen gar nicht in die Wagschale fallen. Diese Voraussicht hat sich bei der bäuerlichen Entlastung in hohem Maße bewährt; die Befreiung des Bodens aus dem Hörigkeitsverhältnisse entfesselte nicht blos die Bodenproduktion, sondern die Produktion im allgemeinen ganz außerordentlich. In noch weit höherem Maße jedoch ist ein derartiger Erfolg von den zur Befreiung des Bodens aus dem Privateigenthum übernommenen öffentlichen Lasten zu erwarten. Zwar ist uneugbar, daß die hier in Frage kommenden Summen die bei früheren Grundentlastungen übernommenen um ein vielfaches übertreffen werden; aber noch um ein vielfaches größer und sicherer ist der wirthschaftliche Gewinn, um dessen Erlangung

es sich hier handelt. Galt es damals, die Bodenarbeit aus bestimmten Fesseln zu befreien, so ist nunmehr in Wahrheit die vollständige Befreiung der Gesammtarbeit das zu erkaufende Ziel, und es darf nicht übersehen werden, daß mit dieser gleichzeitig die Umwandlung einer ungeheueren Summe früher latent gewesener Arbeitskraft in aktive Produktion ermöglicht werden soll. Die Beseitigung des Bodenmonopols ist die Voraussetzung des Aufhörens der Ausbeutung; dieses ist die Voraussetzung des Gleichgewichts zwischen Konsum und Produktivkraft, und dieses Gleichgewicht ist seinerseits die conditio sine qua non der Ausdehnung thatsächlicher Produktion bis an die Grenzen der Produktivität. Die Befreiung des Bodens wird also zur Folge haben, daß die Produktion, d. i. der Reichthum sich genau um den Betrag jener Differenz vermehre, die ohne dieses zwischen thatsächlicher und potenzieller Produktion bestehen bleiben müßte. Diese Differenz nun ist, wie wir gesehen haben, um ein mehrfaches größer, als die thatsächliche Produktion im Zustande der Ausbeutung, und sie hat überdies die Tendenz, mit jedem Fortschritte der Kultur absolut und relativ zu wachsen. Produktion und Reichthum müssen sich also in Folge der mit der Bodenbefreiung verknüpften endgiltigen Ueberwindung des Ausbeutungsverhältnisses direkt um ein mehrfaches ihrer früheren Gesammthöhe steigern. Die Kosten der Entlastung dagegen können offenbar nur einen Theilbetrag dieses früheren Gesammtreichthums beanspruchen. Nehmen wir an, daß vor endgiltiger Durchführung des sozialen Reformwerkes potenzielle und aktuelle Produktion sich wie 3 : 1 verhalten haben und daß zur gleichen Zeit auch das Gesammteinkommen sich zur Grundrente verhalten habe wie 3 : 1, so würde das bedeuten, daß die Lasten der Grundbefreiung den sechsten Theil ihres unmittelbaren Nutzeffekts betragen.

Die Bodenemanzipation kann also zu unermeßlichem Gewinn des Gesammtvolkes durchaus auf Kosten der Gesammtheit durchgeführt werden. Es ist aber nicht absolut nothwendig, daß dies in solcher Weise geschehe, vielmehr kann, wie bereits angedeutet, die Last des Emanzipationswerkes ebensogut auch den Bodenbesitzern zugeschoben werden, ohne daß deren erworbene Rechte gekränkt würden. Auch zu diesem Behufe ist keinerlei Antastung des Eigenthums erforderlich, sondern lediglich die Anwendung längst geübter Rechtsprinzipien auf den Bodenbesitz. Niemand bezweifelt, daß eine Eisenbahn demjenigen gehört, der sie erbaut hat, und doch sind in zahlreichen Staaten die Erbauer von Eisenbahnen verpflichtet, dieselben nach einer zwischen 50 und 90 Jahren schwankenden Epoche kostenlos dem Staate zu übergeben. Dieser Vorgang stützt sich keineswegs auf die bloße Macht des Staates, ihn den Eisenbahnerbauern vorzuschreiben, sondern auf die Erwägung, daß der Staat als Vertreter der Allgemeinheit aus dem Grunde ein Recht habe, nach Ablauf einer gewissen Epoche in den kostenlosen Besitz zu treten, weil der Werth der Eisenbahn ohne Zuthun der Erbauer lediglich in Folge der wachsenden Kulturentwickelung in stetiger Zunahme begriffen sei, dieser zukünftige Mehrwerth also seinem eigentlichen Erzeuger, der Allgemeinheit gebühre und der Erbauer sich für das von ihm nach 50 oder 90 Jahren geforderte Opfer der unentgeltlichen Abtretung durch den zwischenzeitigen Genuß des Mehrwerthes schadlos halten könne. Diese Auffassung entspricht in der That in vollkommenster Weise der Gerechtigkeit. Jede Zunahme der Bevölkerung, jede Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen, jede zur Vermehrung der Produktion führende neue Erfindung steigert das Einkommen der Eisenbahnen eines Landes in indirekter, Straßen, Kanäle und Zweigbahnen in direkter Weise. Genau die

nämliche Erwägung gilt nun in noch höherem Maße dem Grundbesitzer gegenüber; für ihn vermehrt sich die Bevölkerung, für ihn erfinden die Erfinder, für ihn erforschen die Denker die Gesetze des Weltalls, denn er bezieht in der mit jedem Kulturfortschritt wachsenden Grundrente den Nutzen für die Kulturarbeit der Menschheit. So war es bisher; muß es für alle Zukunft so bleiben? Giebt es einen Rechtstitel für den ungestörten Fortbestand dieses Verhältnisses? Dem Eigenthümer gehöre was er erworben hat, nebst allem, was er noch ersparen und erarbeiten mag; der durch die Kulturarbeit der Gesammtheit erzeugte Mehrwerth dagegen darf dazu verwendet werden, um jenes Gut endlich dem zurückzuerstatten, der unablässig an seiner Höherbewerthung arbeitet und dem es — nebenbei bemerkt — eigentlich von Uranfang an gehört, der Allgemeinheit.

Man könnte aber einwenden, daß denn doch bei einer solcherart durchgeführten Amortisation zwischen Eisenbahn und Grundbesitz der eine und zwar ausschlaggebende Unterschied bestehe, daß dem Erbauer der Eisenbahn von vornherein gesagt wurde, unter welchen Voraussetzungen er die Bahn bauen dürfe, während der Grundbesitzer unter der Voraussetzung des vollen, in alle Zukunft währenden Eigenthumsrechtes gekauft, unter derselben Voraussetzung vielleicht Darlehen aufgenommen, kurz Rechtshandlungen aller Art vorgenommen habe. Diese wichtig erscheinende Einwendung ist aber ganz gegenstandslos, denn sie übersieht das im Steuerrecht zum klarsten Ausdruck gelangte und allseits anerkannte Recht des Staates, Lasten aufzuerlegen, die je nach seinen Bedürfnissen und je nach der Natur der wirthschaftlichen Verhältnisse jedem beliebigen Wandel unterzogen werden können. Innerhalb des Rahmens ihrer Bedürfnisse finanzieller, politischer und volkswirthschaftlicher Natur kann die Gesammtheit

jeden beliebigen Anspruch nicht nur auf das Eigenthum, sondern auch auf das Leben ihrer Mitglieder erheben, und nur ein den Einzelnen in unnöthiger, dem öffentlichen Nutzen zuwiderlaufender oder das Maß des wirklichen öffentlichen Bedarfes übersteigender Weise auferlegter Anspruch wird vom öffentlichen Rechtsbewußtsein verworfen. Es bedarf übrigens keiner so tiefgreifender Erörterungen, um klar zu machen, daß der Staat ohne weiteres das Recht hat, den Grundbesitzern eine Steuer aufzuerlegen; ebenso unfraglich aber ist, daß er eine solche Steuer zur Amortisation des Grundbesitzes verwenden kann, und es ist lediglich seine Sache, ob er es vorzieht, die Steuer thatsächlich einzuheben und mit deren Ertrag die Amortisation selber durchzuführen, oder, wie dies bei den Eisenbahnen der Fall ist, die Amortisation einfach den Grundbesitzern aufzutragen.

Wie aber wird sich nach Ablauf der Amortisationsfrist, wenn die Stunde der unentgeltlichen Abtretung des bis dahin genossenen Eigenthums herannaht, die Lage der bisherigen Besitzer gestalten? Eine Abtretung „nach 90 Jahren" wird sich Jedermann gefallen lassen, umsomehr, da er die zu Amortisationszwecken ihm auferlegten Steuern an sich selber zu bezahlen hat; ob jedoch seine Enkel oder Urenkel, welche die Amortisationsquoten in der Regel nicht vorfinden, selbst aber der unentgeltlichen Depossedirung ausgesetzt sein werden, die Sache ebenso auffassen dürften, werden die Meisten wohl für höchst fragwürdig halten. Dieses Bedenken übersieht den Umstand, daß die fortschreitende Amortisation fortschreitend den Werth des Eigenthums schmälert. Wenn derjenige, der im 90sten Jahre sein Eigenthum abtreten soll, im 89sten Jahre noch den vollen Werth besäße, dann wäre allerdings eine Katastrophe unvermeidlich, denn wer heute ein reicher Mann ist, der läßt sich morgen nicht ohne weiteres

zum armen Mann machen. Aber so verlaufen eben Amortisationsprozesse nicht. Wer ein in 90 Jahren zu amortisirendes Gut in Händen hat, der besitzt im 89sten Jahre nicht das ganze Gut, sondern blos $^{1}/_{90}$ desselben; die anderen $^{89}/_{90}$ gehören auch vor der faktischen Besitzabtretung nicht ihm, sondern demjenigen, zu dessen Gunsten die Amortisation läuft; er erhält bei Verkauf oder Belehnung nicht mehr, als dem Werthe seines Neunzigstels entspricht. Es kann und wird sich also Niemand lediglich aus dem Grunde, weil er zufällig noch Bebauer eines zu $^{89}/_{90}$ schon der Gesellschaft gehörenden Bodens ist, im geringsten verletzt glauben, wenn er nach Ablauf dieser Frist den Boden verlassen muß, ebensowenig wie heutzutage der Pächter über Gewalt klagen wird, wenn er nach Ablauf des Kontraktes den Boden an den Eigenthümer zurückerstatten muß. Zudem ist ja gar nicht anzunehmen, daß gegen Ende der Amortisationsfrist die Rechtsnachfolger der alten Eigenthümer noch auf dem Boden sitzen werden. Gleichwie bei den meisten Eisenbahnen höchst wahrscheinlich der Ablauf der Heimfallsfrist nicht abgewartet werden dürfte, sondern sich Mittel und Wege finden werden — zum Theil bereits gefunden haben — die Allgemeinheit früher schon in den faktischen Besitz zu setzen, so wird sich — ist einmal frei vergesellschaftete Arbeit konkurrenzfähig geworden — auch der Weg finden, um allen oder doch den meisten Boden der bis dahin längst überlebten Einzelwirthschaft zu entziehen und sozialer Bewirthschaftungsmethode zuzuführen.

Mit Enteignung der alten Besitzer — dieselbe mag zu Lasten der Gesammtheit oder zu Lasten des Bodens selber durchgeführt sein — und mit der Erwerbung des Verfügungsrechtes über den Grund und Boden seitens der Allgemeinheit ist aber das Problem der Beseitigung des Bodenmonopols noch nicht gelöst. Zum Zwecke vollständiger wirthschaftlicher

Gleichberechtigung genügt es nicht, die Grundrente den bisherigen Nutznießern zu entziehen, sie muß gänzlich beseitigt, ihr Ertrag in Arbeitslohn aufgelöst werden. Das wird aber weder erreicht, wenn man den Boden einzelnen Arbeitern zur beliebigen Bewirthschaftung übergiebt, noch dadurch, daß man die Allgemeinheit zur Grundrentnerin macht, d. h. die Differenz zwischen dem Ertrage schlechtesten und guten Bodens von ihr einheimsen läßt. Im ersteren Falle bezögen eben jene von Zufall und Glück begünstigten Bodenarbeiter, denen der bessere Boden zugefallen ist, die Grundrente, die Bearbeiter des schlechten Bodens müßten sich nach wie vor mit Minimalbeträgen begnügen, und diese letzteren gestalteten sich dann folgerichtig zum Regulator des Arbeitslohnes. Auch die Rückwirkung der solcherart fortbestehenden Grundrente auf nicht unmittelbar an den Boden geknüpfte Produktion könnte nicht ausbleiben. Die wachsende Konkurrenz würde die Preise des Produktes aller unter günstigen Bedingungen erzeugenden Industrien drücken, die Bewirthschafter des guten Bodens dadurch in den Stand setzen, im Austausch für ihre Erzeugnisse stets wachsende Werthe zu erlangen; gleichzeitig würde dieser wachsende Werth der Bodenprodukte die Inangriffnahme stets schlechteren Bodens ermöglichen und solcherart die Grundrente direkt steigern: kurzum, es würde sich naturgemäß eine neue Bodenaristokratie herausbilden, die sich allerdings von der derzeitigen vorerst dadurch unterschiede, daß sie aus Arbeitern und nicht aus mühelos Genießenden bestünde. Doch auch dieser Unterschied wäre blos vorübergehend, denn der zunehmende Reichthum der Grundrente beziehenden Arbeiterschaft würde dieser sehr bald die Möglichkeit bieten, arbeitslos zu genießen, eine Entwickelung, die sich ohne fortwährende inquisitorische und diktatorische Eingriffe in die Eigenthums- und Arbeitsverhältnisse schlechterdings nicht verhüten ließe.

Die prinzipielle Ungerechtigkeit, es dem Zufalle zu überlassen, ob dem Arbeitenden in ertragsfähigem Boden ein gutes, oder in kargem Boden ein schlechtes Arbeitsinstrument zu Theil geworden ist, und solcherart bei gleicher Leistung von vornherein eine Ungleichartigkeit des Genusses zu etabliren, müßte sich eben rächen; sie würde in ihrer weiteren Konsequenz zu nichts anderem als zur Ausbeutung unter neuer Form führen.

Ebenso unthunlich ist es aber, diese Ungerechtigkeit dadurch gut zu machen, daß man die Allgemeinheit zur Bezugsberechtigten der Ertragsdifferenz zwischen schlechtem und gutem Boden macht, für die Benützung besseren Bodens also nach wie vor Rente fordert und dem Arbeitenden solcherart gleichsam blos das Recht auf die Benützung des schlechtesten Bodens zuspricht. Henry George hat zum Schlusse seines Aufsehen erregenden jüngsten Werkes diese Lösung vorgeschlagen. Nach einer dem Wesen nach richtigen und überaus packenden Schilderung der mit dem Naturmonopol verbundenen Ungerechtigkeit und der daraus resultirenden wirthschaftlichen Nachtheile empfiehlt George als Heilmittel eine progressive Besteuerung des Bodens, die sukzessiv die Grundrente absorbiren und dem Bodenbebauer nur den Lohn seiner Arbeit und die Zinsen des allenfalls investirten Kapitals lassen soll. — Niemand hätte dann ein Interesse, Boden zu okkupiren, den er nicht bewirthschaften will; der Ertrag würde sich zwischen den Arbeitenden und dem Staate theilen, welch letzterer das aus der Rente fließende Einkommen zur Beseitigung aller anderen Steuern und zu produktiven, der Gesammtheit zugute kommenden Zwecken benützen solle. Diese Schlußpointe des Georgeschen Buches dürfte wohl auf die Meisten wie ein kaltes Sturzbad gewirkt haben, denn wenn auch nicht Jedermann sofort durchblickt, wo die Lücke dieses Lösungsvorschlages zu suchen sei, so hegt doch Jedermann das instinktive Gefühl, daß Grundsteuer-

erhöhung und Lösung des sozialen Problems unmöglich identische Dinge sein können. Im Grunde aber ist die Verkehrtheit des Georgeschen Lösungsvorschlages nichts anderes als die Konsequenz seiner einseitigen Auffassung des sozialen Problems. Nicht in der Ausbeutung an sich, nicht in der Thatsache, daß dem Arbeitenden der Ertrag seiner Produktion entzogen und er auf das von den Fortschritten der Produktivität unabhängige Existenzminimum herabgedrückt wird, sieht George die Quelle des Uebels, sondern lediglich darin, daß sich Einzelne in den Genuß des den Massen abgepreßten Produktionsüberschusses gesetzt haben. Daraus folgt, daß er die Quelle des Uebels verstopft zu haben glaubt, wenn den Massen auf einem Umwege zurückgegeben wird, was ihnen entzogen wurde. Daß ihnen vom Anbeginn der volle Produktionsertrag überlassen werden müsse, und daß ein gewaltiger Unterschied zwischen dieser aus dem Prinzipe der Gerechtigkeit abzuleitenden Forderung und zwischen der aus abstrakter Gleichmacherei abgeleiteten Forderung nachträglicher Auftheilung besteht, ist ihm entgangen. Ganz selbstverständlich ist, daß seine von prinzipiell falschen Grundlagen ausgehende Lösung schon aus praktischen Gründen scheitern muß. Die Grundrente läßt sich nach seiner Methode gar nicht konfisziren. Wie viele Abstufungen der Grundsteuer sollen verfügt werden, damit jede Abstufung der Bodenrentabilität entsprechend getroffen werde? Ist es denkbar, daß die Grundsteuer nicht das eine Mal mehr als die reine Rente, das andere Mal wieder nur einen Theil der Rente absorbire? Und wie soll die von George geforderte Unterscheidung zwischen dem Kapitalzins der auf den Boden verwendeten Investitionen und der reinen Rente getroffen werden? Es ist ganz offenbar, daß jeder Versuch, alle Grundrente solcherart in Steuer zu verwandeln, einerseits zum Verlassen guten, kulturfähigen

Bodens, andrerseits zum Fortbestande größerer oder kleinerer Rentepartikelchen führen muß. Doch selbst wenn es einer neuartigen fiskalischen Kunst gelingen sollte, über diese praktischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, wäre damit die Lage der Massen nicht im geringsten verbessert.' Der Arbeitslohn wäre vorweg auf das Existenzminimum, nämlich auf den Ertrag rentenlosen, d. h. solchen Bodens herabgedrückt, der nur die Reproduktionskosten der Arbeit hereinbringt; alle Steuernachlässe könnten daran nichts ändern, denn die durch dieselben bewirkte Wohlfeilheit der Lebensbedürfnisse hätte lediglich zur Konsequenz, daß sich die Löhne nominell entsprechend reduziren müßten. Die bisher den Grundrentnern zugefallenen Ertragsbestandtheile würden zur Ernährung einer vermehrten Volkszahl dienen — das wäre der einzige Effekt einer Maßregel, die im übrigen den Lebensstandard der Massen nicht im geringsten zu bessern vermöchte.

Wenn nun aber weder der einzelne Bebauer des Bodens, noch die Allgemeinheit in den Genuß einer Ertragsdifferenz zwischen schlechtem und gutem Boden gesetzt werden soll, was hat dann mit der den bisher Bezugsberechtigten entzogenen Grundrente zu geschehen? Wie soll der Boden bewirthschaftet werden, damit nicht blos die einzelnen Grundrentner, sondern die Grundrente als solche verschwinde? Es stehen hier scheinbar zwei unvereinbare Grundsätze einander gegenüber: die Forderung, daß das Produkt jeglicher Arbeit dem Arbeitenden gehören müsse, und die andere, daß die Gesammtheit Anspruch auf die Ausnützung des Bodens habe. — Das Assoziationsprinzip bietet den höchst einfachen Ausweg aus diesem Dilemma. Die Gesammtheit kann sich ihr Anrecht auf Ausnützung der Naturkraft reserviren, es kann der Vortheil der Bodenrente der Gesammtheit aller Arbeitenden gleichmäßig gesichert werden, ohne daß deshalb die Bodenbewirthschaftung

von Gesammtheitswegen besorgt zu werden braucht. Es kann ebenso der Grundsatz, daß der Boden Allen gehört, und Jedermann auf den Vortheil seiner Bearbeitung Anspruch hat, zur Geltung gebracht werden, ohne daß irgend jemand gezwungen zu werden brauchte, den Boden wirklich zu bearbeiten. Es handelt sich hier eben um ein *Recht* und nicht um eine *Pflicht*. Der Boden gehört Allen, aber nicht Alle müssen ihren Besitzanspruch geltend machen. In der freien Vergesellschaftung der Arbeit liegt das Mittel, all diesen Bedingungen gerecht zu werden: *die Bodenbewirthschaftung wird Associationen überlassen, die sich nach eigenem Belieben und Bedürfniß bilden, ihre Thätigkeit auf größere oder kleinere Kulturobjekte ausdehnen, und denen der ungeschmälerte Bodenertrag gehört.* Jedermann hat das Recht, Niemand die Pflicht, solcher Association beizutreten, und ebenso steht es Jedermann frei, sich unter den verschiedenen Bodenassoziationen eine beliebige auszuwählen. Durch diese Wahlfreiheit wird die Ungleichheit in der Qualität des von den einzelnen Associationen okkupirten Bodens vollkommen ausgeglichen, denn es werden sich eben gutem Boden mehr Arbeitskräfte zuwenden als schlechtem, und zwar in dem Maße, bis der auf den einzelnen Arbeiter entfallende Ertrag hier und dort der nämliche ist. Bei dieser Einrichtung ist Niemand in seinem Anrechte an den Boden verkürzt; da es Jedermann frei steht, sich einer Bodenassoziation anzuschließen, so ist es klar, daß nur derjenige von diesem Rechte keinen Gebrauch machen wird, der Gelegenheit zu fruchtbringenderer oder seinem individuellen Geschmack besser zusagender Verwerthung seiner Arbeitskraft besitzt. Daß irgend jemand wegen Mangel an Arbeitsgelegenheit in der Bodenproduktion von der Theilnahme an derselben ausgeschlossen werden müßte, ist unmöglich, da der durch die

Konkurrenz bestimmte Preis aller Arbeitserzeugnisse den Zu- und Abfluß von Arbeitskräften jeweilig nach Maßgabe des Bedarfs an den Produkten jeglichen Arbeitszweiges ganz automatisch regelt. Solange der auf den einzelnen Bodenproduzenten entfallende Ertragsantheil höher ist, als der in anderweitigen Produktionsarten zu erzielende Ertrag, werden der Bodenkultur Arbeitskräfte zuströmen; steigt die Produktivität der anderen Arbeitszweige über den jeweiligen Bodenertrag, so werden sich der Bodenproduktion Arbeitskräfte abwenden. Die Höhe des Bodenertrages und die durchschnittliche Produktivität menschlicher Arbeit bedingen sich also gegenseitig. Je besser unter sonst gleich bleibenden Verhältnissen der von einem Volke in Kultur genommene Boden durchschnittlich ist, desto höher wird der Ertrag der von diesem Volke überhaupt betriebenen Produktionen sein; und je höher die Produktivität menschlicher Arbeit im allgemeinen bei einem Volke steigt, auf desto besseren Boden wird sich unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen dessen Bodenwirthschaft konzentriren. Steigt wegen zunehmender Bevölkerung das Bedürfniß nach Bodenprodukten über das Maß der durch Verbesserung der Kulturmethode erzielbaren Mehrproduktion, so wird der steigende Werth der Bodenprodukte früher kulturunfähigen, d. h. den allgemeinen Durchschnittsertrag menschlicher Arbeit nicht liefernden Boden kulturfähig machen, also die Zuwendung vermehrter Arbeitskräfte auf die Bodenproduktion ermöglichen, ohne daß der Ertrag der Bodenproduktion zu sinken braucht.

Der den vollen Arbeitsertrag schmälernde Einfluß der Bodenrente ist solcherart, wie man sieht, gänzlich verschwunden. Unter der Voraussetzung, daß Alle gleich tüchtig und gleich fleißig wären, entfiele auf Jedermann der gleiche Antheil am Ertrage der nationalen — oder wenn man sich diese

Organisation auf die ganze Menschheit ausgedehnt denkt, der menschheitlichen Gesammtproduktion. Niemand hätte durch die Okkupation von Boden überhaupt oder von besserem Boden im speziellen einen Vortheil über Andere erlangt; die Ausbeutung der an die Erde geknüpften Naturkräfte wäre von gleichem Vortheil für Alle begleitet und ebenso würde sich der Segen jeglichen Kulturfortschrittes gleichmäßig auf Alle erstrecken. Andrerseits aber verkürzt eine solche Organisation auch Niemand im Genusse des durch höhere Tüchtigkeit erworbenen Mehrertrages seiner Produktion. Allerdings hat man sich unter den produzirenden Individualitäten vorerst nicht einzelne, sondern Kollektivindividuen zu denken. Je höher sie den Ertrag des von ihnen bewirthschafteten Bodens steigern, desto größer wird, unbeschadet des Kollektiveigenthums am Boden, ihr Gewinn sein. In welcher Weise die berechtigten Interessen der Assoziationen gegen ungehörigen Zudrang neuer Theilhaber gesichert, wie die erforderlichen Kapitalien beschafft und deren Ansprüche gewahrt werden können und wie der berechtigte Eigennutz des Individuums im Rahmen der Assoziation zur Geltung gelangen soll, darüber im nächsten Buche.

Zwölftes Kapitel.

Rekapitulation.

Mit der Emanzipation der Arbeit und der Vernichtung des Naturmonopols ist das Werk der Sozialreform abgeschlossen, das Prinzip der wirthschaftlichen Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangt. Bevor wir des näheren untersuchen, wie sich unter dem Einflusse dieses Prinzips die sozialen Zustände

gestalten, möge der Gedankengang der bisherigen Darlegung in Kürze zusammengefaßt werden. —

Das Ziel der sozialen Entwickelung ist die wirthschaftliche Gerechtigkeit. Diese hat mit dem kommunistischen Gleichheitsprinzipe nichts gemein, vielmehr die wirthschaftliche Selbstverantwortlichkeit des Individuums zur nothwendigen Voraussetzung, und gipfelt in der Verwirklichung des Grundsatzes: „Jedem das Seine." Als dieses Jedermann gebührende Eigenthum ist der ungeschmälerte Ertrag der eigenen Arbeit aufzufassen.

Die herrschende Gesellschaftsordnung hat diesen Grundsatz noch nicht verwirklicht; ihr wirthschaftliches Prinzip ist nicht die Gerechtigkeit, sondern die Ausbeutung; nicht der Arbeitende, sondern dessen Herr hat den Anspruch auf das Arbeitsprodukt; der sogenannte freie Lohnvertrag unterscheidet sich diesbezüglich nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder der mittelalterlichen Hörigkeit. — Die bestehende Wirthschaftsordnung für ewig und unabänderlich zu halten, ist ein logischer und historischer Widersinn. Ebenso falsch ist es dagegen, sie für ein ewiges Unrecht zu erklären. Sie ist nichts anderes als eine nothwendige und deshalb gerechte Entwickelungsphase im Kulturprozesse der Menschheit. Ausbeutung ist eine Kulturnothwendigkeit, solange der Ertrag menschlicher Arbeit durchschnittlich so gering ist, daß bei angestrengter Arbeit nicht wesentlich mehr erzeugt werden kann, als zu Fristung des animalischen Lebens erforderlich ist, weil höhere Kultur das Vorhandensein höherer Bedürfnisse zur Voraussetzung hat und diese bei so niedrigem Stande der Produktivität nur im Wege der Ausbeutung befriedigt werden können. Wächst die Produktivität bis zu jenem Maße, daß unausgebeutete Arbeit zu Deckung höherer Bedürfnisse ausreicht, so wird Ausbeutung erst überflüssig und dann

schädlich und muß kraft des nämlichen Entwickelungsprinzipes verschwinden, dem sie ihre Entstehung und Ausbreitung verdankt, nämlich kraft des Umstandes, daß der Kulturentwickelung vortheilhafte Einrichtungen sich im Daseinskampfe der Menschheit behaupten, nachtheilige untergehen.

Die Produktivität ist nun thatsächlich in Folge der Fortschritte von Wissenschaft und Technik in den Kulturländern des Abendlandes dermaßen gewachsen, daß der unverkürzte Ertrag der Arbeit genügen würde, um jedem Arbeitenden die Befriedigung eines sehr hohen Ausmaßes von Bedürfnissen zu ermöglichen. Daß trotzdem Noth und Elend das Loos der Massen ist, hat seinen Grund nicht blos darin, daß ein Theil des Arbeitsertrages von einer bevorzugten Minderheit absorbirt, sondern mehr noch darin, daß gerade wegen dieser Ausbeutung der Massen die Produktion unterbunden wird.

Die auf Ausbeutung beruhenden Einkommenszweige sind Unternehmergewinn und Grundrente. Reiner Kapitalzins, d. i. Leihgebühr für aus zurückgelegtem Arbeitsprodukt entstandenes Kapital, ist die unerläßliche Voraussetzung freier Kapitalisation. Er wird nicht nach der Differenz zwischen Arbeitslohn und Arbeitsertrag bemessen, sondern gleich dem Arbeitslohne nach den Reproduktionskosten der auf Kapitalbildung zu wendenden Arbeit, und ist folglich kein Element der Ausbeutung.

Der Unternehmergewinn dagegen stellt den direkten Ueberschuß des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn (einschließlich der Kapitalzinsen) dar. Seine wirthschaftliche Berechtigung beruht lediglich auf der Unfähigkeit freier Arbeit, die Produktion zu organisiren. Die Konkurrenz kann eine Ausgleichung zwischen Unternehmergewinn und Lohn nicht zu Stande bringen, da das Angebot von Arbeitskraft bei hochgradiger Produktivität auf die Dauer jede mögliche Nachfrage weitaus

überwiegt. Die Konkurrenz der Unternehmer wirkt also nicht auf den Lohn, sondern nur auf den Preis der Produkte, und das Mißverhältniß zwischen Gewinn und Lohn kann sich dauernd erhalten. In der That beträgt der Unternehmergewinn im Durchschnitt ein Mehrfaches des sogenannten Lohnfonds.

Grundrente ist der für die Benützung der Naturkraft abverlangte Tribut, der mit zunehmender Kultur stetig wächst und sich im Wege der durch die Konkurrenz beeinflußten Preisbewegung auch auf die nicht unmittelbar an den Boden gebundenen Produktionen erstreckt. Das Naturmonopol absorbirt solcherart die Differenz zwischen dem thatsächlichen Arbeitsertrage und dem aus Arbeitslohn, Kapitalzins und Unternehmergewinn zusammengesetzten Einkommen der vom Naturbesitz Ausgeschlossenen.

Die Ausbeutung der Arbeit durch Unternehmergewinn und Grundrente führt zur Ueberproduktion, d. i. zur Unmöglichkeit die verfügbare Arbeits- und Kapitalkraft voll zu beschäftigen. Ist die Produktivität einmal bis zu jener Höhe gediehen, bei welcher der Luxus der Besitzenden und das Kapitalbedürfniß zu Zwecken der Beschaffung von Produktionsmitteln den Ueberschuß des Arbeitsertrages über den, auf dem Existenzminimum festgehaltenen Arbeitslohn nicht mehr zu absorbiren vermag, so entsteht ein mit jedem Kulturfortschritte wachsendes Mißverhältniß zwischen Produktion und Konsum; da es unmöglich ist, erstere über das Niveau des letzteren zu erhöhen, ist ein Theil der Arbeitskraft zu Unthätigkeit verurtheilt, das Wachsthum der Kapitalien wird theilweise im Keime erstickt. Es vollzieht sich dies der Hauptsache nach im Wege der Vorenthaltung vollkommener Arbeitsbehelfe und Vertrödelung von Menschenkraft in unproduktiven Zwergbetrieben. Nur die Herstellung des Gleichgewichtes

zwischen Produktivität und Konsum, d. i. die Ueberantwortung des vollen Produktionsertrages in den Genuß des Arbeitenden, kann diesem, Produktion und Reichthum gewaltsam niederhaltenden, also eminent kulturfeindlichen Zustande ein Ende bereiten.

Um sich von der Bevormundung der Besitzenden zu befreien, müssen die arbeitenden Massen die Fähigkeit erwerben, sich unabhängig vom Herrschaftsverhältnisse zu freier, gleichberechtigter Produktion zu organisiren. Um die Fähigkeit zu solcher Organisation zu erlangen, ist ihre moralische und materielle Hebung unerläßlich. Eine ausgiebige und allgemeine Erhöhung des Arbeitslohnes ist der erste und wichtigste Schritt zu diesem Ziele, der auch innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesellschaftsordnung sehr wohl möglich ist. Die Lohnerhöhung vollzöge sich nicht auf Kosten von Kapitalzins, Unternehmergewinn oder Grundrente, sondern im Wege einer Produktionssteigerung. Je besser Arbeit bezahlt wird, je mehr sich dem entsprechend der Konsum ausdehnt, desto mehr Arbeitskraft und Kapital kann Verwendung finden; die Ausbeutung gewinnt an Extensität, was sie an Intensität verliert. Die Erhöhung des Arbeitslohnes aber ist möglich, weil die Lohnhöhe nicht von Angebot und Nachfrage abhängt — das Händeangebot ist dauernd im Uebergewicht —, sondern vom Existenzminimum begrenzt wird, welches seinerseits nicht von den Marktverhältnissen, sondern von moralischen und ethischen Faktoren, von Standesgewohnheiten und von der öffentlichen Meinung bedingt wird. Da es ferner unrichtig ist, daß der Unternehmergewinn zu ausgiebiger Erhöhung der Lohnsätze nicht ausreiche, ebenso unrichtig, daß Konkurrenz den Arbeitgeber an Lohnerhöhungen hindern könne, so vermögen öffentliche Meinung und öffentliche Gewalten sehr ausgiebige und allgemeine Lohnsteigerungen zu erzwingen ohne in

das freie Vertragsverhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber direkt einzugreifen.

Die vollständige Emanzipation der Arbeit aus dem Lohnverhältnisse wird die Folge eines ferneren Entwickelungsprozesses sein, welcher in der Organisation gesellschaftlicher Produktion gipfelt. Auf Basis der wirthschaftlichen Gleichberechtigung organisirte Arbeit besitzt von Natur aus alle Voraussetzungen übermächtiger Konkurrenzfähigkeit, da sie die mächtigste Triebfeder der Betriebsamkeit — den Eigennutz des Arbeitenden — für sich hat, während ausbeuterische Produktion nur durch Disziplin gestachelt wird. Der Ersatz herrischer Disziplin durch freie Vergesellschaftung wird gefunden werden im Wege organisch fortschreitender Erfahrung. Staat und Gesellschaft werden im wohlverstandenen eigenen Interesse die Erwerbung dieser Erfahrungen begünstigen, die Arbeiterschaft selber wird mit zunehmender Intelligenz und wachsendem Selbstbewußtsein jede sich darbietende Gelegenheit zu gesellschaftlicher Produktion benützen und solcherart, ist einmal die unvermeidliche Uebergangsepoche der mit Opfern verbundenen mißglückten Versuche überwunden, die Konkurrenz der Einzelunternehmungen mehr und mehr aus dem Felde schlagen.

Die soziale Organisation der Arbeit hat die Befreiung der Naturkraft aus dem Privateigenthum zur nothwendigen und selbstverständlichen Konsequenz. Das Eigenthumsrecht an der Natur wird blos deshalb und insolange anerkannt, als produktive Arbeit ohne Herrschaftsverhältniß unmöglich ist. Jegliche Form von Eigenthum gilt nur, insolange sie sich dem Gesammtinteresse nützlich erweist. Da nun Grundeigenthum mit dem Momente, wo die Massen die Fähigkeit gleichberechtigter Produktion erworben haben, nicht blos überflüssig, sondern zu einem Kulturhindernisse geworden ist, wird es durch das öffentliche Rechtsbewußtsein beseitigt werden. Die

Grundbesitzer müssen für das ihnen entzogene Eigenthum voll entschädigt werden. Die Kosten der Enteignung kann entweder die Gesammtheit übernehmen, wofür die Mittel in der mit vollständiger Ueberwindung der Ausbeutung eintretenden Steigerung von Produktion und Reichthum bis zum Gleichgewichte mit der jeweiligen Höhe der Produktivität gegeben wären; oder es kann, nach Analogie des für Eisenbahnen, Kanäle und andere öffentliche Anlagen geltenden Heimfallrechtes, der Grundbesitz zu Selbstamortisation seines Werthes aus dem steigenden Erträgnisse der Grundrente verhalten werden.

Der vom Privateigenthum befreite Boden gehört der Gesammtheit, der Ertrag vom Boden jedoch dem Bodenbebauer. Die Vereinbarung dieses scheinbaren Widerstreites liegt darin, daß der Boden von Assoziationen in Kultur genommen wird, denen Jedermann beliebig beitreten kann. Durch die zur Wahrheit gewordene absolute Freiheit der Produktion ergiebt sich ganz von selbst die möglichst vollkommene Harmonie aller Interessen. Die Ausgleichung zwischen besserem und schlechterem Boden, wie überhaupt zwischen mehr oder minder produktiver Arbeitsgelegenheit vollzieht sich in durchaus automatischer Weise durch Zu- und Abfluß von Arbeitskraft. Von unvermeidlichen, in Bequemlichkeit und Neigung der Individuen begründeten Inkongruenzen abgesehen muß bei gleicher Leistung auf jeden Arbeitenden, er mag welchen Beruf und welchen Standort immer gewählt haben, jener Ertrag entfallen, welcher der Quotient des durch die Zahl der Arbeitenden dividirten Gesammteinkommens ist.

Zweites Buch.

Der soziale Staat.

Erstes Kapitel.

Die Uebervölkerung.

Seit Malthus theilen mit sehr geringen Ausnahmen alle wissenschaftlich gebildeten Volkswirthe die Anschauung, daß keinerlei Verbesserung der Produktion oder der Vertheilung der produzirten Güter hinreichen könne, um die Menschen auf die Dauer vor Noth und Elend zu schützen, da angesichts der Tendenz der Bevölkerung, sich über den Nahrungsspielraum hinaus zu vermehren, früher oder später der Moment eintreten müsse, wo die Erde nicht mehr genug zur Ernährung der vorhandenen Menschenmenge werde hervorbringen können. Malthus hat dies Verhältniß in die Form gebracht, daß die Bevölkerung in geometrischer, der Nahrungsspielraum dagegen blos in arithmetischer Progression wachse, und daraus die Konsequenz gezogen, daß der Arme, für welchen der Tisch der Natur nicht gedeckt sei, entweder darauf verzichten müsse, eine Familie zu gründen, oder aber sich nicht beklagen dürfe, wenn durch Noth und Elend hervorgerufene Massensterblichkeit das Gleichgewicht zwischen Nahrungsbedürfniß und Nahrungsvorrath herstelle. Es giebt einige Volkswirthe, doch diese zählen zu den Ausnahmen, welche dieses Gesetz überhaupt in Abrede stellen. Carey z. B. leugnet kurzweg, daß der Nahrungsspielraum langsamer wachse als die Bevölkerung, behauptet vielmehr unter Berufung auf die soziale Natur des

Menschengeschlechtes, d. h. auf die mit wachsender Bevölkerungsdichte wachsende Leichtigkeit der Arbeitstheilung, daß der Einzelne desto leichter seinen Unterhalt gewinne, je dichter die Bevölkerung werde. Die Mehrzahl der Volkswirthe akzeptirt das Malthussche Gesetz und hegt Meinungsverschiedenheiten blos über die Methode, nach welcher der Bevölkerungszuwachs eingeschränkt werden soll.

Die Wahrheit ist nun, daß die Bevölkerung, wenn wirklich ihre Tendenz des Wachsthums dauernd und schrankenlos zur Geltung käme, endlich einen Umfang erreichen müßte, bei welchem das Wachsthum der Produktion mit ihr nicht mehr Schritt halten könnte. Careys Ableugnung auch des so formulirten Gesetzes enthält den baaren Widersinn, denn bei unbegrenzter Bevölkerungszunahme müßte es dahin kommen, daß die Erdoberfläche nicht mehr groß genug wäre, um die Menschen zu beherbergen, ja die in der Erde enthaltenen stofflichen Elemente würden endlich gar nicht mehr genügen, um die zur Zusammensetzung der Menschenleiber erforderliche Materie herzugeben. Eine unbegrenzte Vermehrung ist also schlechthin unmöglich, ja undenkbar. Unrichtig ist dagegen, daß im geschichtlichen Verlaufe jemals der Mangel an Subsistenzmitteln eine Grenze der Bevölkerungszunahme gebildet hätte. Die Erde könnte bei rationeller Bewirthschaftung eine zehn- und hundertfache Menschenzahl ernähren, und daß die verhältnißmäßig geringe Menge der thatsächlich Lebenden trotzdem Mangel leidet, hat seinen Grund blos darin, daß der eine Theil der Bevölkerung gehindert ist, fruchtbringend zu arbeiten, ein anderer Theil die Früchte seiner Arbeit nur zum geringsten Theile genießen kann. Entfallen diese Hindernisse, dann wird nicht blos die vorhandene Menschenmenge reichlich genährt sein, es wird ganz gewiß noch für geraume Zeit mit zunehmender Bevölkerungsdichte die Leichtigkeit der Ernährung

für jeden Einzelnen wachsen, und es läßt sich gar nicht absehen, welchen Umfang die Bevölkerung erreichen kann, bevor ihr ferneres Wachsthum mit erschwerter Beschaffung des Unterhalts verbunden zu sein braucht. Man darf nicht übersehen, daß es ganz falsch ist, den „Nahrungsspielraum" mit der Erzeugung von Rohprodukten zu identifiziren. Auch in dieser Beziehung sind wir noch sehr weit entfernt von dem Punkte, wo zunehmende Bevölkerung mit erschwerter Produktion gleichbedeutend wäre: denn thatsächlich ist bisher blos ein sehr kleiner und noch dazu verhältnißmäßig unfruchtbarer Theil der Erde in Kultur genommen, und selbst dieser sogenannte Kulturboden wird im Durchschnitt höchst mittelmäßig bearbeitet. Aber nehmen wir immerhin an, daß eine mit allen Hilfsmitteln einer noch so vorgeschrittenen Kultur ausgestattete Wirthschaft, auf den ganzen Erdball ausgedehnt, nicht mehr genügen sollte, um auf gutem Boden bei mäßigem Arbeitsaufwande den Bedarf an Naturprodukten zu decken, so folgt daraus fürs erste nur, daß die Menschheit einen größeren Bruchtheil ihres Gesammtarbeitsaufwandes der Rohproduktion wird zuwenden müssen als zuvor, was lange noch keine Beengung des Nahrungsspielraumes selbst im weitesten Sinne des Wortes, d. h. keinerlei Herabdrückung der Lebenshaltung bedeutet. Denn wenn nunmehr die Menschen auch an die Deckung ihrer anderweitigen Bedürfnisse geringeren Arbeitsaufwand zu wenden vermögen, so kann dies bei fortschreitender Kultur noch immer mit einer absolut und relativ gesteigerten Produktion dieser anderweitigen Bedürfnisse verbunden sein. Nehmen wir an, daß zuvor 10 % der gesammten produktiven Thätigkeit dem Boden zugewendet wurden, und daß nunmehr 15 % des Arbeitsaufwandes der Menschheit von der Rohproduktion absorbirt werden, die Rohproduktion also um 50 % erschwert ist, so genügt doch eine Steigerung der

Produktivität aller anderen Arbeitszweige um durchschnittlich 1%, um nicht blos den in der Rohproduktion entstandenen Mehraufwand von Arbeitskraft zu decken, sondern noch einen Produktionsüberschuß von 4% zu erzielen. Erst wenn die Erschwerung der Rohproduktion absolut größer ist als die Steigerung der allgemeinen Produktivität, wird eine verminderte Leichtigkeit der Bedürfnißbefriedigung im allgemeinen die Folge sein.

So lange das bestehende Ausbeutungsverhältniß in Kraft bleibt, werden die Massen, gleichviel ob ihre Menge wächst oder abnimmt, niemals dauernd mehr als ihre Lebensnothdurft bei angestrengter Arbeit erzielen; eine Erschwerung des Nahrungsspielraumes im Zustande wirthschaftlicher Gleichberechtigung dagegen kann angesichts der ungeheueren Menge verfügbaren fruchtbarsten Bodens und angesichts des stetigen Wachsthums der Produktivität menschlicher Arbeit im allgemeinen erst nach vielen Generationen überhaupt in Frage kommen. Einstweilen und noch auf Jahrhunderte hinaus ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Leichtigkeit der Bedürfnißbefriedigung, die durchschnittliche Höhe des Wohlstandes, desto rascher wachsen muß, je dichter die Bevölkerung wird. Man müßte es daher schlechthin als eine Verkennung der nächsten Kulturaufgaben des Menschengeschlechtes bezeichnen, wenn man sich jetzt schon mit Maßnahmen zur Abwendung eines Entwickelungsganges beschäftigen wollte, der noch für eine ganze Reihe von Generationen nützlich und daher nothwendig ist. Jedes Zeitalter hat seine speziellen Aufgaben, auf deren Erfüllung es sich beschränken muß; wohl ist es weise und nothwendig, auch für die spätere Zukunft vorzusorgen, aber nur unter der doppelten Beschränkung, daß dabei erstlich die Anforderungen der Gegenwart und unmittelbaren Zukunft nicht übersehen werden, und daß es zweitens in der That jetzt schon

möglich und nützlich ist, Vorbereitungen für jene, in allen ihren Entwickelungsphasen klar erkannte fernere Zukunft zu treffen. Das alles aber trifft bei der Bevölkerungspolitik nicht zu. Wir können dereinstiger Uebervölkerung heute nicht vorbeugen, ohne den Anforderungen der unmittelbaren Zukunft zuwider zu handeln, und es ist auch durchaus überflüssig, uns mit dieser Sorge für kommende Geschlechter zu belasten, die besser als die gegenwärtigen verstehen werden, was ihnen noth thut, und ganz ohne Frage auch über die Mittel verfügen werden, um ohne unsere Vorsorge diese ihre Aufgaben zu lösen. Ja es ist ganz unzweifelhaft, daß unsere Nachkommen in späteren Jahrhunderten es um so leichter haben werden, die den Bedürfnissen ihrer Zeit entsprechende Bevölkerungspolitik zu treiben, je weniger ihnen die Gegenwart jetzt schon ins Handwerk pfuscht; denn diese Leichtigkeit der Lösung für sie wird ohne Frage von der Höhe des Kulturzustandes abhängen, dessen sie sich erfreuen, und diese Kultur wird desto höher sein, je sorgfältiger derzeit alles vermieden wird, was der Kulturentwickelung schädlich sein kann. Jede Generation erfüllt ihre Pflichten gegen die Zukunft desto getreulicher und erfolgreicher, je intensiver sie die von den Vorfahren übernommenen Kulturschätze weiter vermehrt. Was würde man dazu sagen, wenn wir aus Angst vor dereinstiger Erschöpfung der Steinkohlenlager der Entwickelung der Dampfindustrie Zügel anlegen wollten? Hier begreift Jedermann, daß die Fortschritte der Zukunft am besten durch energische Ausnützung aller Kulturbehelfe der Gegenwart vorbereitet werden, und man überläßt es getrost der kommenden Zeit, Ersatzmittel für die abnehmenden mineralischen Schätze zu finden. Aehnlich muß man es mit den sozialen Fortschritten halten. Alles was den nächsten Geschlechtern zum wirklichen Nutzen gereicht, ist auch ein Mittel des Fortschrittes für die

spätesten Generationen, und wenn diese in einzelnen Fällen vielleicht gerade an jenen Einrichtungen zu Grunde gehen, die den Aufschwung ihrer Vorfahren begründet haben, so liegt die Schuld niemals an diesen Einrichtungen und auch nicht daran, daß die Vorfahren es verabsäumt haben, rechtzeitig für ihre Nachkommenschaft zu sorgen, sondern daran, daß diese selbst sich als unfähig erwies, den überkommenen Zustand weiter zu entwickeln.

Es ist aber speziell mit Bezug auf die Bevölkerungspolitik durchaus nicht zu besorgen, daß die späteren Generationen das Mittel zur Abwehr einer ihnen gefährlich werdenden Vermehrung nicht finden sollten. Es wäre thöricht, heute schon die Methode genau und bis in ihre kleinsten praktischen Details ergründen zu wollen, nach welcher der Volksvermehrung dereinst Zügel angelegt werden können; aber daß es derlei praktisch anwendbare und wirksame Methoden giebt, läßt sich leicht zeigen. Heute schon treiben die sog. höheren Gesellschaftsschichten sehr erfolgreiche Bevölkerungspolitik. Der Besitzende gründet im Durchschnitt keine Familie, bevor er nicht die Sicherheit hat, für sich und die Seinen zum mindesten den alten Lebensstandard aufrecht erhalten zu können. Die geringe Zahl der Leichtsinnigen sowie derjenigen, die sich in ihren diesfallsigen Berechnungen täuschen, wird reichlich aufgewogen durch Jene, welche übermäßige Vorsicht üben. Diese Selbstkontrole genügt, den besitzenden Klassen nicht blos gleichbleibende, sondern stetig wachsende Antheile an den Gütern dieser Erde zu sichern. Es kommt vor, daß Einzelne unter ihnen zurücksinken in den Abgrund des Proletariats, aber das sind alles in allem doch nur Ausnahmen; im großen und ganzen erhalten sie sich als Klasse betrachtet im Besitze, und es ist durchaus nicht abzusehen, warum zukünftige Geschlechter, von ähnlichem Impulse getrieben, es nicht ebenso treffen

sollten, um so mehr da diese zukünftigen Geschlechter zu gleichem Zwecke eines weit geringeren Maßes an Einsicht und Energie bedürfen werden. In letzter Beziehung wird nämlich derzeit von demjenigen, dessen Mittel nicht ausreichen, um eine Familie standesgemäß zu erhalten und seinen Kindern die einmal errungene Lebensstellung für die Zukunft zu sichern, geradezu verlangt, daß er auf die Ehe verzichte, was die Prostitution mit allen ihren häßlichen Folgeübeln zur Voraussetzung hat und dem weiblichen Geschlechte vollständige geschlechtliche Entsagung oder die Schande auferlegt. Nur ausnahmsweise kommt willkürliche Einschränkung der Kindererzeugung vor und diese wird in ebenso irrationeller wie gesundheitsschädlicher und unästhetischer Weise getrieben. Letzteres ist die nothwendige Konsequenz davon, daß diese Art Enthaltsamkeit als geheime Sünde geübt wird. Der große Zug der öffentlichen Meinung verhält sich durchaus ablehnend dagegen, und zwar mit Recht, weil derzeit die Einschränkung der Fruchtbarkeit weit entfernt ist, der Gesammtheit zu nützen. Diese Auffassung hat wieder zur Folge, daß die Wissenschaft sich mit der Frage willkürlicher Regelung der Fruchtbarkeit kaum befaßt. Das wird sich ändern, wenn einerseits klar erkannt ist, daß unter gewissen Voraussetzungen die Einschränkung der Kindererzeugung im öffentlichen Interesse liegt, und wenn andererseits nicht zu besorgen ist, daß einzelne Klassen zur einschränkenden Praxis greifen, auch wenn dieselbe dem öffentlichen Wohle zuwider läuft. Die Einschränkung dient nämlich heute dazu, den Besitz ungetheilt zu erhalten, sie kann also Einzelnen nützlich sein, auch wenn das allgemeine Beste, insofern es durch eine Steigerung der Produktivität der Arbeit gefördert würde, eine rasche Volksvermehrung erheischen würde. Ist aber einmal nicht der Besitz, sondern die Produktivität der Arbeit zum Kriterium des Wohlstandes Aller

geworden, so kann in diesem Punkte ein Widerstreit des Einzelinteresses mit dem Gesammtnutzen höchstens ausnahmsweise vorkommen, und der Allgemeinheit wird dann am besten gedient sein, wenn jede einzelne Familie möglichst vollständig darüber unterrichtet ist, wann ungehinderte Vermehrung und wann Einschränkung noth thut, zugleich aber auch die zweckmäßigsten, nach dem jeweiligen Stande der Wissenschaft gebotenen Mittel genau kennt, die zur Verminderung des Kindersegens führen. Es wird also ohne Frage in der sozialen Gesellschaft die Wissenschaft eifrigst und vor dem Forum der Oeffentlichkeit nach diesen Mitteln suchen und zukünftige Generationen in den Stand setzen, ohne geschlechtliche Entsagung und sonder Schaden für die Gesundheit sowohl als für das ästhetische Gefühl das jeweilig Passende vorzukehren.

Es könnte aber die Einwendung erhoben werden, daß gerade die soziale Reform, die ja den Wohlstand nicht vom Besitze, sondern von der Arbeit abhängig machen soll, den Zusammenhang zwischen dem Einzelinteresse und dem Gesammtinteresse in Sachen der Volksvermehrung aufheben müsse. So lange die Erhaltung des Familienwohlstandes vom Familienbesitze abhängt, ist es klar, daß einsichtige und für das Wohl ihrer Nachkommenschaft besorgte Familienväter ein Interesse fühlen, ihren Familiensegen nicht ungebührlich anwachsen zu lassen, da ja mit ungenügendem Besitze ausgestattete Kinder leicht dem Proletariat verfallen; ist aber einmal der Besitz Nebensache geworden und genügt die Arbeit zu anständigem Auskommen, so wird allerdings, sofern die Gefahr einer Uebervölkerung besteht, jede Vermehrung schädlich, der Einzelne aber schwerlich geneigt sein, sich um eine Bewegung zu kümmern, zu welcher er doch nur in verschwindendem Maße beiträgt. Nicht daß *seine* Nachkommenschaft gering sei, sondern daß die Menschheit sich nicht rasch vermehre, könnte ihm und den Seinen nützen; ob

zu den Milliarden Lebender ein halbes Dutzend mehr oder weniger hinzukommt, wäre ganz gleichgiltig. Das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit mit einem Worte wäre aufgehoben, und eine gewagte Annahme bliebe es, vom Gemeinsinn zu erwarten, daß er eine Funktion übernähme, die bisher der Eigennutz und auch dieser nur theilweise durchgeführt hat. Diese Einwendung wäre durchaus berechtigt, wenn in der That mit der Ausbeutung ein bis dahin bestandener Zusammenhang zwischen Eigeninteresse und Kindererzeugung verschwunden wäre. Es ist das jedoch nicht der Fall. In Wahrheit wird dieser Zusammenhang weit durchsichtiger, wirksamer und — was die Hauptsache ist — weit allgemeiner sein als derzeit. Gegenwärtig haben, wie bereits erwähnt, blos die besitzenden Klassen ein Interesse an der Einschränkung ihres Kindersegens. Die Massen können durch Enthaltsamkeit oder schrankenlose Vermehrung ihr und ihrer Nachkommenschaft Loos weder verbessern, noch verschlimmern. Eine zahlreiche Familie ist derzeit blos für den Besitzenden eine Last, nicht aber für den Arbeiter, der auf Erziehungskosten wenig oder nichts zu wenden hat, und dem sehr rasch in Form der Kinderarbeit Ersatz für den geringfügigen Aufwand der allerersten Jahre geboten wird. Die durchweg aus Wohlhabenden bestehende soziale Gesellschaft dagegen wird keine Kinderarbeit kennen, sie wird ebensowenig dulden, daß der heranreifende Nachwuchs jeglicher oder doch jeder höheren Bildung entbehre. Die ersten Lebensjahre — etwa bis zum vollendeten 15. Jahre — werden ausschließlich der Erziehung und zwar einer gründlichen und umfassenden Erziehung gewidmet sein, die selbstverständlich großen Aufwand erfordern wird. Die Unterscheidung in eine gebildete, nicht körperlich arbeitende Minderheit und in körperlich arbeitende Ungebildete wird aufhören, denn Arbeit und Bildung wird Allen gemeinsam sein. Wenn

nun jeder Familie gesetzlich sowohl als durch den Zwang der öffentlichen Meinung eine so hohe Last der Kindererziehung aufgebürdet wird, so ist nicht blos der Zusammenhang zwischen den Einzelinteressen und der Zahl der Nachkommenschaft gegeben, es ist sogar zu besorgen, daß der Egoismus die Mehrzahl verleiten könnte, den Kindersegen selbst dann als Last zu betrachten, wenn das öffentliche Interesse noch für eine möglichst rasche Volksvermehrung spräche. Es kann dies um so leichter eintreten, als, wie gesagt, zu erwarten ist, daß die Physiologie rationelle und bequeme Mittel an die Hand geben werde, die Nachkommenschaft nach Willkür zu regeln. Die soziale Gesellschaft wird daher durchaus nicht nöthig haben, besondere Vorkehrungen *gegen* die Volksvermehrung zu treffen, sondern, so lange sie eine solche nicht hindern will, ganz im Gegentheil darauf bedacht sein müssen, die in der Erziehungslast liegenden Hemmnisse der Vermehrung thunlichst abzuschwächen. Sie wird zu diesem Behufe wahrscheinlich einen Theil dieser Lasten den Schultern des Einzelnen abnehmen und der Gesammtheit auferlegen und in dem Ausmaße dieser Ueberwälzung jederzeit das einfachste, zugleich aber auch das gerechteste und rationellste Mittel in der Hand haben, die Volksvermehrung jeweilig nach Bedürfniß zu regeln. Wünscht die Gesammtheit starken Nachwuchs, so wird sie einen größeren, wünscht sie Einschränkungen, einen geringeren Theil der Erziehungskosten von Gesellschaftswegen decken. Diese Kosten werden allerdings für alle Fälle von der jeweilig vorhandenen erwachsenen Generation getragen werden müssen; je nachdem aber die Lasten des Einzelnen mit der Zahl seiner eigenen Kinder wachsen oder nicht, wird die Bevölkerung stabil bleiben oder zunehmen.

Wie aber soll die Gesammtheit wissen, ob eine der Volksvermehrung förderliche oder hinderliche Erziehungspolitik ein-

zuschlagen sei? Woraus soll erkannt werden, ob Uebervölkerung im Anzug ist oder nicht? In der That giebt es kein verläßliches Erkennungszeichen des Zustandes absolut zurückgehenden Nahrungsspielraumes, d. h. thatsächlich abnehmender Produktivität der menschlichen Arbeit im allgemeinen. Keinerlei Statistik kann darüber verläßlichen Aufschluß geben, ob die Gesammtheit oder ob der Einzelne bei gleichgebliebenem Arbeitsaufwande noch über das gleiche Gesammtausmaß unterschiedlicher Erzeugnisse menschlichen Fleißes verfügt, und es wäre ein sehr gewagtes Beginnen, sich bei der Entscheidung über diese hochwichtige Frage auf das allgemeine Gefühl oder auf eine vergleichende Zusammenstellung und Abwägung der einzelnen Produktionszweige zu verlassen. Die Natur der jeweilig produzirten Gebrauchsgüter wechselt; man geht von der einen Fruchtart zur anderen, von vegetabilischen zu mineralischen oder thierischen Gebrauchsartikeln über; man verzehrt mehr oder weniger, weil man mehr oder weniger erspart; die eine Produktion dehnt sich aus auf Kosten der anderen: kurzum, es ist unmöglich, für die Produktion im allgemeinen einen anderen verläßlichen Maßstab zu finden, als den Arbeitsaufwand, und nicht dieser, sondern umgekehrt die Produktion bei gegebenem Arbeitsaufwande soll gefunden werden. Es ist also unmöglich, mit Bestimmtheit die jeweilige Höhe der Produktivität zu messen. Wohl aber giebt es einen durchaus verläßlichen, sehr leicht zu handhabenden Maßstab für die relative Produktivität einzelner Arbeitszweige und also auch derjenigen, deren Produktivität durch Zu- oder Abnahme der Bevölkerung beeinflußt wird, nämlich der Bodenproduktion. Ob die anderen in ihrem Ertrage nicht unmittelbar an den Boden gebundenen Produktionen mehr oder weniger ergiebig sind, hängt von der Fülle der verfügbaren Kapitalien und von den Fortschritten der allgemeinen Kultur, nicht aber

von der Bevölkerungsdichte ab. Aus dem einmal gewonnenen Rohstoffe kann der Mensch mit dem gleichen Arbeitsaufwande Garn spinnen, auch wenn statt 10 Tausend 10 Millionen auf der Quadratmeile sitzen sollten. Dagegen wird die Gewinnung jedes einzelnen Kilogramms Webstoff schwieriger, d. h. sie erfordert einen größeren Arbeitsaufwand, je mehr Kilogramme von der Quadratmeile gewonnen werden sollen. Nun haben wir allerdings gesehen, daß die Erschwerung der Rohproduktion noch lange nicht gleichbedeutend ist mit einer Erschwerung des Nahrungsspielraumes überhaupt; die Fortschritte auf den anderen Kulturgebieten können so groß sein, daß sie die Erschwerung der Bodenarbeit aufwiegen, ja überwiegen. Aber wenn ein solches Verhältniß eintritt, wenn der Nahrungsspielraum trotz erschwerter Bodenproduktion intakt bleibt, oder sich sogar erhöht, so hat man es dabei doch mit Uebervölkerung in gewissem Sinne zu thun, mit Uebervölkerung, deren üble Folgen durch den allgemeinen Fortschritt der Kultur paralysirt werden.

Es ist in diesem Falle klar, daß es mit dem Nahrungsspielraum noch günstiger stünde, wenn auch die Bodenwirthschaft an den allgemeinen Fortschritten der Produktivität theilgenommen hätte, oder zum mindesten in ihrer Produktivität nicht zurückgegangen wäre. Um aber zu wissen, wie es sich im letzteren Punkte verhält, braucht blos der von der Bodenwirthschaft beanspruchte Arbeitsaufwand mit demjenigen anderer Produktionszweige und mit der Bevölkerungsbewegung verglichen zu werden. Solange die Bodenkultur keinen größeren Theilbetrag des gesammten Arbeitsaufwandes einer Nation beansprucht als zuvor, ist Uebervölkerung selbst in diesem Sinne nicht vorhanden, denn insolange ist die Gewinnung von Rohprodukten nicht schwieriger geworden als zuvor. Wächst dagegen der zur Rohproduktion erforderliche

Arbeitsaufwand unverhältnißmäßig, so ist damit relative Uebervölkerung konstatirt. Betrug beispielsweise früher der Gesammtaufwand von Arbeit 10 Milliarden Arbeitstage jährlich und beanspruchte der Aufwand der Rohproduktion 0,5 Milliarden Arbeitstage, also 5 % des Gesammtaufwandes, und entfallen jetzt bei einem der gestiegenen Volksmenge entsprechenden Gesammtarbeitsaufwande von 11 Milliarden Tagen 560 Millionen Arbeitstage auf die Bodenproduktion, muß folglich das durch den Bevölkerungszuwachs bedingte Plus an Rohprodukten statt wie bisher mit 5 mit 6 % der gesammten Mehrarbeit erzeugt werden, so beweist das, daß jener Arbeitszweig, der unmittelbar mit der Populationsbewegung im Zusammenhange steht, minder ergiebig geworden ist. Die soziale Gesellschaft ist daher jederzeit in der Lage, genau zu wissen, ob fernere Vermehrung — nicht etwa zu absolut sinkender Produktivität führen, sondern zu einem Elemente minder raschen Fortschrittes der Produktivität werden kann. Und in der That ist es das letztere und nicht etwa erst eine aus Uebervölkerung stammende absolute Verminderung des Volkswohlstandes, was die Bevölkerungspolitik verhüten soll. Die Bevölkerungszunahme wird nicht erst dann zum Uebel, wenn sie positiv schadet, sondern schon dann, wenn sie den Nutzen der Kulturfortschritte vermindert; denn das Ziel der Wirthschaftspolitik muß darin bestehen, den jeweilig Lebenden bei möglichst geringer Plage die höchsten Genüsse zu sichern. Eine Schmälerung des Genusses dulden, damit sich die Zahl der Genießenden vermehre, wäre durchaus verkehrt. Dagegen wird man allerdings das Mittel zur Abwendung fernerer Volksvermehrung schonend und fern von jeder Ueberstürzung in Anwendung bringen können, auch wenn sich die ersten Symptome relativer Uebervölkerung zu zeigen beginnen. Es wird dabei zu bedenken sein, daß zunehmende Volksdichtigkeit —

mag durch dieselbe immerhin die Rohproduktion erschwert werden — mit mancherlei Vortheilen für die Produktivität im allgemeinen verbunden ist, so daß ein kleines Mißverhältniß in der Bodenproduktion leicht durch diese allgemeinen Vortheile wettgemacht werden kann. Sodann aber darf gerade eine ausschließlich auf Erhöhung des allgemeinen Wohlbefindens abzielende Politik nicht vergessen, daß ihre Maßnahmen an sich geeignet sind, das allgemeine Behagen zu beeinflussen, und eine zu noch so wichtigem Zwecke auferlegte Last darf daher niemals so weit gehen, daß das durch sie erzeugte Mißbehagen schwerer in die Wagschale fällt, als die schließlich erzielte Wohlthat. Das Familienleben stören, um die Zunahme des Wohlstandes zu beflügeln, wäre höchst thöricht.

Aber das sind schließlich Sorgen, die man getrost der sozialpolitischen Weisheit kommender Geschlechter überlassen darf; uns mag die Erkenntniß genügen, daß die soziale Gesellschaft der Zukunft jederzeit wissen wird, wann und bis zu welchem Grade ihr fernere Volksvermehrung frommen mag, und daß sie über ein höchst einfaches, für alle Fälle genügendes Mittel verfügt, die Bevölkerungsbewegung nach ihrem jeweiligen Bedürfnisse zu regeln.

Zweites Kapitel.

Die freie Konkurrenz im sozialen Staate.

Man hat der Konkurrenz verschiedene Wirkungen, nützliche sowohl als schädliche nachgesagt, die ihr fremd sind, während ihre eigentliche Funktion, nämlich die Ausgleichung der Ertragsverhältnisse in den verschiedenen Produktionszweigen, gar nicht oder doch nur höchst oberflächlich gewürdigt wurde. Wir haben gesehen, daß die Konkurrenz außer Stande

iſt, eine Ausgleichung der Produktionsantheile zwiſchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bewirken; ebenſowenig aber kann die Konkurrenz Unternehmergewinn oder Arbeitslohn im allgemeinen ſchmälern, folgerichtig auch keinerlei Einſchränkung der Konkurrenz dieſe Einkommenszweige im allgemeinen heben. Allerdings iſt ſie es, die bewirkt, daß über das durchſchnittliche Maß geſtiegene Unternehmergewinne oder Arbeitslöhne reduzirt werden; aber dies geſchieht nur und kann nur geſchehen unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewinnes oder Lohnes in anderen Produktionsarten. Das wird für das geltende Wirthſchaftsſyſtem von keinem wiſſenſchaftlich gebildeten Nationalökonomen beſtritten. Es fragt ſich aber, ob Konkurrenz dieſe ihre Eigenart auch unter der Herrſchaft eines Syſtems wirthſchaftlicher Gleichberechtigung bewahren könne, ob es überhaupt möglich ſei, unter dem Walten der freien Konkurrenz den oberſten Grundſatz der wirthſchaftlichen Gleichberechtigung, daß nämlich Jedermann den vollen Ertrag ſeiner Arbeit genießen ſolle, zur Wahrheit zu machen. Eine Folge der Konkurrenz iſt ganz offenbar, daß der Preis nicht ausſchließlich durch den Produktionsaufwand, ſondern ebenſo durch den Wettbewerb auf dem Markte beſtimmt wird; es kann alſo Niemand mit Sicherheit darauf rechnen, den vollen Werth des Produktes zu erhalten, und jede im Produktionsprozeß erzielte Verbeſſerung muß in Folge der dadurch hervorgerufenen Steigerung des Ertrages, alſo des Angebotes, den Marktpreis drücken, d. i. den Produktionsertrag ſchmälern. Daraus könnte nun gefolgert werden, daß die Konkurrenz durch ihr regelloſes Walten die von der Gerechtigkeit gebotene Gleichheit der Arbeitserträge ſtören müſſe.

Dieſes Bedenken iſt aber durchaus unbegründet. Die Konkurrenz vermag allerdings die Gleichheit der Arbeitserträge aufzuheben; ſie thut dies aber nur, wenn das richtige Ver-

hältniß zwischen Produktion und Bedarf gestört, das heißt wenn einzelne Produktionen über den Bedarf hinaus gewachsen sind, und sie birgt zugleich in sich selber das Mittel, durch Einschränkung der übermäßig ausgedehnten und Ausdehnung der verhältnißmäßig zurückgebliebenen Produktionen das gestörte Gleichgewicht der Preise wieder herzustellen. Und die Herstellung dieses Gleichgewichts ist von höchster wirthschaftlicher Bedeutung, denn sie ist das einzige Mittel, um die Produktion jeweilig auf jene Gegenstände zu lenken, nach denen Bedarf vorhanden ist. Wenn der Tuchpreis relativ — d. h. im Verhältniß zu den anderen Waarenpreisen — sinkt, so beweist das unter allen Umständen, daß mehr als erforderlich Tuch produzirt worden ist. Denn unter Tucherforderniß ist in Wahrheit das Verhältniß des Tuchbedarfs zum Bedarfe anderer Güterarten zu verstehen. Der Tuchbedarf kann relativ sinken, auch wenn absolut genommen der größte Tuchmangel herrscht, derart, daß Alles in zerrissenen Röcken gehen muß, sofern nur der Bedarf an anderen Gütern — wie etwa Brod oder Eisen — noch dringender ist, wie ja thatsächlich in der modernen Gesellschaft mangelnder Bedarf mit schmerzlichster Entbehrung der unverkäuflichen Güter Hand in Hand geht; und es kann der Tuchbedarf relativ sehr groß und lebhaft sein, selbst wenn absolut betrachtet der größte Ueberfluß an Tuch vorhanden ist und Jedermann eine Auswahl der besten Röcke besitzt, sofern nur der Ueberfluß der anderen Bedarfsartikel noch größer ist. Sinkender Tuchpreis bedeutet also zugleich relativen Mangel an allen anderen Gütern.

Hat man das einmal erkannt, so bedarf es keines weitläufigen Beweises, daß Konkurrenz, welche im Wege der freien Preisbewegung die Arbeit auf die jeweilig ertragreichsten Produktionszweige drängt, den Arbeitsertrag ganz im allgemeinen nur zu erhöhen vermag und auch jene Produzenten, die durch

ihr Walten zu einem Wechsel ihrer Produktion gezwungen werden, nur insoweit schädigen kann, als durchaus erforderlich ist, um sie eben zum Ergreifen der jeweilig ertragreichsten Arbeitszweige zu veranlassen. Vernichtend für das Individuum kann die Konkurrenz nur dort wirken, wo es sich in ihren Kämpfen nicht allein darum handelt, was, sondern auch darum, ob überhaupt (von dem in der Konkurrenz unterlegenen Individuum) produzirt werden soll. Das ist unter dem herrschenden System ausbeuterischer Wirthschaft, die blos einen Bruchtheil der vorhandenen Arbeitskraft zur Verwerthung gelangen läßt, thatsächlich der Fall: der hier im Konkurrenzkampf Besiegte ist in der Regel schlechthin kampfunfähig gemacht; denn da Konkurrenz derzeit mit dauernder Ueberproduktion verbunden ist, diese aber nicht — wie fälschlich geglaubt wurde — blos Unverhältnißmäßigkeit, sondern in der That einen unverwendbaren Ueberschuß der Produktion bedeutet, so giebt es in der Regel für die Erzeuger des Ueberschusses keine Möglichkeit, sich nicht übersättigten Produktionen zuzuwenden. Doch auch hier kann das Uebel durch Unterbindung der Konkurrenz nur verschlimmert werden, denn diese ist nicht die Ursache der Ueberproduktion, die vielmehr ausschließlich im Mißverhältnisse zwischen Konsum und Produktivität der menschlichen Arbeit zu suchen ist. Konkurrenz bewirkt auch hier blos, daß die Arbeit, soweit sie unter der Herrschaft der Ausbeutung überhaupt ausgedehnt werden kann, sich den Artikeln des jeweilig dringendsten Bedarfs zuwende, und ihre Unterbindung hätte daher nur zur Folge, daß neben der absoluten auch relative Ueberproduktion Platz griffe: neben der Erzeugung von Gütern, die unverwendbar sind, weil der Konsum überhaupt zu gering ist, auch noch die Erzeugung von Gütern, die wegen Mißachtung der Anforderungen des Konsums keine Verwendung finden können.

Wo dagegen Produktion und Konsum sich im allgemeinen decken, weil die Produktionserträge dem Konsum nicht entzogen sind, dort wird die Konkurrenz, sie mag vorübergehend den Einzelnen noch so empfindlich treffen, für diesen keine andere Folge haben, als den Zwang zum Ergreifen des jeweilig nothwendigsten Arbeitszweiges.

Eine zweite Frage ist, ob die soziale Gesellschaft diese gekennzeichnete regulirende Wirkung des Konkurrenz nicht durch planmäßige Erhebung des jeweiligen Bedarfs und dem entsprechende vorsorgende Ordnung der Produktion zu ersetzen vermöchte. Es ist richtig, daß die Durchsichtigkeit der sozialen Produktionsform das Entstehen größerer Inkongruenzen der Erzeugung der Regel nach schon im Keime verhüten wird. Im selben Maße, wie das Gebahren der Aktiengesellschaften durchsichtiger ist, als das der Privatkapitalisten, im selben Maße werden die Produktions- und Absatzverhältnisse sozial organisirter Arbeiterschaften durchsichtiger sein, als diejenigen der Privatunternehmungen, und es muß dann in der That möglich werden, die derzeit lediglich experimentelle Regelung der Marktverhältnisse, wenn auch nicht vollständig, so doch in hohem Grade durch planmäßige Erhebungen zu ersetzen. Jetzt zeigt in der Regel erst die Krisis, daß in einem Artikel zu viel produzirt wurde; dann wird sich, wenn auch nicht auf Elle und Pfund, so doch im großen vorher bestimmen lassen, was jeweilig produzirt werden soll, und ob überall das entsprechende Ausmaß von Produktionskräften verwendet ist. Die freie Konkurrenz aber ist trotzdem durchaus erforderlich, um den Maßstab bei allen diesen Berechnungen und Erhebungen zu liefern. Die Erhebungen und Vorausberechnungen über Produktion und Konsum mögen noch so großartig und scharfsinnig, noch so genau und verläßlich sein, sie bedürfen der Konkurrenz nicht blos zu ihrer nachträglichen Korrektur,

sie sind in Wahrheit ganz gegenstandslos, wenn sie die von der Konkurrenz erzeugten Preisverhältnisse nicht a priori zum Ausgangspunkte nehmen.

Wer das Problem lösen will, die Produktion ohne Konkurrenz zu regeln, der ist in einem fundamentalen Irrthume über die in diesem Punkte zu beantwortende Frage befangen. Nicht darum handelt es sich, wie groß der Eisenbedarf, der Brodstoffbedarf, der Tuchbedarf absolut genommen sei; denn den absoluten Bedarf zu finden, ist aus dem sehr einfachen Grunde unmöglich, weil man von den meisten Gütern unendlich viel gebrauchen kann und keinesfalls ihr absoluter Bedarf sich nach der Möglichkeit ihrer Produktion richtet. Die Frage muß anders gestellt werden; sie lautet: In welchem Verhältniß stehen Brod-, Eisen- und Tuchbedarf zu einander? oder noch präziser: In welchem Verhältniß stehen Bedarf an Brod, Eisen und Tuch zu einander und zu der verfügbaren Arbeitskraft? Das aber sind Fragen, auf welche nur der Markt die Antwort geben kann; dort erst zeigt sich, ob relativ mehr Eisen, mehr Brod oder mehr Tuch gebraucht wird, ob die Produktion dieser Güter im Gleichgewichte steht oder von dem einen relativ zu viel, von dem anderen relativ zu wenig erzeugt wird. Alle Berechnungen und Erhebungen können auf nichts anderes hinauslaufen, als auf den Versuch, ein Verhältniß festzuhalten, welches die Konkurrenz als richtig erwiesen hat, oder eines zu ändern, welches durch die Konkurrenz als falsch nachgewiesen wurde. Wer die Produktion ohne diesen Maßstab reguliren will, wird gar bald inne werden, daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als den Konsum von Obrigkeits wegen zu regeln. Soll dem Individuum die Freiheit der Bedürfnißbefriedigung nicht genommen werden, so kann nur der Markt entscheiden -- nicht was Jedermann braucht, denn die Meisten brauchen Alles —, sondern was Jedermann am nothwendigsten braucht.

Aus dem bisher Gesagten ist leicht zu erkennen, daß der soziale Staat nach innen der freien Konkurrenz, nach außen ebenso unbedingt und uneingeschränkt dem Freihandel huldigen muß. Sein und all seiner Mitglieder klar zu Tage liegender Vortheil wird es sein, sich auf jene Produktionen zu beschränken, die nach der Lage der Arbeitsbedingungen innerhalb seiner Grenzen am gewinnreichsten betrieben werden können, und jene Erzeugnisse, die mit geringerem Arbeitsaufwand anderweitig erzeugt werden, gegen die Ueberschüsse seiner eigenen Produktion einzuhandeln. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß der sozialen Gesellschaft gleich der ausbeuterischen die Versuchung nahe liegen könnte, die Produktion durch Schutzzölle heben zu wollen. Es wird vor allem der dominirende Einfluß jener Bevölkerungsschichten fehlen, denen Zollschutz thatsächlich nützen kann. Wenn heutzutage in Folge der Erschließung neuer fruchtbarer Produktionsgebiete für Körnerfrucht und durch Verbesserung der Kommunikationsmittel die Getreidepreise fallen, und dadurch die Grundrente in ihrer fortlaufenden Steigerung aufgehalten oder positiv geschmälert wird, so liegt eine künstliche Erhöhung des Getreidepreises im Interesse aller Grundbesitzer, deren Einkommen nicht auf ihrer dem Boden zugewendeten Arbeit, sondern gänzlich oder zum größeren Theile auf reiner Grundrente beruht; und diese Klasse ist oft einflußreich und mächtig genug, um eine ihren Spezialinteressen dienende Handelspolitik zu erzwingen. Das nämliche gilt für die sogenannten „schutzbedürftigen" Industrien, die in der Regel nichts anderes als von einflußreichen Personen betriebene Industrien sind, denen durch Zölle allerdings nicht gleich den Grundrentnern ein dauernder, wohl aber ein oft sehr ausgiebiger vorübergehender, nur allmählich im Wege inländischer Konkurrenz paralysirter Extragewinn gesichert werden kann. Die Kosten dieser Gewinne

haben die Massen zu tragen. Allerdings beeinflussen Preiserhöhungen — die Panazee der Schutzzöllner — auf die Dauer auch den Arbeitslohn; da sich jedoch die Ausgleichung zwischen der nominellen Höhe des Geldlohnes und der dem Gelde innewohnenden Kaufkraft den nothwendigen Lebensbedürfnissen gegenüber nicht augenblicklich vollzieht, so giebt es bei ausgiebiger Preisverschiebung wichtiger Gebrauchsartikel immer ein Zwischenstadium, während dessen die Lohnregulirung hinter der Veränderung der Geldkaufkraft zurückbleibt, die Lage der Massen also trotz nominell steigenden Lohnes sich ungünstiger gestaltet. Die Gefahr der Schutzzölle liegt nun darin, daß bei sich häufenden Preiserhöhungen der dadurch bedingte länger währende Druck auf die Lebenslage der arbeitenden Klassen zu einer dauernden Minderung der Lebenshaltung führen kann. Wir haben gesehen, daß die Lebenshaltung nichts mathematisch und unabänderlich Gegebenes, für alle Zeiten Gleichbleibendes ist; es giebt in Wahrheit gar kein genau definirbares materielles Existenzminimum. In der wärmeren Jahreszeit braucht der Mensch schließlich gar keine Kleidung, um zu leben, und da es nur auf das Leben überhaupt, nicht auf gesundes und menschenwürdiges Leben ankommt, so würde Kleie statt Mehl zur Ernährung, und eine Erdhöhle statt einer menschlichen Behausung zum Wohnen auch genügen und dabei noch die Frage entstehen, ob es unumgänglich nothwendig sei die Kleie zu kochen und ob die Höhle auch in wärmeren Sommernächten vonnöthen sei. Die als Regulator des Lohnverhältnisses dienende Nothdurft ist eben etwas Konventionelles, sie bleibt in der ausbeuterischen Gesellschaft häufig hinter dem zurück, was zu wirklich menschenwürdigem Dasein erforderlich wäre, überschreitet aber in vielen Punkten wesentlich dasjenige, was zur Fristung der thierischen Existenz unerläßlich ist. Die Anschauungen über dieses Nothwendige können sich also ändern,

und sie ändern sich thatsächlich, wenn längere Zeit hindurch das Durchschnittsmaß dessen, was bei gegebenem Lohne erschwinglich ist, einem Wandel unterworfen bleibt. Aus alledem folgt, daß eine auf Erhöhung der Preise abzielende Zollpolitik, weit entfernt, den arbeitenden Klassen irgendwie nützen zu können, vielmehr für alle Fälle mit einem vorübergehenden und unter Umständen auch mit einem dauernden Drucke auf deren Lebensstellung verbunden ist. Nichtsdestoweniger ist die Handelspolitik der Mehrzahl der modernen Staaten nichts anderes als der bewußte Versuch, durch Abwehr fremder Konkurrenz die Preise zu erhöhen, und dies hat seinen Grund darin, daß die Politik des modernen Staates nicht durch die großen Massen, sondern durch die Besitzenden gemacht wird, die, sei es als Grundrentner, sei es als Unternehmer, von der Preiserhöhung profitiren.

Derlei übermächtige Einzelinteressen wird es nun in der sozialen Gesellschaft nicht geben. Niemand wird die Macht haben, seinen dem Nutzen der Allgemeinheit zuwiderlaufenden Sondernutzen zur ausschließlichen Geltung zu bringen. Es wird aber zum zweiten auch Niemand ein dem Gesammtinteresse entgegenstehendes ausgesprochenes Sonderinteresse auf handelspolitischem Gebiete besitzen. Eine künstliche Preisverschiebung kann allerdings die relative Rentabilität der unterschiedlichen Produktionen ändern; da jedoch die Migrationsfreiheit der Arbeitskräfte ohnehin zur Ausgleichung der Rentabilitätsunterschiede führt, so wird Niemand daran denken, statt dieser naturgemäßen Ausgleichung, welche die Arbeit auf die jeweilig ertragreichsten Zweige lenkt, eine widernatürliche zu wählen, die, statt der Erzeugung der höchsten Werthe, die Preissteigerung der geringeren Werthe sich zum Ziele setzt. Und da auch der Ertrag von Grund und Boden durch Arbeitsmigration ins Gleichgewicht mit dem Durchschnittsertrage

menschlicher Arbeit gesetzt werden wird, so können auch die Bodenbebauer im sozialen Staate durch Zollschutz nichts gewinnen. Entscheidend aber ist, daß die Schädigung der Allgemeinheit durch Schutzzölle im sozialen Staate eine positive und greifbare sein müßte, während im Zustande der Ausbeutung noch so verkehrte Handelspolitik an sich blos indirekt schadet und das Unrecht hier vorwiegend in der willkürlichen Einkommen-*Verschiebung* zu suchen ist. Schutzzölle drücken durch Ablenkung der Produktion von den jeweilig ergiebigsten Arbeitszweigen die Produktivität; das ist im modernen Staate so richtig wie im sozialen. Der Unterschied liegt nur darin, daß im modernen Staate die Einschränkung der Produktivität eine an sich ganz gleichgiltige Sache ist, da ohnehin die volle Verwerthung der Produktivkräfte durch das Ausbeutungsverhältniß vereitelt ist. Nicht die Produktivität, sondern der durch Existenzminimum der Massen und Luxus der Besitzenden bedingte Konsum ist hier bestimmend für das Ausmaß der thatsächlichen Produktion und folglich des thatsächlichen Gesammtreichthums. Und auch das Einkommen der Einzelnen hängt nicht von der davon ganz unabhängigen Höhe des Existenzminimums ab. Im sozialen Staate dagegen decken sich Produktivität und thatsächliche Produktion; wer also erstere schädigt, schädigt im selben Maße die letztere. Ebenso ist hier die Gesammtheit an der Gesammtproduktivität direkt interessirt; Jedermann weiß, daß sein Antheil an den Gütern des Lebens in geradem Verhältnisse mit der Produktivität menschlicher Arbeit steigt, und Jedermann wird es daher als eine Beeinträchtigung seiner wichtigsten materiellen Interessen empfinden, wenn der Versuch unternommen werden sollte, um vorübergehender Einzelinteressen willen die Gesammtheit zu hindern, jeweilig die produktivsten Arbeitszweige zu betreiben. Wohl ist es wahr, daß gerade im sozialen Staate

die Arbeiter einer etwa durch Absperrung geschützten Produktion es wären, die aus den handelspolitischen Eingriffen zum mindesten vorübergehend Vortheil zögen, während jetzt die Rücksicht auf diese „nationalen" Arbeiter blos der Vorwand, das Interesse der Unternehmer und Grundrentner der eigentliche Zweck ist; aber gerade weil es klar wäre, daß dieser Vortheil einzelner Arbeiterschaften blos auf Kosten gleichberechtigter anderer erzielt werden kann, und daß der Gesammtschaden hier genau um den Betrag der in seiner Entwickelung aufgehaltenen Gesammtproduktivität größer sein müßte, als der Gesammtvortheil der Begünstigten: gerade deshalb ist mit Sicherheit zu erwarten, daß selbst jene Produzenten, die sich allenfalls versucht fühlen könnten, staatlichen Schutz gegen Konkurrenz anzurufen, begreifen werden, daß sie für den vorübergehenden Vortheil dauernde Nachtheile einheimsen. Denn gerade im sozialen Staate, wo, wie sich später zeigen wird, der Uebergang von der einen Produktionsart zur anderen verhältnißmäßig leicht sein wird, kann die Konkurrenz nur unwesentliche Nachtheile zur Folge haben, und die Leichtigkeit der Migration der Arbeitskräfte von einem Beruf zum andern muß alsbald die von der Konkurrenz Betroffenen in den Stand setzen, nicht blos die unveränderte, sondern die gerade durch die Konkurrenz gesteigerte allgemeine Lebensstellung wieder zu erlangen.

Man wird vielleicht versucht sein, zu glauben, daß die soziale Gesellschaft trotz alledem in die Nothwendigkeit versetzt werden könnte, sich durch handelspolitische Maßnahmen gegen die Konkurrenz etwaiger fremdländischer Produktionen zu schützen, die durch das Fortbestehen der Ausbeutung in den Stand gesetzt wären, den Preis ihrer Erzeugnisse in Folge der auf dem Existenzminimum beharrenden gedrückten Hungerlöhne niedriger zu halten, als dies im sozialen Staate mög-

lich sei. Wenn hier der ganze Produktionsertrag sich unter die Arbeitenden vertheilt, auswärts aber nach wie vor der Löwenantheil des Ertrags Einzelnen verbleibt, so können diese — wird man vielleicht glauben — dadurch, daß sie auf einen Theil ihres Gewinnes verzichten, die Preise ermäßigen. Das erscheint um so einleuchtender, da ausbeutende Unternehmer von vornherein für ihre Produkte nicht den vollen Werth der darauf gewendeten Arbeit, sondern blos die Reproduktionskosten dieser Arbeit nebst einem Gewinnzuschlage erzielen können, die beide zusammengenommen viel niedriger sind, als der volle Produktionswerth. Diese Befürchtung beruht aber auf einer unklaren Einsicht in das Wesen des Werthes und der Preise und in die dadurch bedingte Natur des Außenhandels. Wenn die Arbeit nicht zu ihrem vollen Werthe entlohnt wird, so wirkt dies auf die Preise allerdings ähnlich, als ob die Produktion mit geringerem Arbeitsaufwande möglich wäre; wenn aber in einem Lande im allgemeinen mit geringerem Arbeitsaufwande produzirt wird als anderwärts, so hat das allein doch nicht zur Folge, daß sich dort die Preise niedriger gestalten, da ja genau das nämliche, was für alle anderen Güter gilt, auch auf den Werthmaßstab, das Edelmetall nämlich, Anwendung findet. Man kann den Zentner Eisen mit geringerem Aufwande herstellen, ebenso aber auch den Zentner Weizen oder die Unze Gold; die wechselseitige Tauschkraft dieser Güter braucht sich also nicht zu verändern, und man kann den Weizen oder das Eisen nicht leichter exportiren als zuvor, da man ja für denselben immer nur Güter erhält, die zwar anderwärts, nicht aber im eigenen Lande mit höherem Arbeitsaufwande erzeugt werden.

Eine *Verschiebung* der Natur der Handelsbeziehungen mit dem Auslande kann aber in Folge der ungleichen Produktionskosten allerdings eintreten, wenn nämlich diese Ungleichheit

sich nicht proportional auf alle Güter erstreckt. Das wird dann in der That zur Folge haben, daß das Land mit billigem Arbeitslohne vorwiegend solche Güter exportirt, bei deren Produktion lebendige Arbeit ausschlaggebend ist, während sich sein Import auf jene Güter konzentriren muß, bei denen die Naturkraft und das Kapital den Ausschlag geben. Bei den Handelsbeziehungen mit ausbeuterisch fortwirthschaftenden Staaten wird daher der soziale Staat allerdings nicht jene Güter exportiren, die er nach der Art seiner natürlichen Produktionsbedingungen am wirthschaftlichsten zu erzeugen vermag, und nicht jene importiren, die das ausbeuterische Land von Natur aus vortheilhafter zu erzeugen vermöchte, und dies wird ohne Frage ein schwerer Gewinnstentgang für beide sein, da beide ihre Bedürfnisse reichlicher und besser decken könnten, wenn ihre Produktion den von der Natur gegebenen Arbeitsbedingungen vollkommen angepaßt wäre. Durch handelspolitische Einschränkung aber läßt sich diesem Uebel nicht abhelfen, vielmehr müßte Absperrung gegen den ausbeuterischen Staat auch dem sozialen Staate selber schaden. Nehmen wir an, daß im sozialen Staate A mit dem nämlichen Arbeitsaufwande, mit welchem 2 Zentner Korn zu erzeugen sind, 3 Kilogramm feine Eisenwaaren produzirt werden können, und im ausbeuterischen Staate B mit dem nämlichen Aufwande von Arbeitskraft, welcher 2 Kilogramm feiner Eisenwaaren ergiebt, 3 Zentner Korn. Es wäre nun gewiß für beide das Beste, wenn man in A die Eisenwaaren für sich selber und den Nachbar, und in B das Korn für sich und den Nachbar produziren würde. Nun mögen aber in B die Lohnverhältnisse derart sein, daß feine Eisenwaaren, zu deren Erzeugung menschliche Arbeitskraft in überwiegendem Maße erforderlich ist, trotz der relativen Ungunst der darauf bezüglichen natürlichen Produktionsbedingungen um den halben Preis hergestellt werden können wie Korn.

Man wird alſo in A für den Zentner Korn blos 1½ Kilogramm Eiſenwaaren, in B aber deren 2 Kilogramm eintauſchen, und die Folge davon wird in dieſem Falle geradezu eine Umſtülpung der natürlichen Handelsbeziehungen ſein; man wird in A für ſich und das Ausland Korn und in B Eiſen erzeugen, und dabei natürlich beiderſeits viel weniger Eiſen und Korn zur Verfügung haben, als bei Vorherrſchaft der natürlichen Produktionsweiſen der Fall wäre. Trotzdem wäre es auch für den ſozialen Staat, in welchem von Haus aus die Arbeit auf die wirklich ergiebigſten Gebiete gelenkt iſt, höchſt thöricht, ſich durch Abſchließung dieſem Wechſel der Dinge widerſetzen zu wollen, denn die natürlichen Produktionsbedingungen für Korn und Eiſen mögen daheim und im Auslande wie immer beſchaffen ſein — ſobald man auswärts für den Zentner Korn 2 Kilogramm feiner Eiſenwaaren thatſächlich erhalten kann, iſt es im ſozialen Staate vernünftig und rentabel, Korn ſtatt Eiſen zu produziren, falls hier der Zentner des erſteren mit dem gleichen Arbeitsaufwande produzirbar iſt wie 1½ Kilogramm des letzteren; man wäre beſſer mit Eiſen und mit Korn verſorgt, wenn man erſteres für ſich und den Weltmarkt produziren könnte, aber nur unter der Vorausſetzung, daß man auswärts für weniger als 1½ Kilogramm Eiſen einen Zentner Korn einhandeln könnte. Beſäße man ein Mittel, das Ausland zu jener Produktion zu veranlaſſen, die ein ſolches Tauſchverhältniß vorausſetzt, ſo würde dies beiden Theilen zum größten Vortheil gereichen; dieſes Mittel aber fehlt. Man kann ſich dagegen wehren, vom Ausland 2 Kilogramm Eiſen für 1 Zentner Korn zu beziehen, nicht aber bewirken, daß dort mehr als ½ Zentner Korn für das Kilogramm Eiſen gegeben wird, um welchen Betrag man das eigene Eiſen natürlich weder hintanzugeben noch ſelber zu erzeugen vermag. Um den Effekt der Ausſchließung des freien

Austausches unter den unnatürlichen Produktionsbedingungen des Auslandes, und schließlich eines freien Austausches unter allseitig natürlichen Produktionsbedingungen ziffermäßig zu veranschaulichen, nehmen wir an, daß der soziale Staat 300 000 Kilogramm Eisenwaaren und 300 000 Zentner Korn konsumirt. Im Zustande der Abschließung würde er, wenn nach Art seiner natürlichen Produktionsbedingungen 3 Kilogramm Eisen oder 2 Zentner Korn das Ergebniß eines Arbeitstages sind, 100 000 Arbeitstage an die Eisenproduktion und 150 000 Arbeitstage an die Kornproduktion wenden müssen. Im Wege des Außenhandels mit den auf Ausbeutung verharrenden Nachbarn aber kann er die 300 000 Kilogramm Eisen für 150 000 Zentner Korn einhandeln. Letzteres vermag er in 75 000 Arbeitstagen zu produziren und er kann nunmehr unter Zuhilfenahme des Außenhandels seinen Korn- und Eisenbedarf für zusammen 225 000 statt für 250 000, also mit einer Ersparniß von 25 000 Arbeitstagen decken, welche ersparten Arbeitstage zur Befriedigung anderweitiger Bedürfnisse verfügbar werden. Noch größer allerdings wäre der Nutzen des Außenhandels, wenn man umgekehrt nach der Lage der natürlichen Produktionsbedingungen die für den eigenen Konsum erforderlichen 300 000 Zentner Korn für 200 000 Kilogramm Eisen vom Ausland beziehen könnte, denn in diesem Falle würden 166 666 Arbeitstage zur Deckung des Eisen- und Kornbedarfs genügen, man hätte, statt 25 000, 83 334 Arbeitstage gewonnen. Aber es liegt auf der Hand, daß es thöricht wäre, aus Schmerz über den solcherart durch das verkehrte Wirthschaftssystem der Nachbarn entgangenen Mehrgewinn auf jene 25 000 Arbeitstage zu verzichten, die trotz dieser nachbarlichen Verkehrtheit noch immer im Wege des Außenhandels zu ersparen sind. Die Produktionsmethode des Auslandes ist eben eine gegebene Größe, mit welcher gerechnet

werden muß, und so sehr es auch im eigenen Vortheil liegt, daß der Nachbar vernünftig wirthschafte, so ist doch Arbeitstheilung selbst mit dem unvernünftig wirthschaftenden Nachbar immer noch ein Vortheil.

Ebensowenig wie der Gesammtertrag der Produktion läßt sich aber naturgemäß der auf den einzelnen Arbeitenden entfallende Produktionsertrag durch Prohibitivmaßregeln heben. Auch hier wird immer das Gegentheil eintreten. — Es ist durchaus falsch, zu glauben, daß die Lage der Eisenproduzenten in A dadurch dauernd verschlechtert werden kann, daß gegen Hungerlöhne erzeugtes und importirtes Eisen dem Eisen in A Konkurrenz macht. Die Uebergangsepoche kann unter Umständen schmerzlich sein, die schließliche Entwickelung ist aber immer, daß die Produzenten in A in Folge des Außenhandels zu rentablerer Produktion übergehen und daß auf jeden Einzelnen von ihnen ein größerer Produktionsantheil entfällt. Setzen wir an Stelle der oben supponirten Arbeitstage Arbeiter, so entfielen früher auf 250 000 Produzenten in A zusammen 300 000 Kilogramm Eisen und 300 000 Zentner Korn, auf jeden einzelnen also durchschnittlich $1^2/_{10}$ Kilogramm Eisen und $1^2/_{10}$ Zentner Korn; in Folge des Außenhandels nun erzeugen diese nämlichen 250 000 Arbeiter 500 000 Zentner Korn, und da sie den früheren Eisenbedarf von 300 000 Kilogramm für 150 000 Zentner Korn im Auslande decken können, so bleibt ihnen über den früheren Eisen- und Kornkonsum noch ein Ueberschuß von 50 000 Zentnern, den sie je nach Belieben zur Deckung anderweitiger Bedürfnisse verwenden können. In der Praxis dürfte es übrigens gegenstandslos sein, auch nur von Uebergangsschwierigkeiten zu sprechen, unter denen die Unzukömmlichkeiten jeden Wechsels der Produktionsart zu verstehen wären. Denn es dürfte schwerlich der Fall vorkommen, daß ein sozialer Staat es mit Nachbarn zu thun

hat, bei denen die Ausbeutung einmal beseitigt war und dann wieder eingeführt worden ist. Die Produktion auf Grundlage der durch Ausbeutung gegebenen Weltmarktverhältnisse wird also das Bestehende sein, man wird, um auf das obige Beispiel zurückzugreifen, in A Korn statt Eisen produzirt haben, trotzdem bei rationell eingerichteter Weltwirthschaft die Eisenproduktion eigentlich ergiebiger wäre; es kann sich also nicht darum handeln, durch Absperrung gegen das ausbeuterische Ausland einen Wechsel der Produktionszweige zu vermeiden, sondern ein solcher – das wäre also im vorliegenden Beispiele der Uebergang zu der, an sich allerdings rationelleren Eisenproduktion — müßte durch die Absperrung erst herbeigeführt werden. Doch selbst wenn es sich anders verhalten sollte, wird der soziale Staat ganz gewiß immer als Endziel die unter den gegebenen Verhältnissen höchstmögliche Produktivität seiner Arbeit vor Augen haben und sich schlimmsten Falles, wenn es sich wirklich um eine durch Ausbeutungsmaßregeln des Auslandes herbeigeführte Aenderung der eigenen Produktionsweise handelt, zu solchen handelspolitischen Gegenmaßnahmen entschließen, welche einen allzu überstürzten Umschwung der eigenen Produktion verhüten.

Schließlich muß noch untersucht werden, ob der soziale Staat nicht etwa in die Nothwendigkeit versetzt werden könnte, sich, wenn auch nicht gegen die Produkte wohlfeiler ausländischer Arbeit, so doch gegen die Einwanderung an ausbeuterische Lohnverhältnisse gewöhnter fremder Arbeiter zu vertheidigen. Man könnte daran erinnern, wie empfindlich die an bessere Lebensverhältnisse gewöhnten englischen Arbeiter unter der Konkurrenz der irischen Kartoffelesser, die Arbeiterschaft der Yankees unter der Invasion der chinesischen Reisesser zu leiden habe, und da es unfraglich ist, daß der soziale Staat ungeheuere Anziehungskraft auf das Proletariat der

ganzen Welt ausüben müßte, so ist es nothwendig, die Frage zu untersuchen, ob nicht auch von dieser Invasion analoge Gefahren zu befürchten sind. Doch selbst das ist mit nichten der Fall. Die Einwanderung wohlfeiler Arbeiter kann die Entlohnung der einheimischen Arbeiterschaft nur dort schmälern, wo es Arbeitslohn im heutigen Sinne des Wortes überhaupt giebt, d. h. wo sich der Antheil des Arbeiters nicht nach dem Produktionsertrage, sondern nach dem Existenzminimum richtet, während der Produktionsertrag dem Arbeitgeber und dem Grundrentner verbleibt. Denn nur in diesem Falle machen die Einwanderer den Einheimischen durch ihre geringeren Ansprüche an das Leben Konkurrenz, zwingen sie zur Ermäßigung der eigenen Ansprüche und Genüsse. Wo dagegen der Arbeitende den Ertrag seiner Arbeit erhält, kann es den Einheimischen ganz gleichgiltig sein, ob neue Einwanderer größere oder geringere Ansprüche an das Leben stellen. Nachtheilig kann die Einwanderung nur werden, wenn in deren Folge der Ertrag der Arbeit geschmälert wird, und das wieder ist nur dann möglich, wenn Einwanderung zur Uebervölkerung führt. In diesem Falle allerdings wird dem sozialen Staate Einwanderung eben so unbequem und schädlich sein, wie innere Volksvermehrung, und er wird ihr gegenüber Mittel der Abwehr ergreifen müssen. Nur muß dabei vor Augen gehalten werden, daß Uebervölkerung nur kosmopolitisch aufgefaßt denkbar ist, daß, solange die Erde im allgemeinen nicht eine Ueberzahl von Menschen beherbergt, ein einzelnes Land nicht übervölkert sein kann, es sei denn, es sperre sich handelspolitisch gegen das Ausland ab. Solange Bodenprodukte überhaupt auf Erden wohlfeil produzirt werden können, wird die noch so hochgradig anwachsende Bevölkerung eines einzelnen Landes dieses blos dahin führen, seinen Bedarf an Rohstoffen im Wege des Außenhandels zu decken, und bei

steigender Produktivität menschlicher Arbeit im allgemeinen wird ihm dies mit stetig zunehmender Leichtigkeit möglich sein. Die Leichtigkeit der Verarbeitung von Rohprodukten nimmt mit stetig wachsender Volksdichte eher zu als ab, und solange Rohprodukte auswärts mit genügender Leichtigkeit produzirt werden können, steigt auch deren Tauschkraft, d. h. deren relativer Preis den Fabrikaten gegenüber, höchstens um den Betrag der vermehrten Transportkosten. In der That wird daher der soziale Staat, seine Bevölkerungszahl mag noch so sehr wachsen, auch das als Kriterium der Uebervölkerung bezeichnete unverhältnißmäßige Zunehmen der auf Bodenproduktion gewendeten Arbeitskraft innerhalb seiner Grenzen nicht beobachten, solange außerhalb derselben und für den Erdkreis im allgemeinen der Nahrungsspielraum uneingeschränkt ist. Anders verhält sich die Sache, wenn die Erde im allgemeinen übervölkert ist und das Uebermaß der auswärtigen Population über die Grenze hereinströmt. Jetzt beengen diese überschüssigen Massen in der That den Nahrungsspielraum, sie drängen dazu, auch innerhalb der eigenen Grenzen auf Rohproduktion unverhältnißmäßig wachsende Arbeitskräfte zu wenden, also die eigene Bodenproduktion und dadurch rückwirkend die eigene Gesammtproduktion minder produktiv zu gestalten, und gegen diesen ungünstigen Umschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse giebt es kein anderes Mittel, als die Abschließung gegen fremde Einwanderer. Es ist aber zu bemerken, daß ein solches Verhältniß nur denkbar ist, lange nachdem alle Kulturstaaten der Welt die Ausbeutung beseitigt haben. Wirkliche Uebervölkerung kann nämlich in einem ausbeuterischen Staate niemals eintreten, da die Ausbeutung verhindert, daß die Bevölkerungszahl jemals den wirklichen Nahrungsspielraum erreiche. Im Zustande der Ausbeutung kann die Produktion gar niemals auf jene Höhe gebracht

werden, die der vorhandenen Arbeitskraft und den dem Kulturzustande entsprechenden Arbeitsbehelfen entspräche. Es wird also weniger produzirt, und von diesem Weniger den Massen blos ein Theilbetrag zugemessen; sie können sich folglich niemals auch nur annähernd bis zu jener Grenze vermehren, bei welcher eine Abnahme der durchschnittlichen Produktivität menschlicher Arbeit einträte. Eine solche Zunahme ist nur dort denkbar, wo der ganze Ertrag der Arbeit dem Arbeitenden gehört. Es ist aber anzunehmen, daß alle Nationen, die mit der Ausbeutung fertig geworden sind, auch selber und im eigenen Interesse die Uebervölkerung verhüten werden; der Fall, daß ein einzelner sozialer Staat sich gegen Uebervölkerung durch fremde Einwanderung sollte vertheidigen müssen, ist also in Wirklichkeit nicht zu besorgen. Man kann sich diesbezüglich um so unbedenklicher beruhigen, als in der Massenauswanderung selber das deutlichste Symptom nicht nur dafür läge, daß in dem Staate, welcher diese Auswanderer entsendet, Uebervölkerung eingetreten ist, sondern auch dafür, daß dieselbe unerträglich zu werden beginnt; und es ist kein Grund abzusehen, warum ein Staat, dessen einzige politische Richtschnur das Wohl seiner arbeitenden Massen ist, nicht selber das Geeignete zur Verhütung solcher Uebel vorkehren sollte.

Drittes Kapitel.

Die Kapitalbildung im sozialen Staate.

Näher zu untersuchen wäre nun, woher im sozialen Staate das zu Inganghaltung und Steigerung der Produktion erforderliche Kapital kommen soll. Es ist richtig, daß die derzeit bedeutsamste Form der Kapitalbildung verschwunden sein

wird, denn unter der Herrschaft des gegenwärtigen Wirthschaftssystems beruht dieselbe der Hauptsache nach auf der Ausbeutung. Der Mehrwerth der Produktion über den Arbeitslohn dient theilweise zur Deckung des Konsums der nicht arbeitenden Klassen, theilweise aber als Beförderungsmittel zukünftiger Arbeit, ja dieser Ueberschuß des Produktionsgewinnes über allen Gebrauch und Luxus der Besitzenden hinaus ist angesichts der Geringfügigkeit der den Arbeitenden möglichen Ersparnisse heutzutage beinahe die ausschließliche Quelle der Kapitalvermehrung. Und diese Quelle wird, wie nicht geleugnet werden kann, in sozialen Staaten versiegen. An ihre Stelle aber wird eine unendlich ergiebigere Quelle treten: die Sparkraft der in den Besitz des gesammten unendlich gesteigerten Produktionsertrages gesetzten großen Massen. Bei den üblichen Vergleichungen der kapitalisirenden Fähigkeit einer auf Ausbeutung und einer auf Gleichheit beruhenden Gesellschaft wird in der Regel von zwei gleich falschen Voraussetzungen ausgegangen. Es wird letzterer der auf Sorge für die Zukunft beruhende Impuls zum Sparen gänzlich abgesprochen, überdies aber darauf hingewiesen, daß ja Ausbeutung an sich ein erzwungenes Sparen der Massen sei und daß unmöglich erwartet werden könne, diese würden freiwillig soviel bei Seite legen, als ihnen jetzt von Arbeitgebern und Bodenrentnern abgenommen wird; für alle Fälle werde der Mehrkonsum emanzipirter Massen eine größere Quote des Produktionsertrages absorbiren, als selbst die unsinnigste Verschwendung der verhältnißmäßig wenigen Ausbeuter.

Der Vorwurf mangelnden Impulses zum Sparen kann nur den Kommunismus, die absolute Gleichmacherei, nicht aber den Zustand wirthschaftlicher Gleichberechtigung treffen, in welchem der Anreiz zum Sparen durchaus nicht fehlt, ja

sogar, wie später gezeigt werden soll, in seinem Gesammteffekte wesentlich über das Maß des derzeit waltenden Sparsinns hinaus gesteigert wird. Die zweite Einwendung aber übersieht, daß die wirthschaftliche Gleichberechtigung nicht blos die Vertheilung, sondern auch die Produktion der Güter entscheidend beeinflußt; ihre Wirkung beschränkt sich nicht darauf, daß die Massen den vollen Ertrag ihrer Arbeit genießen, sie bringt auch zuwege, daß wesentlich mehr produzirt wird als zuvor. Denn das Uebel der Ausbeutung liegt ja nicht blos darin, daß dem Arbeitenden genommen wird, was er thatsächlich erzeugt, sondern mehr noch darin, daß die thatsächliche Produktion tief unter das Niveau der potentiellen herabgedrückt wird. Wenn man annimmt, daß eine Million arbeitsfähiger Menschen einen Werth von zwei Milliarden jährlich produziren könnte, so ist die Konsequenz des Ausbeutungssystems, daß überhaupt höchstens eine halbe Milliarde zur Produktion gelangt, und erst dieser vorweg so reduzirte Produktionsertrag ist Gegenstand der Ausbeutung von Grundrentnern und Arbeitgebern. Mag nun immerhin der Ausbeutungsantheil drei Viertel des Ertrages umfassen, und mag es immerhin richtig sein, daß die Million Arbeiter, auch wenn sie im ungeschmälerten Besitze der halben Milliarde bliebe, weniger ersparen würde, als die der Zahl nach beschränkten Ausbeuter von den 400 Millionen, die auf sie entfallen: so ist doch unfraglich, daß die Million Arbeiter von 2 Milliarden mehr erübrigen wird als die Ausbeuter von den 400 Millionen — und darauf kommt es an, wenn die Sparfähigkeit der sozialen gegen die der ausbeuterischen Gesellschaft abgewogen werden soll.

In der sozialen Gesellschaft werden Staat, Genossenschaft und Individuum ein gleichmäßiges und durchaus harmonisches Interesse an der Kapitalisirung haben, und alle drei werden

sie wetteifernd die Produktivität zu einer Höhe heben, von welcher wir im ausbeuterischen Staate uns kaum eine dunkle Vorstellung zu bilden vermögen. Die Berechtigung und hervorragende Eignung des sozialen Staates zur Kapitalbildung soll in einem der nächsten Kapitel dieses Buches ausführlich nachgewiesen werden. Es wird sich aus dem dort Dargelegten ergeben, daß in der sozialen Gesellschaft das Interesse des Individuums an jeglicher Verbesserung der Produktion mit den behufs Durchführung dieser Verbesserungen zu übernehmenden Lasten im richtigen Verhältnisse stehen muß, und daß dies den sozialen Staat befähigen wird, Werke auszuführen, die im modernen Staate theils der Privatthätigkeit überlassen werden müssen, theils ganz unmöglich sind. Ein ebenso lebhaftes und selbstverständliches Interesse wie die Gesammtheit werden aber auch die Assoziationen an fruchtbringenden Investitionen haben. Sie werden gerade so gut, wie heute die Einzelunternehmer, begreifen, daß sie in ihren Anlagen und Einrichtungen mit allen Fortschritten der Technik Schritt halten müssen, um ihre Erträge zu steigern, und sie werden daher gleich dem Einzelunternehmer, soweit dies der Ausfall der einzelnen Geschäftsjahre nur immer gestattet, nicht den Gesammtgewinn konsumiren, sondern je nach dem Sparsinn und Unternehmungsgeist ihrer Mitglieder wechselnde Theilbeträge kapitalisiren. Daß dieses Interesse an Investitionen durch die Migrationsfähigkeit der Arbeitskräfte paralysirt werden könnte, ist nicht zu besorgen, wenn an dem Grundsatze festgehalten wird, daß der Antheil am Ertrage der solcherart vorgenommenen Verbesserungen durch nachträglichen Beitritt nicht erworben werden kann. Es ist zu diesem Behufe nichts anderes erforderlich, als daß die zu Verbesserungen des Betriebes verwendeten Beträge als verzinsliche Darlehen der alten Mitglieder behandelt

werden. Neu eintretende Mitglieder können dann nur ihren Antheil an dem nach Abzug der Zinsenquote erübrigenden Ertrage beanspruchen. Ebenso werden gut geleitete Assoziationen schwerlich verabsäumen, Reserven anzulegen, um für etwaige magere Geschäftsjahre gerüstet zu sein. Denn es ist zwar richtig, daß im sozialen Staate auch die Mitglieder einer insolvent gewordenen und zu Grunde gegangenen Assoziation ohne weiteres eine der durchschnittlichen Produktivität der Arbeit entsprechende anderweitige Beschäftigung finden werden, nichtsdestoweniger wird jede Assoziation doch ein Interesse haben, sich gegen eine solche Eventualität mit allen Mitteln der Vorsicht und Energie zu vertheidigen; denn wenn der Bankerott auch nicht die Arbeitskräfte und die persönliche Erwerbsfähigkeit der Mitglieder zerstört, so zerstört er doch das Vermögen der Assoziation und schädigt durch den Verlust etwaiger Seniorats- und anderweitig erworbener Rechte das Interesse zahlreicher Genossen aufs empfindlichste. Abgesehen davon ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß sich bei den Assoziationen ebenso wie heute bei den Einzelunternehmern eine Geschäftsehre entwickeln wird, die durch den hochgradigen Gemeingeist der sozialen Gesellschaft eher gesteigert als eingeschläfert werden dürfte. Um aber schlechte Geschäftsjahre ohne Insolvenz überdauern zu können, sind Reserven nöthig, und die Assoziationen werden sich daher bestreben, Kapitalien anzusammeln, die, ganz so wie in der sogenannten kapitalistischen Gesellschaft gegen Kündigung bei unterschiedlichen fremden Unternehmungen angelegt, zur Deckung etwaiger Verluste dienen können. Daß diese Verluste nur in den seltensten Fällen gar zu groß und andauernd sich gestalten, dafür dürfte das für alle Arbeits- und Produktionsverhältnisse funktionirende bereits angedeutete System der Ertragsausgleichung sorgen. Es wird im sozialen Staate im

allgemeinen kein Produktionsgeheimniß geben; man wird jederzeit genau wissen, wie viel und mit welchem Nutzen in jedem einzelnen Zweige produzirt wird, und der Uebertritt von Arbeitskräften aus den minder ertragsreichen in die höchst rentablen Produktionszweige dürfte in der Regel genügen, um eine da und dort sich zeigende relative Ueberproduktion im Keime zu ersticken.

Neben der kapitalisirenden Thätigkeit des Staates und der Assoziationen wird dann die der Einzelnen ungestört weiter funktioniren. Da weder das Einkommen noch die Bedürfnisse absolut gleich sein werden, und ebenso Enthaltsamkeit und Sorge für die Zukunft nicht gleichartig vertheilte Eigenschaften sind, so wäre es ebenso unzweckmäßig wie erfolglos, wenn die Allgemeinheit oder wenn die einzelnen Vergesellschaftungen es versuchten, das Sparen für Alle vollständig durchzuführen. Sie haben in diesem Punkte nur so weit zu gehen, als es ihre, des Staates und der Assoziationen, eigene Interessen erheischen, und es gänzlich zu unterlassen, für den Einzelnen jene Sorgen zu übernehmen, die über den Rahmen des bei Allen selbstverständlichen und gemeinsamen Interesses hinausgehen. Versuchen sie dies, so würden sie dem einen Individuum Entbehrungen auferlegen, ohne ihm einen seinen Neigungen und Bedürfnissen zusagenden Ersatz für die Zukunft bieten zu können, dem andern hinwieder einen ganz unerwünschten gegenwärtigen Konsum aufnöthigen, ohne ihm für die Zukunft dasjenige zu sichern, was seinen Wünschen und Anlagen entspricht. Die soziale Gesellschaft wird voraussichtlich allerdings aus prinzipiellen und praktischen Gründen die Sorge für die Zukunft den Schultern des Einzelnen bis zu einem gewissen Grade abnehmen und Jedermann die Möglichkeit der Existenz unter allen Umständen gewährleisten können und müssen; ebenso aber wird es prinzipiell

und praktisch nothwendig sein, auch der wirthschaftlichen Vorsorge des Einzelnen breiten Spielraum zu lassen. Der Gesammteffekt dieser konkurrirenden kapitalisirenden Thätigkeit von Staat, Assoziation und Individuum wird jedenfalls sein, daß es der sozialen Gesellschaft trotz oder vielmehr gerade wegen des jedem Arbeitenden gesicherten hohen Ertrages seines Fleißes unmöglich an den Kapitalien fehlen kann, die zu fortlaufend steigender Befruchtung der Arbeit unerläßlich sind.

Bedeutsamer scheint die umgekehrte Frage, ob die Fähigkeit des Sparens in Verbindung mit der fortschreitend wachsenden Produktivität der Arbeit nicht auch in der sozialen Gesellschaft endlich zu dem umgekehrten Mißverhältniß zwischen Produktion und Konsum, zwischen Kapitalansammlung und Kapitalbedarf, nämlich zur Ueberproduktion mit allen Folgeübeln führen wird. Wir haben die Nothwendigkeiten der sozialen Evolution daraus abgeleitet, daß die moderne Wirthschaftsordnung, bei einem gewissen Punkte der menschlichen Produktivität angelangt, zu einem Kulturhinderniß wird, und diese kulturfeindliche Seite der Ausbeutung haben wir hauptsächlich darin nachgewiesen, daß durch sie das Gleichgewicht zwischen Konsumtions- und Produktionsfähigkeit gestört und dem entsprechend eine stetig wachsende Summe von Arbeitskraft lahmgelegt wird. Wie nun, wenn gerade dieses Uebel auch der sozialen Wirthschaftsmethode anhaftete? Derzeit und vielleicht noch für eine Reihe von Jahrhunderten ist allerdings nicht anzunehmen, daß die Massen, auch wenn ihnen der volle Ertrag ihrer Arbeit zugemessen wird, denselben nicht zu verbrauchen vermöchten. Gerade die im Gefolge der freien Vergesellschaftung nachgewiesene stetige Zunahme der Produktivität könnte aber doch möglicherweise dahin führen, daß Produktionsüberschüsse entstehen, für welche die Verwendung fehlt. Wäre mit der Wiederkehr der für überwunden gehaltenen

Produktionskrisen nicht auch die Gefahr vorhanden, daß schließlich die gesammte soziale Ordnung darüber in die Brüche gehen müßte?

Denn in einer Gesellschaft, in welcher Jedermann arbeiten kann, was und wo ihm beliebt, würde auch jenes allerdings barbarische, aber immerhin wirksame Gegenmittel der Ueberproduktion, nämlich die Entlassung von Arbeitern, unpraktikabel sein, und es ließe sich schlechterdings nicht absehen, was mit überschüssiger, unverwendbarer Arbeitskraft vollkommen freier und gleichberechtigter Arbeiter zu machen sei. Man könnte sich zwar auch dieser Besorgniß gegenüber mit der Antwort behelfen, daß die Lösung dieses Problems füglich jenen zukünftigen Geschlechtern überlassen werden dürfe, vor denen dasselbe dermaleinst auftauchen sollte; es läßt sich aber heute schon zeigen, daß diese Besorgniß, die Angst vor dem Ueberflusse in einer Gesellschaft, die den Erzeugern des Ueberflusses auch den Genuß desselben überläßt, ganz gegenstandslos ist. Die moderne Gesellschaftsordnung allerdings steht dem furchtbaren Paradoxon gegenüber, daß Noth und Elend aus dem Ueberfluß entstehen, aber das ist eben nur möglich, weil der Arbeitsertrag nicht dem Arbeitenden gehört. Wo letzterer zugleich über Produktion und Produkt zu verfügen hat, ist die Konsequenz der Krisis, daß der Besitzer des unverwerthbaren Ueberflusses seine Arbeit entsprechend einschränkt, denn die Arbeit ist ja kein Vergnügen, sondern eine Plage, und es plagt sich Niemand, sobald er kein Verlangen nach den Ergebnissen seiner Mühewaltung hat. Das ist so einfach und selbstverständlich, daß der ganze Gegenstand damit als abgethan betrachtet werden könnte, wenn das Problem der Kapitalbildung die Sache nicht einigermaßen verwickelt gestaltete. Es sei allerdings richtig, so könnte man einwenden, daß das Gleichgewicht zwischen Gebrauch und Produktion im

Zuſtande wirthſchaftlicher Gleichberechtigung ſich ohne nachtheilige Folgewirkung für die nicht mit Ueberfluß Bedachten herſtellen müſſe; aber der Gebrauch ſei zweifacher Art: unmittelbarer Verzehr und Aufſtapelung für die Zukunft, welch letztere die Form der Kapitalbildung, das iſt der Beſchaffung von Arbeitsinſtrumenten und Produktionsbehelfen jeglicher Art, annimmt. Nun würde allerdings kein eigenberechtigter freier Arbeiter die Produktion über das Maß deſſen ausdehnen, was er zu Zwecken des unmittelbaren Konſums und der Kapitaliſation gebraucht; wohl aber iſt es möglich, daß er letzterem Zweck größere Beträge wird zuwenden wollen, als zur Inganghaltung der laufenden Produktion erforderlich, und dann träte doch ein Mißverhältniß zwiſchen Kapitalanſammlung und Produktion ein, die Erſparniſſe würden unverwendbar, und die Produktion hätte ihre Grenze gefunden, nicht weil der Ertrag überhaupt unkonſumirbar iſt, ſondern weil es unmöglich wird, ihn zu jenen Zwecken zu verwenden, welchen ihn die Produzenten zuführen wollen. Das iſt nun allerdings nicht blos möglich, es kann vielmehr mit größter Wahrſcheinlichkeit darauf gerechnet werden, daß auch in der ſozialen Geſellſchaft aus ſolchem Grunde von Zeit zu Zeit Produktionskriſen eintreten werden. Eine Gefahr für den Beſtand und die Dauer der ſozialen Ordnung kann aber aus ſolchen Kriſen nicht entſtehen. Daß eine freie, den Geſetzen der Konkurrenz unterworfene und ausſchließlich durch dieſe geregelte Wirthſchaft ohne Störungen des Verhältniſſes zwiſchen Angebot und Nachfrage, ohne Preisfluktuationen und in deren Gefolge eintretende Schwankungen der Produktion möglich ſei, wurde nirgends behauptet. Es liegt im Weſen der freien Konkurrenz, die Ordnung aus einer Summe von Willkürlichkeiten, alſo von Irrthümern zu abſtrahiren. Allein das beweiſt nur, daß auch die ſoziale Wirthſchaftsordnung,

wie Alles unter der Sonne, von absoluter Vollkommenheit weit entfernt ist, nicht aber, daß sie unmöglich ist, daß die hiemit zugegebenen Unvollkommenheiten zu ihrer Auflösung führen müßten. Ebenso unrichtig ist es, aus dem Zugeständniß, daß Ueberproduktion und Krisis auch in der sozialen Gesellschaft vorkommen werden, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß diese Uebel dort von derselben Wirkung begleitet sein müßten, wie derzeit in der modernen Gesellschaft. Denn nicht darin, daß unverwerthbare und also der Vernichtung preisgegebene Güter produzirt, daß Arbeit und Kapital vergeudet werden, liegt das eigentliche Unheil der Ueberproduktion, nicht das ist es, was als kulturfeindliche und deshalb zu Selbstvernichtung führende Konsequenz der Ausbeutung nachgewiesen wurde. Die abendländischen Kulturnationen wären heute schon reich genug, um von Zeit zu Zeit einen solchen Aderlaß ohne Schaden zu ertragen. Verderblich und dem Kulturfortschritte hinderlich werden diese Verluste erst dadurch, daß in ihrem Gefolge eine stetig wachsende Zahl arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen zu Arbeitslosigkeit und Elend verurtheilt wird. Diese Folgewirkung aber können Krisis und Ueberproduktion blos in einer ausbeuterischen Gesellschaft haben: denn nur wo es von den Bedürfnissen derjenigen, die Ueberfluß besitzen, abhängt, ob die Darbenden arbeiten sollen, ist es möglich, daß die Einen hungern müssen, weil die Andern übersättigt sind. In einer Gesellschaft wirthschaftlich Gleichberechtigter wird der Uebersättigte und nicht der Hungernde zu arbeiten aufhören, die Unmöglichkeit der fruchtbringenden Anlegung von Kapitalien wird zu einem Rückgang der Produktion oder zu einer Steigerung des unmittelbaren Konsums führen, aber immer werden jene Arbeitenden sich zu einem dieser beiden Auskunftsmittel entschließen müssen, welche zu viel oder zu erfolgreich gearbeitet haben, und nicht diejenigen,

welche zu wenig produziren. Damit iſt keineswegs geſagt, daß die Steigerung des unmittelbaren Konſums oder die Reduktion der Arbeit ſich überall oder auch nur in der Mehrzahl der Fälle ohne kriſenhafte Erſchütterungen vollziehen dürfte, oder daß jedes einzelne Individuum, ja ſelbſt jede einzelne Produktionsbranche vor der Kriſis vollkommen bewahrt bleiben muß, ſofern ſie nur ſelber nicht mehr produziren, als ſie verbrauchen wollen und können. Gar mancher Arbeitende wird durch die Kriſis vorübergehend geſchädigt werden, auch wenn er perſönlich bei dem Verſuche, mehr zu erſparen, als dem Kapitalbedürfniſſe zur Inganghaltung der Produktion entſpricht, gar nicht betheiligt iſt; das kann Fallimente, Erſchütterungen der unangenehmſten Art im Gefolge haben: niemals aber kann daraus im Zuſtande ſozialer Gleichberechtigung für irgend ein arbeitsfähiges Individuum die dauernde Unmöglichkeit folgen, ſich durch Arbeit ein der durchſchnittlichen Produktivität entſprechendes Einkommen zu verſchaffen. Es iſt eine Konſequenz der freien Berufs- und Arbeitswahl, daß weder partielle noch allgemeine Ueberproduktion ſich unter ihrem Walten als dauernder Zuſtand der Dinge etabliren kann. Wo der Arbeitende das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt beſitzt, muß die Unverwerthbarkeit von Erſparniſſen, ſowie ſie einmal in der Kriſis zum Ausdruck gelangt iſt, unmittelbar zur Steigerung des Konſums oder zur Einſchränkung der Arbeitszeit, jedenfalls alſo zu einer Vermehrung der Genüſſe führen. Steigende Produktivität wird alſo allerdings auch bei ſozialer Wirthſchaft vorübergehende Kriſen, niemals aber ein dauerndes Uebel hervorrufen. Käme es im ausbeuteriſchen Staate dahin, daß die Produktivität um das tauſendfache über das Exiſtenzminimum hinaus wächſt, ſo würde das (wenn man von der auf Luxus und Kapitaliſation entfallenden Ertragsquote abſieht)

bedeuten, daß von je tausend Menschen blos einer produktiv beschäftigt werden kann; in der sozialen Gesellschaft hätte das nämliche Wachsthum der Produktivität zur Folge, daß das Individuum tausendfach so viel genießen könnte als früher, oder daß es bei 2-, 5-, 10fach geringerer Arbeitsleistung immer noch das 500-, 200- oder 100fache des Existenzminimums genösse. Steigende Produktivität hat also dort zunehmende Proletarisirung, hier für alle Fälle zunehmendes Wohlbefinden zur Folge; daß diese Entwickelung sich nicht für jeden Einzelnen in ununterbrochen aufsteigender Linie, sondern in einer zeitweilig durch Niedergang und Krisis unterbrochenen Kurve bewegt, hat ebensowenig zu sagen, wie es als Beweis für die soziale Vortrefflichkeit der ausbeuterischen Wirthschaftsordnung geltend gemacht werden kann, daß es auch unter deren Herrschaft Epochen abnehmender Proletarisirung giebt.

Viertes Kapitel.

Werth und Einkommen im sozialen Staate.

Der Ertrag der Arbeit soll im sozialen Staate durchaus dem jeweiligen Stande der Produktivität entsprechen, der Arbeitslohn aber nicht blos so hoch sein, wie derzeit Arbeitslohn, Unternehmungsgewinn und Grundrente zusammengenommen, sondern darüber hinaus noch um jenen Betrag wachsen, welcher im Zustande der Ausbeutung die Differenz zwischen potenzieller und thatsächlicher Produktion darstellt. Es erscheint dies nach der einen Seite sehr klar und selbstverständlich: denn wenn jeder Arbeitende, jederzeit mit den vollkommensten Werkzeugen ausgerüstet, seine Produktivkraft zu

verwerthen und Niemand ihn im ungeschmälerten Genusse seiner Produktion zu hindern vermag, so müssen sich nothwendigerweise Produktivität, Produktion und Lohn der Arbeit decken. Vertieft man sich jedoch etwas eingehender in den Gegenstand, so ergeben sich mancherlei Unklarheiten, die einer nähern Aufklärung dringend bedürfen. Es ist nämlich offenbar, daß der Tauschwerth ebensowenig wie der in Geld ausgedrückte Preis der Produkte sich durch die Verbesserung der Produktionsmethode erhöhen läßt. Wenn im Zustande der Ausbeutung die Produktion eines Landes mit einer Milliarde Gulden, Mark oder Pfd. Sterling bewerthet war, so wird sich durch den Wegfall der Ausbeutung diese Milliarde allerdings gleichmäßig unter die Produzenten vertheilen, aber über die Milliarde hinaus braucht der Werth der Produktion deshalb noch nicht zu steigen, dieselbe mag sich immerhin nach quale und quantum in Folge des zwischen Produktivität und thatsächlicher Produktion hergestellten Gleichgewichtes verzehnfacht haben. Denn der letzte Maßstab des Werthes ist menschliche Arbeit, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob sie mehr oder minder produktiv aufgewendet wird. Dieses scheinbare Paradoxon erklärt sich aus dem im Werthbegriffe selber enthaltenen innern Widerspruche. Weil nämlich der Arbeitstag die Wertheinheit ist, und steigende Produktivität die Zahl der Arbeitstage nicht vermehrt, sondern nur in ihrem Effekte potenzirt, so gelangt die Werththeorie zu der Ungeheuerlichkeit, daß Werth und Reichthum nicht von der Menge der verfügbaren Güter, sondern vom Arbeitsaufwande abhängen, der an ihre Hervorbringung gewendet werden mußte. Ein Volk, welches mit dem nämlichen Arbeitsaufwande die zehnfache Gütermenge produzirt, gelangt damit zwar in den Besitz vermehrter Gebrauchswerthe, an sich betrachtet aber noch nicht vermehrter Tauschwerthe. Und da man unter Werth im all-

gemeinen blos den Tauschwerth versteht, so folgt daraus in abstracto, daß man erhöhte Werthe besitzen und dabei stets wachsenden Entbehrungen ausgesetzt sein kann, wenn nämlich der Arbeitsaufwand wächst, die Produktivität der Arbeit jedoch abnimmt, und umgekehrt keine höhern Werthe zu besitzen braucht, auch wenn sich die Summe der Genüsse verzehnfacht hat, wenn nämlich bei unverändertem oder sinkendem Arbeitsaufwande die Produktivität der Arbeit gewachsen ist. Ricardo, der schärfste und konsequenteste Denker unter den Nationalökonomen der klassischen Schule, formulirt dieses Paradoxon klar und bestimmt in dem Satze, daß der Reichthum der Nationen unabhängig von der Summe der wirthschaftlichen Güter sei, über welche sie verfügen.

Auch diese Werththeorie darf natürlich nicht dahin verstanden werden, als ob irgend eine konkrete Sache dadurch an Werth gewinnen oder verlieren könne, daß zu ihrer Hervorbringung größerer oder geringerer Arbeitsaufwand erforderlich war; denn nicht jeder beliebige individuelle Arbeitsaufwand, sondern jener ist der Werthmaßstab, welcher an die Hervorbringung des letzten, unter den ungünstigsten Bedingungen erzeugten, zur Deckung des vollen Bedarfes aber noch immer erforderlichen Quantums der bestimmten Waare gewendet werden mußte. Ob ein Quantum Korn, Tuch oder Gold bei gleicher Güte in einem oder in zehn Tagen produzirt wurde, ist ganz gleichgiltig; wenn der Konsum von Korn, Tuch oder Gold erst gedeckt ist, sofern auch jene Produzenten in ihrer Erzeugung fortfahren, welche an die Hervorbringung der fraglichen Quantitäten je zehn Arbeitstage wenden müssen, so wird alles Korn, Tuch und Gold so bewerthet, als ob es unter diesen ungünstigsten Produktionsbedingungen erzeugt wäre, und *danach*, nicht nach den Produktionskosten der unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Erzeuger richten

sich Preis und Tauschwerth. Aber auch daraus folgt, daß steigende Produktivität den Tauschwerth der Erzeugnisse nicht zu erhöhen vermag; sie wird, sofern sie sich nicht gleichmäßig auf alle Arbeitsgebiete erstreckt, das gegenseitige Werthverhältniß der Güter verschieben, bei gleichbleibendem Arbeitsaufwande aber niemals die Gesammtsumme des Werthes erhöhen. Denn wenn überall beim nämlichen Arbeitsaufwande das Zehnfache produzirt wird, so hat sich allerdings die Summe der Produktion verzehnfacht, aber auch der Maßstab, nach welchem sich der Werth beziffert, ist zehnfach größer geworden; und da der Gesammtwerth nichts anderes ist als der Quotient der Gesammtproduktion, dividirt durch den Ertrag dieses werthbestimmenden ungünstigsten Arbeitstages, so muß, weil Dividend und Divisor gleichmäßig gewachsen sind, das Resultat der Rechnung immer das nämliche bleiben.

Doch wenn man genauer zusieht, so hat man es hier eigentlich doch nur mit einer Tautologie zu thun. Das scheinbare Paradoxon sagt nichts anderes, als daß eine unveränderte Zahl von Arbeitstagen sich selber gleich sein muß, und wenn nun gezeigt wird, daß dieser Arbeitstag gerade nach jener Seite hin, die für den Werthbegriff in Betracht kommen soll, nämlich in seinem Effekte, eine veränderliche Größe ist, so folgt daraus nichts anderes, als eben das eine, daß dieser Werthbegriff durchaus unbrauchbar ist, wenn es sich um die Bestimmung des wahren Reichthums handelt. Es ist dasselbe, als ob man den Preis nach einer Münze berechnen wollte, deren Metallgehalt wandelbar ist, die heute mit einem Gramm, morgen vielleicht mit zehn Gramm Gold ausgeprägt wird, oder als ob man zu Längenmessungen einen Meter verwenden wollte, der heute 3 Fuß, morgen 30 Fuß lang ist. Die Wahrheit ist, daß es einen Maßstab für den Werth überhaupt gar nicht giebt; denn der Gebrauchswerth, der eigentliche und

letzte reelle Hintergrund allen Werthes, ist seinem innersten Wesen nach nicht zu fixiren und nicht zu messen, weil er es mit subjektiven Empfindungen, mit der Intensität des Gefühles der Bedürfnißbefriedigung zu thun hat und folglich in greifbare Theile gar nicht zerlegt werden kann; der Tauschwerth dagegen, welcher auf der aus der Erfahrung entnommenen Vergleichung des Werthes verschiedener Gebrauchsgüter beruht, repräsentirt niemals eine genau fixirbare, gleichbleibende Summe von Gebrauchswerthen. Zum Messen gehört eine unter allen Umständen unveränderliche Maßeinheit, und eine solche existirt in Bezug auf den Werth nicht. Wir können Länge, Rauminhalt und Gewicht der Körper messen, weil wir Längen- und Hohlmaße und Gewichte zu konstruiren vermögen, deren Ausdehnung und Schwere unter allen Umständen die nämliche bleibt; wir haben aber bisher kein Gut, weder körperlicher noch ideeller Art gefunden, welches unter allen Umständen gleich werthvoll wäre, und deshalb gelten alle Werthmessungen streng genommen nur unter bestimmten Voraussetzungen. Der Werth des Goldes wechselt je nach seiner Menge und der Leichtigkeit seiner Erzeugung im Verhältniß zur Menge und zu den Produktionsbedingungen der andern Güter, und ebenso wechselt der Werth des Arbeitstages, je nachdem sich sein Verhältniß zum quale und quantum aller wirthschaftlichen Güter ändert.

Die Erkenntniß, daß sich der Tauschwerth der Produktion in Folge der sozialen Wirthschaftsmethode nicht erhöhen kann, hat also mit den uns beschäftigenden Problemen nichts zu thun. Sie lehrt nur, was ohnehin bekannt ist, daß nämlich nicht die Zahl, sondern nur der Nutzeffekt der Arbeitstage sich vermehrt hat.

Ob sich in Folge der allgemeinen Steigerung der Produktivität der Geldwerth der Produktion erhöhen wird, ist

eine Frage, deren Beantwortung zunächst davon abhängt, ob in Folge der mit der sozialen Wirthschaftsmethode verbundenen Verschiebung der Produktivität einzelner Arbeitsgebiete eine gesteigerte Edelmetallgewinnung zu gewärtigen ist oder nicht. Eine solche wird nun allerdings unweigerlich eintreten. Die wachsende Produktivität der Arbeit und die damit Hand in Hand gehende allgemeine Erhöhung des Konsums wird sicherlich bei der Edelmetallproduktion keine Ausnahme machen. Der Effekt der Arbeitsemanzipation wird ja darin bestehen, daß menschliche Arbeitskraft überall mit verbesserten Instrumenten ausgerüstet werden muß. Nun wird Edelmetall allerdings auch derzeit schon, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, überall im großen und unter Benützung eines sehr vollendeten Maschinenbetriebes gewonnen; nichtsdestoweniger wird auch hier eine namhafte Produktionssteigerung nicht ausbleiben, da einerseits der im allgemeinen gestiegene Gebrauchswerth der menschlichen Arbeitskraft zu ebenso allgemeinen ferneren Verbesserungen im Maschinenwesen führen muß, und andererseits nicht anzunehmen ist, daß die bisher in ganz unproduktiven Zwergbetrieben verzettelten immensen Arbeitskräfte auch nach erfolgter Ausrüstung und Organisation zu höchstentwickelten Kulturmethoden sämmtlich in den bisherigen Berufen Verwendung finden können. Um mit dem wichtigsten zu beginnen, ist es ganz selbstverständlich, daß die zahllosen landwirthschaftlichen Kleinhäusler und die mit primitivsten Werkzeugen arbeitenden ländlichen Taglöhner nicht allesammt bei der Bodenkultur verharren können, wenn dort eine mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgestattete Wirthschaft platzgreift. Aehnliches gilt von den meisten Handwerken, in denen derzeit ebenfalls eine Unsumme von Arbeitskraft vertrödelt wird und deren Produktion außer Verhältniß zu dem Bedarf treten muß, wenn Arbeitstheilung und Maschinenbetrieb sich

ihrer bemächtigen. Man wird ganz gewiß unendlich mehr und besseres Schuhwerk gebrauchen als heutzutage, wenn das Gesammtvolk aus Wohlhabenden besteht, die jederzeit ganze und elegante Schuhe tragen wollen; da aber die große Menge der handwerksmäßigen Schuhmacher, die heute allerdings nur einen geringen Bruchtheil der Bevölkerung mit nothdürftigem Schuhwerk versorgt, mit Kraft- und Werkzeugmaschinen ausgerüstet, voraussichtlich unendlich mehr Schuhe erzeugen würde, als selbst beim größten Luxus aufgebraucht werden könnten, so wird trotz des riesig wachsenden Konsums die Zahl der Schuhwaarenarbeiter doch eine namhafte Reduktion erfahren, und ein Theil wird in jenen Arbeitszweigen Unterkunft suchen müssen, deren Erzeugnissen sich der nach Menge und Art so radikal veränderte Verbrauch hinkünftig zuwenden wird. Gebrauchsartikel, die in einer ausbeuterischen Gesellschaft nur für eine verschwindende Minderzahl von Menschen überhaupt vorhanden waren, werden Gegenstand eines Massenkonsums werden und die anderwärts frei gewordenen Arbeitskräfte absorbiren. Die Nachfrage nach Büchern und Musikalien, nach feinern Speisen und Getränken, nach allen Artikeln des Komforts wird sich vertausendfachen und verzehntausendfachen. Ebenso aber müssen alle jene Güter, die auch heute schon im großen erzeugt werden, und deren Produktionssteigerung daher bei gleichbleibendem Arbeitsaufwande hinter der allgemeinen Steigerung der Produktivität zurückbliebe, einen Zufluß von Arbeitskraft beanspruchen, so daß unter dem Zusammenwirken dieser beiden Faktoren, nämlich der Verbesserung des innern Betriebes und der Migration von Arbeitskraft aus den in ihrer Produktivität unverhältnißmäßig wachsenden in die verhältnißmäßig zurückbleibenden Produktionen, die Quantität der erzeugten Güter überall zunehmen muß. Es wird folglich auch die Edelmetallausbeute steigen, d. h. die zirkulirende

Geldmenge wird sich vermehren, und damit ist die ziffermäßige Erhöhung des Geldwerthes der Gesammtproduktion ganz von selbst gegeben. Aber auch mit dieser Erkenntniß ist die Frage noch nicht endgiltig gelöst, um die es sich hier handelt. Daß der Handwerker, dessen Produktivität durch die Ausrüstung mit vollendetsten Werkzeugen so gewaltig gewachsen ist, nicht blos den ehemals der Ausbeutung verfallenen Theil der Produktion, sondern auch die Differenz, die bisher zwischen potenzieller und thatsächlicher Produktion bestand, gewinnen muß, ist einleuchtend. Der Schuhwaarenarbeiter, der zehnmal mehr Schuhe erzeugt, profitirt nicht blos den ehemals auf Unternehmergewinn und Grundrente entfallenden Theilbetrag vom Ertrag des einen Schuhes, sondern auch den Mehrertrag der mehr erzeugten Schuhe. Der Maschinenspinner aber wird nicht wesentlich mehr Garn erzeugen als zuvor; kraft welchen Zusammenhanges soll er nun trotzdem nicht blos den frühern Ausbeutungskoëffizienten, sondern auch die in ganz anderen Arbeitszweigen hervortretende Differenz zwischen Produktivität und ehemaliger thatsächlicher Produktion einheimsen? Der gesteigerte Geldpreis seines Produktes kann diesen Effekt an sich noch nicht herbeiführen, weil ja erstens diese Preissteigerung zwar mit der allgemeinen Zunahme der Produktivität in ursächlichem Zusammenhange steht, mit dieser aber keineswegs gleichen Schritt hält, und weil zweitens eine Preissteigerung für den Verkäufer einer Waare noch kein Vortheil ist, sofern sie ihn nicht in den Stand setzt, aus dem Kaufpreise eine größere Summe von Bedürfnissen zu befriedigen, als zuvor aus dem nominell geringern, aber mit größerer Kaufkraft ausgerüsteten Erlöse. Kurz gesagt, die Preissteigerung kann dem Spinner nur dann Gewinn bringen, wenn Gespinnste ausgiebiger im Preise gestiegen sind als durchschnittlich andere Güter, und an der allgemeinen Steigerung der Produkti-

vität kann der Spinner auf diesem Wege nur dann proportional partizipiren, wenn das Preisniveau der Gespinnste sich über das Preisniveau anderer Güter genau im selben Maße erhebt, in welchem die Steigerung der Produktivität bei Gespinnsten hinter der allgemeinen Produktivitätszunahme zurückgeblieben ist. Das aber ist in der That der Fall und in Wahrheit nichts anderes als die nothwendige Konsequenz der richtig verstandenen Werth- und Preistheorie. Gerade weil der Arbeitstag das Werthmaß ist, müssen Güter, deren Produktion an Leichtigkeit hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurückgeblieben ist, genau und proportional im Tauschwerthe, d. h. im Preise steigen. Wenn früher zum Verspinnen eines Pfundes Wolle so viel Arbeit erforderlich war, wie zur Erzeugung von 5 Pfund Korn oder einem Paar Schuhe, und wenn nunmehr in derselben Arbeitszeit, die ein Pfund Gespinnst ergiebt, 20 Pfund Korn und 10 Paar Schuhe produzirt werden, so muß sich auch der Ertrag der auf Gespinnste, Korn und Schuhwerk gewendeten Arbeit in ein solches Verhältniß setzen, daß nunmehr der Spinner für die auf das eine Pfund verwendete Arbeit statt des früheren Werthäquivalents von 5 Pfund Korn oder einem Paar Schuhen das Werthäquivalent von 20 Pfund Korn oder 10 Paar Schuhen erhält. Ob dies mehr im Wege einer ziffermäßigen Erhöhung des Geldertrages für Gespinnst, oder mehr im Wege einer ziffermäßigen Herabsetzung des Geldertrages für Korn und Schuhe vor sich geht, ist ganz gleichgiltig, denn nicht darauf kommt es an, wie viel Geldstücke im Arbeitsertrage zugezählt werden, sondern darauf, welches Ausmaß von Bedürfnissen mit Hilfe dieses Ertrages befriedigt werden kann.

Die Produzenten erlangen also auf allen Arbeitsgebieten den vollen Gewinn nicht blos aus dem Titel des Aufhörens der Ausbeutung, sondern auch aus jenem des hergestellten

Gleichgewichtes zwischen thatsächlicher und potenzieller Produktion. Ob sie zu einem an Produktivität mehr oder minder gewachsenen Berufe gehören, ist dabei ganz gleichgiltig, denn die in Folge der Produktivitätsverschiebung eintretende Preisverschiebung gleicht in vollkommenster Weise alle Inkongruenzen aus. Wo die Produktivität über den Durchschnitt hinaus zugenommen hat, stellt sich der Gewinn als zwar im Preise gesunkener, aber darüber hinaus im Quantum gewachsener, wo die Produktivität hinter dem Durchschnitt zurückblieb, als zwar nicht im Quantum, wohl aber im Preise gewachsener Produktionsertrag dar; die Resultirende dieser beiden Faktoren — Menge und Preis der Produkte — muß immer gleich sein dem vollen Antheile jedes Arbeitenden an der durch die wirthschaftliche Gerechtigkeit bedingten Zunahme der Gesammtproduktion.

Mit Bezug auf die Vertheilung von Einkommen und Lebensgenuß im sozialen Staate ist die Untersuchung nach zwei entgegengesetzten Seiten zu führen. Es kann einerseits das Bedenken geltend gemacht werden, ob nicht die durch Vergesellschaftung der Arbeit eintretende Nivellirung der Erträge zu einer schablonenhaften Gleichheit ohne Rücksicht auf Fleiß und Tüchtigkeit führen werde, bei welcher dem entsprechend aller Wettbewerb einschlafen und die seichte Mittelmäßigkeit zur Alleinherrschaft gelangen müßte. Andererseits könnte wieder darauf verwiesen werden, daß ja nach dem im ersten Buche dargelegten Entwickelungsgang die Besitzer der großen Vermögen, in erster Linie die Grundeigenthümer, das zuvor im Wege der Ausbeutung Erworbene ungeschmälert behalten sollen, womit, insbesondere nachdem der Daseinskampf seiner grimmigsten Härte beraubt ist, eine für alle Zukunft gesicherte Aristokratie des Reichthums geschaffen würde, deren Bestand in einer auf Gleichberechtigung beruhenden Gesellschaft im höchsten

Grade störend wäre. Diese beiden Bedenken schließen sich keineswegs gegenseitig aus; das erstere hat das zukünftige Loos der heute besitzlosen Massen, das zweite die zukünftige Stellung der derzeitigen Herren der Erde zum Gegenstande, so daß sogar zugegeben werden muß, die beiden Einwürfe würden sich gegenseitig verstärken, wenn sie überhaupt stichhaltig wären. Denn wenn wirklich unter den auf den Ertrag der Arbeit Angewiesenen absolute Gleichheit herrschte, so wäre der Gegensatz zu der durch einstmalige Herrschaft über Natur und Arbeit ausgezeichneten Kaste immer noch mühelos Genießender in ethischer Hinsicht doppelt unerträglich.

Wenden wir uns nun zunächst dem ersten Bedenken zu. Es ist allerdings richtig, daß die Verschiedenheit des Arbeitsertrages mit zunehmender Kultur stetig abnimmt. Je vollkommener die Maschinen sind, deren wir uns bedienen, in desto geringerem Grade giebt persönliche Kraft und Tüchtigkeit den Ausschlag. Versetzen wir uns in den Zustand ursprünglicher Barbarei zurück, wo den Menschen die Werkzeuge gänzlich fehlten, so finden wir, daß höhere oder geringere Tüchtigkeit geradezu über Leben und Tod entschieden: wo der Kräftige, Energische, Findige den Daseinskampf immer noch siegreich bestand, erlag der Schwächling vollständig den feindlichen Elementen. In einem vorgerückteren Zustande der Kultur, wo, wenn auch immerhin noch unvollkommene Werkzeuge den Daseinskampf begünstigten, konnte zwar auch der Untüchtige, sofern er nur eifrig und angestrengt arbeitete, das nackte Leben fristen, aber der Abstand seines Arbeitsertrages von demjenigen des Tüchtigsten war noch immer außerordentlich groß, und auch heute noch kann ein tüchtiger Handwerker, ein Taglöhner, der auf die Kraft seiner Muskeln und nicht auf die der Kraftmaschine angewiesen ist, unter Umständen das Doppelte und mehr leisten, als der minder Tüchtige.

Sowie aber eigentliche Maschinenarbeit in Frage kommt, kann höchstens das Ausmaß des Fleißes, nicht aber das der Kraft und Geschicklichkeit des Menschen den Ausschlag geben. Die Dreschmaschinen und die Spinnmaschinen, der Dampfpflug und der Dampfhammer, sie leisten das nämliche, oder doch nahezu das nämliche, gleichviel ob sie von einem Riesen oder von einem Zwerge bedient werden. Wo also der Ertrag nach Maßgabe der Leistung getheilt wird — und das soll doch bei vergesellschafteter Arbeit der Fall sein —, dort wird thatsächlich der Wettbewerb der körperlichen Tüchtigkeit verschwindend geringen Spielraum haben. Bevor wir jedoch weiter gehen, muß zuvörderst konstatirt werden, daß darin, soweit es wahr ist, durchaus keine Ungerechtigkeit gegen den Tüchtigeren enthalten ist, und daß überdies dieses Verhältniß auch in der modernen Gesellschaft besteht und folglich nicht auf die soziale Reform, sondern auf das Maschinenwesen, auf den technischen Fortschritt zurückzuführen ist. Eine Ungerechtigkeit gegen den Tüchtigeren läge in dieser Nivellirung der Arbeitserträge blos dann, wenn durch die Maschinenkraft sein Vorsprung dem Untüchtigen gegenüber nicht blos relativ, sondern absolut verkleinert würde. Nehmen wir an, daß A als handwerksmäßiger Nagelschmied zweimal soviel Nägel erzeugen würde als B, während er jetzt als Arbeiter in der Nagelfabrik nur um 5 % Nägel mehr zu erzeugen vermag, so ist zu untersuchen, ob die 5 % der Maschinenarbeit nicht zum mindesten die gleiche Anzahl Nägel repräsentiren, wie die 50 % der früheren Handarbeit. Das ist aber ganz gewiß der Fall. A erzeugte früher 2000 Nägel täglich gegen 1000 Stück des B; jetzt erzeugt er vielleicht 100 000 gegen 95 000 des Konkurrenten, der Vorsprung hat sich also trotz der prozentuellen Verminderung absolut verfünffacht. A hat somit keinen geringeren, sondern in Wahrheit größeren Vortheil von der Anwendung

der Maschinenkraft, was auch ganz gerecht genannt werden muß, da er ja der Tüchtigere ist; der Anspruch dagegen, daß die Steigerung seiner Leistungsfähigkeit graduell die nämliche sein müsse, wie der des Schwächlings, hätte blos dann einen Sinn, wenn er von Haus aus einen im Verhältniß zu seiner höheren Tüchtigkeit besseren Anspruch auf die ganze Summe jener Kulturarbeit der Gesammtmenschheit aufweisen könnte, deren Produkt das moderne Maschinenwesen ist. Davon kann aber natürlich keine Rede sein. Die Kulturarbeit, der wir das Maschinenwesen verdanken, ist ein Erbstück, auf welches alle Lebenden, sie mögen tüchtig oder untüchtig sein, vollkommen gleiches Anrecht besitzen. Daß dank dieser Erbschaft der Unterschied persönlicher Leistungsfähigkeit minder schwer in die Wagschale fällt, ist selbstverständlich, aber eine Erscheinung, die, wenn man genauer zusieht, auch im privatrechtlichen Sinne die Konsequenz einer jeden Erbschaft ist. Was würde man wohl dazu sagen, wenn von zwei Söhnen des nämlichen Vaters der eine aus dem Grunde bei gleicher Vertheilung über Ungerechtigkeit klagen würde, weil der Vorsprung, den er kraft höherer persönlicher Tüchtigkeit vor seinem Bruder voraus hat, durch die Erbschaft an Bedeutung verloren hat? Hier würde es Jedermann einleuchten, daß die im Wege steigenden Reichthums herbeigeführte Schmälerung des Effekts persönlicher Vorzüge kein Unrecht ist; Jedermann wird begreifen, daß mit zunehmendem Reichthum die Bedeutung der Körperkraft in den Hintergrund treten muß, und es ist in der That noch Niemand auf den Gedanken gerathen, einen fähigen Reichen deshalb zu bedauern, weil der Reichthum für ihn nicht so nothwendig sei, wie für den Unfähigen.

Mit alle dem ist aber blos die Gleichheit der Leistungsfähigkeit, nicht der Leistungen selber, und auch ersteres blos unter Berücksichtigung der körperlichen Tüchtigkeit zugegeben.

Es besagt das nichts anderes, als daß in einer hochkultivirten Gesellschaft körperliche Tüchtigkeit nicht mehr den Ausschlag im Daseinskampf giebt; Fleiß, Betriebsamkeit und geistige Fähigkeit werden dafür desto ungestörter und wirksamer das menschliche Schicksal beeinflussen. Daß die Organisation vergesellschafteter Arbeit die Unterschiede des in der thatsächlichen Leistung zu Tage tretenden Fleißes wird berücksichtigen müssen, wurde von Anbeginn als selbstverständlich vorausgesetzt, da ja anders der oberste Grundsatz freier Produktion, dahin lautend, daß der Einzelne die Früchte *seines* Fleißes genießen müsse, gar nicht verwirklicht werden kann. Ebenso aber muß gerade die freie Vergesellschaftung bei richtiger Organisation allen geistigen Fähigkeiten den bequemsten und sichersten Boden der Bethätigung bieten. Gelingt es nicht, diese Organisationsform zu finden, bei welcher die jeweilig Fähigsten zur Leitung der Genossen herangezogen werden, so ist die Emanzipation der Arbeit überhaupt ein Unding, denn dann kann vergesellschaftete Arbeit der Unternehmerarbeit gegenüber niemals konkurrenzfähig werden.

Vor allem aber darf man nicht übersehen, daß der Daseinskampf in der sozialen Gesellschaft nicht blos seiner Art, sondern auch seinem Gegenstande nach vom Daseinskampfe in der modernen Gesellschaft radikal verschieden sein muß. Heute kämpfen wir um das Brod, und Sieger ist derjenige, dem es gelingt, auf Kosten seines Rivalen sich und den Seinen das Leben zu sichern. Hinkünftig wird Brod, wie überhaupt des Lebens thierische Nothdurft, gar nicht mehr Gegenstand des Kampfes sein können; um eine Familie zu gründen und solchermaßen seine Art auf die Nachwelt zu retten, dazu wird es keines Ringens und Strebens bedürfen und die Tüchtigkeit im Erwerben kann daher überhaupt kein ausschlaggebendes Kampfmittel mehr sein. Nun wissen wir aber seit Darwin,

daß natürlicher Fortschritt ohne Daseinskampf unmöglich ist, daß es dem Tüchtigeren gegeben sein muß, der Zukunft in irgend einer Weise seinen Stempel aufzudrücken, soll Stillstand und Verfall nicht das Schicksal der ganzen Rasse sein. Welche Form soll also dort, wo auch der Untüchtige sicher sein kann, seine Art in den Nachkommen fortzupflanzen, der Daseinskampf annehmen? Die Antwort versteht sich nach dem bisher Gesagten eigentlich von selbst! Die höhere Form des geistigen Kampfes, des Wettbewerbs um Macht und Einfluß, um Herrschaft über die Zukunft nicht durch die Frucht des eigenen Leibes, sondern durch die Frucht der eigenen Gedanken. Mächtiger als die im Ozean der Menschheit verschwindende Eigenart der persönlichen Nachkommen wirkt auf Schicksal und Eigenart zukünftiger Generationen die Kraft des führenden Geistes; wer seine Mitmenschen zu lenken, ihren Ideenkreis zu bestimmen vermag, der ist's, dessen innerstes Wesen sich der kommenden Generation eingeimpft hat. Und nicht blos den Geistern, auch den Leibern drückt der siegreiche Gedanke seinen Stempel auf. Wer das Erziehungssystem, die Lebensweise eines Volkes zu reformiren vermag, der hat mehr geleistet für Kraft und Mark der kommenden Generation, als wenn er noch so vielen kräftigen Kindern das Leben giebt. Und diese Form des Daseinskampfes, das Ringen um Macht und Einfluß, die Fortpflanzung der Eigenart durch geistige Mittel, wird in der sozialen Gesellschaft zu schrankenloser Bethätigung gelangen. Der streng demokratische Sinn, der als nothwendiges Ergebniß der thatsächlich herrschenden Gleichberechtigung angesehen werden muß, dürfte Bedürfnisse, die lediglich auf Eitelkeit und Ueberhebung beruhen, kaum aufkommen lassen und gerade die strebsamsten Köpfe dürften geringes Gewicht auf deren Befriedigung legen. Es muß bei fortschreitender Produktivität der Arbeit sehr rasch dahin kommen,

daß alle wirklich rationellen Bedürfniſſe ſelbſt eines hochgradig verfeinerten Komforts das ganz ſelbſtverſtändliche Ergebniß mäßiger Durchſchnittsarbeit ſein werden; zudem dürften gerade die edelſten und höchſten der überhaupt erreichbaren Genüſſe von Geſellſchaftswegen geboten und einer weſentlichen Steigerung aus individuellen Mitteln kaum mehr zugänglich ſein. Gleichwie in einer Geſellſchaft, wo öffentliche Theater und Konzerte das Gediegenſte bieten, was Muſik und Schauſpielkunſt zu leiſten vermögen, ſelbſt der Reichſte vernünftigerweiſe nicht daran denken wird, ſich durch Privattheater und Privatkapellen zu ergötzen, ſo muß nothwendigerweiſe, wenn ähnlich von Geſammtheitswegen für die vollkommenſte Befriedigung anderweitiger edler Bedürfniſſe geſorgt wird, die Nothwendigkeit ausnahmsweiſen Reichthums zur Befriedigung einer auf derlei Genüſſe abzielenden Geſchmacksrichtung und damit mehr und mehr die objektive Bedeutung ausnahmsweiſen Reichthums abnehmen.

Als ebenſo ausgemacht kann gelten, daß durch die Verſchiedenheit der Arbeit allein eine Abſtufung in Ehre und Anſehen des Arbeitenden nicht erzeugt werden dürfte. Man behauptet allerdings auch in der modernen Geſellſchaft, daß die Ehre der Arbeit hergeſtellt ſei, und insbeſondere das Chriſtenthum, deſſen Stifter ein Zimmermann war, rühmt ſich, die antike Auffaſſung, nach welcher bekanntlich Arbeit eine Schande iſt, gründlich beſeitigt zu haben. Es kann kaum eine größere Selbſttäuſchung geben; die Arbeit iſt heute noch eine Schande wie vor Jahrtauſenden. Sich von ſeiner Handarbeit zu ernähren, galt im alten Rom oder Griechenland für unwürdig eines *freien* Mannes — wir halten es für unwürdig eines *gebildeten* Mannes, das iſt der ganze Unterſchied. Und ſolange Arbeit Objekt der Ausbeutung bleibt, ſolange ſie demjenigen, der ſie übt, keinen Antheil am Reich-

thum der Welt, sondern blos den Anspruch auf die das thierische Leben fristende Futterration gewährt, so lange kann sich daran im Wesen nichts ändern, gleichviel auf welchem Rechtstitel die Ausbeutung beruht, auf Kauf, Geburt oder sogenanntem freien Vertrag. Die Ehre der Arbeit im Zustande der Ausbeutung ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil sie mit wirklicher, durch keinerlei Abstraktion hinwegzuleugnender Entartung verbunden ist, und zwar mit Entartung moralischer sowohl wie materieller Natur.

In der sozialen Gesellschaft dagegen ist die vollkommene Ehre der Arbeit etwas ganz Selbstverständliches; wo Alles arbeitet, wo Niemand ausbeuten kann und wo, von ausnahmsweiser Fähigkeit abgesehen, jede Arbeit einen gleichen Ertrag liefert, da sind alle jene Motive verschwunden, die uns heute nicht blos nöthigen, die Arbeit im allgemeinen zu mißachten, sondern überdies noch einen Unterschied in der Mißachtung der einzelnen Arbeitszweige zu machen. Die Arbeit wird aufgehört haben gleichbedeutend zu sein mit Ohnmacht, mit Armuth, mit Unwissenheit. Sich von Arbeit befreit, sich und seine Nachkommen hinübergerettet zu haben in die Klasse der arbeitslos Genießenden, wird daher in der sozialen Gesellschaft nicht als ausschlaggebender Erfolg im Daseinskampfe angesehen werden können.

Mit alle dem jedoch ist das Eingangs erwähnte zweite Bedenken, daß nämlich die Nachkommen der ehemaligen großen Kapitalisten inmitten dieser aus Gleichberechtigten und der Hauptsache nach auch aus gleich-Wohlhabenden bestehenden Gesellschaft eine Aristokratie von Drohnen bilden werden, nicht widerlegt. Um diese Besorgniß zu zerstreuen, braucht blos darauf hingewiesen zu werden, daß große Vermögen ohne immobilen Besitz und ohne besondere, auf ihre Erhaltung abzielende Einrichtungen unmöglich von langem Bestand sein

können. Es gilt dies für die moderne Gesellschaft und wird in noch höherem Maße gelten für die soziale, die ja ganz offenbar von dem steten Bestreben geleitet sein wird, diese aus der Vergangenheit übernommenen konzentrirten Vermögen möglichst rasch und vollständig zu atomisiren. Um diesen Zweck zu erreichen, bedarf es durchaus keiner Gewalt. Wo es keine Grundrente und keinen Unternehmergewinn giebt, wo also arbeitsloses Einkommen ausschließlich die Form von Kapitalzins annehmen kann, wird vor allem schon die mit wachsender Produktivität der Arbeit ganz unvermeidlich fortschreitende Ermäßigung des Zinsfußes als stetig wirkende Vermögensreduktion wirken. Daneben laufen periodisch eintretende Kapitalverluste bei Krisen und ähnlichen Anlässen, so daß, wenn man mit diesen beiden Wirkungen die im Wege der Erbtheilung von Generation zu Generation eintretende Zersplitterung kombinirt, leicht ersichtlich ist, wie im Verlaufe weniger Menschenalter kaum mehr deutliche Spuren der ehemaligen Riesenvermögen vorhanden sein können. Im übrigen bleibt es dem Staate unbenommen, durch progressive Erbschafts- und Personal-Einkommensteuer den Auflösungsprozeß zu beschleunigen.

Aus dem vorstehend Ausgeführten soll jedoch keineswegs die Schlußfolgerung gezogen werden, daß in der sozialen Gesellschaft absolute Gleichheit des Einkommens herrschen werde, oder auch nur, daß die Erwerbung weit über das Durchschnittsmaß hinausreichender Einkünfte besonders selten und schwierig werden müßte. Es kann füglich das Gegentheil angenommen werden. Das Bestreben gerade der Tüchtigsten und Fähigsten dürfte, wie erwähnt, nicht so vorwiegend wie in der ausbeuterischen Gesellschaft auf Reichthum und Besitz gerichtet sein; insofern dies aber der Fall sein sollte, muß die ungeheuere Steigerung des Gesammtreichthums fördernd und erleichternd

auch auf diese Erwerbsthätigkeit zurückwirken. Nur wird allerdings ausnahmsweise hohes Einkommen an den Besitz ausnahmsweiser Fähigkeiten geknüpft sein. Daraus, daß ihn der Zufall zum Herrn der Arbeit Anderer macht, wird Niemand Vortheil ziehen können; dagegen wird es verhältnißmäßig weit leichter sein, als in der modernen Gesellschaft, Talent und Geschicklichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Die nämlichen Ursachen, die das Proletariat der Handarbeit überwinden, werden auch das sog. geistige Proletariat hinkünftig zur Unmöglichkeit machen, und zwar nicht blos, weil ja auch der Kopfarbeiter in den jederzeit offen stehenden unterschiedlichen materiellen Produktionszweigen einen Rückhalt für durchschnittliches Einkommen haben wird, sondern hauptsächlich aus dem Grunde, weil die unermeßliche Steigerung und Verallgemeinerung des Reichthums die Entlohnung höherer und seltener Leistungen in einem derzeit unbekannten Maße sichern und steigern wird. Man vergegenwärtige sich beispielsweise die Erwerbsverhältnisse beliebter Künstler, Schriftsteller, Aerzte, Lehrer, in einer Gesellschaft, die durchweg aus Wohlhabenden und Gebildeten besteht, welche allesammt in der Lage und geneigt sind, wahres Verdienst zu würdigen und entsprechend zu bezahlen. Mit dem Elend der materiellen Ueberproduktion muß auch jenes der geistigen verschwinden, denn es beruht auf derselben Grundursache, nämlich auf dem durch das Massenelend niedergehaltenen Konsum. Allerdings ist richtig, daß die Verallgemeinerung höherer Bildung das Angebot geistiger Arbeit ganz außerordentlich steigern muß, und daß hier nicht, wie bei der materiellen Produktion, Konsum und Angebot sich nothwendig decken, sofern nur die Ausbeutung beseitigt ist; aber das hat eben nur zur Folge, daß exzeptioneller Lohn blos für wirklich exzeptionelle Fähigkeiten erzielbar sein wird. Das geistige Mittelgut dürfte der Hauptsache nach auf Erwerb

durch physische Arbeit angewiesen und in den Gebieten der höheren Berufe auf eine Art unentgeltlichen Dilettantismus reduzirt sein; der wirklich fähige Schriftsteller z. B. wird dagegen seinen Leserkreis nach eben so vielen Millionen, wie jetzt nach Tausenden beziffern und damit auch in materieller Beziehung jene gesellschaftliche Rangordnung erobern, die ihm derzeit höchstens moralisch erreichbar ist.

Fünftes Kapitel.

Geld und Kredit im sozialen Staate.

Es dürfte auffallen, daß bei der bisherigen Darlegung überall, wo von Werth und Preis die Rede ist, stillschweigend oder ausdrücklich von der Voraussetzung ausgegangen wurde, daß auch in der sozialen Wirthschaft die Edelmetalle ihre Funktion als Geldstoff behalten sollen. Die meisten Sozialschriftsteller gehen von der entgegengesetzten Ansicht aus, ja einzelne derselben halten das Geld in seiner bisherigen Form geradezu für eine der Haupturſachen des sozialen Unrechts und glauben schon durch dessen Beseitigung allein einen wesentlichen Schritt in der Richtung der Reform anbahnen zu können. Es ist dies jedoch ein ebenso gründlicher Irrthum, wie die bereits im ersten Buche gekennzeichnete Meinung, daß im Kapital oder im Kapitalzinse die Quelle des sozialen Uebels zu suchen sei. Die Wahrheit ist, daß ein soziales Gemeinwesen eines guten Geldes im modernen Sinne des Wortes noch viel weniger entbehren kann, als die moderne Gesellschaft, und daß die Edelmetalle demzufolge ihre Geldfunktion insolange behalten müssen, als nicht etwa ein anderes wirthschaftliches Gut gefunden wird, welches die von einem

guten Gelde geforderten Eigenschaften in höherem Maße besitzt, als sie. Diese Eigenschaften sind bekanntlich: Dauerbarkeit, Bequemlichkeit der Handhabung und möglichste Werthkonstanz. Das Geld ist in Wahrheit nichts anderes als ein Verkehrsinstrument. Es dient erstlich dazu, den Tausch zu verallgemeinern, indem es denselben auch zwischen den Besitzern solcher Güter ermöglicht, die keiner der beiden Tauschenden gebrauchen kann. Wer Korn hintangeben und Eisen erwerben will, müßte warten, bis er einen Verkäufer von Eisen findet, der gerade Korn braucht; das Geld setzt ihn in den Stand, seine Waaren an jeden beliebigen Kornbedürftigen abzusetzen, auch wenn dieser kein Eisen zur Verfügung hat, und das Eisen, dessen er bedarf, von jedem beliebigen Eisenbesitzer einzuhandeln, gleichviel, ob dieser Korn für sein Eisen nehmen will oder nicht. Der Tauschvermittler nun, der solcherart ohne Rücksicht auf den augenblicklichen Bedarf genommen oder gegeben werden soll, muß aber selbstverständlich haltbar sein, da ja sonst die Aufbewahrung bis zum eventuellen Gebrauch mit Gefahr und Verlust verbunden wäre; er muß ferner bequem zu handhaben sein, d. h. leicht in beliebige, dem jeweiligen Gebrauche angepaßte Partikelchen zu theilen sein, und Aufbewahrung sowohl als Handhabung des Tauschinstruments darf weder mit großen Kosten, noch mit großer Beschwerde verknüpft sein. Schließlich aber setzt die Brauchbarkeit zum Zwecke der Aufbewahrung für spätere Tauschvermittlung auch die Werthkonstanz, d. h. die Eigenschaft voraus, im Tauschwerthe den andern Gütern gegenüber möglichst geringen Schwankungen ausgesetzt zu sein. Alle diese Eigenschaften besitzen nun die Edelmetalle in so hohem Grade, daß sie durch keines der bisher bekannten wirthschaftlichen Güter auch nur halbwegs ersetzt werden können. Das Gold läßt sich bequem aufbewahren, ist unzerstörbar, sehr

leicht theilbar und sein verhältnißmäßiger Werth den andern wirthschaftlichen Gütern gegenüber ist zwar nicht absolut konstant, von allen Gütern der Erde aber verhältnißmäßig den geringsten Schwankungen ausgesetzt. Letztere Eigenschaft ist darin begründet, daß das Gold gerade wegen seiner hochgradigen Dauerbarkeit im geschichtlichen Verlaufe zu einem im Verhältniß zur jeweiligen Produktion außerordentlich großen Vorrathe aufgestapelt wurde. Der Werth der meisten andern Güter hängt beinahe vollständig von dem Ausfalle der jeweiligen Produktion ab, weil eben nur deren Ergebniß zur Deckung des Bedarfes verfügbar ist. Der Werth der Körnerfrüchte beispielsweise wird bestimmt durch die jeweilige Ernte, denn der Körnervorrath aus frühern Ernten ist verhältnißmäßig immer nur gering, und beinahe der ganze Bedarf muß daher aus dem einmaligen Ernteausfall befriedigt werden. Die Schwankungen der Goldausbeute von Jahr zu Jahr dagegen beeinflussen die Tauschkraft des Goldes nur höchst unmerklich, denn nicht der Ertrag des einen Jahres, sondern der davon ganz unabhängige, unendlich größere Goldvorrath, das Ergebniß der Ausbeute vieler Jahrhunderte ist es, woraus zur Befriedigung des Bedarfes geschöpft wird.

Man hat unter Berufung auf die Werththeorie, nach welcher menschliche Arbeit das eigentliche letzte Werthmaß aller Güter ist, den Versuch gemacht, den Arbeitstag als Preiseinheit in den Tauschverkehr einzuführen. Diese Idee beruht jedoch auf einer totalen Verkennung der Geldtheorie sowohl wie der Preis- und Werththeorie. Das Arbeitsgeld wäre das denkbar schlechteste von allen, zuvörderst schon deshalb, weil unter allen erdenklichen Werthen der Arbeitstag die relativ geringste Konstanz besitzt. Während die wechselseitige Tauschkraft der meisten andern Güter blos zufälligen Schwankungen ausgesetzt ist, und zum mindesten vermuthet

werden kann, daß diese Schwankungen sich im Laufe der Zeit wieder ausgleichen, ist die Tauschkraft des Arbeitstages allen Arbeitsprodukten gegenüber in unabläßigem Wachsthum begriffen: denn je produktiver die menschliche Arbeit wird, desto größer wird das Güterquantum, welches sich als Aequivalent eines Arbeitstages darstellt. Wer heute ein Pfund Gold besitzt, kann mit einiger Wahrscheinlichkeit vermuthen, daß er auch nach einer längern Reihe von Jahren in diesem Pfunde Gold über annähernd die nämliche Menge unterschiedlicher anderer Güter verfügen wird, wie derzeit; und ebenso kann derjenige, der ein Pfund Gold schuldig geworden ist, mit einiger Beruhigung voraussetzen, daß die Last seiner Schuldenverpflichtung, umgerechnet auf den durchschnittlichen Werth anderer Güter, die nämliche geblieben sein wird. Wer sich dagegen statt auf ein Pfund Gold auf 500 Arbeitstage verpflichtet hätte, der müßte nicht blos besorgen, sondern mit voller Sicherheit darauf rechnen, daß seine Schuldenlast sich fortlaufend umfangreicher gestalten werde, ein Ausblick, der gerade in sozialer Hinsicht wenig Verlockendes hat.

Ein zweites, noch gewichtigeres Bedenken gegen die Brauchbarkeit des Arbeitsgeldes liegt im Folgenden:

Als Geldstoff eignen sich blos fungible Güter; wäre die eine Unze Gold bei gleichem Feingehalte nicht genau soviel werth wie die andere, so könnte schon aus diesem Grunde Gold nicht der Geldstoff sein. Nun ist aber der eine Arbeitstag nicht soviel werth wie der andere, und was das Schlimmste ist, man kann den höhern oder geringern Werth des Arbeitstages blos an seinem Produkte, nimmermehr aber an jenem Scheine erkennen, der, als Bestätigung der geleisteten Arbeit ausgegeben, als Zahlmittel dienen soll. Das Arbeitsgeld ist daher überhaupt nur möglich in Verbindung mit dem krassesten Kommunismus, der das Entgelt der Arbeit nicht nach ihrem

Effekte, ſondern rein mechaniſch nach ihrer Dauer zumißt. Arbeitsgeld kann nur ausgegeben werden, wenn zwiſchen erfolgreicher und erfolgloſer Arbeit kein Unterſchied gemacht wird. Daraus folgt, daß Arbeitsgeld nur möglich iſt, wo nicht freie Konkurrenz, ſondern obrigkeitlicher Zwang die Produktion regelt und wo dann ſelbſtverſtändlich auch die Bedürfnißbefriedigung nicht dem Belieben des Individuums, ſondern der Vorſorge einer Behörde anheim gegeben iſt. Wer ſich vorſtellt, daß ein freier Markt mit Arbeitsgeld überhaupt möglich ſei, der vergißt, daß es auf dem Markte nicht blos Käufer, ſondern auch Verkäufer geben muß, und daß unmöglich die Verkäufer gerade der geſuchten Güter vorhanden ſein können, wenn der Erzeuger auch der ganz überflüſſigen Waare, nach welcher gar kein Bedarf vorhanden iſt, oder welche zu ſchlecht iſt, als daß ſie Jemand ſollte gebrauchen wollen, ſich blos über die Anzahl geleiſteter Arbeitstage auszuweiſen braucht, um den Preis in der entſprechenden Menge von Arbeitsgeld ausgezahlt zu erhalten. Oder ſoll es nicht die Behörde ſein, die dem Produzenten für abgelieferte Waare ſeine Arbeitsmarken einhändigt? Soll der Produzent nicht von vorneherein für abgelieferte Waare auf die entſprechende Menge von Arbeitsgeld Anſpruch haben, ſondern auf den Markt angewieſen ſein und es dort verſuchen, welchen Preis in Arbeitsgeld er für ſein Produkt herauszuſchlagen vermag? In dieſem Falle entſteht die Frage, auf Grund welchen Werthes und von wem das Arbeitsgeld überhaupt ausgegeben werden ſoll, woraus die fernere Frage folgt, in welchem eſſentiellen Zuſammenhange dieſes ſogenannte Arbeitsgeld mit dem Arbeitstage überhaupt noch ſteht. Entweder der Arbeitszettel wird unmittelbar als Gegenwerth für die geleiſtete Arbeit gegeben, oder die emittirten Zettel ſind, ſie mögen welchen Namen immer haben, nichts anderes als ganz gewöhnliches Papiergeld,

dessen Tauschwerth sich schlankweg nach dem Verhältnisse seiner Menge zur Menge der auszutauschenden Güter richtet. Kommunismus oder Assignatenwirthschaft, das sind die zwei Alternativen, zwischen denen das Arbeitsgeld schwankt; ein auf freiem Markt brauchbarer Tauschvermittler kann in demselben niemals gefunden werden.

Gerade die soziale Gesellschaft aber kann eines guten Geldes absolut nicht entrathen. Wichtiger noch als in der modernen Gesellschaft ist hier, daß der Produzent allezeit wisse, ob er mit der Erzeugung der jeweilig höchsten Werthe beschäftigt ist, oder ob er nicht etwa eine Produktion betreibe, nach deren Ergebnissen relativ geringe Nachfrage vorhanden ist. Die Aufklärung hierüber kann nur der Marktpreis des Produktes, bezw. dessen Verhältniß zu den Produktionskosten und zu den Preisen anderer Güter bieten. Daß aber ein solcher Marktpreis nimmermehr in einem Gelde zum Ausdruck gelangen kann, welches nichts anderes anzeigt als die Zahl der an die Produktion gewendeten Arbeitstage, ist selbstverständlich; ebenso wäre auch ein fiduziäres Geld, dessen Tauschkraft rapiden und unkontrolirbaren Schwankungen ausgesetzt ist, nur geeignet, Täuschungen über die jeweilig beste Richtung der Produktion zu nähren. Das Geld des sozialen Staates muß so werthkonstant wie irgend möglich sein, damit im Geldertrage der Produktion der denkbar verläßlichste Maßstab für Wachsthum oder Rückgang des essentiellen Produktionsertrages gegeben sei. Daß die Produktion dieses Geldstoffes einen sehr namhaften Aufwand von Kapital und Arbeitskraft erfordert, ist richtig; falsch aber ist die Meinung, daß dieser Aufwand unproduktiv sei, weil sein Ergebniß — die Edelmetallausbeute — nicht unmittelbar zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient. Auch die Längen- und Hohlmaße, die Gewichte und die Transportmittel dienen nicht unmittel-

bar dem Konsum; trotzdem wird Niemand die an ihre Herstellung gewendete Arbeits- und Kapitalkraft für unfruchtbar vergeudet halten, und ebenso produktiv wie die Verkehrsmittel sind, ist das Geld.

Dagegen ist es höchst wahrscheinlich, daß die soziale Wirthschaftsform mit einem namhaften quantitativen Rückgange des Geldbedarfs verbunden sein wird. Gleichwie auch heute die höher entwickelten Wirthschaften verhältnißmäßig weniger Baarmittel brauchen, als die auf tieferer Stufe verharrenden, weil der Kredit in seinen mannigfaltigen Formen die Funktion des Baargeldes übernommen hat, so wird auch die soziale Entwickelung der Wirthschaft, gerade weil sie nichts anderes ist als ein weiterer und zwar sehr hochgradiger Fortschritt, zu fernerer durchgreifender Ausbildung des Kreditwesens führen. Man kann sich vorstellen, daß die Assoziationen der Zukunft den größten Theil ihrer Geschäfte durch ein wechselseitiges Clearingsystem abwickeln werden. Ebenso dürfte wahrscheinlich der Personalkredit zu höherer Entfaltung gelangen, und zwar einerseits wegen der mit der sozialen Wirthschaftsordnung verbundenen unendlich größeren Sicherheit der Prosperität jedes ehrlichen wirthschaftlichen Strebens, andererseits als Folge der mit diesem System ebenso nothwendig verknüpften Hebung der geschäftlichen Moral. Wo ehrliche Arbeit sicher zum Ziele führt, kann Betrug und die ganze Serie eigenthumsgefährlicher Verbrechen nur höchst ausnahmsweise vorkommen.

Hohe Entwickelung der Kreditwirthschaft und damit Hand in Hand gehende relative Verminderung des Baargeldbedarfes ist aber von wesentlichem Einflusse auf den Geldwerth. Je geringer der Bedarf an Zirkulationsmitteln ist, auf desto ergiebigere Fundorte kann die Edelmetallproduktion eingeschränkt werden, und desto mehr muß die relative Tauschkraft des

Geldes sinken. Ob diese auf Verminderung des Geldwerthes, d. h. also auf steigende Preise abzielenden Einflüsse genügen werden, um jene Tendenz durchschnittlicher Preisermäßigung zu paralysiren, die mit der auf zahlreichen Arbeitsgebieten zu gewärtigenden enormen Steigerung der Produktivität verbunden sein muß, läßt sich selbstverständlich auch nicht annähernd beurtheilen. Gar so ausgemacht ist es jedoch nach dem oben Entwickelten auf keinen Fall, ob die als Folgewirkung der sozialen Reform eintretende Ertragssteigerung aller Arbeitszweige nicht in Form proportional auch im Geldwerthe gestiegener Einkommen zu Tage treten wird.

Sechstes Kapitel.

Die Staatsthätigkeit.

Unbeschadet des in der sozialen Gesellschaft zur höchsten Bethätigung gelangenden Prinzipes der freien Selbstbestimmung und der individuellen Verantwortlichkeit ist zu erwarten, daß der wirthschaftliche Einfluß des Staates wie der Kommune sich umfangreicher und intensiver gestalten wird als in der modernen Gesellschaft. Es ist dies nicht so zu verstehen, als ob Staat oder Gesellschaft das Individuum wirthschaftlich zu bevormunden suchen würden; Jedermann wird arbeiten, was, wo und wann ihm beliebt, und der Grundsatz, daß Eigennutz der beste Leitstern der Produktion sei, wird ausnahmslos Geltung haben in einem Gemeinwesen, in welchem Widerstreit des Einzelinteresses mit dem Gesammtinteresse aus dem Grunde unmöglich ist, weil ja der Eigennutz nicht wie in der modernen Gesellschaft auf Ausbeutung und Verdrängung des Konkurrenten, also nicht auf den Eingriff in fremde Rechts-

sphären, sondern lediglich auf den Gebrauch der eigenen Kraft gerichtet sein wird. Aber das schließt nicht aus, daß die eigenberechtigten Individuen, gleichwie sie durch den Vortheil der Arbeitstheilung veranlaßt werden, sich zu assoziiren, gewisse wirthschaftliche Funktionen, die ihrem innersten Wesen nach am besten und vortheilhaftesten durch die Gesammtheit ausgeübt werden können, dieser überlassen. Es ist auch nicht schwer, diese Funktionen zu definiren: sie werden sich auf jene Arbeitsgebiete erstrecken, in denen keine Tausch-, sondern Gebrauchswerthe produzirt werden. Eine Straße, ein Kanal, ein Bahnbau kann von höchstem wirthschaftlichen Nutzen sein, ohne daß erforderlich oder auch nur überall möglich wäre, diesen Nutzen, diesen Gebrauchswerth im Wege des Kaufs oder der Miethe vom Konsumenten bezahlen zu lassen. Allerdings gelingt letzteres, zum mindesten theilweise, in zahlreichen Fällen, es ist aber jederzeit mit wirthschaftlichen Nachtheilen schwerwiegender Art verbunden, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Nach der einen Seite läuft man Gefahr, den Gebrauchswerth wesentlich zu schmälern, wenn man seine Umwandlung in Tauschwerthe erzwingen will, da es in der Natur dieser nicht unmittelbar konsumirbaren Werthe liegt, daß sie häufig selbst von demjenigen nicht gebraucht werden, dem sie einen den Kauf- oder Miethpreis weitaus überwiegenden Nutzen brächten, wenn er diesen ziffermäßig schwer abschätzbaren Nutzen in klingender Münze bezahlen soll. Eine Landstraße, auf welcher Mauthgebühr entrichtet werden muß, wird oft genug von denen nicht befahren, denen das Aufsuchen schlechter Nebenwege zehnfach größere Kosten verursacht; denn die Mauthgebühr muß baar bezahlt werden, die durch die schlechten Straßen verursachten Unkosten hingegen stellen sich als Abnützung des Zugviehs und Fuhrwerks dar, Schäden, die erst späterhin zu Tage treten und häufig mit der ihnen

zu Grunde liegenden Ursache gar nicht in direkten Zusammenhang gebracht werden.

Nach der andern Seite verleiht das Verfügungsrecht über ein derartiges Gut, dessen Gebrauchswerth den Tauschwerth so unendlich überragt, in der Regel eine wirthschaftliche Macht, die von ihrem Eigner leicht zum großen Schaden der Gesammtheit mißbraucht werden kann. Der moderne Staat aber vermag sich trotzdem nur selten dieser doppelten Gefahr zu entziehen, denn es fehlt ihm in der Regel sowohl die Kraft, als auch, streng genommen, die Berechtigung, diese Funktionen selbst zu übernehmen: die Kraft, weil er nicht immer in der Lage ist, die zu Bewältigung derartiger großer Werke erforderlichen Mittel im eigenen Wirkungskreise aufzubringen; die Berechtigung, weil die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu Lasten der Gesammtheit aufgebracht werden müssen, der Vortheil dagegen nicht der Gesammtheit, sondern blos Einzelnen zugute kommt. Im modernen Staate fehlt eben der Zusammenhang zwischen Produktivität und Arbeitsertrag auf allen Produktionsgebieten; hier kann und soll im Sinne rationeller Finanzpolitik die Gesammtheit daher nur höchst ausnahmsweise als Sparer und als Fruktifizirer des Volkseinkommens funktioniren, hier wird mit Recht als oberster Grundsatz aufgestellt, daß der Staat seinen Angehörigen nicht mehr abverlangen dürfe, als zu Bestreitung seiner fortlaufenden Bedürfnisse unumgänglich nothwendig sei. Mit welchem innern Rechte kann man beispielsweise die Bewohnerschaft eines Landes zu den Kosten einer Flußregulirung heranziehen, von welcher in letzter Linie Niemand als die Besitzer der anliegenden Gründe einen Nutzen zieht? Die Phrase, daß die erhöhten und gesicherten Erträge solcherart gegen Ueberschwemmungsgefahr geschützten Bodens der Allgemeinheit zugute kämen, ist eine grobe Unwahrheit. Es

mag allerdings sein, daß die den Millionen des Volkes auferlegten Lasten geringer sind, als der dadurch den Grundrentnern zugewendete Nutzen, was in vielen Fällen zu ökonomischer und fiskalischer Rechtfertigung derartiger Maßregeln geltend gemacht werden kann; ethisch aber bleiben sie immer eine Ungerechtigkeit, eine Bereicherung des Einen auf Kosten Anderer.

Anders ist es, wo das Interesse Aller an vorgenommenen Verbesserungen das nämliche ist, zumal wo die Beitragspflicht mit dem zu erwartenden Nutzen genau proportional wächst. Um zu ermessen, wie Großartiges ein Gemeinwesen zu leisten vermag, bei welchem diese Voraussetzungen zutreffen, erinnere man sich an die ungeheueren, uns Modernen geradezu unbegreiflichen öffentlichen Werke jener Staaten des Alterthums, in denen das Grundeigenthum demjenigen gehörte, der zugleich das Verfügungsrecht über die Machtmittel des Staates besaß. Die Bewässerungswerke beispielsweise im alten Babylon und Assyrien, oder in einzelnen Theilen Indiens sind so großartiger Natur, daß dagegen Alles, was in den vorgeschrittensten bestkultivirten Staaten der Jetztzeit trotz der vermehrten Hilfsmittel der Technik geleistet wurde, zu einem lächerlichen Nichts zusammenschrumpft. Die Feuchtigkeit der Regenmonate wurde für die heiße Jahreszeit, der Wasserüberfluß der Höhenzüge für die wasserlosen Ebenen aufgespeichert und solcherart zuwege gebracht, daß Tausende und Abertausende von Quadratmeilen, die jetzt trostlose Wüsten sind, eine Gartenkultur mit nie versagender Ernte gestatteten. Das wurde vollbracht, weil der Boden dem Repräsentanten der Allgemeinheit, dem Könige gehörte und weil die mit so ungeheuerem Arbeitsaufwande bewirkte Erhöhung der Grundrente in ihrem Repräsentanten wieder der Allgemeinheit zugute kam. Es scheint gleichsam, als ob sich der Boden seinem

illegitimen Herrn gegenüber spröde verhielte und durchgreifender Hebung seiner Produktivkraft nur von Seiten seines wahren Herrn, der Allgemeinheit nämlich, zugänglich sei. Diese kann mit Fug und Recht eben nur eingreifen, wenn sie wirklich Herrin des Bodens ist, wie es im sozialen Staate zutrifft. Nehmen wir an, es sei möglich, mit einem Aufwande von 1000 Millionen Gulden 1000 Quadratmeilen bis dahin mäßig fruchtbaren Bodens in ein Paradies zu verwandeln, welches fortan hundertfältige Frucht giebt und Mißernten nicht kennt. Im modernen Staat hat die ungeheure Majorität der Bevölkerung kein Interesse an einer solchen Verbesserung. Das Paradies, das sie durch ihre Beiträge schaffen soll, gehört nicht ihr, sondern ein paar Tausend Einzelbesitzern, die den Massen absolut nichts dafür bieten, wenn der Werth ihres Besitzthums verzehnfacht und verhundertfacht wird. Die noch so enorme Steigerung der Grundrente nützt den Arbeitenden auf die Dauer nicht im geringsten: vorübergehend mag die Beflügelung des Unternehmungsgeistes, die leichtere Beschaffung der Lebensbedürfnisse, die Lage Aller verbessern; schließlich aber erhält der Arbeiter doch nur wieder seine Lebensnothdurft. Wenn jedoch im sozialen Staate solcherart die Ertragsfähigkeit des ganzen oder eines Theiles des nationalen Kulturbodens erhöht wird, so partizipiren daran unmittelbar alle Angehörigen des Staates, denn die Steigerung der Ertragsfähigkeit des verbesserten Bodens hat zur Folge, daß sich diesem Arbeitskräfte aus allen Produktionsgebieten zuwenden, und zwar insolange, bis die Erträge sich überall ausgeglichen haben und der durch die Bodenverbesserung erzielte Ertragsüberschuß sich ganz gleichmäßig auf alle Produktionen vertheilt.

Um zu zeigen, in welcher Weise sich diese Ausgleichung vollzieht, soll der ganze Prozeß an einem Beispiele ziffermäßig

durchgeführt werden. Nehmen wir an, daß in einem Lande 2000 Quadratmeilen Kulturboden unter dem Pfluge sind, welche von 100 000 Arbeitern kultivirt werden, die insgesammt einen Reinertrag im Werthe von 200 Millionen Gulden jährlich erzielen. Dabei wird selbstverständlich der schlechtere Boden von weniger Arbeitern besetzt, als der gute, so daß, von geringen Ungleichheiten abgesehen, auf den einzelnen landwirthschaftlichen Arbeiter 2000 Gulden entfallen. Ebenso selbstverständlich ist im sozialen Staate, daß der Durchschnittsertrag der anderen Produktionszweige 2000 Gulden für jeden Arbeiter ergeben wird, da ja andernfalls aus minder ergiebigen Produktionen Arbeitskraft in die Landwirthschaft strömen und dort den Durchschnitt ermäßigen müßte; während bei umgekehrtem Verhältnisse eine Migration der Arbeitskräfte von der Landwirthschaft zur Industrie stattfände, wodurch der Durchschnittsertrag eines ländlichen Arbeiters bis zu erreichtem Gleichgewichte steigen würde. Nun möge sich in Folge großartiger Verbesserungen die Ertragsfähigkeit der einen Hälfte des Kulturbodens verdoppeln, das heißt, es soll jetzt möglich werden, mit der gleichen Arbeitskraft dort zweimal so viel zu erzeugen als zuvor. Das hat eine doppelte Wirkung. Es wird vor allem der Preis der Bodenprodukte sich ändern, ihre Tauschkraft den Industrieerzeugnissen gegenüber wird sinken; zum zweiten aber werden von dem in seiner Ertragsfähigkeit unverändert gebliebenen Boden insolange Arbeiter wegziehen, und auch zwischen dem verbesserten Boden und den Industrien wird insolange ein Austausch von Arbeitskräften stattfinden, bis die Gleichheit des Ertrages überall hergestellt und das Einkommen jedes Produzenten sich genau um den Betrag der erhöhten Bodenproduktivität, bezw. um die davon auf das einzelne Mitglied der Nation entfallende Quote von Genußmitteln erhöht hat. Haben die nunmehr verbesserten 1000 Quadrat-

meilen früher 100 Millionen Zentner Weizen getragen und würden sie jetzt bei gleichem Arbeitsaufwande 200 Millionen Zentner ergeben, so hat sich das Nationaleinkommen um 100 Millionen Zentner Weizen im Jahr, oder um deren Werthäquivalent in andern Produkten (die mit Hilfe der in der erleichterten Bodenproduktion frei werdenden Arbeitskräfte erzeugt werden können) vermehrt, und wenn das fragliche Land von 10 Millionen Arbeitender bewohnt ist, so entfällt auf jeden derselben eine Einkommensvermehrung von 10 Zentner Weizen, oder dem Werthäquivalent derselben in andern Gebrauchsgegenständen.

In ganz analoger Weise partizipirt im sozialen Staate Jedermann ohne Ausnahme an den Vortheilen jeglicher auf welchem Produktionsgebiete immer vorgenommenen Verbesserung, und die Konsequenz dürfte nicht blos sein, daß derartige Investitionen von Staatswegen durchgeführt werden können, ohne daß daraus eine einseitig ungerechte Belastung entstünde; es ist aus diesem Grunde auch höchst wahrscheinlich, daß eine ganze Reihe öffentlicher Funktionen, die jetzt entgeltlich besorgt werden, hinkünftig ganz unentgeltlich auf Kosten der Allgemeinheit durchgeführt werden wird, sofern diese Unentgeltlichkeit der Leistung Voraussetzung intensivster und zugleich wirthschaftlichster Ausnützung der fraglichen Institution ist. Im sozialen Staate wäre es beispielsweise eine nicht blos überflüssige, sondern durchaus schädliche Komplikation, für die Benützung von Straßen, Kanälen, Wasserleitungen, Eisenbahnen und dergleichen, Gebühren einzuheben. Diese Unentgeltlichkeit der Benützung öffentlicher Werke wird blos durch die *eine* Rücksicht einzuschränken sein, daß der Nutzen des Konsumenten unter allen Umständen größer sein muß, als der durch ihn verursachte Kostenaufwand. Das ist nun bei den meisten öffentlichen Werken ganz im allgemeinen von

vornherein selbstverständlich. Bei andern dagegen müßte die absolute Unentgeltlichkeit zu unwirthschaftlicher Vergeudung führen. Bei den Eisenbahnen z. B. wird ein Unterschied zwischen Personen- und Lastentransport zu machen sein. Daß Niemand eine Eisenbahnreise unternehmen wird, blos weil dieselbe unentgeltlich ist, wenn er sich nicht einen, den auf seine Beförderung entfallenden Regieaufwand weitaus übersteigenden Nutzen, oder was das nämliche ist, eine dem entsprechende Annehmlichkeit verspricht, ist selbstverständlich, und es liegt daher unter allen Umständen im öffentlichen Interesse, daß Niemand durch einen noch so geringen Fahrtarif abgehalten werde zu reisen, so oft und so weit es ihm beliebt. Anders ist es bei der Frachtbeförderung; hier ist durchaus nicht von vornherein feststehend, daß jede Waare an ihrem Bestimmungsorte um den Betrag der Traktionsselbstkosten mehr werth sein müsse als am Ursprungsorte; hier ist also nicht jede Transportleistung wirthschaftlich rationell, und da es im öffentlichen Interesse liegt, daß der Transport blos dann stattfinde, wenn die durch ihn bewirkte Wertherhöhung größer ist als der Transportaufwand, so muß Produzent oder Konsument des transportirten Gutes die Frachtkosten decken.

Nach den nämlichen Grundsätzen dürften ganz im allgemeinen diejenigen Kategorien wirthschaftlicher Leistungen gehandhabt werden, die ökonomischer einheitlich von der Gesammtheit, als isolirt von einzelnen noch so großen Unternehmern besorgt werden können, und bei denen es im allgemeinen Interesse liegt, daß Jedermann an ihnen partizipire. Die Rechtfertigung dieser gleichsam kommunistischen Befriedigung gewisser Bedürfnisse liegt gerade im Konkurrenzprinzipe, welches in der sozialen Gesellschaft zur nothwendigen Folge hat, daß jede nicht durch individuelle Tüchtigkeit hervorgerufene Ertragssteigerung allen Produzenten und Konsumenten gleich-

mäßig zum Vortheile gereicht. Es entsteht aber hier die Frage, ob der soziale Staat die wirthschaftliche Eignung und die finanzielle Macht zur Durchführung einer so weit ausgesteckten Aufgabe besitzen wird. Dem modernen Staat wird mit Recht vorgeworfen, daß er in den meisten ökonomischen Beziehungen die Konkurrenz mit den Privatunternehmungen nur schwer aushalten könne, d. h. daß er auf dem Gebiete der Produktion untüchtiger sei als im Durchschnitt der Einzelne. Aus welchen nothwendigen innern Gründen soll sich dies im sozialen Staate ändern?

Die Antwort darauf ist nicht schwer. Der Staat besitzt bei allen seinen Funktionen jenes Maß von Tüchtigkeit, welches der ihn beherrschenden, die Regierungsgewalt ausübenden Menschenklasse durchschnittlich innewohnt. Ein Staat von Kriegern wird das Kriegswesen, ein Staat von Kaufleuten die Handelsgeschäfte vortrefflich verstehen. Einen Staat von Produzenten giebt es jedoch zur Stunde noch nicht. Die Arbeit als solche ist in jedem modernen Staatswesen zur Ohnmacht verurtheilt. Die herrschenden Klassen sind Krieger, Grundrentner, Unternehmer, vielleicht auch Gelehrte; die Arbeit hat nur insofern, als sie Objekt der Ausbeutung ist, einen Platz im Rathe eines jeden Volkes. Es ist selbstverständlich, daß die aus solchen Elementen rekrutirten, von solchen Elementen überwachten Staatslenker von der Produktion überhaupt nichts verstehen, oder sie höchstens ausbeuterisch zu organisiren vermögen. Anders muß dies im sozialen Staate sich gestalten. In diesem dürfte der Einfluß der jeweilig tüchtigsten Lenker freiwillig assoziirter Arbeit im Vordergrunde politischer Macht stehen; die Aufmerksamkeit der gleichberechtigten Bürger eines solchen Staates wird nothwendigerweise in erster Linie auf die Tüchtigkeit der Produktion gelenkt sein, und es kann als selbstverständlich hingestellt werden, daß Staatsmänner und

Politiker, die aus der Schule der freien Assoziation hervorgegangen sind, auch die Kunst verstehen werden, das, was sie im engern Kreise gelernt, auf das größere Gebiet des Staates zu übertragen.

Bleibt zu untersuchen, woher die finanziellen Hilfsmittel zu Bewältigung derartiger Riesenaufgaben genommen werden sollen. Der moderne Staat ist im allgemeinen bestrebt, sich die Verzinsung für seine Investitionen durch die von den Nutznießern derselben eingehobenen Gebühren decken zu lassen, trotzdem vermag er verhältnißmäßig wenig zu leisten und dieses Wenige nur unter Ausübung eines nachgerade unerträglich werdenden Steuerdruckes. Der soziale Staat soll unendlich mehr schaffen und, von geringen Ausnahmen abgesehen, die Nutznießer nicht zur Kostendeckung heranziehen; er wird also den ganzen Aufwand in Form von Steuerleistungen aufbringen.

Um das glaubhaft zu finden, muß man sich zunächst daran erinnern, daß Produktion und Reichthum der sozialen Gesellschaft die der ausbeuterischen unendlich überragen; erwägt man ferner, daß der moderne Staat den überwiegend großen Theil seiner Lasten auf die besitzlosen Volksmassen legt, so dürfte man zu der Ansicht gelangen, daß die Steuerleistung im sozialen Staate die Gesammtsumme des derzeitigen Nationaleinkommens erreichen, ja vielleicht übersteigen könnte, ohne daß der Steuerdruck für die Massen subjektiv empfindlicher zu sein brauchte, als derzeit.

Zum zweiten wird es im sozialen Staate neben den nützlichen, produktiven Zwecken dienenden Abgaben, wie später gezeigt werden soll, keine nennenswerthen Lasten geben, während im modernen Staate bekanntlich das Umgekehrte der Fall ist, der größte Theil der Steuergelder zu Deckung von Militärlasten, Militärschulden und zu sonstigen unproduktiven

Zwecken vergeudet wird. Die Steuern brauchen also gar nicht wesentlich höher zu sein, auch wenn zu wirthschaftlichen Zwecken unendlich mehr ausgegeben wird.

Zum dritten ist zu bedenken, daß der soziale Staat gerade durch die gesellschaftliche Organisation der Arbeit, die naturgemäß mit größerer Durchsichtigkeit aller Ertragsverhältnisse verbunden sein muß, in die Lage versetzt ist, nicht blos jedes innerhalb seiner Grenzen vorkommende Ertragspartikelchen zu erfassen, sondern seine Abgaben auch möglichst gerecht und proportional der Leistungsfähigkeit auf die Kontribuenten zu vertheilen, während im modernen Staate alle Steuerpolitik in letzter Auflösung doch Willkür und Zufall ist, das Geld hier genommen wird, wo man es findet, unbekümmert darum, ob dabei der Eine erdrückt, der Andere gänzlich übersehen wird.

Viertens aber — und darauf ist das Hauptgewicht zu legen — werden im sozialen Staate die Steuern, sie mögen welche Höhe immer erreichen, gar nicht als Last empfunden werden. Da sie zu nützlichen Anlagen dienen, aus denen Jedermann vollkommen proportional Gewinn zieht, so werden sie schlankweg als von Gesammtheitswegen für Rechnung jedes Einzelnen durchgeführte Kapitalisation gelten. Ja selbst das Gefühl des subjektiven Mißbehagens, welches wegen der zwangsweisen Einforderung dieser Sparpfennige von einzelnen minder sparsamen Produzenten genährt werden könnte, wird gerade in Folge der sozialen Organisation der Arbeit gar nicht aufzukommen vermögen. Der Einzelne wird nämlich in den seltensten Fällen die Steuer persönlich zu bezahlen haben; ist er Mitglied einer Assoziation, so wird ihm diese den auf seinen Antheil entfallenden Steuerbetrag gleich den andern Produktionskosten anrechnen, ähnlich wie dies auch heute schon die von Steuern betroffenen Aktien-Gesellschaften thun. Die Assoziation als solche wird aber durch die Staatsabgaben

ihre Erträge nicht geschmälert, sondern in der Regel gesteigert sehen, da auf dieselben geschäftlich und wirthschaftlich keine andern Grundsätze angewendet werden können, als auf die im eigenen Wirkungskreise vorgenommenen Investitionen; dem Aufwande auf der einen Seite wird die Erträgnißsteigerung auf der andern Seite gegenüberstehen. Es kann also vorkommen, daß der Ertrag einer solchen, von Gesammtheitswegen vorgenommenen Anlage auf sich warten läßt, oder daß er, wenn die Anlage verfehlt war, auch gänzlich ausbleibt; bei rationeller Staatswirthschaft wird immer die Regel sein, daß die Staatsanlagen den Produzenten einen Ertragsüberschuß bieten, und von einem Steuerdruck in modernem Sinne des Wortes wird in keinem Falle die Rede sein. Man wird über den Aufwand zu öffentlichen Zwecken etwa so urtheilen, wie über den Aufwand zu Anschaffung neuer Maschinen, Werkzeuge, Fabriken, kurz zu privatwirthschaftlichen Verbesserungen irgend welcher Art.

Es wurde erwähnt, daß die meisten unfruchtbaren Ausgaben des modernen Staates in der sozialen Gesellschaft entfallen werden. Dies gilt nicht blos für die militärischen — die nebenbei bemerkt, wie späterhin gezeigt werden soll, auch im sozialen Staat nicht gänzlich fehlen dürften —, sondern ebenso, ja vielleicht mehr noch für Polizei und Justizwesen und für die eigentlichen Verwaltungskosten. Die Triebfeder von 99 Hunderttheilen aller Verbrechen und Vergehen wird in einer auf wirthschaftlicher Gleichberechtigung beruhenden Gesellschaft verschwunden sein; wo Arbeit die einzige, zugleich aber auch nie versiegende Quelle des Reichthums ist, wo Noth und Elend unbekannte Dinge sind, kann es keine gegen das Eigenthum gerichteten Verbrechen geben. Zugleich wird steigende und stets allgemeiner werdende Bildung und Gesittung die brutalen Verbrechen auf ein Minimum reduziren, und

schließlich wird die Ersetzung des bisher auf gegenseitiger Verdrängung und Unterdrückung beruhenden Kampfes um den Arbeitsplatz durch den friedlichen Wettbewerb bei Verwerthung der eigenen Arbeitskraft das Gefühl der Menschenliebe und Humanität in solchem Maße steigern, daß Polizei und Justiz wegen Mangel an Beschäftigung entweder vollständig einschlafen oder doch mit einem Minimum von Aufwand an Kosten und Energie zu verwalten sein werden. Auf das Unterrichts- und Erziehungswesen wird in der sozialen Gesellschaft allerdings ein enormer Betrag gewendet werden. Es ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß jener Bildungsgang, wie er etwa in unseren Mittelschulen verfolgt wird, als obligatorisch für Jedermann gelten und auch die Erlangung höherer Kenntnisse mehr und mehr zum Bedürfnisse der Massen werden dürfte. Zu alle dem wird, wenn die im Folgenden zu entwickelnden Gesichtspunkte richtig sind, eine sehr hochgradige Ausbildung der körperlichen Tüchtigkeit kommen, eine Schulung in allen sogenannten ritterlichen und kriegerischen Künsten, und es ist offenbar, daß diese Gesammtsumme von Kenntnissen den Millionen des Volkes nur unter Aufwendung eines sehr großen Kostenbetrages vermittelt werden kann. Das Unterrichtsbudget des sozialen Staates dürfte also voraussichtlich weitaus größer sein, als das Kriegsbudget des modernen Staates. Aber dieses Budget wird, wie schon im ersten Kapitel dieses zweiten Buches angedeutet wurde, nur insolange von Staats- und Gesellschaftswegen voll gedeckt werden, als die Produktivität der Arbeit sich in kontinuirlich aufsteigender Linie bewegt. In dem Momente, wo ein, wenn auch blos relativer Rückschlag eintritt, wird die Ueberwälzung der Erziehungskosten auf den Einzelnen das Mittel sein, um einer raschen Zunahme der Bevölkerung entgegenzutreten, zugleich aber auch das Budget zu entlasten.

Wahrscheinlich ist es ferner, daß der soziale Staat, vielleicht konkurrirend mit den Assoziationen, die Pflicht der Alters-, Invaliden-, Wittwen- und Waisenversorgung auf seine Schulter nehmen wird. Nach welchen Grundsätzen diese Wohlfahrtsthätigkeit aufgefaßt und gehandhabt werden dürfte, ist derzeit schwer zu errathen; keineswegs wird sie aber als Werk der öffentlichen Mildthätigkeit und Barmherzigkeit, sondern füglich als dasjenige eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Rechtsschutzes aufgefaßt werden. Der jeweilige Kulturzustand ist ein Erbgut, das uns vorangegangene Geschlechter hinterlassen haben, und dessen Mitgenuß folglich jeder Lebende, er mag arbeiten können oder nicht, theilweise wenigstens beanspruchen darf. Allerdings können alle Schätze der Natur und Kultur erst durch lebendige Arbeit befruchtet werden; allein deswegen ist es doch nicht minder richtig, daß bei hohem Zustande der Kultur der Arbeitsertrag auch des Tüchtigsten weniger von der eigenen Kraft und den eigenen Hilfsmitteln, als von den zur Verfügung stehenden Kulturmitteln abhängt. Die soziale Gesellschaft dürfte dem entsprechend die Arbeitsunfähigen nach denselben Gesichtspunkten behandeln, wie etwa eine reiche Familie ihre erwerbsunfähigen Mitglieder: als Gleichberechtigte, die nicht blos auf kümmerliche Fristung des Lebens, sondern auf standesgemäßen Unterhalt berechtigten Anspruch haben.

Bei allen bisherigen Darlegungen wurde gleichsam als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die soziale Gesellschaft gegen gewaltsame Eingriffe feindseliger fremder Gemeinwesen gefeit sei. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die soziale Entwickelung auf dem ganzen Erdboden, oder auch nur in allen Kulturstaaten des Abendlandes vollkommen gleichlaufend fortschreite. Neben Staaten, in denen das Prinzip der wirthschaftlichen Gleichberechtigung zum vollständigen Durchbruch gelangt, der soziale Entwickelungsprozeß somit abgeschlossen sein wird, werden

Gemeinwesen existiren, in denen diese Entwickelung erst in ihren Rudimenten vorhanden sein dürfte, und wieder andere, in denen sie noch gar nicht begonnen hat. Soll nun die soziale Organisation bestehen, so muß sie nach jeder Richtung für den Kampf ums Dasein gerüstet sein, geeignet, nicht blos den friedlichen, sondern auch den gewaltthätigen Wettbewerb mit andern, nicht sozial organisirten Gemeinwesen zu bestehen. Kann sie das nicht, so wird sie trotz aller abstrakten Vorzüglichkeit und Gerechtigkeit ihrer Einrichtungen im Daseinskampfe unterliegen und folglich keine Aussicht auf Bestand haben, geschweige denn sich auszubreiten und die Herrschaft über den Erdball zu erlangen vermögen. Es ist nun die Besorgniß sehr naheliegend, daß ein sozial organisirtes Gemeinwesen kriegsuntüchtig werden könnte. In der That ist Krieg eine der Voraussetzungen und zugleich eine der wesentlichsten Begleiterscheinungen der Ausbeutung, während die wirthschaftliche Gerechtigkeit diese Form des brutalen internationalen Daseinskampfes ebensowenig braucht, wie die auf Verdrängung und Unterdrückung abzielenden Formen des privatwirthschaftlichen Konkurrenzkampfes. Es ist also ganz unfraglich, daß die soziale Gerechtigkeit, einmal über den ganzen Erdkreis verbreitet, zum ewigen Frieden führen müßte. Bevor jedoch dieses Endziel erreicht ist, kann auch der soziale Staat kriegerischer Tüchtigkeit nicht entrathen, will er nicht die wohlfeile Beute des zwar nach jeder andern Beziehung unendlich schlechteren, ihm aber gerade in diesem Punkte überlegenen ausbeuterischen Nachbarn werden. Mit Rücksicht auf die von unmittelbaren Nachbarn etwa drohenden Gefahren könnte allenfalls noch der Trost gelten, daß der soziale Staat durch das Gewicht seiner moralischen Propaganda jedem Eingriff brutaler Gewalt vorzubeugen vermöchte. Es ist aber nicht anzunehmen, daß dieser moralische Schutz auch gegen die der-

zeit noch halbwilden Völkerschaften Zentralasiens genügen würde, die wahrscheinlich schon im Laufe des nächsten Jahrhunderts nebst allen europäischen Lastern auch europäische Kriegskunst erlernen und sich schwerlich besinnen würden, mit ihren ungezählten Schaaren über die europäischen Kulturnationen herzufallen, falls diese in Folge der sozialen Emanzipation ebensosehr an Kriegstüchtigkeit verlieren, wie an Reichthum zunehmen würden. Derlei hat sich im bisherigen geschichtlichen Verlauf schon einigemal wiederholt und es wäre ein wenig Trost versprechender Ausblick in die Zukunft, wenn befürchtet werden müßte, daß es diesmal die soziale Gerechtigkeit sein werde, was den politischen Verfall Europas herbeiführen und unsere Kulturschätze den Horden einer neuen Völkerwanderung als willkommene Beute hinwerfen sollte. Es ist daher nicht überflüssig zu zeigen, daß mit dem Wesen der sozialen Emanzipation kriegerischer Verfall zum mindesten nicht nothwendigerweise verknüpft ist, ja daß höchst wahrscheinlich die politische und militärische Kraft eines sozialen Gemeinwesens im selben Maße wachsen dürfte, wie dessen wirthschaftlicher Reichthum.

Die kriegerische Tüchtigkeit eines Volkes hängt ganz im allgemeinen nicht vom Militarismus, sondern einerseits von moralischer und körperlicher Kraft, andererseits von geistiger Intelligenz und den materiellen Hilfsmitteln ab, die im entscheidenden Momente den Krieg zu organisiren vermögen. Die nordamerikanische Republik ist gewiß kein Militärstaat im modernen Sinne, deshalb zweifelt doch Niemand an ihrer geradezu formidablen militärischen Kraft, und nach den Proben, die sie während des vierjährigen Bürgerkrieges abgelegt, würde es sicherlich kein europäischer Staat wagen, den Kampf mit ihr aufzunehmen. Aber auch die kriegsgewaltigsten Staaten des Alterthums waren nicht Militärstaaten in modernem

Sinne. Von Sparta abgesehen, welches auch im Frieden den Krieg organisirte, waren die griechischen Heere, welche das stolzeste Weltreich des Alterthums besiegten, reine Milizheere. Und auch die Römer hatten anfangs keine Berufsheere; erst spät, als der Verfall des republikanischen Geistes und die Sonderung des Volkes in üppige Schwelger und verkommene Proletarier sich vollzogen hatte, wurden die Legionen ständig unter Waffen gehalten.

Man hat wiederholt versucht, die auffallende militärische Tüchtigkeit einzelner Völker durch die Vorzüglichkeit der Führung, durch das Talent der Feldherrn zu erklären. Auch das ist unrichtig. Ein genaues Studium der Kriegsgeschichte, der griechischen vor allem, zeigt, daß überragendes Feldherrntalent nur ganz ausnahmsweise über das Schlachtenglück entschieden hat. Wohl sind wir gewohnt, mit den Namen der Heerführer, an welche sich die glorreichsten Waffenthaten eines freien Volkes knüpfen, die Vorstellung außerordentlicher Genialität zu verbinden; es zeigt sich aber bei unbefangener Untersuchung, daß die Griechen bei Marathon durchaus nicht besser geführt waren als die Perser, ja in der Entscheidungsschlacht bei Platää sogar schlechter als diese. Der Schlachtplan des Miltiades bei Marathon war so primitiv wie nur irgend möglich; er ließ die dünne Frontlinie seines athenischen Fußvolkes den Ansturm der Perser aushalten und dann diese in unwiderstehlichem Rückstoß über den Haufen werfen. Bei Platää zeigte sich der persische Oberfeldherr Mardonius dem Griechenfeldherrn Pausanias sogar weitaus überlegen, er drängte ihn durch meisterhafte Manöver von seiner Operationsbasis ab, zwang ihn in getheilten Haufen zu schlagen, kurzum die Schlacht bei Platää war eigentlich nach den Regeln der Kriegskunst für die Perser strategisch gewonnen, noch ehe sie begonnen hatte; trotzdem schlugen die so schlecht

geführten griechiſchen Hopliten das meiſterhaft geführte und nach allen übereinſtimmenden Meldungen mit Erbitterung kämpfende Perſerheer bis zur Vernichtung. Der Grund lag einfach darin, daß bei Marathon wie bei Platää und anderwärts tölpelhafte, mit der Handhabung ihrer Waffen nur nothdürftig vertraute Barbaren den in ihren Gymnaſien zu Meiſterſchaft in der Waffenführung herangebildeten Hellenen nicht Stand zu halten vermochten, er lag in der unvergleichlichen Ueberlegenheit des freien Mannes, der alle Kräfte ſeines Geiſtes und Körpers gleichmäßig auszubilden Muße und Gelegenheit hatte, über die Unbehilflichkeit des aſiatiſchen Sklaven, der, von der Werkſtatt oder vom Pflug weg zu den Waffen gepreßt, an Geiſt und Körper verkümmert oder einſeitig entwickelt, mit den ihm in die Hand gegebenen Mordinſtrumenten ſo wenig anzufangen wußte — wie 99 Prozent der Soldaten unſerer modernen Armeen. Gleichwie heute im Durchſchnitt erſt auf 200 Schüſſe ein Treffer kommt, ſo dürften offenbar auch die Pfeile und Speere der Perſer größtentheils unſchädlich geweſen ſein; und ähnlich wie im Nahekampfe auch heute ein tüchtiger Fechter den ungeſchulten Naturaliſten ſpielend überwindet, ſo werden die Zöglinge der griechiſchen Gymnaſien ihre barbariſchen Gegner beinahe wehrlos niedergeſtoßen haben. Man ſtelle ſich vor, daß einem unſerer modernen Heere eine Armee gegenübertritt, die durchweg aus vortrefflichen Schützen, Reitern, Fechtern und Turnern beſteht, aus Leuten, bei denen jeder zweite Schuß ein Treffer iſt, die gewöhnt ſind, ſelbſtändig zu denken und zu handeln, die ihre harmoniſch entwickelten Kräfte voll zu verwerthen gelernt haben, und man wird es wahrſcheinlich finden, daß ein ſolches Eliteheer, es mag gut oder ſchlecht geführt ſein, die zehnfache Uebermacht moderner Bauern- und Taglöhnerſoldaten gleich einer Heerde Schafe vor ſich herjagen wird, wo immer ſie ihr begegnet.

Der soziale Staat aber kann über solche Elitearmeen verfügen. Nicht darauf ist der Hauptnachdruck zu legen, daß jeder seiner Bürger voraussichtlich den letzten Blutstropfen dafür hergeben wird, um sich gegen die Unterjochung durch ein ausbeuterisches Gemeinwesen zu schützen; auch nicht darauf, daß die finanziellen Hilfsquellen im Verhältniß zu denen des ausbeuterischen Staates unermeßlich groß sein werden; die Entscheidung bei einem kriegerischen Zusammenstoße dürfte durch die Ueberlegenheit des freien, intelligenten, harmonisch entwickelten Menschen über das ausgemergelte, moralisch und körperlich verkommene Proletariat der ausbeuterischen Gesellschaft fallen. Damit diese Ueberlegenheit zu unwiderstehlicher Geltung gelange, ist nichts anderes erforderlich, als daß im sozialen Staate auf die körperliche Ausbildung der Jugend der entsprechende Nachdruck gelegt werde. Und da nicht anzunehmen ist, daß den Politikern der sozialen Gesellschaft die von einer möglichen Invasion durch sozial zurückgebliebene Völker drohende Gefahr entgehen sollte, so ist eine Vernachlässigung dieses Theiles der Jugenderziehung kaum zu besorgen, um so weniger, als ja die Entwickelung der körperlichen Fähigkeiten, ganz abgesehen von ihrer militärischen Seite, auch von unschätzbarem pädagogischen Werthe ist, und eine Gesellschaft, in welcher die möglichste Steigerung des Wohlbefindens alleroberster Zweck ist, und in welcher gleichzeitig die Mittel zu harmonischer Ausbildung Aller reichlich vorhanden sind, schwerlich des Grundsatzes vergessen dürfte, daß ein gesunder Geist einen gesunden Körper voraussetzt.

Der soziale Staat wird also auch im brutalen Daseinskampfe des Krieges dem ausbeuterischen Staate voraussichtlich unendlich überlegen sein. Es ist anzunehmen, daß das Bewußtsein ihrer kriegerischen Inferiorität selbst die größten Militärstaaten abhalten dürfte, die Ruhe der sozialen Ent-

wickelung zu stören. Sollte es doch geschehen, so wird die dadurch erzwungene blutige Entscheidung höchst wahrscheinlich in eine siegreiche kriegerische Propaganda der Sozialreform umschlagen. Keinesfalls aber darf kriegerische Wehrlosigkeit als nothwendige Konsequenz der sozialen Entwickelung hingestellt werden. Sollte in einzelnen Fällen Sorglosigkeit und einseitiges Genußleben ein soziales Gemeinwesen der Verweichlichung zuführen und dadurch örtlich und zeitweilig der sozialen Reaktion zum Triumphe verhelfen, so kann darin doch immer nur eine vorübergehende Entwickelungsphase erblickt werden. Auf die Dauer wird wachsende Kultur stets gleichbedeutend sein mit wachsender Macht, feindselige Gewalt, wenn's sein muß, mit Gewalt niederzuschlagen.

Siebentes Kapitel.

Moral und Sitte der sozialen Gesellschaft.

Daß die gründliche Umgestaltung aller wirthschaftlichen Verhältnisse, wie sie im Bisherigen angedeutet wurde, nicht ohne tiefgreifenden Einfluß auf die gesammte Lebenshaltung, auf die rechtlichen, moralischen und ethischen Anschauungen der Menschen bleiben kann, ist selbstverständlich. Im allgemeinen darf als ausgemacht gelten, daß die Etablirung der wirthschaftlichen Gerechtigkeit steigende Moralität im Gefolge haben wird. Es folgt dies aus dem Wesen der Sache selber und bedarf eigentlich keines detaillirten Nachweises. Denn wo Recht und Tugend der großen Mehrzahl der Lebenden schmerzliche, ja in vielen Fällen geradezu übermenschliche Entsagungen auferlegen, muß ihre Uebung naturgemäß seltener sein als dort, wo das Interesse des Einzelnen der Regel nach mit dem der Gesammtheit, also mit Recht und Tugend, durch-

aus übereinstimmt. Nun verlangt die moderne Rechtsordnung von den Massen, daß sie um des Kulturfortschrittes der Gesammtheit willen geduldig im Elend verharren und fremden Ueberfluß respektiren; in der sozialen Gesellschaft dagegen ist nicht blos die dem Einzelnen etwa auferlegte Entsagung auf seltene Ausnahmefälle und auf ein sehr geringes Maß reduzirt, es ist auch der innige Zusammenhang, die unabläßig sich auf jeden Einzelnen erstreckende Wechselwirkung zwischen Gesammtwohl und Wohl des Individuums so einleuchtend, daß in Wahrheit der Gegensatz zwischen Tugend und Eigennutz beinahe verschwinden muß. Tugend wird in der sozialen Gesellschaft nichts anderes sein als vernünftiger Eigennutz. Allerdings haben einzelne Moralisten dies auch für die moderne Gesellschaft behaupten wollen, sich aber dabei entweder mit dem Zirkelschluß behelfen müssen, daß im Gesammtnutzen das Einzelinteresse mitenthalten sei, was, wie wir gesehen haben, für die ausbeuterische Gesellschaft nicht zutrifft, denn deren Wesen besteht ja darin, daß sie aus dem Elende und Unglück der Ausgebeuteten den Kulturfortschritt der Rasse aufbaut; oder aber sie verwechseln die Strafe des Lasters oder Verbrechens mit dem an sich aus dem Verbrechen erwachsenden Schaden. Weil man den Dieb einsperrt, ist Respektiren fremden Eigenthums für den Hungernden doch nicht nützlich, und die Strafe ist eben da, um an die Stelle der mangelnden Identität zwischen Einzel- und Gesammtinteresse zu treten. Die ausbeuterische Wirthschaft ist in Wahrheit eine Entwickelungsform, bei welcher der Fortschritt der Gesammtheit mit den natürlichen Existenzbedingungen nur eines Theiles der Menschen sich im Einklang befindet. Seine Kräfte zum eigenen Nutzen zu gebrauchen, ist das natürliche Streben jedes Lebewesens und es ist absolut unmöglich, dieses Streben völlig zu ertödten, auch wenn es in Widerspruch mit

dem Artinteresse geräth. Daraus aber folgt zwar mit nichten, daß eine Artentwickelung, die solcherart dem Einzelinteresse zuwiderläuft, ein Unrecht sei, denn Recht ist, wie nochmals betont werden muß, Alles was der Art nützt, und wenn der Einzelegoismus diesem höheren Interesse widerstreitet, so ist er im Unrecht. Der Gegensatz beider ist aber darum nicht minder vorhanden. Die Bienen handeln nicht unmoralisch, wenn sie im Herbst die Drohnen tödten, solange dieser Massenmord für die Erhaltung des Stockes nützlich ist; dem Interesse der Drohnen entspricht die Drohnenschlacht deswegen doch nicht, und es ist schwerlich anzunehmen, daß sie sich derselben mit sonderlicher Befriedigung unterwerfen werden. So ist auch die Ausbeutung, solange sie den Kulturfortschritt fördert, Recht, aber ein Recht, welches dem individuellen Interesse der Ausgebeuteten zuwiderläuft und dessen Anerkennung daher von diesen nur durch Anwendung von Zwangsmitteln zu erzielen ist. Ob dieser Zwang durch materielle oder durch ethische Mittel geübt wird, macht den Unterschied zwischen dem unmoralischen und dem moralischen Menschen; es ist aber einleuchtend, daß selbst vieltausendjährige Zuchtwahl nicht hinreichen konnte, um die einem primitiven, ursprünglichen Instinkte zuwiderlaufenden Anforderungen der Tugend mit einer gegen jeden Rückfall gesicherten Schutzwehr zu umgeben. Die Laster der modernen Gesellschaft haben ihre unerschöpfliche Quelle in dem Zwiespalte zwischen den zwei stärksten Instinkten der animalischen Natur, nämlich dem Gattungstriebe und dem Selbsterhaltungstriebe, und die soziale Entwickelung ist, von diesem Gesichtspunkte betrachtet, nichts anderes als die Ueberwindung dieses Zwiespaltes, die Versöhnung der Gesellschaft mit dem Individuum, des Rechtes mit dem Eigennutz. Dadurch wird diesem letzteren nicht blos in der menschlichen Wirthschaft jene Rolle angewiesen, die ihm bisher nur

fälschlich untergeschoben worden ist, er wird auch auf allen moralischen Gebieten zur stärksten, gegen jede Anfechtung gesicherten Schutzwehr des Gattungsrechtes werden. Vereinzelte individuelle Inkongruenzen zwischen Einzel- und Gesammtinteresse werden zwar allezeit vorkommen, aber das Rechtsbewußtsein wird sie spielend mit jener Leichtigkeit überwinden, mit der ja auch heutzutage überall dort das Recht gewahrt wird, wo es im allgemeinen mit dem Einzelinteresse zusammenfällt.

Die wiedererlangte Harmonie des Gesammt- und Sondernutzens wird aber nicht blos in rechtlicher, sondern fast mehr noch in gemüthlich ethischer Beziehung zur Geltung kommen. Menschenliebe in ihrer vollendetsten Form ist angesichts der ausbeuterischen Wirthschaftsordnung schlechthin unmöglich; wo der Kampf ums Dasein auf gegenseitige Verdrängung abzielt, wo dem Anderen nicht schaden in der Regel sich selber schaden heißt, dort hätte die buchstäbliche Befolgung des Gebotes „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst" zur Voraussetzung, daß man selber satt wird, wenn der Nächste ißt, selber nicht friert, wenn sich der Nächste kleidet. Mißgunst, Neid, Haß sind daher in der modernen Gesellschaft nicht blos begreifliche, sondern vollkommen natürliche Empfindungen, genau so natürlich wie Abneigung und Haß zwischen dem Raubthier und seiner Beute. In der sozialen Gesellschaft dagegen wäre Schädigung des Nebenmenschen nutzlose Bosheit, ja Thorheit, weil hier der Eigennutz geradezu die Förderung des Konkurrenten erheischt, da der Konkurrent nicht der Schädiger, sondern der Genosse der eigenen Arbeit ist. Nach alle dem erscheint es kaum übertrieben, wenn man der Annahme zuneigt, in der sozialen Gesellschaft werde die gegenseitige Rechtsachtung und Hilfsbereitschaft ungefähr in jenem Maße ganz allgemein geübt werden, wie derzeit etwa unter guten Kameraden, die für gemeinsame Rechnung arbeiten.

Daß eine so gründliche Aenderung der moralischen und rechtlichen Anschauungen in allen das Eigenthum und den Erwerb berührenden Fragen nicht ohne ausschlaggebende Rückwirkung auf die ganze Ethik der sozialen Gesellschaft bleiben kann, ist selbstverständlich. Das Gefühl der Wahrhaftigkeit, der Menschenwürde muß an Intensität gewinnen. Insbesondere aber muß eine radikale Revolution in den gesammten Beziehungen der Geschlechter eintreten. Die untergeordnete Stellung des Weibes in der barbarischen sowohl als in der modernen Gesellschaft hat ausschließlich in der Hilflosigkeit des schwächeren Geschlechts ihren Grund. Die Inferiorität des Weibes gelangt nicht blos in der rechtlichen, sondern mehr noch und empfindlicher in seiner moralischen Stellung zum Ausdruck. Nicht darin liegt der hauptsächlichste Unterschied der beiden Geschlechter, daß der Mann das Weib rechtlich unter seiner Vormundschaft hält, sondern darin, daß er eine andere Moral für sich und eine andere für das Weib statuirt hat. In geschlechtlicher Beziehung gilt für das Weib als mit unauslöschlicher Schmach belegte Verworfenheit, was dem Mann schlimmsten Falles als verzeihlicher Fehltritt angerechnet wird. In dieser moralischen Ungleichheit liegt ebensowenig wie in der wirthschaftlichen zwischen Besitzenden und Besitzlosen eine planmäßige, willkürliche Unterdrückung; sie ist nichts anderes als die nothwendige Konsequenz der Lebensbedingungen der modernen Gesellschaft, die das Weib außer Stand setzen, den Kampf ums Dasein aus eigenen Kräften zu führen, es wirthschaftlich ohnmächtig und daher selbstverständlich auch rechtlos machen. Das Weib vermag in der modernen Gesellschaft die Zukunft des Nachwuchses nicht sicher zu stellen, es handelt daher in der That unmoralisch, wenn es hilflosen Geschöpfen das Leben giebt, ohne diesen vorher einen Ernährer gesichert zu haben, und die Schande, mit

welcher außereheliche Geschlechtsumgang für das Weib verknüpft ist, rechtfertigt sich daher durch die gegebenen wirthschaftlichen Verhältnisse. Der Mann dagegen ist der Ernährer der Kinder, es liegt also kein wirthschaftlicher Grund vor, seinen Geschlechtsumgang so streng an die Ehe zu binden. Anders muß und wird dies in der sozialen Gesellschaft sein, wo nicht um Arbeitsgelegenheit gekämpft, wo also das schwache Weib im Daseinskampfe nicht verdrängt, sondern blos in der Ergiebigkeit seiner Produktion einigermaßen beschränkt sein wird, wo es folglich für die Folgen geschlechtlichen Umganges auch außerhalb der Ehe einzustehen vermag und wo dem entsprechend jeder Unterschied der moralischen und rechtlichen Auffassung der Handlungsweise beider Geschlechter aufhören muß.

Damit ist aber nicht im entferntesten gesagt, daß in der sozialen Gesellschaft geschlechtliche Zügellosigkeit um sich greifen wird; es wird blos die Auffassung des geschlechtlich Erlaubten und Unerlaubten eine durchaus andere sein. Denn zugleich mit dem materiellen Hintergrunde des auf außereheliche Beziehungen des Weibes gelegten Interdikts muß auch jene Nöthigung zu zügellos ungeregelter Geschlechtsvermischung, welche in der modernen Gesellschaft unter dem Namen Prostitution bekannt ist, gänzlich verschwinden. Gerade die Befreiung des Weibes von all jenen materiellen Rücksichten, welche heute seine Geschlechtswahl beherrschen, wird zu einer ganz außerordentlichen Steigerung jener wahren und höchsten Keuschheit führen, die für Mann und Weib darin besteht, sich ohne Liebe nicht hinzugeben. Die Prostitution muß verschwinden, weil sie nichts anderes ist als ein Produkt des Elends. Wo es keine Weiber giebt, die von Noth getrieben sich verkaufen müssen, und keine Männer, die durch den Konkurrenzkampf um den Arbeitsplatz verhindert sind, eine ihren

Neigungen entsprechende Familie zu gründen, dort ist Prostitution undenkbar. Aber auch daß Leichtsinn und Sinnlichkeit in der sozialen Gesellschaft zu regellosen Geschlechtsverhältnissen führen sollten, ist nicht zu erwarten, weil der seinen eigenen Gesetzen überlassene Geschlechtstrieb seinem innersten Wesen nach jeglicher Ausschweifung widerstrebt. Polygamie, geschlechtliche Ausschweifung sind Kunstprodukte, die den natürlichen Existenzbedingungen unserer Rasse zuwiderlaufen. Allerdings hat der Mann Neigung zu geschlechtlicher Abwechslung, sein natürliches Gefühl duldet jedoch keine Theilnahme am Besitze des geliebten Weibes; und das Weib, welchem allerdings männliche Untreue nicht im gleichen Maße abstoßend erscheint, wie dem Manne die weibliche, hat unter normalen Verhältnissen keine Neigung zu geschlechtlicher Abwechslung. Diese letztere ist daher nur möglich, wo einzelne Männer mächtig genug sind, ihren Flattersinn den widerstrebenden Gefühlen des Weibes und benachtheiligter anderer Männer zum Trotze zu befriedigen. Es ist sogar höchst wahrscheinlich, daß dieser Flattersinn überhaupt erst der durch Ausbeutung geschaffenen Möglichkeit seiner Befriedigung entstammt, also in der menschlichen Natur nicht sonderlich tief eingewurzelt, sondern lediglich das Produkt einer vorübergehenden Entwickelungsphase ist. Jedenfalls wird in der sozialen Gesellschaft mindere Gelegenheit zu seiner Bethätigung sein als in der modernen. Das Institut der Ehe, sofern es als die dauernde Verbindung zweier Individuen verschiedenen Geschlechtes zum Zwecke der Gründung einer Familie aufgefaßt wird, kann an Heiligkeit und Innigkeit nur gewinnen, wenn bei den Eheschließungen geschlechtliche Auswahl, frei von allen konventionellen und materiellen Nebenrücksichten, das allein bestimmende Moment sein wird.

Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit muß diese un-

getrübte geschlechtliche Auswahl für die körperliche und intellektuelle Hebung der Rasse werden. Bekanntlich ist im Sinne der Deszendenztheorie die Geschlechtsliebe ein durch Zuchtwahl gesteigerter Instinkt, der die Individuen verschiedener Geschlechter antreibt, ihre Auswahl zu wechselseitiger Verbindung so zu treffen, wie es behufs Erzielung einer möglichst tüchtigen Nachkommenschaft am förderlichsten ist. Das heißt, man wird von Leidenschaft nicht für jenes Individuum des anderen Geschlechts erfaßt, dessen Eigenschaften dem eigenen Wohle am förderlichsten wären, sondern für ein solches, dessen unterschiedliche Qualitäten, vermischt mit den eigenen, die voraussichtlich beste Rasse ergeben. Diese Theorie erklärt nicht blos eine Reihe sonst ganz unbegreiflicher Launen der geschlechtlichen Liebe, sie ist auch die bisher einzige rationelle und zureichende Erklärung des Entstehungsgrundes dieses Triebes, der, streng genommen, außer Zusammenhang mit dem egoistischen Behagen des Individuums steht. Wir bilden uns allerdings nachträglich ein, daß der geliebte Gegenstand der schönste und beste von allen sei; aber die Wahrheit ist, daß unser ästhetisches und ethisches Gefühl mit unserer Leidenschaft nichts zu thun hat, daß wir für einen Gegenstand entbrennen, von welchem wir ganz genau wissen, daß er mit nichten der schönste und beste sei, daß wir aber nicht anders können, weil der Geschlechtstrieb von unserer egoistischen Geschmacksrichtung unabhängig ist. Er übt ganz offenbar die Funktion des Züchters, der die zum Zwecke tüchtigen Nachwuchses passenden Exemplare in Verbindung bringt, und entwickelte sich aus schwachen Anfängen zu seiner Alles beherrschenden Kraft gerade um des großen Vortheils willen, den die Art aus ihm ziehen mußte. Das mag Manchem unpoetisch, ja abstoßend im höchsten Grade erscheinen, ist aber in Wahrheit die höchste Poesie und der letzte Erklärungsgrund

jener Aureole, mit welcher die Dichtung aller Zeiten dieses Gefühl umgeben hat, dessen Erhabenheit sofort verschwände, wenn es sich bei demselben um nichts anderes handeln würde, als um die eigensinnige Auswahl bei Befriedigung eines egoistischen Triebes. Gerade in der Selbstlosigkeit der Liebe liegt ihre Poesie, gerade ihre Unterordnung unter das Artinteresse bildet ihre Erhabenheit. Dadurch erst wird sie aus einer Lust zu einer Tugend im eigentlichen Sinne des Wortes, denn in ihr manifestirt sich gleichwie in jeder andern Tugend die Unterordnung des individuellen Wohles unter den Nutzen der Art. Und eben deshalb ist es nothwendig, daß diese im eminentesten Sinne auf Veredlung der Art abzielende Tugend durch keinerlei frembartige Einflüsse in ihrer freien Bethätigung gestört werde.

Das wird in der sozialen Gesellschaft der Fall sein, und nach wenigen Generationen schon muß sich die wohlthätige Folge in steigender Kraft, Schönheit und Intelligenz des Menschengeschlechts zeigen.

Achtes Kapitel.

Geschichtliche Rück- und Vorschau.

Arbeit ist die Grundlage der menschlichen Entwickelung; das menschliche Geschlecht kann als eine Art aufgefaßt werden, die sich dadurch von ihren thierischen Verwandten absonderte, daß sie die Gewohnheit des Arbeitens annahm, und von diesem ersten Schritte der Menschwerdung angefangen waren die Voraussetzungen und Formen der Arbeit schlechthin entscheidend für alle Lebensbedingungen derselben. Wir können darnach vom Uranfange des überthierischen Zustandes bis zur

Gegenwart zwei große menschheitsgeschichtliche Entwickelungsepochen unterscheiden, die der isolirten und die der organisirten Arbeit. Erstere ist unter dem Namen der Barbarei, der primitiven Wildheit, letztere unter demjenigen der Kultur bekannt. Die isolirte Arbeit des Wilden war aber frei, ihr Ertrag gehörte ihm, während die organisirte Arbeit des Kulturmenschen unfrei ist, auf Ausbeutung des Arbeitenden beruht.

Nunmehr befinden wir uns an der Schwelle der dritten Weltepoche, derjenigen organisirter freier Arbeit.

Es hatte ungezählter Jahrtausende bedurft, um die Arbeit des isolirten Menschen auf jene Stufe zu heben, welche die nothwendige Voraussetzung der Organisationsfähigkeit war; erst mit dem Momente, wo Produktion im engern Sinne an die Stelle des bloßen Sammelns und Erjagens der Naturprodukte trat, ergab sich zugleich mit dem Nutzen der Arbeitstheilung die Möglichkeit der Ausbeutung, und damit der erste Ansatz zu höherer staatlicher und kultureller Macht. Die Daseinskämpfe der im Zustande isolirter Arbeit verharrenden Horden zielten ausschließlich auf gegenseitige Verdrängung und Vernichtung; mit der Ausbeutung trat Unterwerfung an deren Stelle, die Sklaverei löste den Kannibalismus ab. Daß aber die Organisirung der Arbeit anders als im Wege der Ausbeutung trotz der vieltausendjährigen, unter den mannigfaltigsten Existenzbedingungen sich abspielenden Dauer der zweiten Weltepoche nirgends erfolgreich versucht wurde, hat seinen Grund darin, daß bei geringer Produktivität der Arbeit die Ausbeutung, auch abgesehen von ihrer organisatorischen Mission, freier Arbeit gegenüber den Vortheil besitzt, die Befriedigung höherer Kulturbedürfnisse zum mindesten für eine Minorität zu ermöglichen. Die gesammten Grundlagen der Produktion mußten sich ändern, bevor deren Ertrag die Be-

friedigung jeglichen Bedürfnisses hochentwickelter Kultur auch ohne Ausbeutung gestatten konnte. Insolange diese Voraussetzung fehlte, war ausbeuterische Organisation der Kulturentwickelung förderlicher als freie; sie verlieh dem Gemeinwesen, welches sie übte, die höhere Macht und ließ deshalb etwaige Ansätze zu freien, auf dem Grundsatze wirthschaftlicher Gleichberechtigung beruhenden Organisationsformen nirgend aufkommen.

Ebenso aber hatte diese Ueberlegenheit der ausbeuterischen Organisation zur Folge, daß im Rechtsbewußtsein der Menschen Jahrtausende hindurch keinerlei Vorstellung über das Unrecht aufzukommen vermochte, welches durch die wirthschaftliche Unfreiheit der großen Mehrheit zugefügt wird.

Da Recht und Nutzen der Gesammtheit identisch sind, so mußte Ausbeutung überall als zweifelloses Recht anerkannt werden, solange unbestritten war, daß ihr Bestand dem Kulturfortschritte nach jeder Richtung förderlich sei. Man hat wiederholt versucht, die den Historikern längst bekannte Thatsache der widerspruchslosen Anerkennung eines unsern derzeitigen moralischen Vorstellungen so sehr verletzenden Rechtszustandes aus dem mangelhaften Freiheitsgefühle früherer Generationen, aus der Erinnerung an das uralte Kriegsrecht zu erklären, welches dem Stärkeren sogar das Leben des Besiegten preisgab und welchem gegenüber die Versklavung als Fortschritt zu milderer Praxis dankbar resignirte Anerkennung auch im Gemüthe der Unterlegenen gefunden habe. Diese Erklärung genügt jedoch keineswegs. Auch der freiheitsliebende Grieche fügte sich der Sklaverei, und das gleiche thaten zahllose andere nicht minder selbstbewußte Völker, lange nachdem die Erinnerung an das uranfänglich geübte Kannibalenrecht des Siegers aus den Gemüthern entschwunden war. Die Anerkennung der Sklaverei ist nichts anderes als der Sieg des Artinstinkts über den selbstischen Trieb in einer Gesellschaft,

die zu ihrem Gedeihen auf wirthschaftliche Ausbeutung angewiesen ist, eine Abart des nämlichen Triumphes der Rasse über das Individuum, der auch heute noch dem Verhungernden Respekt vor dem Eigenthum einflößt.

Doch mit fortschreitender Kultur begannen sich mehr und mehr neben den der Art nützlichen Konsequenzen der Ausbeutung auch ihre schädlichen geltend zu machen. Je ergiebiger sich menschliche Arbeit gestaltete, je höhere Bedürfnisse also aus deren von Ausbeutung unberührtem Ertrage hätten befriedigt werden können, desto weniger schwerwiegend gestaltete sich der Vortheil der Ausbeutung, desto bedeutsamer der Nachtheil der durch die Unfreiheit bewirkten Erniedrigung des Arbeitenden. Erreichte diese Steigerung der Produktivität ein gewisses Niveau, so mußte es endlich dahin kommen, daß die Schale der Ausbeutung in der Wage des Artinstinkts — der unbewußt, aber unfehlbar ist, wie jeder Instinkt — zu steigen begann. Nun bemächtigte sich der Zweifel des früher unbestrittenen Rechtsinstituts: die Idee der sozialen Gerechtigkeit wurde geboren. Zum ersten Male geschah dies, soweit geschichtliche Erinnerung zurückreicht, vor dritthalb Jahrtausenden in Indien, wo Buddha, der Königssohn, sich zum Anwalt der Unterdrückten machte und die bis dahin unbekannte Lehre der Gleichheit und Brüderlichkeit verkündete. Ob die Kultur des damaligen Indien in Verbindung mit der tropischen Fruchtbarkeit seines Bodens dort die Produktivität der Arbeit schon in jenem Zeitalter thatsächlich bis zur Grenze des Gleichgewichts zwischen Vortheil und Nachtheil der Ausbeutung gehoben, ob die ausnahmsweise abstoßende und kulturfeindliche Richtung, welche letztere dort in Form des Kastenwesens angenommen, den Umschlag des Rechtsbewußtseins überstürzt hatte: das sind Fragen, die jetzt um so weniger beantwortet werden können, als die Geschichtsforschung das

zu ihrer Beurtheilung dienliche Material bislang nur neben-sächlicher Aufmerksamkeit gewürdigt hat. Wahrscheinlich ist letzteres, zum mindesten spricht dafür der großartige moralische Triumph des Buddhismus bei vollständiger wirthschaftlicher Erfolglosigkeit. Dreihundert Millionen Menschen bekehrten sich zum Glauben an die Gleichheit und Brüderlichkeit, ohne einen ernstlichen Versuch zu ihrer Verwirklichung zu unternehmen. Der Kulturfortschritt der hinterasiatischen Welt erfuhr eben, aus noch lange nicht aufgeklärten Ursachen, in derselben Zeit, die den Sohn der Maja gebar, einen Stillstand, der alsbald in Rückschritt überging. Dies neigte die Wagschale des Art-nutzens wieder zu Gunsten der Ausbeutung; da Reichthum und Fortschritt mit wirthschaftlicher Gerechtigkeit sich nicht vereinbaren ließen, predigte der Buddhismus die Gleichheit der Armuth, die Entsagung. Damit war seine Rolle im wirth-schaftlichen Leben der Menschheit ausgespielt. Armuth und Entsagung sind Kulturhinderniſſe; eine Rasse, die sich ihnen ergiebt, ist damit abgetreten von der Bühne der Welt-geschichte.

Die Idee der Gleichberechtigung aber war nicht todt, sondern erstand sechs Jahrhunderte später im Christenthum zu neuem Leben. Es scheint, daß schon Jahrhunderte zuvor das Volk der Juden von den Euphratländern her die Bekannt-schaft mit der allen Unterdrückten so überaus sympathischen Lehre des indischen Königssohnes machte, denn die sozia-listischen Institutionen, die sich in den fünf Büchern Moses finden, gemahnen sehr deutlich an die indischen Theorien. Zwar wird die Gesetzgebung Moses um ein Jahrtausend hinter Buddha zurückdatirt; allein die moderne Bibelforschung hat zur Evidenz gezeigt, daß die Thora erst nach der babylonischen Gefangenschaft entstand, also mit dem Buddhismus sehr wohl in Zusammenhang gebracht werden kann. Dem sei jedoch wie

immer — auch in Judäa blieb die Idee der wirthschaftlichen Gleichberechtigung eine nur halb verstandene und gänzlich unfruchtbare Utopie, mußte es bleiben, weil hier noch weniger als in Indien die materielle Kulturnothwendigkeit der Ausbeutung überwunden war. Als einziges Residuum der sozialen Doktrinen des Pentateuch scheint dem Judenvolke jener demokratische Geist verblieben zu sein, der es während seiner Diaspora befähigte, allen Verfolgungen Stand zu halten, ohne sich seinen Bedrückern zu beugen. Dieser demokratische Geist mag zugleich erklären, warum zu Beginn der römischen Kaiserzeit, als abermals eine hochentwickelte Kultur die Arbeit — diesmal in den das Mittelmeer rings umgebenden Ländern — wesentlich fruchtbarer gestaltet hatte, der Verkünder der wirthschaftlichen Gleichheit gerade in Judäa entstand. Es ist ganz falsch, Christus als religiösen Sektirer aufzufassen; was er predigte, steht mit keiner Glaubenslehre des Judenthums in Widerspruch, es ist lediglich die Auffrischung jener „mosaischen" sozialen Theorien, die offenbar in Palästina selber unter dem Einflusse hellenischen und römischen Geistes gänzlich in Vergessenheit gerathen waren. Das erklärt vor allem Jesus' sonst unmotivirte Passionsgeschichte. Weder die Römer, noch die Juden damaliger Zeit haben religiöse Sektirer getödtet. Warum also diese eine in so furchtbar vehementer Grausamkeit verlaufende Ausnahme gegen einen Neuerer, der ja auf der einen Seite ausdrücklich erklärt: „gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist," und auf der andern Seite den Tempel Jehovas mit der Geißel in der Hand von Krämern und Maklern reinigte? Daß in Christus der Messias, „der König der Juden", gefürchtet und getödtet worden sei, ist eben so unwahrscheinlich; auch nicht eine Wendung seiner Geschichte weist darauf hin, daß er nach weltlicher Macht gestrebt hätte, nichts verräth, daß der Statthalter Roms in dem auf eines

Esels Rücken mit dem Palmzweige in der Hand Einziehenden einen politischen Empörer gefürchtet hätte; und vollends der Haß auf jüdischer Seite wäre bei dieser Version ganz unerklärbar. Zum mindesten müßte eine Andeutung darüber erhalten sein, warum die das Römerjoch nur unwillig ertragenden Juden, die ja 40 Jahre später in einem Verzweiflungskampfe ohnegleichen dieses Joch zu zerbrechen versuchten, in sinnloser Wuth das Blut eines Mannes hätten verlangen sollen, der sich anschickte, die Rolle des politischen Messias zu übernehmen. Ganz anders stellt sich die Sache dar und alles wird sofort verständlich, wenn man Christus als denjenigen auffaßt, der die in Vergessenheit gerathenen sozialen Satzungen des Judenthums hervorholte, zur Wahrheit machen wollte, was bis dahin blos als ehrwürdiges Mysterium angesehen worden war. Nicht gegen das mosaische Gesetz, sondern für buchstäbliche Durchführung desselben trat Christus in die Schranken, nicht religiösen Satzungen, sondern dem Besitz galt sein Kampf, und dafür mußte er sterben. Daraus erklärt sich auch, warum gerade die Pharisäer ihn befehdeten. Sie waren die geistige, aber auch die materielle Elite des Judenthums, die Gebildetsten und die Reichsten. Einen religiösen Sektirer hätten sie vielleicht niederzudisputiren versucht, den Mann aber, der die Geldwechsler aus dem Tempel jagte, der gegen die Zöllner eiferte und einmal aussprach, daß eher ein Kameel durch ein „Nadelöhr", als ein Reicher in den Himmel eingehen könnte, diesen kreuzigten sie, und bei den Römern, diesen Fanatikern des Individualeigenthums und der bürgerlichen Besitzordnung, fanden sie in diesem Punkte nur zu bereitwilliges Verständniß. Das zeigt das spätere Verfahren der Römer gegen die christliche Propaganda. Alle die Kaiser, die von Tiberius bis Diokletian die Christen verbrennen, kreuzigen und den Bestien vorwerfen ließen, hätten sich wegen der Göttlichkeit oder

Menschlichkeit Christi, wegen Abendmahls- und Auferstehungslehre eben so wenig ereifert, wie beispielsweise wegen irgend einer Form des Isiskultus. Die Gleichheitslehre des Christenthums dagegen, sein theoretischer und praktischer Kommunismus gingen wider die Ordnung des römischen Staates, und je zahlreichere Anhänger diese für staatsgefährlich gehaltene Lehre fand, desto grausamer und erbarmungsloser wurde die Verfolgung.

Und ebenso erklärt nur diese Auffassung den Eroberungszug des Christenthums. Niemals ist es vorgekommen, daß fremde Völker sich so bereitwillig und freiwillig einer importirten Religionslehre unterwarfen. Man braucht nur genauer zu untersuchen, wo und in welchen Volksschichten das Christenthum zuerst Wurzel schlug, um auch zu begreifen, warum das geschah. In dem verhältnißmäßig armen Judäa fanden die Apostel ungünstigen Boden, während überall, wo die Kultur in höchster Blüthe stand, das Bekehrungswerk riesige Fortschritte machte. Und überall waren es die Armen und Elenden, die dem Evangelium zujauchzten. Die unteren Volksschichten aber hängen sonst am zähesten am Althergebrachten und sind religiösen Neuerungen in der Regel unzugänglich; desto empfänglicher sind und waren sie allezeit für soziale Lehren, und die christliche Doktrin, die ihnen zum ersten Male erzählte, daß sie eben so gut, ja besser seien als ihre Unterdrücker, mußte nothwendig unter den Enterbten der alten Welt dieselben reißenden Fortschritte machen, wie die Lehre des modernen Sozialismus unter den Enterbten der Jetztzeit.

Aber auch der Sozialismus des Christenthums war verfrüht und mußte deshalb wirthschaftlich unpraktisch bleiben. Noch war es nicht möglich, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen, noch wäre die wirthschaftliche Freiheit mit der Vernichtung des Kulturfortschrittes gleich-

bedeutend geworden. Die Menschheit kann, vor die Wahl zwischen Kultur und Gleichheit gestellt, unmöglich für etwas anderes als für die erstere sich entscheiden, aus dem einfachen Grunde, weil alle jene, welche anders wählen, im Kampfe ums Dasein den kürzeren ziehen müssen. Thatsächlich gab es ja unter den ersten Christen, wie die Ueberlieferung meldet, zahlreiche Gemeinden, welche vor der nach den damaligen Produktionsbedingungen mit der wirthschaftlichen Gleichheit verbundenen allgemeinen Armuth nicht zurückschreckten, und welche demzufolge die erhabene Lehre ihrer Religion ehrlich und ganz verwirklichen wollten. Es ist aber kein Beispiel bekannt, daß eine christlich kommunistische Gemeinde Macht und Einfluß erlangt hätte. Sie gingen offenbar alle erst materiell, dann geistig zurück und wurden von denjenigen Gemeinden überflügelt und endlich verschlungen, die sich damit begnügten, die Gleichheit vom Jenseits zu erhoffen und hienieden die Ausbeutung zu handhaben gleich den Anhängern jener Bekenntnisse, die von der Gleichheit überhaupt nichts wußten. Als Wirkung der christlichen Gleichheitsdoktrin blieb nichts anderes übrig als eine mystische Sehnsucht nach ihrer Verwirklichung in einem bessern Jenseits. Wäre es der römischen Welt vergönnt gewesen, in ungestörtem Fortschritte die Produktivität der Arbeit über jenes Maß zu steigern, welches zwar genügte, um Zweifel über die Nützlichkeit der Ausbeutung zu erwecken und damit der Gleichheitsdoktrin Eingang zu verschaffen, nicht aber sie praktisch zu verwirklichen; hätte jene Zunahme der Gesittung und des Wohlstandes in dem weiten Reiche, die zeitlich zusammenfällt mit dem Aufschwunge des Christenthums, noch durch einige Jahrhunderte ungestört angedauert, so wäre es möglich geworden, von der Theorie der Gleichheit durch Entsagung, zu jener der Gleichheit des Wohlstandes überzugehen. Die Stürme der Völkerwande-

rung und der ihnen vorangehende innere Verfall schnitten aber diese Entwickelung vollständig ab. Das Christenthum kam über den Buddhismus niemals hinaus, und als es — zur Macht gelangend — seinen Frieden mit dem Römerthume machte, verzichtete es vollständig auf seine soziale Mission. Aus der praktischen Gleichheit hienieden wurde allmählich die Gleichheit im Jenseits, ja nachgerade gestaltete sich das Evangelium der Armen und Bedrückten zu einem Beschönigungsmittel für Tyrannei und Ausbeutung. Die auf Erden um die Frucht ihres Schweißes Gebrachten wurden auf himmlischen Lohn verwiesen, dem Reichthum, der ursprünglich prinzipiell verdammt war, wurde blos die Verpflichtung auferlegt, dem hungernden Bruder von dem Ueberfluß etwas abzugeben.

Doch die Idee der wirthschaftlichen Gleichheit hatte das Christenthum einmal in die abendländische Welt geworfen, und niemals wieder gelang es ihm, diese selbstgestreute Saat vollständig auszurotten, immer und immer wieder mußte es sich bemühen, seine eigene Lehre mit den Anforderungen der unerbittlichen Wirklichkeit, so gut oder so schlecht es ging, in Einklang zu bringen. Und niemals, selbst in den finstersten Tagen des Mittelalters, ist die Erinnerung an den ursprünglichen Sinn der christlichen Gleichheit verloren gegangen. Der mittelalterliche Staat baute sich auf starren und unerbittlichen Standesvorurtheilen auf, die demokratische Idee machte in politischer Beziehung Rückschritte selbst gegen die Zeiten vor Christus' Geburt; aus den Evangelien aber ließ sich der Geist der Gleichheit ebensowenig ausrotten, wie aus den fünf Büchern Moses; Staat und Kirche des Mittelalters wußten nur zu gut, warum sie dem Volke die Lektüre dieser furchtbaren Brandschriften verboten. Aus der Klasse derjenigen, denen die Bibel nicht vorenthalten werden konnte, aus der Klasse der

Kleriker ertönten trotz aller Grausamkeit der Verfolgung und trotz des innigen Bündnisses zwischen Macht und Kirche von Zeit zu Zeit immer wieder Worte, gegen welche die gefährlichsten Lästerungen staats- und religionsfeindlicher Anarchisten matt und zahm erscheinen. „Der Reiche ist ein Dieb", sagt der heilige Basilius; „der Ueberfluß ist stets das Ergebniß eines Diebstahls: wenn er nicht durch den gegenwärtigen Eigenthümer begangen worden ist, so ist er doch begangen durch dessen Vorfahren", äußert sich der heilige Hieronymus; „nach Fug und Recht muß Alles Allen gehören, die Ungerechtigkeit ist es, welche das Sondereigenthum geschaffen hat", meint etwas sanfter der heilige Klemens, und ganz im selben Geiste sprechen Thomas von Aquino, der heilige Ambrosius, Johann Chrysostomus und zahllose Andere.

Doch all dies konnte an der Thatsache nichts ändern, daß die Ausbeutung eine Kulturnothwendigkeit blieb und daß wirthschaftliche Gleichheit nichts anderes bedeutet hätte als die Gleichheit des Elends. Erst mit der Entdeckung Amerikas und dem Falle Konstantinopels bereitete sich ein abermaliger Umschwung der Geister vor, der zunächst als das Wiedererwachen der demokratischen Ideen des Christenthums bezeichnet werden kann. Neue Quellen des Wissens und des Reichthums erschlossen sich, und sofort reagirte des soziale Gewissen der Menschheit auf die im Verhältnisse von Nutzen und Nachtheil der Ausbeutung platzgreifende Veränderung. Der soziale Gährungsstoff war zudem im Semitismus (Pentateuch und Evangelien), welchen die Reformation den Massen durch Verallgemeinerung des Bibelstudiums zugänglich machte, fertig gegeben, und so gelangten die Gleichheitsideen im 16. Jahrhundert verfrüht zum Ausbruche, lange bevor auch nur entfernt an ihre Verwirklichung zu denken war, und offenbar auch weit früher, als aus der europäischen Gesittung heraus im Wege

autonomer organischer Entwickelung der Fall gewesen wäre. Daher die gänzliche Erfolglosigkeit und verhältnißmäßig leichte Unterdrückung der damaligen sozialistischen und kommunistischen Aufstände. Die Zeit der sozialen Reform war noch immer nicht gekommen. Diese brach erst heran, als Produktivität und Wohlstand in Folge des unaufhaltsam zunehmenden Kulturfortschrittes namhaft gestiegen waren. Gewerbfleiß und Handel ließen eine neue Menschenklasse erstehen, die in den ständischen Staat des Mittelalters nicht mehr hineinpaßte. Im mittelalterlichen Staat war wie in jedem andern das Recht durch die Macht entwickelt worden; die höhere Macht gab das bessere Recht, und da bis um die Mitte des 16. Jahrhunderts der Besitz von Grund und Boden der einzig reale Machttitel von irgendwie nennenswerthem Umfang war, so knüpfte sich auch alles politische Recht an den Grundbesitz. Bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts aber hatten Handel und Gewerbthätigkeit so große Reichthümer in den Händen von Nichtgrundbesitzern vereinigt, daß der Bürgerstand seine wirthschaftliche Kraft zu fühlen begann und die entsprechenden Rechte reklamirte. Der mobile Besitz war stark geworden, und der Starke wird immer an seinen Ketten rütteln. Es bildete sich eine neue Rechtsanschauung. Man begann den ausschließlichen Rechtstitel des Grundbesitzes auf politische Macht in Frage zu ziehen und erkannte, daß die feudale Ordnung den thatsächlichen Machtverhältnissen nicht mehr entspreche. Die Revolutionen in England, Amerika und Frankreich sind nichts anderes als die erfolgreichen Versuche, die veraltete politische Rechtsordnung mit den faktischen Machtverhältnissen in Einklang zu bringen, den mobilen Besitz von der Oberherrschaft des Grundbesitzes zu emanzipiren. Daß man vermeinte, damit auch die Gleichberechtigung der Arbeit bewerkstelligt zu haben, ist eine Selbsttäuschung, deren Genesis

auf Folgendes zurückgeführt werden muß. Der mobile Besitz bedurfte bei seinem Emanzipationskampfe der Mitwirkung der arbeitenden Massen und berief sich daher — ganz offenbar in gutem Glauben — auf seine Entstehung aus der Arbeit. Dieser Appell war um so wirksamer, als der immobile Besitz in seinem Widerstande gegen das Verlangen der Besitzer mobilen Reichthums nach Aufnahme in den Kreis der Herrschenden in erster Reihe durch seine Mißachtung der Arbeit geleitet war. Der Feudalherr sah auf den reich gewordenen Handwerksmeister und Kaufherrn hauptsächlich deshalb mit Verachtung herab, weil dessen Hände durch Arbeit beschmutzt waren. Das bewog auf der einen Seite die nach Anerkennung ihrer Macht ringenden Besitzer der mobilen Vermögen, für die Quelle ihres Reichthums, die Arbeit, in die Schranken zu treten, und sicherte ihnen andererseits die Sympathie und werkthätige Theilnahme der Massen in den zunächst allerdings nur Jenen zugute kommenden politischen Kämpfen. Auch entstand damals gerade unter dem Einflusse dieser — wohl nur vorübergehenden — Verbrüderung zwischen mobilem Kapital und Arbeit die Meinung, daß die für ersteres eroberte Gleichberechtigung mit dem Bodenmonopol an sich genüge, um auch letzterer den Weg zur Macht zu bahnen. Weil Arbeit, wenn sie zu Besitz gelangt, voller Gleichberechtigung theilhaftig wird, glaubte man, daß sie ganz im allgemeinen gleichberechtigt sei, ohne zu bedenken, daß obige Voraussetzung, weit entfernt als nothwendige Konsequenz jeglicher Arbeit, ja selbst jeglicher gut angewendeten erfolgreichen Arbeit gelten zu dürfen, nur höchst ausnahmsweise zutrifft, ja mit fortschreitender Kultur stets seltener werden muß. Von letzterem Umstande konnte man dazumal um so weniger wissen, als die politische Emanzipation anfänglich in der That mit einer sehr wesentlichen Erleichterung des Weges zu Reichthum und Besitz verbunden

war. Zugleich mit den politischen Schranken fielen auch zahlreiche Hemmnisse der Produktion; das Mißverhältniß zwischen Produktivität der Arbeit und Konsumtionsfähigkeit — gegen Schluß des vorigen Jahrhunderts überhaupt noch nicht gar so übermächtig und drückend — wurde durch die in Folge wachsenden Selbstbewußtseins der Massen rapid zunehmende Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung seiner empfindlichsten Härten beraubt, und so waren denn zu Beginn der liberalen Aera die Fälle thatsächlichen Emporkommens von Arbeit zu Besitz nicht selten. Kurzum, die Fiktion, daß die Emanzipation des mobilen Besitzes gleichbedeutend sei mit der Emanzipation der Arbeit, wurde ernst und ehrlich genommen. Die politische Unfreiheit hielt man für die Quelle der wirthschaftlichen, während doch in Wahrheit das Umgekehrte das Richtige ist, die wirthschaftliche Unfreiheit die politische erzeugt. Man proklamirte also Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Die alte apostolische Propaganda wurde wieder aufgenommen, jedoch mit dem fundamentalen und entscheidenden Unterschiede, daß man die Gleichheit nicht mehr auf der Basis der Armuth, sondern auf derjenigen des allgemeinen Wohlstandes aufbauen wollte. Die Produktionsmittel hatten sich in Folge der Fortschritte der Wissenschaft und der Entdeckung neuer Absatzgebiete und Bezugsquellen außerordentlich verbessert; ohne sich darüber vollständig klar geworden zu sein, begann man doch zu ahnen, daß die Menge der erzielbaren Produkte genügen könnte, allen Produzenten ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten. Die wirthschaftliche Gleichheit, bis dahin als ein überirdisches Gut betrachtet, für welches auf Erden kein Platz sei, stieg herab aus ihrer unerreichbaren Höhe und wurde in den Augen der Menschen zu einem Postulate praktischer Politik. Glaubte man doch ohne weiteres schon auf dem Wege zur Erreichung

dieses Zieles zu sein und ging man doch schließlich so weit, die wirthschaftliche Ungleichheit lediglich als eine Konsequenz wirthschaftlicher Untüchtigkeit aufzufassen. Da Alle erwerben durften, so viel sie mochten und konnten, so lag es — das war ein Jahrhundert lang die allgemeine Meinung — offenbar nur an der Unfähigkeit, Unklugheit oder an den Lastern der Massen, wenn sie nach wie vor im Elend verharrten. Das war nun allerdings ein arger Irrthum, aber er hatte das Gute, den frühern Fatalismus, der das Elend als höhere Schickung nahm und jeden Versuch einer praktischen Besserung für halb wahnwitzig, halb gotteslästerlich hielt, durch das rastlose Bestreben abzulösen, die in so nahe Aussicht gestellte Emanzipation der Massen auch thatsächlich ins Werk zu setzen. Es trat ein bedeutsamer Umschlag in dem Charakter der sozialen Theorien zu Tage. Früher hatten sie den Stempel religiöser Träumerei, jetzt gewannen sie mehr und mehr denjenigen politischer Umgestaltungsversuche. Ganz deutlich läßt sich erkennen, wie die in den sozialistischen Programmen anfangs noch immer vorherrschende mystische Ueberschwenglichkeit einer nüchternen, deshalb aber um so zuversichtlicheren Auffassung Platz macht. Die Sozialisten früherer Zeiten und auch noch die zu Anfang des Jahrhunderts erklärten selber noch ihre Ideen für Utopien. Noch Fourrier glaubte die ganze Natur auf den Kopf stellen zu müssen, um Unterdrückung, Elend und Hunger aus der Welt zu schaffen. Um eine Welt zu konstruiren, in welcher Jedermann die Früchte seines Fleißes genießen könnte, hielt er es für durchaus nöthig, auch Tiger und Löwen dahin zu bringen, daß sie harmlos mit dem Lamme spielten und die Salzfluth des Weltmeeres in Limonade zu verwandeln. Auch der Saint-Simonismus trägt noch deutliche Merkmale der Vermischung von Möglichem und Unmöglichem an sich. Saint-Simon hält zwar nicht wie

Fourrier eine Aenderung der ganzen Natur für nothwendig, um seine sozialen Reformen durchzuführen, aber die menschliche Natur glaubt auch er auf den Kopf stellen zu müssen, damit die Ausbeutung ihr Ende finden solle. Die Menschen müßten von Hause aus eitel Edelmuth und Menschenliebe sein, um sich nach Saint-Simonischem Rezepte beglücken zu lassen; für ein Geschlecht, dessen Triebfeder der Eigennutz ist, paßt der Saint-Simonismus ebensowenig wie der Fourrierismus. Doch mehr und mehr wurden diese von der Vergangenheit übernommenen Schlacken ausgeschieden, und insbesondere seitdem die deutschen Sozialisten auf die Bühne traten, zeigt sich deutlich das Bestreben, die wirthschaftliche Reform mit den wirthschaftlichen Gesetzen in Einklang zu bringen.

Dieser keinem Einsichtigen entgehende allmähliche Umschwung der herrschenden sozialen Ideen hat aber seine letzte Quelle in dem gleichzeitig eingetretenen Umschwunge der Produktionsverhältnisse. Ein neuer Arbeitsfaktor war auf die weltgeschichtliche Bühne getreten, übermächtig, die gesammten Existenzbedingungen unseres Geschlechtes von Grund aus umwälzend: die Maschine. Bis zu Ende vorigen Jahrhunderts lag — von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen — in der Muskelkraft der menschlichen Arme, in der Fertigkeit der menschlichen Hand, Maß und Grenze menschlicher Leistungen; jetzt erst schuf die Gedankenarbeit der Heroen der Geistes unserem Geschlechte jene Arbeitsgehilfen von unbegrenzter Schaffenskraft, als welche die von Elementarkräften in Bewegung gesetzten Werkmaschinen anzusehen sind. Damit ist eine Revolution der Arbeit gegeben, die an Bedeutung dem Uebergange von Jagd zu Viehzucht und Ackerbau, von diesen zu Industrie und Handel weitaus überlegen ist. *Die Abhängigkeit von der Natur wird abgelöst durch Herrschaft über die Natur.* Und gleichwie jede wich-

tigere Aenderung der Arbeitsbedingungen mit naturgesetzlicher Gewalt der Lebensweise, der politischen und sozialen Verfassung und dem gesammten Gedankenkreise der davon betroffenen Gesellschaft den eigenen Stempel aufdrückt, so muß auch *diese* bestimmend werden für den Charakter des Zeitalters, das unter ihrem Einflusse steht. Neben der Bedeutung dieser Umwälzung der Produktivität verschwinden alle politischen und nationalen Revolutionen. Gleichwie ein Volk von Ackerbauern sich abhebt von einem Jägervolke, ähnlich — nur in noch gesteigertem Maße — muß ein Volk von Maschinenarbeitern verschieden werden von einem Volke von Handarbeitern. James Watt und Stephenson werden ebenso sicher die Urheber einer neuen Weltordnung werden, wie jene unbekannten Wohlthäter der Menschheit, die das Ackern und Säen erfanden. Sie haben eine Form der Produktion angebahnt, die sich mit den bisher geltenden bürgerlichen, sozialen und politischen Satzungen nicht verträgt, sie haben Ausbeutung aus einer Kulturnothwendigkeit in ein Kulturhinderniß verwandelt: *das dritte Weltzeitalter, das der organisirten freien Arbeit, bricht heran.*

Es wäre allerdings auch denkbar, daß die ausbeuterische Wirthschaftsordnung, die den Angriffen des Buddhismus und des Christenthums widerstanden, auch die Krisis des modernen Sozialismus überdauern werde. Bei ruhiger und objektiver Erwägung ist jedoch eine Wiederholung der Mißerfolge der bisherigen Emanzipationsansätze nicht zu besorgen. Die alten Gleichheitsbestrebungen mußten Schiffbruch leiden, weil die entscheidende Voraussetzung des Erfolges, das Wachsthum der Produktivität über das mit Ausbeutung verträgliche Maß, nicht gegeben war, zudem der Kulturfortschritt jener Gemeinwesen, in denen dazumal die Emanzipation versucht wurde, kurze Zeit, nachdem die Gleichheitsideen nothdürftig Wurzel

gefaßt, durch äußere Störungen ein jähes Ende fand. Jetzt ist die Voraussetzung der Emanzipation vorhanden: Ausbeutung wird nicht erst, sie ist bereits ein Kulturhinderniß. Dies, in Verbindung mit der durch die früheren wenn auch mißglückten Befreiungsversuche gegebenen Vorbereitung der Gemüther, wird den Erfolg der sozialen Ideen diesmal rascher und durchgreifender gestalten als dazumal, damit aber wird jene einzige Gefahr überwunden sein, die dem Triumphe der wirthschaftlichen Gleichberechtigung noch drohen könnte, die Gefahr nämlich, daß abermals Barbarei den Kulturfortschritt ablöst, bevor das Emanzipationswerk vollendet ist. Denn darüber wird wohl Niemand in Zweifel sein: die moderne Zivilisation kann nicht wie die indische oder römische durch äußere Angriffe, sie könnte nur durch innern Verfall ihr Ende finden. Gerade die Gefahr dieses innern Verfalles wäre aber bei zögerndem und halbem Erfolge der sozialen Ideen thatsächlich vorhanden. Der als Folge des Mißverhältnisses zwischen Produktivität und Konsum auf der modernen Wirthschaft lastende Druck müßte sich bei steigender Kultur nachgerade so unerträglich und zermalmend gestalten, daß furchtbare Eruptionen unvermeidlich wären, falls nicht die soziale Entwickelung den Ausweg schaffte. Aber dieser Ausweg wird eben rechtzeitig betreten werden. Es ist undenkbar, daß der Menschengeist, einmal zum Bewußtsein der wahren Bedeutung des sich vollziehenden weltgeschichtlichen Prozesses erwacht, unvermögend sein sollte, die so nahe liegenden Anpassungsfunktionen zu erfüllen. Es ist nicht wahr, daß Freiheit den elementaren Existenzbedingungen unseres Geschlechtes zuwiderläuft, es ist nicht wahr, daß Zwang ein wirksameres Beförderungsmittel der Produktion sei, als Eigennutz; und die Organisation der Arbeit auf Grundlage des Eigennutzes wird daher diejenige auf Basis des Zwanges ab-

lösen, sowie jene einzige Voraussetzung entfallen ist, die bisher den Zwang nützlicher machte, als den Eigennutz des Arbeitenden. Es spricht sogar eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Wehen des Ueberganges vom zweiten in das dritte menschheits-geschichtliche Zeitalter nicht lange mehr währen werden. Wer es unwahrscheinlich finden sollte, daß eine so gewaltige Umwälzung sich in verhältnißmäßig kurzer Frist vollenden könnte, der möge sich daran erinnern, daß der erste Akt des großen Dramas der Gleichberechtigung schon vor dritthalb Jahrtausenden sich abspielte, und daß Christenthum, Aufschwung der Renaissance und die liberale Revolution drei fernere Entwickelungsphasen waren. Jetzt befinden wir uns inmitten des fünften Aktes, und es will uns aus den früher dargelegten Gründen scheinen, daß dieser sehr rasch, voraussichtlich in wenigen Menschenaltern die Lösung bringen wird.

Zum Schlusse noch einige Worte über die menschheitsgeschichtliche Bedeutung der sozialen Entwickelungsphase. Ist mit dieser vielleicht der Schlußakt im Drama des Erdenlebens unserer Rasse eingeleitet? Um das zu besorgen, um die anbrechende Weltepoche des Sozialismus für das Greisen- oder auch nur für das ausgereifte Mannesalter der Menschheit zu halten, müßte man das Zeitalter der Ausbeutung für deren Mannes- oder Jünglingsepoche ausgeben. Das aber hieße über die irdische und kosmische Mission der Menschheit eine sehr kleinliche und erbärmliche Vorstellung nähren. Wir sind in Wahrheit kaum über die ersten Stufen des Kindesalters hinaus, einer traurigen Kindheit zwar, voll Elend und Qual, zugleich aber auch voll Widersinn, Thorheit und Unzurechnungsfähigkeit. Fürwahr, wenn all die wahnwitzigen Thorheiten und Vergehen, die den wesentlichen Inhalt ihrer bisherigen Geschichte ausmachen, das Mannesalter der Menschheit kennzeichnen sollten, dann wäre nichts sehnlicher zu

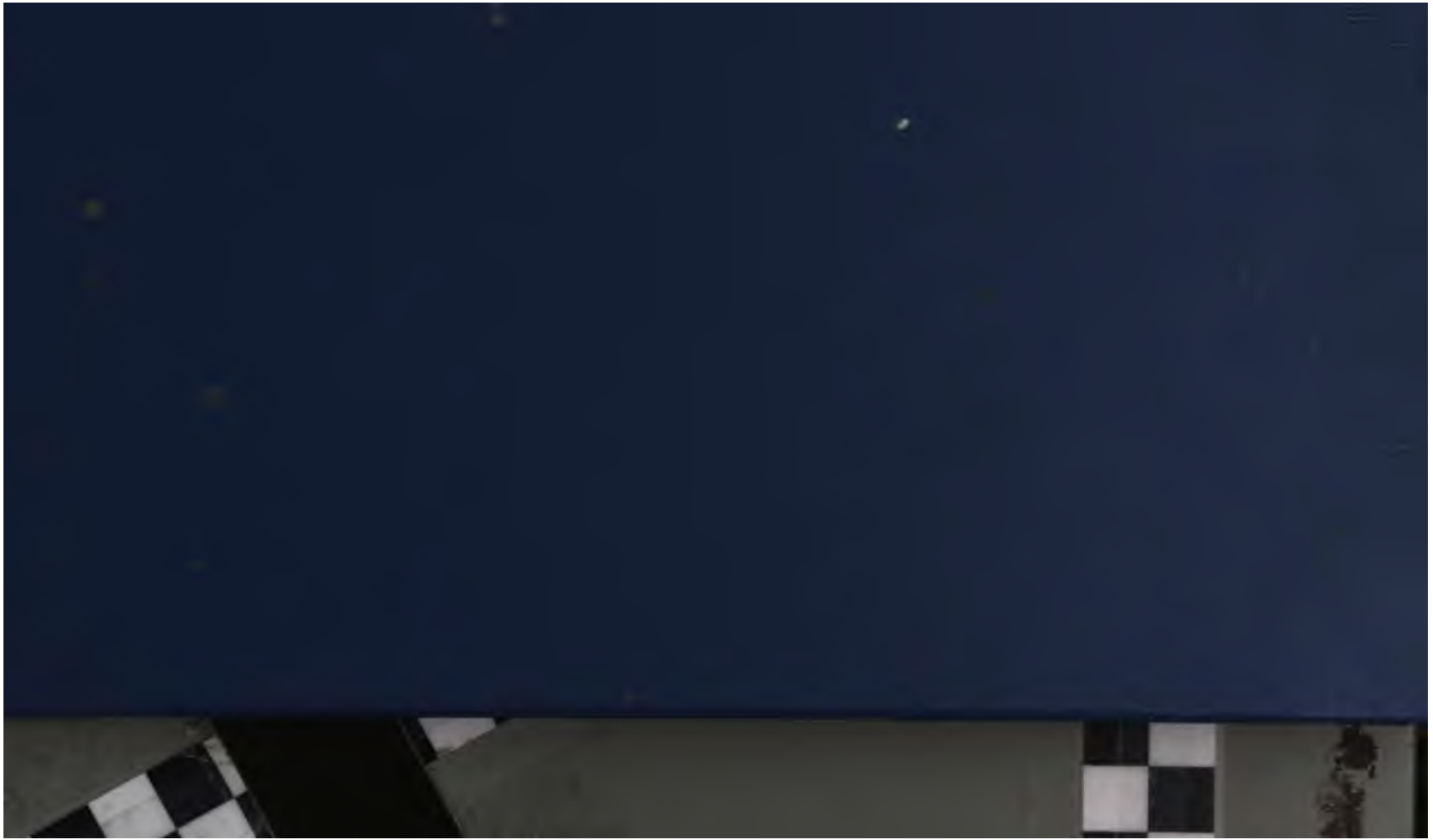
wünschen, als der baldige Untergang dieser verruchten Art, die wohl liebenswürdige und tüchtige Individuen hervorzubringen vermochte, als Ganzes jedoch durch Wahn und Verbrechen sich leiten ließ. Für die bisherigen Thaten der Menschheit giebt es nur eine Rechtfertigung, die nämlich, daß sie unbewußt begangen wurden, und unbewußt handelt nur das Kind. Sie hat lange genug gewährt, diese Kindheit mit ihren häßlichen Krankheiten: Noth und Laster. Die Entwickelungsepoche, der wir entgegen gehen, ist die des Jünglingsalters, des zielbewußten rastlosen Strebens, aber auch der jauchzenden Lebensfreude. Andere Zwecke, andere Probleme als bisher werden den Menschengeist beschäftigen, Gewaltiges, dem blöden Verstand des Kindes Unfaßbares wird er erreichen; doch die Vollendung des irdischen Geschickes unserer Rasse wird sich auch unter jenen Lebensformen, die in den vorstehenden Kapiteln andeutungsweise zu schildern versucht wurden, nicht vollziehen. Unter welchen anderen? Das vermag derzeit ein Sterblicher ebensowenig auch nur ahnend zu fassen, als die Kannibalen der ersten Menschheitsepoche die Erscheinungsformen unserer modernen Kultur vorhersehen konnten.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

GENERAL BOOKBINDING CO.
79 177ST 53 005 A 2 AOH 6269
QUALITY CONTROL MARK

HM201
H6

HM 201 .H6 C.1
Die Gesetze der sozialen Entwi
Stanford University Libraries
3 6105 038 139 015

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305